F 57.291
Dezember 1982

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Mittwoch, 1. Dezember 1982 Blatt 3475

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Hohe Gäste aus Oman in Wien
- Plakette für alte Geschäftslokale

Kommunal: (rosa)
- Flughafenautobahn ab 17. Dezember befahrbar
- Amalienbad: Neue Trainingshalle wird am 8. Dezember eröffnet
- Neugestaltung der Lassallestraße
- Univ.-Doz. Dr. Binder 25 Jahre Jugendzahnklinik-leiter
- Neues Zentrum für Hernals
- FPÖ für U 3-Bau in der Lindengasse

STEP für Wien: (weiß)
- Weitere Diskussionen über Stadtentwicklungsplanung

Kultur: (gelb)
- 8,3 Millionen aus Hochschuljubiläumsstiftung vergeben
- "Oskar Kokoschka - die frühen Jahre"

Nur über FS:
- 1.12. Weihnachtsausstellung im Bezirksmuseum Floridsdorf
- Ausstellung "Stadtteilplanung Kaisermühlen" verlängert
- Pensionisten bastelten für behinderte Kinder
- Letzte Chance für Polioimpfung

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

8,3 Millionen aus Hochschuljubiläumsstiftung vergeben
=++++

1 #Wien, 1.12. (RK-KULTUR) 1982 wurden 8,3 Millionen S aus der Hochschuljubiläumsstiftung vergeben. Es wurden damit 97 Forschungsvorhaben aus allen Zweigen der Wissenschaft gefördert.#

Insgesamt wurden seit der Gründung der Stiftung 1021 Forschungsvorhaben mit einer Gesamtsumme von 72 Millionen S unterstützt. Seit der Aufstockung des Stiftungskapitals von 50 auf 100 Millionen S im Jahr 1980 kann den finanziellen Bedürfnissen der Wissenschaft in vermehrtem Ausmaß Rechnung getragen werden. (Schluß)
gab/bs

NNNN

Neugestaltung der Lassallestraße

=++++

4 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Nach der Inbetriebnahme der U-Bahn bis Kagran kann nunmehr auch die Lassallestraße im 2. Bezirk ausgebaut und neu gestaltet werden. Vorgesehen sind zwei mal drei Fahrspuren, ein Radweg und ein Grünstreifen mit (neu gepflanzten) Bäumen. Die Arbeiten haben vor wenigen Tagen begonnen, ein Großteil der nicht mehr benötigten Straßenbahngleise wurden bereits entfernt. Die Fertigstellung der "neuen " Lassallestraße ist für Ende nächsten Jahres vorgesehen.#

(Schluß) ger/bs

NNNN

stadtentwicklungsplan für wien

Weitere Diskussionen über Stadtentwicklungsplanung
=++++

5 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Zu einer weiteren Diskussion über den Wiener Stadtentwicklungsplan hat Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER für 2. Dezember, 19 Uhr, in den Wappensaal des Rathauses eingeladen. Eine telefonische Voranmeldung ist jedoch notwendig: Tel. 42800/2085 und 42800/2095. Auch der nächste Diskussionstermin steht bereits fest: 16. Dezember, ebenfalls 19 Uhr, im Wappensaal.

Der Entwurf des Stadtentwicklungsplanes ist fertiggestellt. Nachdem nun bereits die Stellungnahme der Bezirke, Interessensvertretungen und Zentralstellen eingeholt und die Religionsgemeinschaften um ihre Meinung gefragt wurden, soll nun in einer breit angelegten Aktion die Wiener Bevölkerung zur Mitarbeit am Stadtentwicklungsplan motiviert werden. Zahlreiche Möglichkeiten bestehen dau: im Postwurf "Wien unsere Stadt", mit dem über den Stadtentwicklungsplan informiert wurde, war auch ein Blatt enthalten, mit dem Vorschläge zum Stadtentwicklungsplan an das Büro der Geschäftsgruppe Stadtplanung (Rathaus, 1082 Wien) gesandt werden konnten. An die 1000 Stellungnahmen sind bereits eingelangt. Der Empfang aller Schreiben wird bestätigt, und Planungstadtrat Wurzer hat zugesagt, daß alle Einsender auch eine konkrete Stellungnahme zu ihren Vorschlägen erhalten. Weit mehr als eineinhalbtausend Wienerinnen und Wiener haben bereits die kostenlose Kurzfassung des Stadtentwicklungsplanes bestellt und erhalten sie in den nächsten Tagen. Wer sich beim Reden leichter tut, soll dazu im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsveranstalungen Möglichkeit haben. Eine erste derartige Veranstaltung fand am 23. November statt, die nächsten beiden sind für 2. und 16. Dezember festgesetzt. Da die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze limitiert ist, wird um telefonische Voranmeldung gebeten, und zwar Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. (Schluß) and/ko

NNNN

Wien
Ein guter Platz zum Leben.

Flughafenautobahn ab 17. Dezember befahrbar (1)

=++++

6 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Noch heuer kommt es zu einer wichtigen Verbesserung im Wiener Straßennetz: die Flughafenautobahn wird voraussichtlich am 17. Dezember für den Verkehr freigegeben. Einzige Ausnahme ist ein Teilstück der stadtauswärtsführenden Fahrbahn entlang der Erdberger Lände, das erst im nächsten Jahr fertiggestellt wird. Eine Umleitung über die Baustelle beziehungsweise über die Erdbergerstraße steht zur Verfügung. Mit der Eröffnung dieser neuen Autobahn werden der Flughafen und die Raffinerie Schwechat direkt an die Südost-Tangente und über diese auch an die Süd-, Außenring- und Westautobahn angeschlossen. Besonders in der Simmeringer Hauptstraße und in der Kaiser-Ebersdorfer-Straße ist eine spürbare Entlastung vom Durchzugsverkehr zu erwarten.#

Das Wiener Teilstück der Flughafenautobahn - oder eigentlich: A 4- Ostautobahn - ist knapp sieben Kilometer lang. Es beginnt beim Knoten Prater der Südost-Tangente. Anschließend verlaufen die beiden Richtungsfahrbahnen getrennt an beiden Ufern des Donaukanals. Nach der überquerung des Donaukanals im Zuge der Schrägseilbrücke vereinigen sich die beiden Fahrbahnen. Die Autobahn führt dann über die Simmeringer Haide bis zur Landesgrenze bei der Alberner Straße. Ein rund fünfhundert Meter langer Hochstraßenabschnitt in Kaiser Ebersdorf überquert die Margetinstraße, den Artillerieplatz, die Zinnergasse, die Fuchsbodengasse und die Gleisanlagen der Donauländebahn. Anschließend verläuft die Autobahn im ehemaligen Bett der Schwechat zur Landesgrenze und dann weiter nach Osten. Insgesamt ist die Flughafenautobahn rund 16 Kilometer lang. (Forts.)

ger/ap

NNNN

Flughafenautobahn ab 17. Dezember befahrbar (2)
=++++

7 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die am linken Ufer des Donaukanals stadteinwärts führende Fahrbahn der Flughafenautobahn steht bereits seit 1978 provisorisch dem Verkehr zur Verfügung. Nun wird der Abschnitt zwischen 1. Haidequerstraße (Simmeringer Lände) und Flughafen eröffnet. Der Bauabschnitt Erdberger Lände - also die stadtauswärts führende Fahrbahn entlang des rechten Donaukanalufers - folgt Mitte 1983. Bis dahin erfolgt die Zufahrt zur Autobahn über eine Umleitungsstrecke im Baustellenbereich beziehungsweise über die Erdbergstraße (von der Südost-Tangente am besten über die Abfahrt Sankt Marx).

Wo die Autobahn durch dichter besiedeltes Gebiet führt, wurden eineinhalb bis dreieinhalb Meter hohe Lärmschutzwände errichtet. Die Gesamtkosten der Flughafenautobahn in Wien beliefen sich auf knapp eine Milliarde Schilling. (Schluß) ger/gg

NNNN

Amalienbad: neue Trainingshalle wird am 8. Dezember eröffnet

=++++

8 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) An der Stelle, an der sich früher ein Kesselhaus befand, können jetzt Schüler und Sportler trainieren: Im Rahmen der Sanierung des Amalienbades am Reumannplatz wurde eine neue Trainingshalle errichtet, die am Mittwoch, den 8. Dezember, um 17 Uhr von Bäderstadrat Peter SCHIEDER eröffnt wird. Mit Schwimmvorführungen des Landesschwimmverbandes Wien wird das neue Schwimmbassin auch gleich entsprechend eingeweiht.

#Das über fünfzig Jahre alte Hallenbad am Reumannplatz in Favoriten wird seit einigen Jahren vollständig saniert und modernisiert. Ein Trakt, der Nordtrakt, ist bedreits renoviert, am Südtrakt wird derzeit gearbeitet, im kommenden Jahr soll die große Schwimmhalle an die Reihe kommen.

Fertiggestellt ist nun aber auch die neue Trainingshalle. Ein Schwimmbecken mit vier Schwimmbahnen gehört ebenso zur Halle wie ein Trockentrainingsraum mit zwei modernen, erstmalig in österreich verwendeten Krafttrainingsmaschinen sowie verschiedene Nebenräume wie Duschen, Umkleidemöglichkeiten usw. Nach der Erneuerung der bestehenden großen Schwimmhalle im Amalienbad - die Renovierung des Bades wird über 140 Millionen Schilling kosten und soll 1984 abgeschlossen sein - werden die beiden Hallen durch eine Stiegenanlage verbunden.#

In der trainigsfreien Zeit soll die neue, um 28 Millionen Schilling errichtete Halle auch den anderen Besuchern des Amalienbades zur Verfügung stehen. (Schluß) hs/ko

NNNN

Univ.Doz.Dr.BINDER 25 Jahre Jugendzahnklinikleiter
Utl.: 80.000 Schulkinder werden jährlich untersucht
=++++

9 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Wiens städtische Jugendzahnkliniken zählen zu den wesentlichsten Einrichtungen auf dem Gebiet der Zahnprophylaxe für Kinder und Jugendliche. Jährlich werden rund 80.000 Schulkinder durch die Ärzte der Jugendzahnkliniken untersucht und behandelt. Die 1911 von Prof.Julius TANDLER gegründeten Kliniken werden seit 25 Jahren von Univ.Doz.Dr.Kurt BINDER geleitet, der in dieser Zeit sehr wesentlich zu deren Modernisierung und Reorganisation beigetragen hat.#

Prim.Univ.Doz.Dr.Binder übernahm im November 1957 die Leitung der Jugendzahnkliniken, wobei er in diesen Jahren sehr wesentliche Reorganisationen der Kliniken durchführte und diese den Erfordernissen einer zeitgemäßen Kinderheilkunde anpaßte. Neben der Behandlung erkrankter Zähne wurde auch eine kieferorthopädische Abteilung zur Durchführung von Zahnregulierungen installiert, in deren Rahmen jährlich rund 600 Kinder behandelt werden. Eine eigene Narkosestation ermöglicht es auch behinderte oder besonders ängstliche Kinder zu behandeln. Durch die Einführung der Fluoridtablettenaktion in Säuglingskrippen, Krabbelstuben, Kindergärten und Schulen konnte die Zahl der kranken Zähne wesentlich gesenkt werden. Bei den 14jährigen Hauptschülern etwa durchschnittlich von 9 auf 4,45 pro Kind. Ergänzend dazu wurde im Vorjahr gemeinsam mit dem Stadtschulrat die Aktion "Gesunde Zähne", zur Aufklärung über richtige Zahnpflege und Zahnhygiene, gestartet. Die Jugendzahnkliniken der Stadt Wien bestehen aus einer Zentraljugendzahnklinik im 9. Bezirk, drei Jugendzahnkliniken im 10., 15. und 21. Bezirk und zwei Exposituren im 18. und 23. Bezirk.

Univ.Doz.Dr.Binder ist ein international anerkannter Experte auf dem Gebiet der Fluoridforschung und hat bisher rund 60 wissenschaftliche Arbeiten über die verschiedensten Gebiete der Zahnheilkunde verfaßt. (Schluß) zi/ap

NNNN

Neues Zentrum für Hernals (1)
=++++

12 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die Projektstudie für ein neues Wohn- und Einkaufszentrum für Hernals stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Wohnen und Stadterneuerung und der Bezirksvertretung Hernals vor. Das Zentrum wird im Stadterneuerungsgebiet von Hernals im Bereich Elterleinplatz, Hormayrgasse, Rötzergasse und Kalvarienberggasse mit rund 200 Wohnungen, zahlreichen Geschäften und vielen sozialen Einrichtungen entstehen. Das Zentrum soll zu einer Aufwertung des Kerngebietes von Hernals führen, und helfen, eine Versorgungslücke zu schließen.#

Konkret sieht die von der Gesiba erstellte Projektstudie folgendes vor: In zwei Kellergeschoßen des Hernalser Bezirkszentrums soll eine Tiefgarage mit 390 Parkplätzen errichtet werden. Im Erdgeschoß sind cirka 5.800 Quadratmeter Geschäftsflächen und eine Fußgängerpassage zwischen Elterleinplatz-Hormayrgasse und Rötzergasse-Kalvarienberggasse vorgesehen. Im ersten Stock sollen vor allem die sozialen Einrichtungen untergebracht werden. Gedacht ist an einen Kindergarten, eine Mutterberatung, Musikschule, Volksschule, städtische Bücherei und an Arztpraxen. 1.200 Quadratmeter Fläche stehen außerdem für die Erweiterung des Amtshauses zur Verfügung. Hier könnten Räumlichkeiten für städtische Dienststellen, das Bezirksgericht, das Polizeikommissariat und das Finanzamt untergebracht werden. Auch für Geschäfte wäre im 1. Stock noch Platz. Das restliche freie Areal soll als begrünte Dachfläche gestaltet werden.

Vom 2. bis 6. Stock sollen rund 200 Wohnungen untergebracht werden. (Forts.) ba/ap

NNNN

Ein neues Zentrum für Hernals (2)
=++++

13 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Bei der anschließenden Diskussion konnte im wesentlichen Übereinstimmung erzielt werden. Bei den Wohnungen wird noch eine Umplanung erfolgen, damit möglichst wenig Räume zur Straßenseite gekehrt sind. Die günstigere Aufschließung und Anordnung der Wohnungen bedeutet, daß das Gebäude mit neun, statt wie ursprünglich geplant mit sechs Stiegenhäusern errichtet wird. Bei der Verteilung der Geschäfte soll auf einen "Branchenmix" geachtet werden. "Schließlich soll das Zentrum nicht zu einer unnötigen und unerwünschten Konkurrenz für die bodenständig gewachsenen Unternehmen werden, sondern die bestehende Wirtschaftsstruktur sinnvoll ergänzen", erklärte Stadtrat Hatzl. Da sich zwei Grundstücke des Bauareals noch nicht im Besitz der Stadt wien befinden, muß die Baudurchführung in zwei Etappen erfolgen. "Würden die Verhandlungen über die Grundstücke in nächster Zeit erfolglos bleiben, so sähe sich die Stadt Wien dazu veranlaßt, die für ein Stadterneuerungsgebiet vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen auszuschöpfen, um die Grundstücke zu erhalten", sagte Hatzl. Zunächst soll mit dem an der Hormayrgasse gelegenem Bauteil begonnen werden. (Schluß) ba/ko

NNNN

FPÖ für U 3-Bau in der Lindengasse
=++++

14 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ tritt dafür ein, die U 3 nicht in offener Bauweise in der Mariahilfer Straße, sondern in geschlossener Bauweise in der Lindengasse - aber mit Aufgängen in der Mariahilfer Straße - zu errichten. Im Bereich der Landstraße soll die U 3 ebenfalls in geschlossener Bauweise gebaut werden. Dies erklärte FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ am Mittwoch in einem Pressegespräch. Die im 3. Bezirk vorgesehene offene Bauweise sei zwar vermutlich rascher und billiger als die von der FPÖ verlangte geschlossene Bauweise, doch wären die Auswirkungen auf die Geschäftswelt und für die Wohnbevölkerung äußerst negativ. Die Baugrube für den geschlossenen U-Bahn-Bau sollte zwischen dem Museum für angewandte Kunst und dem Stadtpark angelegt werden, weil sie dort am wenigsten stören würde. Bei der offenen Bauweise sei mit katastrophalen Folgen für das Geschäftsleben und mit massiven Beeinträchtigungen der Bevölkerung, nicht zuletzt durch den Umleitungsverkehr, zu rechnen. Der komplizierteren und teureren geschlossenen Bauweise sei deshalb der Vorzug zu geben.

Vor allem die Inhaber von kleinen und mittleren Betrieben seien gegen eine Baudurchführung in der Mariahilfer Straße selbst. Auch hier sei es wie im 3. Bezirk notwendig, diese Betriebe zu erhalten und der Bevölkerung unzumutbare Belästigungen zu ersparen.

Pawkowicz sprach sich in der Pressekonferenz auch für eine rasche Verwirklichung des Verkehrsverbundes aus. Ausländische Beispiele - unter anderen Hamburg und Stockholm - zeigen, daß dadurch weitere zusätzliche Fahrgäste für die öffentlichen Verkehrsmittel gewonnen werden können. (Schluß) ger/bs

NNNN

"Oskar Kokoschka - die frühen Jahre"
Utl.: Ausstellung im Historischen Museum
=++++
15 #Wien, 1.12. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt bis 30. Jänner frühe Zeichnungen und Aquarelle von Oskar Kokoschka aus den Jahren 1906 bis 1924. Die Ausstellung wurde - wie die erfolgreiche Schiele-Ausstellung im Herbst 1981 - in Zusammenarbeit mit der New Yorker Galerie Serge Sabarsky vorbereitet. Es sind 43 Blätter aus amerikanischem und 37 aus europäischem Besitz sowie elf Blätter aus den Beständen des Historischen Museums zu sehen.#

Der dargestellte Zeitraum umfaßt die Jahre des Studiums an der Kunstgewerbeschule, der Mitarbeit bei der "Wiener Werkstätte" und der künstlerischen Emanzipation unter der Einwirkung von Adolf Loos, sowie die Zeit der Mitarbeit an Herwath Waldens "Sturm", des Ersten Weltkrieges und der Professur in Dresden. Zusammenhänge zu Kokoschkas dichterischer Tätigkeit lassen sich in der Ausstellung ebenso erkennen, wie Hinweise auf seine Beziehung zu Alma Mahler in den Vorzeichnungen zu "Die Windsbraut" oder zur "Bachkantate".

Das Historische Museum ist Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 16 Uhr, Donnerstag von 10 bis 19 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr und Sonn- und Feiertag von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Am 25. Dezember und am 1. Jänner bleibt das Museum geschlossen. Der Katalog mit 24 Farbabbildungen kostet 100 S, das Ausstellungsplakat ist um 35 S erhältlich. (Schluß) gab/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

198

Donnerstag, 2. Dezember 1982 Blatt 3489

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Arbeitssitzung der Planungsgemeinschaft Ost
(rosa) Ein richtiges Heim für Heimkinder
Förderungspreise des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds

STEP für Wien: "Wien 2000"-Kurzfassung des Stadtentwicklungsplanes
(weiß) fertig

Lokal: Christbaumverkauf ab 12. Dezember
(orange) Einsatzmedaille für 71 Wiener Polizisten
Spatenstich für neuen Favoritner Sportplatz

Kultur: österreichischer Städteatlas vorgestellt
(gelb)

Nur
über FS: 2.12. Frau lief in Straßenbahn
Brand in Labor
Ab Montag Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

stadtentwicklungsplan für wien

"Wien 2000" - Kurzfassung des Stadtentwicklungsplanes fertig
Utl.: Mehr als 1.500 Broschüren werden in den nächsten Tagen versandt

=++++

3 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Mehr als 1.500 Exemplare der kostenlosen Kurzfassung des Stadtentwicklungsplanes werden in den nächsten Tagen an Interessenten verschickt. Die Broschüren enthalten Entwicklungstendenzen, Ziele und Maßnahmen aus allen Teilbereichen des Stadtentwicklungsplanes und zahlreiche Pläne, die die Konzepte anschaulich machen sollen.

Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER gab gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich so viele Wienerinnen und Wiener für die zukünftige Gestaltung ihrer Stadt engagieren. Noch immer langen täglich zahlreiche weitere Stellungnahmen zum Stadtentwicklungsplan ein. Sie werden ausgewertet und bei jener Fassung berücksichtigt, die dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wird.#

Der Postwurf "Wien unsere Stadt", mit dem alle Wiener Haushalte über den Stadtentwicklungsplan und die Möglichkeit zur Mitsprache informiert wurden, hatte einen Bestellkupon für die Kurzfassung des Stadtentwicklungsplanes (Titel: "Wien 2000") enthalten. Diese Kurzfassung ist nun fertiggestellt, sodaß nunmehr alle Bestellungen sofort erledigt werden können. Die kostenlose Broschüre kann sowohl schriftlich beim Pressedienst der Stadt Wien, Rathaus, 1082 Wien, als auch telefonisch unter den Telefonnummern 42800/2085 und 2095 angefordert werden.

Die Langfassung ("Entwurf des Stadtentwicklungsplanes") ist gegen einen Kostenbeitrag von 60 S in der Stadtinformation im Rathaus (Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr) sowie in der Ausstellung "Wien 2000" in der Halle P des Messepalastes erhältlich. Die Ausstellung ist Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr (Dienstag bis 19 Uhr) und Sonntag von 9 bis 12 Uhr geöffnet. Dienstag um 17 Uhr und Sonntag um 10 Uhr finden Führungen statt. Der Eintritt ist frei.
(Schluß) and/bs

NNNN

Wien
Ein guter Platz zum Leben.

Christbaumverkauf ab 12. Dezember

=++++

4 Wien, 2.12. (RK-LOKAL) Der Christbaumverkauf beginnt wie im Vorjahr am 12. Dezember und endet am Heiligen Abend, also am 24. Dezember. Die genaue Zahl der Verkaufsplätze steht, da noch Anmeldungen möglich sind, noch nicht fest, wird aber nach Ansicht des Marktamtes (MA 59) rund 580 betragen. Laut Marktordnung kann der Verkauf von 8 bis 20 Uhr stattfinden. Marktrechtlich werden zwei Arten von Verkaufsplätzen unterschieden: auf öffentlichen Flächen oder auf Privatgründen. Auf öffentlichen Plätzen findet der Christbaumverkauf auch an Sonntagen statt, da diese Plätze durch eine Ausnahmebestimmung nicht der Sonntagsruhe unterliegen. Da für Verkaufsplätze auf privaten Gründen diese Ausnahmebestimmung nicht gilt, darf dort an Sonntagen nicht verkauft werden.

Auch bei Christbäumen gibt es laut Marktamt einen Trend: die Blaufichte mit starkem Harzduft scheint der dänischen Nordmann-Tanne, die zwar nadelfest aber praktisch geruchlos ist, den Rang ablaufen. Beiden Christbaumarten werden in Kulturen gezogen. Zu Verzögerungen in der Anlieferung der Nadelbäume wird es, da kein winterliches Schlechtwetter mit hohen Schneelagen herrscht, aller Voraussicht nach nicht kommen. (Schluß) we/ap

NNNN

SPERRFRIST 18.00 Uhr

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Arbeitssitzung der Planungsgemeinschaft Ost (1)

Utl.: Donaukraftwerke, Park and Ride, Nationalpark Ost

=++++

5 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des niederösterreichischen Landeshauptmannes Siegfried LUDWIG fand Donnerstag nachmittag im Mamorsaal der Nö-Landesregierung eine Arbeitssitzung der Planungsgemeinschaft Ost statt. An den Beratungen nahmen auch die Landeshauptleute Leopold GRATZ, für Wien, und Theodor KERY, für das Burgenland sowie die politischen Raumordnungs- und Finanzreferenten der drei Bundesländer teil.

Schwerpunkte der Beratungen bildeten der Landschaftsrahmenplan Donauauen zwischen Wien und Hainburg, in dem auch mögliche Kraftwerkstandorte bewertet wurden, ein Maßnahmenkatalog für vorrangig auszubauende Park and Ride-Standorte, erste Vorschläge für einen "Nationalpark Ost" und Empfehlungen für eine koordinierte Vorgangsweise der drei Bundesländer bei energiesparenden Maßnahmen.#

Zwtl.: Landschaftrahmenplan Donauauen

Im Auftrag der Planungsgemeinschaft Ost wurden für die Donauauen zwischen Wien und Hainburg Untersuchungen über die ökologischen und hydrologischen Verhältnisse und die Veränderungen der Auen infolge der Errichtung eines Donaukraftwerkes bzw. durch die Einflüsse der Fremdnutzungen auf die Auen durchgeführt.

In den Gutachten wurde sowohl die von der DOKW (Studie 1976) vorgeschlagenen Kraftwerkstandorte sowie weiterer mögliche Varianten untersucht und bewertet. Dabei stellte sich heraus, daß die zwei von den Gutachtern der Planungsgemeinschaft Ost empfohlenen Varianten bei Hainburg bzw. bei Bad Deutsch Altenburg ökologisch besser zu beurteilen sind, als die von der DOKW vorgeschlagenen Standortvarianten und auch den Varianten für eine Naßbauweise an diesen Standorten vorzuziehen sind. Aus den Gutachten, die von der Planungsgemeinschaft Ost vorgelegt wurden, geht auch hervor, daß wasserbauliche Ergänzungsmaßnahmen und flankierende Maßnahmen für die Landschaftsgestaltung und die Landschaftspflege in jedem Falle notwendig sind. (Schluß) red/ap

NNNN

SPERRFRIST 18.00 Uhr!
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Arbeitssitzung der Planungsgemeinschaft Ost (2)
=++++

6 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Eine endgültige Empfehlung seitens der Planungsgemeinschaft Ost für eine der vorgeschlagenen Varianten kann erst nach befriedigender Klärung der Frage der Auswirkungen eines Kraftwerkes auf die Heilquellen von Bad Deutsch Altenburg abgegeben werden. Dazu laufen Untersuchungen bei der DOKW, mit Ergebnissen ist zu Beginn des Jahres 1983 zu rechnen.

Zwtl.: Maßnahmen bei Park and Ride-Anlagen

Zur Erleichterung der Benützung der öffentlichen Verkehrmittel im Zentralraum der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien hat sich die Planungsgemeinschaft Ost für die Errichtung weiterer Park and Ride-Standorte ausgesprochen. Als Grundlage für Verhandlungen (vor allem mit den öBB) zur Realisierung der Park and Ride-Anlagen wurde von der Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Ost eine Reihung für die Ausbaudringlichkeit von Park and Ride-Standorten an den für den Nahverkehr bedeutenden Eisenbahnlinien ausgearbeitet.

Die Planungsgemeinschaft Ost wurde am 13. April 1978 von den Landeshauptmännern Leopold Gratz, Wien, ökonomierat Andreas Maurer, Niederösterreich, und Theodor Kery, Burgenland, gemäß Artikel 15a des Bundes-Verfassungsgesetzes als gemeinsame Organisation zur Vorbereitung und Koordinierung raumrelevanter Aktivitäten in den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Wien gegründet. Ziel der Organisation ist es, durch stärkere Zusammenarbeit und durch die gemeinsame Vertretung der Interessen nach außen, vorhandene wirtschaftliche Probleme und Entwicklungsnachteile zu beheben. (Schluß) red/ap

NNNN

Ein richtiges Heim für Heimkinder (1)
Utl.: Pflegefamilien in Wien
=++++

7 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Durch die Werbeaktion des Jugendamtes der Stadt Wien für Wiener Pflegefamilien, gelang es, die Zahl der in Wien lebenden Pflegekinder gegenüber dem Vorjahr um 94 zu erhöhen. Derzeit befinden sich 921 Kinder bei Wiener Pflegefamilien und 1.367 Kinder bei Pflegefamilien in den Bundesländern. Trotz dieser ständig steigenden Zahl an Pflegefamilien appellierte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER am Donnerstag in einem Pressegespräch an engagierte Wiener Familien, noch mehr Heimkindern die Chance zu geben, in einer funktionierenden Familie aufzuwachsen.#

Denn - so Frühlich-Sandner - auch das beste Heim kann den Kindern letzten Endes nicht das bieten, was sie dringend brauchen: Mutter und Vater.

Die erfolgreiche Werbung für Pflegeeltern hat bereits dazu geführt, daß die Zahl der Heimkinder stetig zurückgeht. In Wien ist es in den letzten zwölf Jahren gelungen, die Zahl der Heimkinder um rund die Hälfte auf unter 2.000 zu senken. Die Zahl der Pflegekinder, die lange Zeit weit unter der Zahl der Heimkinder lag, beträgt nun rund 2.300. In den letzten Jahren gingen die Bemühungen des Jugendamtes der Stadt Wien dahin, vor allem Kinder unter drei Jahren in Pflegefamilien unterzubringen. Das führte dazu, daß sich derzeit nur mehr behinderte Kinder dieser Altersstufe und solche mit älteren Geschwistern in Heimen befinden. Nunmehr wird versucht, für alle vorschulpflichtigen Kinder verstärkt Pflegefamilien zu finden.
(Forts.) ba/gg

NNNN

Ein richtiges Heim für Heimkinder (2)
Utl.: Einrichtung einer Pflegeelternberatungsstelle
=++++

8 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien hat zur Unterstützung der Pflegefamilie eine eigene Beratungsstelle eingerichtet, die ab Jänner 1983 ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Psychologen, Psychiater und Sozialarbeiter, die bereits Erfahrung in der Beratung von Pflegefamilien haben, werden für vertrauliche und kostenlose Beratung und Gespräche zur Verfügung stehen. Die neue Beratungsstelle wird im 9. Bezirk in der Lustkandlgasse 50 einmal pro Woche, und zwar jeden Donnerstag, von 15.30 Uhr bis 18.30 Uhr geöffnet sein.

Außerdem wird die Pflegefamilie durch ein qualifiziertes Pflegestellenteam ständig betreut, sie erhält informative Pflegeelternbriefe und wird einmal im Jahr zu einem Pflegeelternseminar eingeladen. Als Organ der Vertretung ihrer Interessen haben Pflegeeltern ihrerseits zwei Vereine gegründet, die dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch dienen und die mit dem Jugendamt in ständigen Kontakt stehen. Pflegeeltern erhalten Pflegegeld, so daß die Unterhaltskosten des Kindes gedeckt werden. Pflegeeltern können ihre Pflegekinder auch ohne Mehrkosten bei der eigenen Krankenkasse anmelden. Allerdings, betonte Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, reich ist noch niemand an Pflegekindern geworden, denn Liebe zu Kindern soll man nicht zu kaufen versuchen.

Zwtl.: Pflegefamilien auch weiterhin gesucht

Das Jugendamt der Stadt Wien sucht auch weiterhin Familien, die mithelfen wollen, möglichst vielen Heimkindern ein richtiges Heim zu geben. Besonders gesucht werden Wiener Familien, die ein oder mehrere Geschwister aufnehmen können. Anmeldungen nehmen die Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern entgegen, die interessierten Familien auch nähere Auskünfte geben. (Forts. mgl.)
ba/gg

NNNN

Ein richtiges Heim für Heimkinder (3)
Utl.: wien ist Spitze bei der Kinderbetreuung
=++++

12 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Wien nimmt im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten eine Spitzenstellung bei der Betreuung von Kindern ein, betonte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER. Durch die Unterstützung des Jugendamtes der Stadt Wien, die den Pflegeeltern gewährt wird, war es möglich, die Zahl der Heimkinder in den letzten Jahren um die Hälfte zu senken. Bevor eine Pflegefamilie ein Kind erhält, wird ihre soziale und wirtschaftliche Situation geprüft. Die Pflegeeltern erhalten im Jahr zusammen mit der Familienbeihilfe rund 50.000 S für ein Pflegekind. Auf Antrag des Landes Wien soll das Jugendwohlfahrtsgesetz novelliert werden: die Rechte der Pflegefamilien sollen gestärkt und auch der Wille des Kindes mit einbezogen werden. Ein Kind soll künftig selber entscheiden können, ob es bei den Pflegeeltern oder bei seinen leiblichen Eltern bleiben will. Das Pflegeverhältnis soll eine Vorstufe zur Adoption werden, erklärte der Leiter des Jugendamtes, OSR Dr. Walter PROHASKA. Pflegeelternseminare dienen der Schulung des Kontakts zwischen den leiblichen Eltern und den Pflegeeltern. (Schluß) ba/ap

NNNN

Einsatzmedaille für 71 Wiener Polizisten
=++++

9 #Wien, 2.12. (RK-LOKAL) Personalstadtrat Franz NEKULA überreichte Donnerstag 71 Wiener Polizeibeamten Einsatzmedaillen des Landes Wien. Die Einsatzmedaille wird an Personen verliehen, die über den Rahmen ihrer Pflichten hinaus durch persönlichen Einsatz hervorgetreten sind.#

Ein Teil der Ausgezeichneten hat bei dem Zugsunglück im Wiener Südbahnhof am 17. August 1981 besondere Umsicht und Tatkraft bewiesen, 15 Polizisten waren bei der Bergung und Vernichtung hochbrisanter Chemikalien auf dem Areal des Alten Schlachthofes in St. Marx am 21. März 1982 beteiligt.

Rat Dr. Dieter HÖSCH, der auch die Dankesworte im Namen aller Geehrten sprach, verhinderte beim "Clownfestival" am 16. Mai 1982 einen schweren Unfall.

Als Ehrengäste nahmen unter anderen der 2. Präsident des Wiener Landtages, Fritz HAHN, Stadtrat Dr. Günther GOLLER, Mitglieder des Gemeinderates sowie hohe Beamte der Polizei an der Feier teil.
(Schluß) en/gg

NNNN

Spatenstich für neuen Favoritner Sportplatz
=++++

10 #Wien, 2.12. (RK-LOKAL/SPORT) Er soll den Schulen der Umgebung ebenso offenstehen wie Vereinen und jungen Menschen, die vereinsungebundenen Sport betreiben wollen: der neue Jugendsportplatz in Favoriten, an der Franz-Koci-Straße, der nun gebaut wird. Bürgermeister Leopold GRATZ nahm gemeinsam mit Sportstadtrat Peter SCHIEDER und dem Favoritner Bezirksvorsteher Josef DEUTSCH Donnerstag den Spatenstich für die neue Sportanlage vor.#

Der künftige Sportplatz wird ein Rasenspielfeld, Zuschauerplätze, eine Schul-Leichtathletikanlage und Tennisplätze erhalten. Wie Bürgermeister Gratz dazu erklärte, komme es gerade bei einer Jugendsportanlage nicht auf die Zahl der Zuschauertribünen an, wichtig sei vielmehr, daß jeder dort tätig werden kann. Sportstadtrat Schieder betonte, daß die neue Sportanlage auch jungen Menschen aus der Umgebung zur Verfügung stehen soll, wenn sie ohne Mitgliederschaft bei einem Verein Sport betreiben wollen.

Zum Spatenstich für den neuen Jugendsportplatz kamen zahlreiche Ehrengäste, darunter Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER und mehrere Gemeinderäte. (Schluß) hs/bs

NNNN

Förderungspreise des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds
=++++

13 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) 10 Millionen S Förderungsmittel des "Medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Stadt Wien" überreichte Donnerstag Bürgermeister Leopold GRATZ im Rahmen einer Festveranstaltung im Rathaus. Bei den geförderten Projekten handelt es sich um 28 medizinisch-wissenschaftliche Arbeiten, die sich nahezu auf alle Gebiete der Medizin erstrecken.#

Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Fonds, wies in seinen Ausführungen unter anderem darauf hin, daß seit der Gründung des Fonds bisher 50 Millionen an Förderungsmitteln an Wiener Ärzte vergeben wurden. Die Stadt Wien erfüllt damit eine wesentliche Aufgabe, um die medizinische Forschung zu fördern.

Univ.-Doz. Dr. Hermann NEUGEBAUER, Präsident der Wiener Ärztekammer, vermittelte in seinem Festvortrag einen überblick über die vielfältige und umfangreiche außeruniversitäre Forschungstätigkeit von Van Swieten und den Anfängen der Wiener Medizinischen Schule bis heute. Der Ärztekammerpräsident bezeichnete den Fonds als eine sehr wesentliche Möglichkeit der öffentlichen Anerkennung der Medizin und Forschung in Wien. Gleichzeitig unterstrich Neugebauer jedoch die Notwendigkeit, daß im Rahmen der Forschung stets der Mensch im Vordergrund stehen müsse und die Forschung nie auf Kosten des Menschen gehen darf. (Schluß) zi/bs

NNNN

österreichischer Städteatlas vorgestellt (1)
Utl.: Eine wertvolle Unterlage für Stadtplanung und Bildung
=++++

14 Wien, 2.12. (RK-KULTUR) Im Audienzsaal des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung präsentierte Donnerstag vormittag Wissenschaftsminister Dr. Hertha FIRNBERG den österreichischen Städteatlas, ein großes wissenschaftliches Projekt des Wiener Stadt- und Landesarchivs in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung Linz, Zweigstelle Wien. Der Atlas, dessen 1. Lieferung die Städte Wien, Wiener Neustadt, Mödling und Wels enthält, ist soeben im Verlag Franz Deuticke erschienen. Den Druck besorgte Freitag & Berndt.

Firnberg führte aus, daß es heute überaus wichtig sei, im Rahmen der Städteplanung auf der Basis wissenschaftlicher Forschung zu arbeiten. Sie betonte, daß der österreichische Städteatlas auf vielen Gebieten wichtige Entscheidungshilfen geben wird und wies auf die gute Zusammenarbeit aller wissenschaftlichen Institutionen bei der Herstellung des Atlas hin. Archivdirektor Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE gab einen Überblick zum Städteatlas und meinte, daß das Werk breite Interessensgruppen ansprechen kann. Der Städteatlas - so Czeike - beruht auf gesicherten Informationen, wie sie in dieser Form bisher nicht vorgelegen sind. Österreich ist das zweite europäische Land, das im Rahmen des beschlossenen Programms einen Atlas herausgegeben hat. Verlagsdirektor Dkfm. Kurt BIAK bezeichnete das über mehr als ein Jahrzehnt währende Atlas-Projekt als große Aufgabe des Verlags.

Das Atlas-Projekt steht unter der wissenschaftlichen Gesamtleitung von Archivdirektor Univ.-Prof. Dr. Felix Czeike und Dipl.-Ing. Dr. Renate Banik-Schweitzer. Die redaktionelle Leitung hat Dr. Ferdinand Opll. (Forts.) am/gg

NNNN

WIEN KULTUR

österreichischer Städteatlas vorgestellt (2)
Zwtl.: Ein besonderer Atlas
=++++

15 Wien, 2.12. (RK-KULTUR) Der Städteatlas ist Teil des geplanten Europäischen Städteatlas, dessen Programm von der Commission international pour l'histoire des Villes 1968 in Oxford beschlossen wurde. Die Internationalität des Projekts ist durch enge Kontakte der Wissenschafter des Wiener Landesarchivs mit Experten in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, Frankreich und Großbritannien gewährleistet.

Unter den Atlanten ist der österreichische Städteatlas etwas Besonderes. Er enthält den mehrfarbigen Urkataster (das Herzstück des gesamten Kartenwerks), der unter Kaiser Franz I. im Rahmen der ersten umfassenden Vermessung des Landes zu Zwecken der Besteuerung ab 1817 entstand. Die Katasterpläne wurden in mühevoller Arbeit unter Leitung des Kartographen Erich Kopecky vom Landesarchiv umgezeichnet und den modernen Erfordernissen des Städteatlas-Programms angepaßt. Neben dem Urkataster umfaßt der Atlas eine Umlandkarte, eine moderne Stadtkarte, die Wachstumsphasenkarte, die die Siedlungsentwicklung der Städte von den Anfängen bis zum Zeitpunkt der Katasteraufnahme zeigt, eine alte Stadtansicht, ein Bild des ältesten gut erhaltenen Stadtsiegels sowie wissenschaftliche Kommentare zu den einzelnen Karten.

Zwtl.: Grundlage für Denkmal- und Stadtbildpflege

Die Grundlage für die vergleichende Stadtgeschichtsforschung im Mittelalter und in der frühen Neuzeit wird mit diesem Kartenwerk erweitert. Doch über diesen historisch-wissenschaftlichen Zweck hinaus gibt der Atlas wertvolle Unterlagen für Stadtplanung, Denkmal- und Stadtbildpflege und ist überdies im Rahmen der Jugend- und Erwachsenenbildung verwendbar.

Die 1. Lieferung des österreichischen Städteatlas (Format 51 x 41 Zentimeter) kostet mit 19 Kartenblättern in Leinenmappe 1.440 S und ist im Buchhandel erhältlich. Die Städte sind aber auch einzeln (Mödling, Wels und Wiener Neustadt 248 S) in Kartonmappen zu bekommen. Wien kostet mit sieben Kartenblättern 468 S.

Die 2. Lieferung des österreichischen Städteatlas ist für 1985 vorgesehen und soll die Städte Bregenz, Hallein, Kufstein, Linz, Marchegg und Rust beinhalten. Insgesamt ist im Städteatlas-Projekt die Erfassung von etwa 60 österreichischen Städten geplant. (Schluß)
am/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Freitag, 3. Dezember 1982 Blatt 3502

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Vier neue Aktionen für Klein- und Mittelbetriebe
- Wiener Gesundheitsbericht erschienen
- Stacher: Es gibt keinen "Bettenberg"

Politik: (rosa)
- FPÖ: Wohnbauvolumen zu gering

Lokal: (orange)
- Erhebung für Abgabe auf unvermietete Wohnungen
- Schutzraumbau: Untersuchung für Stadtrandsiedlung geplant

Kultur: (gelb)
- Webern-Fest 1983 im Konzerthaus

Nur über FS:
- Gratz über den Stadtentwicklungsplan
- Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters
- Tankerunfall auf der A 2
- Massenkarambolage auf der Südost-Tangente

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Vier neue Aktionen für Klein- und Mittelbetriebe
Utl.: 39,5 Millionen für Innovationsförderung
=++++

3 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag vier neue Aktionen für Wiener Klein- und Mittelbetriebe. Durch diese Aktionen werden bis zu 50 Prozent der Kosten von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen ersetzt. Für 1983 stehen dafür 39,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Aktionen werden von der Wiener Innovationsgesellschaft betreut und durchgeführt.#

Die neuen Aktionen lauten:

o Forschungs- und Entwicklungs-Personalkostenzuschuß: Dafür stehen 20 Millionen für 1983 bereit. Für Löhne und Gehälter von Forschungs- und Entwicklungspersonal werden nicht rückzahlbare Zuschüsse bis zu 40 Prozent der Kosten gewährt, maximal jedoch 500.000 S pro Unternehmen und Jahr.

o Fertigungsüberleitungszuschuß: Unter bestimmten Voraussetzungen werden nicht rückzahlbare Zuschüsse von fünf Prozent der Kosten der Fertigungsüberleitung eines fertigen Prototyps gewährt. Die Förderung beträgt jedoch höchstens 125.000 S, Budgetmittel für 1983: 6 Millionen.

o Weiterentwicklung erfolgreicher Produkte: Damit sollen die Anpassung an Marktgegebenheiten und Qualitätsverbesserungen gefördert werden. Die Förderung beträgt fünf Prozent der Kosten, höchstens 125.000 Schilling. Budgetmittel für 1983: 6 Millionen.

o Beratungskostenzuschuß: Für Marketing-, betriebswirtschaftliche und technische Beratungen sowie Beratungen zur Designverbesserung werden Zuschüsse zwischen 30 und 50 Prozent der Kosten im Einzelfall jedoch maximal 150.000 S gewährt. Budgetmittel für 1983: 7,5 Millionen.

Die vier neuen Aktionen können ab 1. Jänner 1983 in Anspruch genommen werden. (Schluß) sei/ap

NNNN

Erhebung für Abgabe auf unvermietete Wohnungen
Utl.: Rückgabe der Erhebungsblätter bis 15. Dezember
=++++

4 #Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Mit 1. Jänner 1983 tritt in Wien die Abgabe auf unvermietete Wohnungen in Kraft. Zur Vorbereitung der neuen Abgabe hat die Finanzverwaltung Anfang Oktober dieses Jahres an rund 50.000 betroffene Liegenschaftseigentümer in Wien Erhebungsblätter ausgeschickt. Die Finanzverwaltung erinnert, daß diese Erhebungsblätter bis spätestens 15. Dezember dieses Jahres retourniert werden müssen. Bisher sind in der Finanzverwaltung rund 23.000 Erhebungsblätter eingelangt.# (Schluß) sei/gg

NNNN

FPö: Wohnbauvolumen zu gering
=++++
6 Wien, 3.12. (RK-POLITIK) Kritik am Wohnbauprogramm 1983 bis 1988 übte FPö-Gemeinderat Friedrich KUCHAR am Freitag in einem Pressegespräch. Den 27.500 vorgesehenen Wohnungen stehen etwa 30.000 Wohnungen gegenüber, die durch Abbrüche oder Wohnungszusammenlegungen verlorengehen. Die Wohnungssituation wird sich daher in Wien in Zukunft verschärfen. Für Gemeindemieter wird es noch längere Wartezeiten geben. Zwischen 1971 und 1980 wurden in Wien durchschnittlich 9.494 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt. Nun wird die Neubauleistung mit 5.500 Wohnungen pro Jahr drastisch sinken.

Gemeinderat Kuchar forderte, daß der Wohnbau in Wien nicht nur durch Wohnbauförderungsmittel des Bundes durchgeführt, sondern zusätzlich auch aus Budgetmitteln der Stadt angekurbelt wird. Auch auf dem Gebiet der Altstadterhaltung sei die Stadtverwaltung zu wenig aktiv. Wohnbaustadtrat HATZL soll mit modernen Marketingmethoden privaten Hausbesitzern das billige Geld aus der "Althausmilliarde" schmackhaft machen. Kuchar prognostizierte für 1982/83 die höchste Arbeitslosenzahl im Baugewerbe seit Jahrzehnten. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wiener Gesundheitsbericht erschienen (1)
Utl.: Mehr praktische Ärzte, niedrigste Säuglingssterblichkeit
=++++

8 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der praktischen Ärzte hat auf Grund verschiedener Förderungsmaßnahmen weiter zugenommen. Die Säuglingssterblichkeit hat mit 14,1 Promille ihren bisher niedrigsten Wert erreicht, die Geschlechtskrankheiten stiegen ebenso wie die Zahl der Herz- und Kreislauferkrankungen. Dies erklärte Donnerstag abend Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER anläßlich der Präsentation des Wiener Gesundheitsberichtes für das Jahr 1981 im Rahmen eines Pressegespräches.#

Laut Stacher wurde 1981 aber auch erstmals wieder ein Anstieg der Neuerkrankungen an aktiver Tuberkulose von 561 auf 600 Personen verzeichnet. Davon betroffen sind vorwiegend jüngere Menschen zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr. Ebenso ist der Anteil der Gastarbeiter bei den Erkrankten relativ groß.

Zwtl.: Überalterung der Ärzte gestoppt

Das Durchschnittsalter der in einer Praxis tätigen Ärzte konnte gesenkt werden. Auf Grund der vermehrten Niederlassung von jüngeren Ärzten beträgt dieses bei den praktischen Ärzten 55 und bei den Fachärzten 52 Jahre. Insgesamt gab es im Vorjahr in Wien 1.085 niedergelassene praktische Ärzte (1976 waren es 1.043). Dies bedeutet, daß 1.398 Einwohner auf einen praktischen Arzt kommen (1976: 1.545 Einwohner pro praktischen Arzt). 770 praktische Ärzte hatten einen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse (1976 waren es 742). 1981 haben sich insgesamt 55 praktische Ärzte neu mit einem Kassenvertrag niedergelassen. Da 49 ihren Vertrag zurücklegten, bedeutet dies eine Zunahme um sechs gegenüber dem Vorjahr. Die Verteilung der praktischen Ärzte ist in Wien bereits ziemlich ausgeglichen. So bestehen nur mehr im 10., 11., 12., 21. und 22. Bezirk Versorgungslücken. Diese erfreuliche Entwicklung ist laut Stacher auf die zahlreichen Förderungsmaßnahmen - Kreditaktion, Lehrpraxen etc. - innerhalb der letzten Jahre zurückzuführen.
(Forts.) zi/gg

NNNN

Wiener Gesundheitsbericht erschienen (2)
Utl.: Mobile Schwestern: 202.000 Hausbesuche
=++++

9 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) die 1975 als Modellversuch gestartete Aktion der "Mobilen Krankenschwestern" wurde verstärkt in Anspruch genommen. Im Rahmen der Aktion, die in sämtlichen Bezirken wiens durchgeführt wird, wurden von den 77 Diplomschwestern 202.377 Hausbesuche (1980 leisteten 75 Schwestern 182.053 Hausbesuche) bei 4.088 (1980: 3.935) patienten geleistet. Insgesamt wurden die Schwestern von 511 Ärzten (1980 waren es 487) als "verlängerter Arm" eingesetzt.

Zwtl.: Herz-Keislauferkrankungen - Todesursache Nummer 1

Die Zahl der Gestorbenen nahm in Wien geringfügig ab und zwar von 25.352 (1980) auf 25.247 Personen. Bei den Todesursachen halten nach wie vor die Herzkrankheiten mit 9.294 Sterbefällen (1980: 9.550) den Rekord gefolgt von krebsartigen Geschwüren, die bei 5.453 (1980: 5.466) Verstorbenen festgestellt wurden und Gefäßrkrankheiten mit 4.794 (1980: 4.688) Fällen. 250 Personen starben nach einem Verkehrsunfall mit einem Kraftfahrzeug. 1980 wurden für Gesamtösterreich rund 23.000 Fälle von Neuerkrankungen an Krebs gemeldet, wobei es sich dabei um ca. 80 Prozent der tatsächlich aufgetretenen Fälle handeln dürfte. Dabei wurde festgestellt, daß die häufigsten Krebsarten beim Mann Lungenkrebs, Prostatakrebs, Hautkrebs, Magenkrebs und Darmkrebs sind. Bei der Frau steht der Brustkrebs an der Spitze, gefolgt vom Darmkrebs, Gebärmutterkrebs, Haut- und Magenkrebs.

Zwtl.: Gesundenuntersuchung: Bluthochdruck und Schwerhörigkeit

Die Zahl der in den sechs städtischen Gesundenuntersuchungsstellen untersuchten Personen ist von 5.680 (1980) auf 5.950 (2.171 Männer und 3.779 Frauen) gestiegen. Bei 941 Untersuchten wurden Bluthochdruck, in 934 Fällen (!) Schwerhörigkeit bis Taubheit und bei 266 Untersuchten geschwulstverdächtige Befunde festgestellt. (Forts.) zi/ap

NNNN

Wiener Gesundheitsbericht erschienen (3)
Utl.: Geschlechtskrankheiten gestiegen
=++++
10 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Die Gesamtzahl der in ganz Wien gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist gegenüber dem Vorjahr um fast zehn Prozent gestiegen, wobei die Zahl der gemeldeten Erkrankungsfälle an Gonorrhoe (Tripper) von 3.118 auf 3.638 stieg und die der Lues von 622 auf 424 abgenommen hat. Nach mehr als 30jähriger Pause wurden im Vorjahr erstmals 41 Fälle von Ulcus molle (Weicher Schanker) in Wien registriert. Die Zahl der polizeilich gemeldeten Prostituierten ist 1981 um 80 auf 956 gestiegen. Deren Erkrankungshäufigkeit stieg gegenüber 1980 fast auf das Dreifache, auf nunmehr 29 Prozent. Neben den meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten stieg jedoch auch die Zahl ebenfalls sexuell übertragbarer Krankheiten wie etwa Pilzerkrankungen, Trichomoniasis usw.

Zwtl.: Prophylaxe für Mutter und Kind

Im Rahmen der Gesundheitsvorsorgeeinrichtungen für Mutter und Kind wurden 5.517 Neugeborene (das sind rund 37 Prozent) betreut. Ferner wurde die neue Sondermutterberatungsstelle im 18. Bezirk, Währinger Gürtel 141, eröffnet, wo ein Ärzteteam für entwicklungsdiagnostische Probleme zur Verfügung steht. 255 Kinder wurden untersucht und größtenteils weiterbehandelt. Ferner wurden in der vom Gesundheitsamt gemeinsam mit der Universitätskinderklinik durchgeführten "Ambulanz für pädiatrische Kardiologie" 3.787 Kinder untersucht und in 2.214 Fällen Herzfehler festgestellt.

Zwtl.: Seh- und Hörtests

In den Wiener Kindergärten und im Gesundheitsamt wurden bei Kindern ab dem dritten Lebensjahr Sehtests in Form von kostenlosen Reihenuntersuchungen durchgeführt. Insgesamt wurden 16.579 Kinder getestet. Fast 25 Prozent davon bedurften einer augenärztlichen Behandlung bzw. Kontrolle. Ebenso wurden bei Kindern ab dem fünften Lebensjahr Gehörtests durchgeführt. Von 10.596 getesteten Kindern war bei 10 Prozent das Hörvermögen beeinträchtigt. (Forts.) zi/gg

NNNN

Webern-Fest 1983 im Konzerthaus (1)
=++++

11 #Wien, 3.12. (RK-KULTUR) Anläßlich des 100. Geburtstages von Anton WEBERN veranstaltet das Wiener Konzerthaus in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien im Dezember 1983 ein Webern-Fest mit insgesamt neun Konzerten. Ein internationales Webern-Symposium und eine Ausstellung über die Wiener Schule - beide werden vom Wiener Webern-Verein organisiert - komplettieren das Programm im Konzerthaus anläßlich des Webern-Jubiläums, das Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK gemeinsam mit dem Generalsekretär des Konzerthauses, Dr. Hans LANDESMANN, Univ. Prof. Dr. Walter PASS (Webern-Verein) und Dr. Ernst HILMAR (Stadt- und Landesbibliothek) am Freitag in einer Pressekonferenz vorstellten.#

Das Webern-Fest wartet mit prominenten Mitwirkenden auf. neben den Wiener Spitzenorchestern - den Philharmonikern unter Zubin MEHTA und den Symphonikern unter Gennadij ROSCHDESTWENSKIJ - konzertieren das London Symphony Orchestra unter Claudio ABBADO - Solist dieses Konzertes ist Mauricio POLLINI-, das Orchester RAI Torino unter Friedrich CERHA der auch mit dem Ensemble "die reihe" ein Konzert bestreitet, sowie das "LASALLE-QUARTETT" und das Ensemble "INTERCONTEMPORAIN" mit Pierre BOULEZ. Neben der Musik Weberns kommen Werke von Ravel, Mahler, Bartok, Schönberg, Berg Zemlinksy, Varese und Boulez zur Aufführung.

Das Webern-Symposium behandelt als thematische Schwerpunkte das Gesamtwerk Weberns, die Quellengeschichte und Weberns Position im Musik- und Geistesleben seiner Zeit. Referenten werden aus Deutschland, Italien, Frankreich, England, Ungarn, USA und österreich erwartet. Das Symposium wird für Interessierte frei zugänglich sein. (Forts.)gab/ap

NNNN

Webern-Fest 1983 im Konzerthaus (2)
=++++

12 Wien, 3.12. (RK-KULTUR) Die Ausstellung im Konzerthaus beschränkt sich nicht auf Webern allein, sondern bezieht die gesamte Wiener Schule mit ein. Die als Wanderausstellung konzipierte Schau setzt sich aus Reproduktionen zusammen. In Wien werden jedoch zusätzlich Originalhandschriften und andere Dokumente von Schönberg, Berg und Webern zu sehen sein.

Zwtl.: Noch keine Einigung bezüglich "Sammlung Moldenhauer"

In der Pressekonferenz kam auch der geplante Ankauf des Webern-Archivs im Besitz von Dr. Hans MOLDENHAUER für die Wiener Stadt- und Landesbibliothek zur Sprache. Wie Kulturstadtrat Dr. Zilk berichtete, konnte mit Moldenhauer zwar eine Einigung über den Kaufpreis von 20 Millionen S erzielt werden, jedoch nicht über die vorgeschlagene Zahlung in fünf Jahresraten. Diesem Vorschlag zufolge hätten die Stadt Wien und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung jährlich je zwei Millionen S wertgesichert für die Sammlung bezahlt. Zilk versicherte, er werde sich weiterhin um die wertvolle Sammlung bemühen. (Schluß) gab/gg

NNNN

Stacher: Es gibt keinen "Bettenberg" (1)
Utl.: Fast 2.500 "Bundesländer-Betten"
=++++
13 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Gegen die immer wieder aufgestellte Behauptung, daß es in Wien einen sogenannten "Bettenberg" und um 3.000 Betten zu viel gibt, wandte sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag abend im Rahmen eines Pressegespräches. Laut Stacher gibt es derzeit eine jährliche Krankenhaushäufigkeit von 223,9 pro 1.000; die durchschnittliche Verweildauer konnte innerhalb der letzten Jahre auf 12,6 Tage gesenkt werden. Bei der gegenwärtigen Bevölkerungszahl von 1,56 Millionen Einwohner in Wien ergibt sich ein Bedarf von 13.825 Betten. Tatsächlich gibt es gegenwärtig in Wien, inklusive der Privatspitäler, 14.494 systemisierte und 13.267 tatsächlich aufgestellte Betten. Davon sind im Durchschnitt 2.446 Betten von Bundesländerpatienten belegt. Auf Grund dieser Zahlen könne daher, wie der Gesundheitsstadtrat erklärte, keineswegs von einem "Bettenberg" oder zu vielen Betten gesprochen werden.#

Dazu kommt noch die Tatsache, daß gerade in den letzten Jahren die Lebenserwartung der älteren Wienerinnen und Wiener wesentlich zugenommen hat und auch in den nächsten Jahren eine Zunahme des Anteils der über 70jährigen mit über 40 Prozent zu erwarten ist. Trotz der erfolgten Vermehrung der Pflegeheimplätze und Wohnheimplätze seit Erstellung des Zielplanes im Jahr 1975 ergibt sich damit ein wesentlich erhöhter Bedarf nicht nur an sozialen Diensten, sondern auch an entsprechenden Pflege- bzw. Wohnplätzen. (Forts.) zi/gg

NNNN

Stacher: Es gibt keinen "Bettenberg" (2)
Utl.: 10 Ärztinnen und Ärzte als "Pfleger" tätig
=++++

14 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Problem der Ausbildungsplätze für Jungärzte, erklärte Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher, daß eine diesbezügliche Lösung nur mit einer Vermehrung der Ausbildungsstellen in den Bundesländern erreicht werden könne. Gegenwärtig gibt es nämlich nur in Wien Ausbildungsmöglichkeiten für Medizinstudenten auch aus anderen Bundesländern, wodurch aber die Wartezeit auf einen Ausbildungsplatz in Wien zur Zeit eineinhalb Jahre beträgt. Im Gegensatz dazu werden zu den Ausbildungsplätzen in den Bundesländern nur "eigene" Ärzte zugelassen. Dies führt dazu, daß etwa in Niederösterreich nur Niederösterreicher, in Kärnten nur Kärntner usw. einen Ausbildungsplatz erhalten. Was Wien betrifft, so haben vor kurzem 10 Ärztinnen und Ärzte als Pfleger in städtischen Krankenanstalten zu arbeiten begonnen, wodurch deren Wartezeit abgekürzt werden, kann. (Schluß) zi/ap

NNNN

Schutzraumbau: Untersuchung für Stadtrandsieldung geplant

=++++

15 #Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Nachdem bereits das Stubenviertel in Wien im Rahmen einer vom Bautenministerium durchgeführten Untersuchung auf den möglichen Einbau von Schutzräumen untersucht wurde, soll nun eine ähnliche Untersuchung in einer Wiener Stadtrandsiedlung, wahrscheinlich in der Großfeldsiedlung, folgen: das kündigten Staatssekretärin Dr. Beatrix EYPELTAUER und Stadtrat Peter SCHIEDER Freitag bei einer Pressekonferenz zum Thema Schutzraumbau in österreich an. Wie dabei weiter festgestellt wurde, soll der Schutzraumbau in unserem Land stärker berücksichtigt werden. Für eine Vollversorgung der österreichischen Bevölkerung mit geeigneten Räumlichkeiten rechnet man mit 80 Milliarden Schilling.#

Schutzraumstudien des Bundes wurden bereits für ein kleines Dorf in Tirol, für eine Stadt (Steyr) und für ein Altstadtviertel in Wien durchgeführt. In Wien stellte sich dabei heraus, daß gerade in den Althäusern aus dem vorigen Jahrhundert oft geeignete Keller vorhaden sind, die mit relativ geringen Kosten - 4.500 bis 7.000 Schilling pro Person - als Schutzräume zu adaptieren wären. Bei Kellern, die statisch nicht ausreichend sind und die Trümmerlast des Hauses nicht aushalten könnten, muß man mit Kosten bis zu 15.000 Schilling pro Schutzraumplatz rechnen. Schutzräume müssen natürlich bestimmte Anforderungen - Splitter- und Trümmerschutz sowie Schutz gegen radioaktive Einwirkungen - erfüllen und sollen einen Aufenthalt von bis zu zwei Wochen ermöglichen.

Wie bei der Pressekonferenz außerdem betont wurde, gelte das frühere Prinzip des großen Schutzraums für mehrere tausend Menschen heute nicht mehr, vielmehr sollen kleine Einheiten, die rasch bezogen werden können, errichtet werden.

Ein reiner finanzieller Zuschuß löse das Problem der fehlenden Schutzräume in Wien allerdings nicht, meinte Schieder. Hier müsse man eine ernsthafte und durchführbare Lösung suchen. Nach der Untersuchung der Schutzmöglichkeiten in Althäusern - ein großer Teil der Wiener Altbauten könnte relativ leicht mit Schutzräumen ausgestattet werden - muß nun die Möglichkeit des Schutzraumbaus in Neubausiedlungen untersucht werden. (Schluß) hs/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 4. Dezember 1982 Blatt 3514

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa) Stadtentwicklungsplan: Hauptthemen "Grün" und "Verkehr"

Lokal: (orange) Wertmarken für Jahresnetzkarten erhältlich

Kultur: (gelb) Prämien für Kleingalerien

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Prämien für Kleingalerien
=++++
1 Wien, 4.12. (RK-KULTUR) Im Rahmen der Prämienaktion des Kulturamtes der Stadt Wien für Wiener Kleingalerien wurden im dritten Vierteljahr 1982 drei Galerien mit insgesamt 60.000 S prämiiert. Davon erhielten die Galerie Gabriel 23.530 S, die Galerie Winter 20.000 S und die Galerie Ariadne 16.470 S. (Schluß) gab/ap

NNNN

Stadtentwicklungsplan: Hauptthemen "Grün" und "Verkehr"
=++++

2 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Wünsche nach Ausbau von Grünflächen und Anliegen an die Verkehrsplanung - das sind die Schwerpunkte der Stellungnahmen zum Stadtentwicklungsplan, über den derzeit eine breite öffentliche Diskussion stattfindet. Planungsstadtrat Univ. -Prof. Dr. Rudolf WURZER gab dies am Wochenende in einem Interview für eine Wiener Tageszeitung bekannt. Bisher sind mehr als 1000 Antworten auf die Einladung eingelangt, bei der Stadtentwicklungsplanung mitzureden. Alle Stellungnahmen werden eingehend innerhalb der Stadtverwaltung geprüft. "Der Entwurf des Stadtentwicklungsplanes ist keineswegs bereits unabänderlich, Vorschläge können jedenfalls noch zu einer Änderung der nun vorliegenden Fassung führen", erklärte Stadtrat Wurzer.

In vielen Stellungnahmen wird ein weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs gefordert, und Maßnahmen gegen die Belastung durch den Individualverkehr werden von zahlreichen Wienern als dringend notwendig bezeichnet. Dabei müsse man berücksichtigen, sagte Wurzer, daß die für Ende 1988 prognostizierte Zahl an Pkw-Zulassungen mit 485.000 Personenwagen und Kombis bereits Ende des heurigen Jahres erreicht sein dürfte. Von den Grünplanern werden mehr Parkanlagen, Maßnahmen gegen Verschmutzung der Parks durch Hunde sowie die Erhaltung und Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels verlangt. Insgesamt könne man sagen, stellte Stadtrat Wurzer fest, daß kaum negative, sondern ausschließlich konstruktive Kritik in den Stellungnahmen enthalten sei. Die Antworten zu den Stellungnahmen werden dem Fachbeirat für Stadtplanung vorgelegt werden. Er sei zuversichtlich, daß nach den Bemühungen der Stadtplaner Schuster, Brunner und Rainer aufgrund des Stadtentwicklungsplans nun - erstmals wieder seit 1893 - ein umfassender Flächenwidmungsplan für das gesamte Stadtgebiet erstellt werden kann, sagte Stadtrat Wurzer weiter, und er erwarte, daß alle Fraktionen des Wiener Gemeinderates aus ihrer Sicht konkrete Stellungnahmen zum Stadtentwicklungsplan abgeben. Er verwies darauf, daß in Salzburg, Graz und Innsbruck der Stadtentwicklungsplan einstimmig beschlossen wurde. Nach seiner Beschlußfassung im Wiener Gemeinderat solle der Stadtentwicklungsplan eine Richtlinie für die Arbeit der Stadtverwaltung, ein Orientierungsrahmen für Investoren und nicht zuletzt eine wesentliche Information für die Bevölkerung sein, formulierte Wurzer abschließend. (Schluß) and/ap

NNNN

Wertmarken für Jahresnetzkarten erhältlich

=++++

3 Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Wie die Wiener Verkehrsbetriebe mitteilen, können Fahrgäste, die eine Jahresnetzkarte besitzen und die Wertmarke für 1983 gegen Barzahlung kaufen wollen, diese Wertmarke ab sofort in der Abteilung für Tarifangelegenheiten in Wien 6, Rahlgasse 3, zum Preis von 3.200 Schilling erwerben. Ab 13. Dezember ist sie auch in allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen erhältlich.

Wer erstmals eine Jahresnetzkarte erwerben möchte, kann sie in der Rahlgasse oder in einer betriebseigenen Vorverkaufsstelle bestellen. Die Bezahlung kann entweder durch monatliche Abbuchung von einem Bankkonto oder in bar erfolgen. Wer schon bisher eine Jahresnetzkarte im Abonnement hatte, erhält die neue Wertmarke automatisch zugeschickt.

In allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen gibt es außerdem Gutscheine für Jahresnetzkarten, sodaß man ein Jahr Freifahrt auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln Wiens auch jemandem schenken kann. (Schluß) ger/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

188

Montag, 6. Dezember 1982 Blatt 3518

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Zweite Diskussionsveranstaltung über Stadtentwicklungsplan
- Sozialreferat für "Sandler"
- Sorgen Sie vor!
- Weihnachtsfeiern für Einsame

Kommunal: (rosa)
- Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte

Lokal: (orange)
- Sportstättenleitplan für Wien fertig

Nur über FS:
- 3.12. Zweistündige Sperre des Handelskai
- 5.12. Kabelbrand bei der Linie "O"
- Feuerwehreinsatz bei tobender Frau
- 6.12. 20jährigen aus 30 Meter Höhe geborgen
- Partielle Sonnenfinsternis

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Sportstättenleitplan für Wien fertig

=++++

18 #Wien, 6.12. (RK-LOKAL/SPORT) Er bietet einen überblick über bestehende Sportanlagen, beschreibt bereits erstellte Projekte und zeigt auch auf, welche Sportstätten in den einzelnen Bezirken noch notwendig sind: der Sportstättenleitplan für Wien, der kürzlich fertiggestellt wurde. "Dabei geht es natürlich nur um Sportstätten im eigentlichen Sinn wie Fußballplätze, Tennishallen oder Schwimmbäder. Es gibt in Wien natürlich wesentlich mehr Möglichkeiten zur Sportausübung und zur sinnvollen Freizeitgestaltung, als der Sportstättenplan allein aufzeigt", betonte Sportstadtrat Peter SCHIEDER dazu. "Wanderwege, Radfahrmöglichkeiten, manche Wintersportanlagen wie etwa Rodelstraßen und das Gebiet der Donauinsel sind im neuen Sportstättenleitplan natürlich nicht enthalten."#

Der Leitplan zeigt nach Bezirken gegliedert, die derzeit im Bezirk vorhandenen Sportanlagen von Sportplätzen und ihrer Ausstattung über Schulsportanlagen bis zu Bädern, Tennisplätzen, Sporthallen oder - wie in Penzing - Schipisten. Er dokumentiert aber nicht nur den Ist-Zustand, sondern informiert auch über geplante künftige Projekte. Das Sportamt hat auch gemeinsam mit dem österreichischen Institut für Sportstättenbau errechnet, welcher Fehlbedarf theoretisch in einzelnen Bezirken vorhanden ist. In der Praxis ist wahrscheinlich mitunter der Weg zu einer Sportanlage im Nachbarbezirk küzrer als die Strecke zu einem eventuellen neuen Platz im eigenen Bezirk.

Der Sportstättenleitplan für Wien soll nun natürlich als Grundlage für die Planung neuer Sportanlagen in der Bundeshauptstadt dienen. Damit wird eine sinnvolle weitere Entwicklung des Sportstättenbaus garantiert. (Schluß) hs/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

6 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates (Vorsitz GR. MAYRHOFER, SPö) wurde Montag mit der Fragestunde begonnen.

Auf die 1. ANFRAGE von GR. Gabrielle TRAXLER (SPö), in welchen Branchen, nach Mädchen und Burschen getrennt, Lehrlinge untergebracht werden konnten, denen das Sonderprogramm der Stadt zugute kam, sagte StR. MAYR (SPö), daß der Wirtschaftsförderungsfonds insgesamt 1.353 Förderungszusagen gegeben hat. Die Zusagen erstrecken sich über eine breite Palette von Branchen. Eine Aufgliederung nach Geschlechtern wurde nicht vorgenommen, doch kann als Richtwert eine Beschäftigungsquote von etwa 46 Prozent Mädchen und 54 Prozent Burschen angenommen werden.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, wieviele Lehrlinge derzeit in Beschäftigung stehen und wieviele arbeitslos sind, sagte Mayr, er könne die erste Frage nicht beantworten, da der Stichtag für die Zählung der 31. Dezember ist. Mit Stand Oktober gibt es in Wien 968 stellensuchende Lehrlinge und 316 offene Stellen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob im nächsten Jahr die Statistik für Mädchen und Burschen getrennt erstellt werden kann und ob das Sonderprogramm fortgeführt wird, sagte MAYR, bezüglich der Statistik werde man sich bemühen, das Sonderprogramm werde bei Bedarf sicher fortgeführt. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

7 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 2. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), in welcher Weise den zur Diskussion gestellten Alternativvorschlägen für den Bau der U 3 im dritten Bezirk Rechnung getragen wird, sagte StR. Ing. HOFMANN (SPö), daß alle Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit überprüft werden.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, wieweit bisher Alternativprojekte untersucht wurden, sagte HOFMANN, die Arbeit an der U 3 wird auf der Basis des generellen Projektes fortgeführt, das die Zustimmung aller Fraktionen hat.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, wie hoch der Ausfall an Steuern durch den U-Bahn-Bau sein werde und wieviel man für Stützungsaktionen zahlen werde, sagte HOFMANN, daß die Stützungen wie in anderen Bereichen des U-Bahn-Baues gehandhabt werden würden. Die immer wieder ins Treffen geführte geschlossene Bauweise sei aus technischen Gründen in diesem Bereich nicht möglich. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

8 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die 3. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), ob aktuelle Berechnungen über die künftigen Betriebskosten des neuen AKH vorliegen, die jünger als sechs Monate sind, verneinte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER. Auf die 1. ZUSATZFRAGE, welchen Prozentsatz des Gesundheitsbudgets die AKH-Betriebskosten ausmachen werden, sagte Stacher, daß absolute Zahlen nicht genannt werden können. Die Kosten im Gesundheitsbereich sind - bei ständig steigenden Leistungen - im Steigen. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob er sich für die Erhaltung der HNO-, der 1. Medizinischen und der Neurologischen Klinik des AKH, die ein Ensemble bilden, einsetzen werde, antwortete Stacher, daß diese Frage geprüft wurde. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Gebäude nicht erhaltungswürdig sind. Zu den Gründen gehören die hohen Kosten, ein noch größeres Volumen des neuen AKH und der Verlust von Grünflächen.

Auf die 4. ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) nach dem aktuellen Stand der Erhaltungsmaßnahmen der im Besitz der Firma Kallinger stehenden Althäuser gab Stadtrat Dr. ZILK einen umfangreichen Überblick über Revitalisierungsmaßnahmen:

Judenplatz 2: Der denkmalgeschützte Teil wird revitalisiert, die Umbauarbeiten sind in vollem Gang und werden bis Frühjahr 1984 fertig sein.

Jordangasse 9: Hier stehen die Umsiedlungen unter Wahrung der Rechte der Mieter vor dem Abschluß. Voraussichtlich im kommenden Jahr wird dieser Bereich wieder den altgewohnten, denkmalgeschützten Anblick bieten.

Stiftgasse 33: Ein Revitalisierungsprojekt wurde erstellt, die Baudauer wird eineinhalb Jahre betragen. 19 Wohnungen und drei Geschäftslokale sollen entstehen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

9 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Bei dem denkmalgeschützten Haus Schlösselgasse 5 stehen, wie Zilk ausführte, die Bauarbeiten vor dem Abschluß. Im Bereich Roter Hof 12-16 sind Revitalisierungsmaßnahmen im Sinne der Denkmalpflege vorgesehen. Auch das denkmalgeschützte Objekt Wasagasse 21 soll revitalisiert werden.

In der Taborstraße 23 (GESIBA) verlaufen die Arbeiten plangemäß und werden spätestens im April 1984 fertig sein.

Für das Ronacher liegt nun ein Baubescheid vor, gegen den von Anrainern allerdings Einspruch erhoben wurde.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob alle Baumaßnahmen im Einvernehmen mit den Mietern erfolgen, antwortete Zilk, dies sei, soweit er es feststellen könne, der Fall. Durch den Wechsel an der Spitze der Hausinhabung wurde eine neue Basis geschaffen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

10 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 5. ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), ob im Rahmen der Ausweitung der Aktivitäten der Artothek auch die Möglichkeit des Kaufes dieser Bilder geplant sei, sagte StR. Dr. ZILK (SPÖ), daß er dies weiterhin ablehne. Die Bilder, die aus Förderungsgründen, aus archivarischen und künstlerischen Beweggründen für die Stadt Wien aufgekauft worden seien, dürfen nicht verkauft werden. Außerdem sei ein solcher Verkauf auch eine Schädigung für den Wiener Kunsthandel. Für die Weiterentwicklung der Wiener Kunstszene sei es aber unbedingt nötig, daß der Kunsthandel funktioniert. Als erfreulich bezeichnete es ZILK, daß die Zahl der Galerien in Wien in den letzten Jahren von 15 auf 50 gestiegen ist.

In der Artothek wurden und werden Bilder verkauft, soweit sie nicht aus dem Besitz der Stadt Wien stammen, sondern von Kunstgalerien oder Künstlern selbst zur Verkaufsvermittlung angeboten werden. Die Artothek hat eine erfreuliche Entwicklung aufzuweisen. Die Entlehnquote ist um 50 Prozent gestiegen. Derzeit gibt es 826 ständige Entlehner.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, welche zusätzliche Kosten durch die Ausweitung der Aktivitäten der Artothek auf die Außenbezirke zu verzeichnen sei, sagte ZILK, es fallen lediglich minimale Transportkosten an.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob eine Zusammenarbeit mit den städtischen Büchereien und anderen Kulturinstitutionen in den Bezirken möglich sei, sagte ZILK, daß er dies gezielt von Bezirk zu Bezirk versuche. Derzeit gäbe es eine gute Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Ottakring. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

11 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 6. ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPö), ob sich das System der Ausfallshaftung anstelle der Subventionen bewährt habe, sagte StR. ZILK, daß er positive Erfahrungen damit gemacht habe. Bei der Ausfallshaftung geht es darum, daß kein fixer Betrag wie bei der Subvention zur Verfügung steht, sondern lediglich eine Förderung bis zu einem Maximalrahmen gewährt wird. Es ist dies ein starker Ansporn für Veranstalter, ihre Planung sparsamer zu gestalten. Die Kontrolle der Abrechnung sei mindestens genauso streng wie bei den Subventionen. Außerdem hat das System der Ausfallshaftung dazu geführt, daß Mittel zurückfließen und damit erneut kulturelle Aktivitäten unterstützt werden können.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob die Veranstalter dem System der Subventionen nachtrauern, meinte Zilk, daß die Bereitschaft zum Sparen gestiegen sein. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

13 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 7. ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), ob er über den Inhalt des Gutachtens der MA 22, das das Rinter-Projekt kritisch beurteilte, mit Bürgermeister GRATZ und dem damals zuständigen amtsführenden Stadtrat gesprochen habe, antwortete StR. SCHIEDER, er habe nicht mit dem Bürgermeister, wohl jedoch mit dem Stadtrat gesprochen. Auf die ZUSATZFRAGE, warum er nicht mit dem Bürgermeister und dem Stadtrat gesprochen hat, obwohl es erhebliche Bedenken gab, antwortete Schieder, er habe nicht mit dem Bürgermeister, aber mit dem zuständigen Stadtrat gesprochen. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, warum er sich nicht für die Erstellung eines übergutachtens eingesetzt habe, mit dem überprüft hätte werden können, ob die Bedenken gerechtfertigt sind, antwortete Schieder, daß sich das Gutachten der MA 22 trotz einiger Bedenken grundsätzlich positiv zur Rückgewinnung geäußert hat.

Auf die 8. ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), wie viele Baumpflanzungen 1982 in Wien durchgeführt wurden, antwortete StR. Schieder, daß er nur die städtischen Baumpflanzungen nennen könne, weil es keine Meldepflicht für Baumpflanzungen gibt. Von der Stadt Wien wurden 110.827 Bäume gepflanzt, und dies, obwohl im vergangenen Jahr eine große Baumpflanzaktion stattgefunden hat. Zu den Baumpflanzungen in seinem Bereich kommen noch jene der Stadtwerke, der Landwirtschaftsbetriebe und andere. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

14 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 9. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL, wann mit der Fertigstellung des verbesserten Hochwasserschutzes zu rechnen ist, antwortete StR. SCHIEDER, daß die für die Verbesserung des Hochwasserschutzes wesentlichen Elemente am linken Ufer zur Gänze fertiggestellt sind (hier waren die Maßnahmen besonders wichtig). Die Arbeiten zur Vergrößerung des Durchflußprofils erfolgen innerhalb des Zeitplanes. Am rechten Ufer wird der Bauablaufplan im wesentlichen eingehalten. Obwohl es dort im unteren Bereich noch Verhandlungen mit den Bundesbahnen gibt, sind die Vorarbeiten bereits so weit gediehen, daß mit den Bauarbeiten eventuell im nächsten Jahr begonnen werden kann. Die Abflußsicherheit beim Hochwasserschutz wird 1983 gegeben sein.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, welche Auswirkungen sich aus den wiederholten Kürzungen der Budgetmittel für diesen Bereich ergäben, antwortete StR. Schieder, daß sich Verzögerungen ergeben, aber nicht hinsichtlich der Hochwassersicherheit, sondern nur bei Ausgestaltungen oder Komplettierungen, die die Sicherheit nicht beeinflußen. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, welche konkreten Auswirkungen die Halbierung der Mittel für den Hochwasserschutz im 2. Bezirk bringen wird, antwortete StR. Schieder, daß es im 2. Bezirk bisher wohl bei Hochwasser Belästigungen gegeben hat, aber keine Gefahr wie am linken Ufer. Wenn im kommendne Jahr weniger gebaut wird, dann nicht deshalb weil weniger Mittel zur Verfügung stünden, sondern weil es die noch laufenden Verhandlungen mit den Bundesbahnen nicht zulassen, mehr Mittel einzusetzen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Fragestunde
=++++

15 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 10. ANFRAGE von GR. Margarete TISCHLER (SPö), ob es überlegungen seiten des Stadtgartenamtes für eine effizientere Betreuung der Grünanlagen in den städtischen Wohnhausanlagen gibt, sagte StR. SCHIEDER (SPö), daß überlegungen angestellt werden, die Erhaltungsmaßnahmen für die Grünanlagen in die Verwaltung der Bewohner zu übertragen.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob bereits diesbezügliche Koordinierungsgespräche mit der Wohnhausverwaltung und der Vertretung der Gemeindemieter stattgefunden haben, sagte SCHIEDER, daß es bereits Verhandlungen zwischen dem Stadtgartenamt und der Wohnhausverwaltung gegeben hat. Weitere Schritte wird die Wohnhausverwaltung übernehmen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob es bereits derartige Betreuungsversuche durch die Bewohner gibt, die sich bewährt haben, sagte SCHIEDER, es hat erst kleinere örtliche Versuche gegeben, die sich jedoch bewährt haben, da die Bewohner mit viel Liebe "ihre Grünflächen" betreuen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Fragestunde
=++++

16 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 11. ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), aufgrund welcher Kriterien der Fragenkatalog der Umwelterhebung 1982 der Magistratsabteilung 22 erstellt wurde, sagte StR. SCHIEDER, daß man sich dabei der Erfahrungen der im Jahr 1973 durchgeführten Umwelterhebung bedient hat. Diese Umwelterhebungen stellen die einzige Möglichkeit dar, einen repräsenativen Meinungsquerschnitt der Bevölkerung zu Fragen der Luftreinhaltung, der Verkehrsbelästigung und der Grünpolitik zu erhalten. Um die Fragestellung zu optimieren, wurden vor der Umwelterhebung 1982 Probebefragungen durchgeführt. Die Ergebnisse der Umwelterhebung sind sowohl für die Grünpolitik wie auch für die Stadtplanung von großem Wert. Die Aktion kann international als beispielhaft gelten.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, warum in der Frage nach der Geruchsbelästigung keine kommunalen Anlagen als möglicher Belästigungsfaktor erwähnt wurden, sagte Schieder, jeder Befragte sei in der Lage gewesen, jede Belästigung - auch durch kommunale Unternehmen einzutragen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob bestimmte Fragen der Umwelterhebung mit dem Datenschutz zu vereinbaren seien, sagte Schieder, daß es den Befragten ja freistehe diesbezügliche Einsicht zu verweigern. (Ende der Fragestunde). (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Anfragen und Anträge
=++++

17 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen sieben ANFRAGEN der öVP vor. Außerdem lagen ein ANTRAG der öVP betreffend die Ansprachen bei Jungbürgerfeiern, ein ANTRAG der SPö betreffend Verkehrsberuhigung in Gersthof und ein ANTRAG der Bezirksvertretung des 20. Bezirkes betreffend die Anpassung des Betriebsschlusses der Autobuslinien 10 A und 11 A an die U-Bahn vor.

Zwtl.: Neues Mitglied des Gemeinderates

Anstelle von GR. Dkfm. AMMANN (öVP) der in den Vorstand der Wiener Holding berufen wurde, wurde Mag. Dipl.-Ing. REGLER (öVP) als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt.

Der neue Gemeinderat wird dem Ausschuß Straße, Verkehr und Energie angehören. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr
=++++

19 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Zahlen des Wiener Budgets 1983 ergeben das Bild einer aktiven kommunalen Verwaltung, die erfolgreich bemüht ist, die großen Probleme einer Millionenstadt zu lösen, erklärte Stadtrat Hans MAYR (SPÖ) in seiner Budgetrede. Es ist gelungen, die Fremdmittelaufnahmen geringer zu halten als 1982, den Abgang der Verkehrsbetriebe zu stabilisieren, die Fortsetzung des U-Bahn-Baues zu garantieren und wesentlich mehr Mittel als 1982 für den sozialen Sektor, für den kommunalen Wohnbau und die Instandhaltung zur Verfügung zu stellen.

Das Budget sieht Einnahmen von 60,6 Milliarden und Ausgaben von 65,6 Milliarden bei einem Abgang von 5 Milliarden vor. Die Einnahmen steigen gegenüber 1982 um 5,6 Prozent, die Ausgaben um 5,8 Prozent. Bei der Schätzung ist man, so Mayr, sehr sorgfältig vorgegangen, und so kann man annehmen, daß der ausgewiesene Abgang von 5 Milliarden nicht überschritten, wenn nicht sogar unterschritten wird. Für das heurige Jahr zeichnet sich bereits ab, daß der im Budget ausgewiesene Abgang von 4,6 Milliarden mit Sicherheit nicht überschritten wird. Diese realistische Budgeteinschätzung geht auf die "Wiener Tradition" zurück, die Einnahmen vorsichtig, die Ausgaben eher an der oberen Grenze einzustufen.

Nach Mayr sind 1983 im Budget 18,6 Milliarden an direkt nachfragewirksamen Ausgaben enthalten - um 5,38 Prozent mehr als 1982. Es ist somit gelungen, den realen Wert dieser direkt beschäftigungswirksamen Ausgaben zu halten. Damit leistet die Stadt Wien - wie in den vergangenen Jahren - einen hohen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze. Mayr: "Ein Geheimnis des erfolgreichen Wiener Weges liegt wohl darin, daß wir uns weniger im Abschicken von Protesttelegrammen üben, sondern in Übereinstimmung mit der Bundesregierung eigene Aktivitäten setzen." (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr
=++++

20 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) 1982 waren zwei wirtschaftspolitische Maßnahmen besonders erfolgreich: die Wiener Lehrplatzförderung und die Tätigkeit des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds. Im November wurde von Bürgermeister GRATZ ein Wiener Sonderprogramm für die Bauwirtschaft angekündigt, dessen Details nunmehr in Ausarbeitung sind. Durch mehr Geld für die Stadt- und Wohnungserneuerung, durch einen rascheren Ausbau des Fernwärmenetzes und durch eine Forcierung des U-Bahn-Baues sollen zusätzliche Mittel für die Bauwirtschaft bereitgestellt werden, ohne daß das Budget damit belastet wird.

Schwerpunkte des Budgets 1983 sind der öffentliche Verkehr, der Wohnbau und die Stadterneuerung, die Krankenanstalten, soziale Belange und die umfangreichen Freizeit-, Bildungs- und Kulturaktivitäten.

Im Budget sind 7,7 Milliarden für die öffentlichen Verkehrsmittel enthalten. Hervorzustreichen ist, daß der Abgang der Wiener Verkehrsbetriebe mit 1.909 Millionen stabilisiert werden konnte. Für den U-Bahn-Bau stehen 1.551 Millionen zur Verfügung. Davon entfallen 1.131 Millionen auf die neuen Linien U 3 und U 6. Der Bundeszuschuß macht 513 Millionen aus, weitere 130 Millionen vom Bund kommen aus der KFZ-Steuer.

Zu den Spitälern betonte Mayr, daß Wien eine leistungsgerechte Verteilung der Gelder aus den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds begrüßt. Die im nächsten Jahr zu erwartenden, zusätzlichen Gelder des Bundes und der Sozialversicherung werden bereits nach einem leistungsbezogenen Modell aufgeteilt. Wien wird davon rund 30 Prozent bekommen, weil es gut geführte Spitäler mit hohen Leistungen besitzt.

Wien kommt seinem Ruf als soziale Stadt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nach. Die Sozialausgaben steigen von 2.234 Millionen im heurigen Jahr auf 2.690 Millionen im nächsten Jahr. Sparsamkeit darf nicht bei jenen Gruppen beginnen, die sich in der Gesellschaft nur schwächer artikulieren können, erklärte Mayr.
(Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Budgetrede von Stadtrat Mayr
=++++

21 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Einen weiteren Schwerpunkt des Budgets stellt der Wohnbau und die Erhaltung dar. 1982 wird in Wien mit rund 8.000 geförderten Neubauwohnungen eine Spitzenleistung erzielt. 1983 sind für den kommunalen Wohnbau 3.320 Millionen vorgesehen. Im Rahmen der Wohnbauförderung werden an Dritte wie Genossenschaften 2.381 Millionen ausgegeben. Für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser sind 1.154 Millionen eingeplant, 1982 waren es 919 Millionen, 1981 695 Millionen.

Abschließend betonte StR Mayr, daß die Neuverschuldung unter Berücksichtigung der Stadtwerke 1983 geringer sein wird als 1982. 1982 waren im Budget 5,1 Milliarden an Fremdmittelaufnahmen enthalten, 1983 sind es mit 4,4 Milliarden um 700 Millionen weniger. Obwohl der Abgang des Budgets 1983 mit 5 Milliarden um 400 Millionen höher ist als 1982, fällt damit die Situation um 300 Millionen günstiger aus als 1982.

Der Schuldenstand der Stadt Wien wird Ende 1982 40,3 Milliarden ausmachen. Davon entfallen auf die Wiener Stadtwerke 17 Milliarden, auf die Hoheitsverwaltung 14,1 Milliarden und auf Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds 9,2 Milliarden. Durch die im Budget vorgesehenen Fremdmitttelaufnahmen ohne Abgangsdeckung wird sich dieser Schuldenstand in Jahr 1983 auf 42,3 Milliarden erhöhen. (Forts.) sei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Generaldebatte
=++++

22 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) schloß sich einleitend dem Appell von Finanzstadtrat MAYR an, alles zu unternehmen, daß die VEW-Zentrale weiterhin in Wien bleiben soll.

Der Budgetvoranschlag für 1983 zeige, daß sich die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen weiter öffne. Schon 1984 wird es für Investitionen keine Eigenfinanzierung mehr geben, und die Stadtverwaltung müsse dann auf Fremdmittel zurückgreifen. Die neue Spargesinnung, die nun gepredigt werde, wird jedoch in der Praxis nicht durchgeführt. Den ungedeckten Abgang von mehr als fünf Milliarden bezeichnete GR. Hirnschall als neuen Negativrekord. Es komme zu diesem Fehlbetrag, obwohl im kommenden Jahr die Investitionen einen Tiefstand erreichen und der Gesamtschuldenstand die 40 Milliarden-Grenze überschreiten werde.

HIRNSCHALL warf Finanzstadtrat Mayr vor, das offene Debakel um ein Jahr hinauszuschieben. Denn, hätte er die Ansätze für Investitionsvorhaben im kommenden Jahr so angesetzt wie sie noch im Finanz- und Investitionsplan 1982 bis 1987 vorgesehen waren, dann würde der ungedeckte Abgang weit mehr als sieben Milliarden ausmachen. Es sei eine Illusion zu glauben, daß 1984 alle diese Investitionen nachgetragen werden können, da keinerlei Einnahmensteigerungen zu erwarten sind. "Welchen Wert hat eine mehrjährige Investitionsplanung", fragte GR. HIRNSCHALL, "wenn schon kurz darauf die Ansätze nicht mehr stimmen."

Als Beispiel der Verschwendungspolitik nannte der FPÖ-Klubobmann den Bau des Konferenzzentrums, dessen Finanzierung noch immer nicht gesichert sei, die Brigittenauer Brücke, den Kauf des wertlosen Rinter-Müllzeltes und die vielen Millionen für EBS und Abwasserbeseitigung. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Generaldebatte
=++++

23 Wien, .6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL bezeichnete es als Zumutung, daß die Stadt Wien für die Kosten des VIP-Clubs im Stadion des Bautenministers Sekanina mehr als eine Million an Zinsenstützung aufbringen soll, während derzeit diskutiert und noch immer nicht entschieden ist, ob den Bedürftigen der Stadt Wien ein Heizkostenzuschuß von 250 oder 500 S gegeben werden soll.

Die tägliche Praxis zeige, daß die Wiener Bürger auch weiterhin keine Sicherheit haben, daß ihre Steuergelder sinnvoll verwendet werden. Daher werde die Freiheitliche Partei dem Budget 1983 die Zustimmung verweigern, schloß GR. HIRNSCHALL. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Generaldebatte
=++++

25 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) erklärte, das zur Diskussion stehende Budget sei das 10., das gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen werden soll. Noch nie seien die negativen Auswirkungen des Bundesbudgetes auf das Wiener Budget so deutlich geworden, wie jetzt. 1973 habe die Investitionsquote 22 Prozent betragen, 1983 liege sie nur mehr bei 13,7 Prozent. Spätestens 1990, vielleicht auch schon 1986/87, werden alle Fremdmittelaufnahmen für den Schuldendienst benötigt werden. Die Investitionsrate sinke ständig, während die Steuerbelastungen fortwährend steigen. Darum habe die ÖVP die Budgets immer abgelehnt, sagte Hahn. Und während die Gebühren und Tarife erhöht werden, sinken notwendige Investitionsraten. Er kritisierte das Nichtfunkionieren bei den EBS und bei Rinter und wandte sich gegen zu geringe Bauraten beim AKH-Neubau.

GR. Hahn erklärte, die Gemeinde Wien habe durch die Einhebung eines Erhaltungsbeitrages jährlich 700 Millionen Mehreinnahmen. Davon würden jedoch nach den bisherigen Beschlüssen nur 385 Millionen verbraucht. Hahn brachte daher den ANTRAG ein, die Einnahmen aus dem Erhaltungsbeitrag, die im laufenden Jahr nicht verbraucht werden, einer Sonderrücklage zuzuführen. In einem weiteren ANTRAG verlangte Hahn, in Wien eine Wohnstarthilfe einzuführen, durch die jungen Menschen zum Erwerb einer Alteigentums-, Genossenschafts- oder einer Althauswohnung ein besonders zinsengünstiges bzw. zinsengestütztes Darlehen bis 100.000 S erhalten sollen.

Das Budget 1983 sei das Eingeständnis einer verfehlten sozialistischen Politik in den letzten Jahren, sagte Hahn abschließend. Die Bedeckung wichtiger Aufwendungen für Müll, Kanal, Wasser, Luftreinhaltung und Infrastruktur sei nicht gewährleistet. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Generaldebatte
=++++

26 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Indem die ÖVP den allmählichen Rückzug des Staates aus der Gesellschaft fordert, nähert sie sich dem "Spiel der freien Kräfte", daß den Starken unterstützt und den Schwachen sich selbst überläßt, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Diese Auffassung der ÖVP, die die SPÖ niemals teilen wird, kommt auch in der Ablehnung des Budgets durch die Opposition zum Ausdruck. Seit 1978 hat die ÖVP mit immer wiederkehrenden Argumenten das Budget der Stadt Wien abgelehnt. Kritisiert werden die steigende Verschuldung, die Einnahmenpolitik und die Schwerpunktsetzung. Allerdings verrät die ÖVP nicht, in welcher Form die Geldmittel hereinkommen sollen, um die Vorschläge der Opposition realisieren zu können.

Vergleicht man den Schuldenstand zu den Gesamtausgaben, so beträgt er in Wien 49,6 Prozent, in Graz 66,8 Prozent, in Klagenfurt 155,2 Prozent und in Innsbruck 159,6 Prozent. Je schwärzer die Politik, desto finsterer sind die Finanzen, meinte Edlinger. Die Stadt Wien soll ihren Einnahmenrahmen reduzieren, gleichzeitig mehr Geld ausgeben und dabei noch den Schuldenstand verringern. Dies sei einfach unmöglich.

Mit dem Stadtentwicklungsplan 2000 sei ein Zielkonzept für die nächsten 20 Jahre erstellt worden, an dessen Verwirklichung die SPÖ mit Optimismus herangeht. Die ÖVP hat sich zu diesen Zielvorstellungen noch nicht geäußert, bezweifelt jedoch ihre Realisierung. In der Stadtpolitik sei kein Platz für kleinmütigen Pessimismus. Die Schwierigkeiten der Weltwirtschaftskrise verspüren alle Staaten. In den konservativ regierten Ländern sind die Inflations- und Arbeitslosenraten jedoch am höchsten. Es sei ein großer Unterschied, ob es um das Profitinteresse des Kapitals oder ob es um die Interessen der Menschen geht. Die Sozialdemokraten haben sich für die Interessen der Menschen entschieden. (Forts.)
ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Generaldebatte
=++++

27 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Was man von einer ÖVP-Regierung erwarten müsse, kann man aus verschiedenen Broschüren und Aussagen von ÖVP-Politikern entnehmen. ÖVP-nahe Wirtschaftsexperten sprechen von "einer heilsamen Wirkung temporärer Arbeitslosigkeit". Die konservative Regierung in Deutschland habe zunächst 10 Milliarden DM mehr Schulden gemacht, die Mehrwertsteuer erhöht und die Erhöhung der Pensionen gestrichen. In Amerika will Präsident Reagan nun sogar auch die Arbeitslosen zur Kasse bitten.

GR Edlinger kritisierte die ÖVP-Haltung zur verstaatlichten Industrie, der, "Sterbehilfe" gewährt werden soll. Durch die verstaatlichten Betriebe hat auch die Privatindustrie an Aufträgen profitiert. Auch Klein- und Mittelbetriebe werden großzügig gefördert. In den letzten eineinhalb Jahren wurden 1,7 Milliarden für Wirtschaftsförderung ausgegeben. Die ÖVP spricht sich in ihrer Wirtschaftsbroschüre für die verstärkte Zusammenarbeit der Ostregion für den Verkehrsverbund aus. Der Verkehrsverbund ist bisher immer am Einspruch der Niederösterreichischen Landesregierung gescheitert, erinnerte GR Edlinger. Bei der Müllverwertung habe sich gezeigt, daß es ein Fehler ist, Privaten kommunale Aufgaben zu Überantworten. Zielführende Umweltpolitik muß so betrieben werden, daß vor allem die Verursacher herangezogen werden. Gesellschaftspolitische Aufgaben lassen sich nicht durch das "freie Spiel der Kräfte" regeln. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

28 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) bezeichnete den von Stadtrat MAYR vorgelegten Voranschlag 1983 als ein "Budget der versäumten Möglichkeiten". Man habe in den vergangenen Jahren den Budgetspielraum vertan, sodaß nun die Investitionen eingeschränkt werden müssen, was zu weiterer Arbeitslosigkeit beitrage. Es ermangle Wien an einer sparsamen und rationellen Verwaltung. Einer Ausweitung des Dienstpostenplans stünden stark steigende Gebühren für Energie, Wasser, Müllabfuhr und öffentlichem Verkehr gegenüber. Dadurch würden viele Menschen an die Grenze der Armut getrieben, was an den stark steigenden Ausgaben für Sozialhilfe abzulesen sei.

Besonders kritisierte WÖBER die "einseitige Investitionspolitik der Großprojekte". Während etwa beim Bau des Konferenzzentrums mit einer Milliarde S 860 Menschen beschäftigt werden könnten, seien es im Bereich der Stadterneuerung 2.000 Menschen. Gerade auf dem Wohnungssektor wäre es also möglich, durch volkswirtschaftslich rentierliche Investitonen einen großen Beschäftigungseffekt zu erzielen. Da überdies in Wien 270.000 Wohnungen sanierungsbedürftig seien, würde es auf jeden Fall sinnvoll sein, das Wiener Budget in Richtung Stadterneuerung umzustrukturieren. Einen Beginn könnte man bei den Gemeindebaumietern machen, indem man diese durch mehr Mitwirkungs- und Mitspracherecht zur Stadterneuerung motiviere. In diesem Sinn stellte WÖBER einen ANTRAG, den Mietern von Gemeindebauten die Möglichkeit zu geben, über die konkrete Verwendung des Erhaltungsbeitrages selbst mitzuentscheiden und auch gewisse Bauüberwachungs- und Kontrollfunktionen übernehmen zu können. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

29 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) richtete an die ÖVP die Aufforderung, konkret zu sagen, welche Dienstposten sie einsparen möchte und nicht nur allgemein von Einsparungen zu reden. Im Sozial- und Gesundheitswesen kommen Personalverringerungen keinesfalls in Frage, betonte DINHOF. Die Steigerung der Ausgaben bei den Sozialhilfen hat ihre Ursache in der weltweiten Wirtschaftssituation. Den Ärmsten zu helfen, ist für Sozialisten eine Selbstverständlichkeit. Er sei froh darüber, sagte DINHOF, daß heute auch die ÖVP für eine rasche Fertigstellung des AKH eintritt. Für die sozialen Dienste verschiedene Vereine heranzuziehen, die von der öffentlichen Hand subventioniert werden, ist ein in Wien bereits seit langem eingeschlagener Weg.

GR. WIESINGER (SPÖ) wies den Vorwurf zurück, daß die Politik der SPÖ zur Vermehrung der Armut in unserer Stadt beitrage. Die Politik der Vollbeschäftigung in einer Zeit großer weltwirtschaftlicher Schwierigkeiteen war gerade in Wien und in Österreich bisher erfolgreich. Die Arbeitslosenrate konnte auf einem außerordentlich niedrigen Niveau gehalten werden. Auch das Budget 1983 wird dazu beitragen, das Mögliche in dieser Stadt zu erreichen. Zur Frage des Finanzausgleichs stellte WIESINGER fest, daß im Laufe einer Legislaturperiode der Umfang eines ganzen Jahreshaushaltes von Wien in die anderen Bundesländer fließe. Der ÖVP warf WIESINGER innere Widersprüche vor. So sei die niederösterreichische ÖVP gegen den Wiener U-Bahn-Bau, die Wiener ÖVP dafür. Präsident Dittrich und Industrielle seien für Großprojekte, Busek sei dagegen.

Die ganze Erfindungsgabe der ÖVP in den letzten zehn Jahren bestand im Neinsagen. In diesem Jahrzehnt wurden große Leistungen vollbracht, von der Donauinsel über die UNO-City, die U-Bahn, Fußgängerzonen, große Wohnbauten, Straßen und Brücken, den Ausbau der sozialen Dienste, die Schaffung von Grünflächen und Erholungseinrichtungen bis zur Sicherung der Energieversorgung.
(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Finanzen- und Wirtschaftspolitik
=++++

30 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) verwies darauf, daß alles, was in dieser Stadt geschaffen wurde, nicht von der SPÖ sondern von der Steuerleistung aller Wiener finanziert wurde. Seiner Ansicht nach sind die neuen Gebührenregelungen für die finanziell Schwächeren eine Härte. Durch Konsumverzicht könnte diesen Gebühren nicht ausgewichen werden. GR. WÖBER bedauerte, daß die Schere zwischen mehr Ausgaben und weniger Einnahmen sich immer mehr öffnet.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) wies die Behauptung von GR. WIESINGER (SPÖ) vehement zurück, daß sich die Volkspartei mit dem Stadtentwicklungsplan nicht auseinandersetze. Dieser Generalplan ist eine langjährige Forderung der Volkspartei "wir brauchen ihn, wir brauchen aber auch den Konsens", sagte Dr. MAYR. "Er ist eine verbindliche Richtlinie für die Politiker und für den Magistrat". Der ÖVP-Mandatar gab sich skeptisch gegenüber den Aktivitäten des Presse- und Informationsdienstes im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungsplan. Es entstehe der Eindruck, sagte der Redner, daß der PID im Frühjahr ein Propagandatrommelfeuer entfachen werde und der Stadtentwicklungsplan vor den Wahlen zu einem sozialistischen Papier werde. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

31 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR dankte allen Fraktionen des Gemeinderates für das einstimmige Bekenntnis, daß die VEW-Zentrale in Wien bleiben solle.

Zum Debattenbeitrag von FPö-Klubobmann HIRNSCHALL stellte Stadtrat MAYR fest, daß die Wiener Strom- und Gastarife nicht überhöht sind. Er trete aber für einen bundeseinheitlichen Stromtarif ein.

Zur Wortmeldung von öVP-Klubobmann HAHN meinte StR. MAYR, es sei richtig, daß Fernwärmeleitungsrohre einer bestimmten Dimension importiert werden müssen. Diese könnten im Inland nicht erzeugt werden, weil der Verbrauch zu gering sei. Der Vorwurf von HAHN, daß in den Gemeindebauten eine sanfte Stadterneuerung vor sich gehe, beweise, daß die Stadt Wien die Einnahmen richtig verwende.

StR. MAYR verwahrte sich gegen den Vorwurf von öVP-Bautensprecher, Nationalrat KEIMEL, daß Wien zuviel an Wohnbauförderungsmitteln bekomme. Es sei nun einmal so, sagte MAYR, daß der Wohnbau in der Stadt teurer ist, als die Errichtung eines Eigenheimes. "Städtischer Wohnbau ist mit Nachbarschaftshilfe nicht möglich".

Zur Gebührenpolitik stellte StR. MAYR fest, daß das System umgestellt worden sei. Es soll nicht so sein, meinte MAYR, daß der Benutzer einer Substandardwohnung für Wasser und Kanal soviel zahlt wie der Eigentümer von privaten Sauna- und Schwimmbadanlagen.

Die öVP hat zehn Jahre hindurch das Budget abgelehnt. Die Summe der öVP-Abänderungsanträge lag bei zirka ein Prozent der Budgetsumme. "Ich wünsche jedem", sagte MAYR abschließend, "daß er nicht mehr als ein Prozent an Kritik einstecken muß". (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

32 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) widmete sich in seinem Einleitungsreferat eingehend dem Umweltschutz. Ein Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie bestehe seiner Ansicht nach nicht, sagte Schieder, sondern nur zwischen kurzfristigen betriebswirtschaftlichen und langfristigen volkswirtschaftlichen Überlegungen. Die Umweltpolitik biete eine industrielle Chance: wenn Umweltschutz so betrieben werde, wie seine Fraktion das sehe, würden damit Arbeitsplätze nicht nur nicht gefährdet, sondern zusätzlich neu geschaffen werden. Richtig verstandener Umweltschutz verdamme nicht Projekte, sondern beeinflusse sie so, daß sie in ihrer Wirkung nicht teurer kommen, als sie Nutzen bringen, formulierte Schieder.

Auf dem Gebiet der Umweltpolitik muß man danach trachten, Umweltschäden zu verhindern, statt sie bloß zu beseitigen, führte Schieder weiter aus und nahm dabei Bezug auf die Zwei-Liter-Einweg-Flaschen. Er berichtete dann über wissenschaftliche Untersuchungen zur Reinhaltung der Luft und zur Vorsorge gegen Lärmbelästigung. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

33 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Man dürfe auch nicht sagen, "groß" sei grundsätzlich schlecht - hier wäre es notwendig, gemeinsam nach einer differenzierten Anschauung zu ringen. Schieder verwies darauf, daß bei Großprojekten Umweltschutzaspekte berücksichtigt werden, wie zum Beispiel Wirbelschichtöfen und die Kraft-Wärme-Kupplung. Umweltstadtrat Schieder wandte sich dagegen, daß Umweltschutzbemühungen oft von den Medien und der Opposition falsch behandelt werden: man könnte den Eindruck gewinnen, der Nichtstuer sei der Beste, weil er keine Fehler macht, während ein anderer, der sich um eine hunderprozentige Problemlösung bemüht, während ihm nur eine fünfundneunzig-prozentige gelingt, der Schlechte sei. Schieder verwies darauf, daß es in Wien erstmals gelungen ist, bereits sehr geringe Verschmutzungen des Grundwassers festzustellen und daher Gegenmaßnahmen eingeleitet werden konnten. Andere, die diese Untersuchungen nicht durchführen, seien "die Braven", weil sie keine Verschmutzungen feststellen.

StR. Schieder warnte vor Lizitationen im Bereich der Grünpolitik und forderte ÖVP und FPÖ auf, zu bedenken, daß Wählerstimmen, von denen sie glauben, sie der SPÖ "mit dem Grünmäntelchen" abwerben zu können, Stimmen sind, die sie der Demokratie insgesamt abwerben. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

34 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Der Umwelt und dem Grünraum Wiens kommen wesentliche Bedeutung zu, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Der Gedanke des Umweltschutzes ist zwar noch sehr jung, aber ein wichtiger Teilaspekt der Politik geworden. Jeder Mensch hat das Anrecht auf eine gesunde Umwelt. Alle politischen Kräfte, denen die gesunde Umwelt ein Anliegen ist, sollen zusammenwirken. Entscheidende Veränderungen zugunsten des Umweltschutzes wird es erst dann geben, wenn die regierende Partei ihre Politik danach abstimmt. Die FPÖ wird ihr Umweltschutzanliegen immer wieder an die Adressen der Verantwortlichen herantragen. Beim Ausbau des Kraftwerkes Dürnrohr soll weiter verfolgt werden, ob es den Umweltschutzbedingungen entspricht. PAWKOWICZ forderte Vbgm. Dr. Busek auf, er möge auf Landeshauptmann Ludwig entsprechend einwirken. Auch im Stadtgebiet gibt es eine Reihe von Kraftwerken, die nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Ein neues Umweltschutzgesetz berücksichtigt leider nur eine Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl auf zwei Prozent und damit den technischen Stand von Vorgestern. GR. PAWKOWICZ BEANTRAGTE, mit der ÖMV in Verhandlung zu treten damit der Schwefelgehalt im Heizöl für Kraftwerke auf 0,5 Prozent gesenkt wird.

Um der Einengung städtischer Erholungsbereiche Einhalt zu gebieten, soll künftig der Naturschutzbeirat ein Mitspracherecht bei Flächenwidmungen erhalten. Ist eine Umwidmung von Grünland vorgesehen, so soll ein Gutachten des Naturschutzbeirates eingehoben werden, BEANTRAGTE PAWKOWICZ. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

35 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Entgegen den Äußerungen von Pawkowicz gebe sich Landeshauptmann LUDWIG beim Kraftwerk Dürnrohr nicht mit dem status quo zufrieden. Auch habe es die Wiener ÖVP nicht versäumt, in diesem Fall die Anliegen Wiens zu vertreten. In einem Gespräch zwischen Vizebürgermeister Dr. BUSEK und Landeshauptmann Ludwig sei der höchstmögliche Entschwefelungsgrad für Dürnrohr zugesagt worden. Schließlich werde der Kraftwerksblock 1 in Dürnrohr nicht von der NEWAG sondern vom Verbundkonzern gebaut. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

36 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) befaßte sich mit dem nun vorliegenden Landessportstätten-Leitplan für Wien. Dieser Leitplan lasse zweifellos eine bessere Versorgung in Wien mit Sportplätzen erkennen, doch sei nach wie vor eine Reihe von Mängeln festzustellen. So seien viele Sportstätten nicht wettkampfgerecht, nur beschränkt benützbar und in einem schlechten Zustand. Manche Bezirke seien nach wie vor unterversorgt. Zahlreiche Fehler seien auch dadurch entstanden, daß der Sportstätten-Leitplan solange auf sich habe warten lassen. Dadurch seien eine Reihe von Sportstätten verloren gegangen, andererseits eine Zahl von Bundesligaplätzen auf Kosten des Praterstadions unbedacht ausgebaut worden. Von den ursprünglichen Plänen zum Weststadion sei nur der Fußballplatz übriggeblieben. Das vor sieben Jahren fertiggestellte Hallenstadion im Prater befinde sich bereits in einem bedenklichen Zustand. Arthold stellte den ANTRAG, den Bauzustand des Hallenstadions durch das Sicherheitskontrollamt der Stadt Wien zu überprüfen. Arthold forderte schließlich eine eigene Trägergesellschaft für die Wiener Sportstätten und sagte, in Anbetracht der stark fallenden Mittel für den Sport im Budget 1983 könne seine Partei auch in diesem Bereich keine Zustimmung geben. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

37 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Eine wesentliche Voraussetzung für die Mitsprache der Bevölkerung ist die Information, sagte GR. NUßBAUM (SPö). Mitunter habe er den Eindruck, daß die öVP versuche, die Informationstätigkeit der Stadt Wien zu unterdrücken oder zu manipulieren. Wie sonst sei es zu verstehen, daß gegenüber Mitarbeitern des Presse- und Informationsdienstes pauschal der Vorwurf des Amtsmißbrauches erhoben werde? Sollen die Bürger etwa nicht über den Stadtentwicklungsplan informiert werden? Ist das Propaganda? Der Presse- und Informationsdienst betreibt keine Parteipropaganda, sondern ist eine kommunale Dienststelle, die über die Arbeiten der Wiener Stadtverwaltung berichtet. Das Arbeitsprogramm der Wiener Stadtverwaltung ist aufgrund des Wahlergebnisses in weiten Bereichen von der SPö geprägt. Der Presse- und Informationsdienst berichtet aber auch über die Pressekonferenzen der anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien und bringt in seinen Publikationen immer wieder auch Stellungnahmen von Oppositionspolitkern. Der Versuch, den Journalisten der Stadt Wien einen Maulkorb umzuhängen, sollte unterlassen werden.

Dem Sport kommt in unserer Gesellschaft große Bedeutung zu, sagte NUßBAUM. Um der Bevölkerung die Sportausübung zu ermöglichen, ist ein angemessenes Angebot an Sportstätten zur Verfügung zu stellen. Zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zählen die schrittweise Generalinstandsetzung der Wiener Sportstätten. Das Bäderkonzept wird planmäßig verwirklicht. Die Donauinsel wird nach ihrer Fertigstellung ein Freizeit- und Sportareal darstellen, das in Europa seinesgleichen sucht. Die Sportförderung wird auch im kommenden Jahr konsequent fortgesetzt werden. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

38 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) stellte fest, daß die Volkspartei den PID und die Informationspolitik der Gemeinde an sich nicht kritisiert. Die Information der Bevölkerung ist nötig. "Wir halten nachdrücklich fest", sagte FÜRST, "daß der amtliche Presse- und Informationsdienst zur Objektivität verpflichtet ist. Es handelt sich um das Steuergeld aller Wiener, das für die Information aufgewendet wird. Nach dem Dienstrecht der Beamten und nach der Vertragsbedienstetenordnung sind die Mitarbeiter des Presse- und Informationsdienstes zu besonderer Objektivität verpflichtet. Wenn sie das nicht tun, so ist das Amtsmißbrauch."

Er habe bereits einmal nachgewiesen, betonte FÜRST, daß die Zeitung "Wien aktuell-Wochenblatt" das Gebot der Objektivität und Unparteilichkeit verletzt. Es werden unabhängige Zeitungen und die Opposition sowie Bürgerbewegungen kritisiert und Unwahrheiten verbreitet. "Das ist keine objektive Information", hob GR. FÜRST hervor, "das ist Mißbrauch von Steuergeld für parteipolitische Zwecke". (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

39 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Er habe in zwei Gesprächen mit dem Chefredakteur von "Wien aktuell-Wochenblatt", Prof. Stimmer, versucht zu erklären, daß solche Fleißaufgaben, wie Kritik an unparteilichen Zeitungen, an der Opposition und an Bürgerinitiativen, nicht nötig seien. "Wien besteht nicht nur aus einer Partei. Und es ist ein Gebot der Objektivität, nicht nur über eine Seite zu berichten." Die Forderung nach Einhaltung des Dienstrechtes der Beamten und der Vertragsbedienstetenordnung ist keine Beschränkung der journalistischen Freiheit. "Da wir nicht darauf einwirken können", sagte FÜRST wörtlich, "da wir den Verdacht haben, daß parteipolitisch Druck ausgeübt wird, haben wir die Gerichte angerufen. Die Strafanzeige wurde erstattet."

GR. FÜRST verwies darauf, daß der Herausgeber aller Publikationen die Stadt Wien ist. "Es ist eine grobe Verletzung der Unparkteilichkeit und Objektivität, wenn die Stadt Wien als Herausgeber der Publikationen Teile der Stadt Wien verteufelt". (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

40 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) "Saurer Regen ist nicht nur ein Schlagwort, sondern eine traurige Tatsache", führte GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) aus. In Wien sind das Heizöl schwer und die beiden kalorischen Kraftwerke dafür verantwortlich, daß jährlich über 20.000 Tonnen Schwefeldioxyd ausgestoßen werden. Gegenüber den Vorjahren ist es sogar mehr. Durch die Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen sind es sogar über 35.000 Tonnen "saure Regenbildner". Ein Teil davon wird zwar neutralisiert, es bleibt aber noch immer sehr viel über; im Mittel 26.000 Tonnen pro Jahr, das sind pro Hektar des Stadtgebietes 360 Kilogramm. Und die Folgen: "der Braunlook der Wiener Straßenbäume ist ein tragischer Blick". Das Baumsterben hat heuer bereits im Juni eingesetzt.

Dazu kommen die giftigen Schwermetalle. In Wien liegen die Werte höher als in den USA. StR. SCHIEDER solle dafür sorgen, so rasch wie möglich die schweren giftigen Metalle aus der Wiener Atemluft zu verbannen.

Die Magistratsabteilung 22 hat, wie DDr. STRUNZ betonte, bereits im Vorjahr die schweren Mängel der Hauptkläranlage in Simmering aufgezeigt. Die ÖVP-Vorstellungen decken sich mit der Kritik der Magistratsabteilung 22.

Das geplante Blockheizwerk beim Hietzinger Friedhof bezeichnete der Redner als "kommunalen Schwachsinn". Ein Beispiel der Stadtverschandelung. Es müßte einen anderen Weg geben, um dieses Heizwerk zu errichten, etwa auf dem ORF-Gelände am Küniglberg, wo die vorhandene Anlage mit geringerem Aufwand vergrößert werden könnte. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

41 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitspolitik und Umweltpolitik sind untrennbar miteinander verbunden, sagte GR. EMERLING (SPö). Für die SPö sei Umweltpolitik schon immer ein ernstzunehmender Faktor gewesen. Emerling verwies darauf, daß sich das Humanprogramm der SPö zum Umweltschutz bekennt, daß ein eigenes Umweltministerium geschaffen wurde und daß auch die Stadt Wien über eine eigene Umweltgeschäftsgruppe verfügt. Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien ist federführend bei der Förderung des Umweltbewußtseins und des Umweltverhaltens. Dazu gehören auch Rat und Hilfe bei der Frage, wie gefährliche Stoffe beseitigt werden können. Die MA 22 befaßt sich auch mit der Anpassung der Rechtsordnung an die Forderung der Zeit, und sie ist zuständig für die Schaffung der Einrichtungen, die notwendig sind, um Umweltprobleme rechtzeitig zu erkennen und wissenschaftlich fundierte Lösungen vorschlagen zu können.

Zum psychischen Wohlbefinden gehört auch das Gefühl der "kleinen Sicherheit", führte Emerling weiter aus. In diesem Zusammenhang nannte er Leistungen und Bedeutung der Feuerwehr.

Der Stadtentwicklungsplan ist der Versuch, künftig entstehende Probleme zu erkennen und Lösungsvorschläge anzubieten. In diesem Zusammenhang nannte er den Landschaftsplan mit dem Ziel der Sicherung des Wald- und Wiesengürtels und seine Schließung zwischen Bisamberg und Lobau. Er vertrat die Ansicht, daß wirtschaftliche Interessen und Anliegen des Landschafts- und Umweltschutzes durchaus vereinbar sind. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

42 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) forderte StR. SCHIEDER auf, den Umweltschutz bereits bei der Planung zu berücksichtigen und gegen die Reißbrettmentalität aufzutreten. Mehr Grün sei eine soziale Notwendigkeit für jene, die es sich nicht leisten können, an den Wochenenden aus der Stadt zu fahren. GR. Hawlik kritisierte, daß gerade in den grünflächenärmsten Bezirken die wenigsten Bäume gepflanzt werden. StR. Schieder habe von 110.827 gepflanzten Bäumen gesprochen, tatsächlich sind es nur etwa 60.000 Bäume die gepflanzt wurden. Auf zahlreichen Arealen der Stadt wurde die Grünpolitik vernachlässigt: die Steinhofgründe und der Rosenhügel sollten bebaut werden, schöne Straßen Wiens wurden verbetoniert, der Sternwartepark ist immer noch nicht geöffnet und der Auwald beim Alberner Hafen wurde zur Rodung freigegeben. Einige Dinge die die ÖVP gefordert habe, werden durchgeführt wie zum Beispiel das Salzstreuverbot. GR. Hawlik BEANTRAGTE die rasche Begrünung entlang der Bahntrasse Vorortelinie nach Abschluß der Bauarbeiten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

43 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) bezeichnete die Vorhaben auf dem Sektor Umwelt und Freizeit als wesentlichen Schwerpunkt des Budget 1983. So wird die Donauinsel mit einem Aufwand von 388 Millionen zügig weitergebaut. Die Abschnitte zwischen S-Bahn-Brücke und Brigittenauer Brücke sowie zwischen Wehr 1 und Steinspornbrücke werden der Bevölkerung bereits im Frühjahr übergeben. Weitere Wasserbauten werden im Bereich des Wienflusses und des Liesingbaches durchgeführt. Der Wiener Stadtradlweg wird im kommenden Jahr bis Nußdorf erweitert. Ebenfalls fortgesetzt werden die Maßnahmen zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels im 10., 11., 21.und 22. Bezirk. In diesem Zusammenhang wies VEJTISEK darauf hin, daß der Wald- und Wiesengürtel in den letzten Jahrzehnten um 41 Prozent gewachsen ist. Im Wiener Stadtgebiet wurden seit Ende 1981 110.000 Bäume gepflanzt, allein auf der Donauinsel hat das Forstamt bis jetzt 1,170.000 Bäume und Sträucher gesetzt. Der Verzicht auf Salzstreuung zur Rettung der Alleebäume, Grünmaßnahmen in den Stadterneuerungsgebieten, die Eröffnung des achten Stadtwanderweges und die Komplettierung des Radwanderweges Wien-Kottingbrunn führe VEJTISEK schließlich als weitere Beispiele einer zielstrebigen Grünpolitik an, die Wien zur lebenswerten Stadt macht. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

44 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Es stimmt nicht, sagte StR. SCHIEDER, daß die Umweltproblematik jüngeren Datums sei. Sie entstand im wesentlichen mit dem Beginn der Industriealisierung im 19. Jahrhundert. Die Umweltverschmutzung war früher in einem vielfach höheren Ausmaß Bestandteil der täglichen Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsschichten. Neu ist, daß die Umweltproblematik heute alle Menschen betrifft. Zum Kraftwerk Dürnrohr bemerkte SCHIEDER, daß der Einzige, der ein "Hohelied" auf diese Anlage auch ohne Filter sang, der FPÖ-Abgeordnete STIX war.

Es ist richtig, daß alte Schulturnsäle nicht den heutigen Normausmaßen entsprechen. Sportliche Betätigung ist aber auch dort durchaus möglich.

Es gibt heute nicht weniger, sondern mehr Fußballvereine, nämlich 221 Vereine, 393 Nachwuchsmannschaften und 16.800 Mitglieder. Auch die Zahl der Ligen ist nicht geringer geworden, sie wurden nur anders benannt.

Die Freizeit- und Sportgelegenheiten in Wien gehen weit über die im Sporstätten-Leitplan erfaßten hinaus. Der Fehlbestand in einzelnen Bezirken ist oft ein rein theoretischer. Wien kann auf seine Errungenschaften auf dem Sport- und Freizeitsektor stolz sein.

Der Pressedienst der Stadt Wien berichtet in der Rathauskorrespondenz nach journalistischen Gesichtspunkten unbestritten objektiv nicht nur über die Sitzungen des Gemeinderates, sondern auch über die Pressekonferenzen der Parteien. Dies wird auch von allen Parteien anerkannt. Kritik an Meinungen von Oppositionspolitikern wird in Publikationen der Stadt Wien nur dann geübt, wenn diese Meinungen den Interessen der Mehrheit der Wienerinnen und Wiener widersprechen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Umwelt und Freizeit
=++++

45 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Es wird, betonte SCHIEDER in den verschiedenen Publikationen des Presse- und Informationsdienstes aber immer wieder auch Vertretern oppositioneller Ansichten Platz eingeräumt. Es kam bisher nicht vor und wird auch in Zukunft nicht vorkommen, daß auf Redakteure des Presse- und Informationsdienstes Druck ausgeübt wird, gegen ihre Überzeugung zu schreiben. Der einzige Versuch in diese Richtung wurde von ÖVP-Gemeinderat FÜRST unternommen. Die Redakteure des Presse- und Informationsdienstes haben dagegen in einem Schreiben an ÖVP-Klubobmann HAHN einhellig Stellung genommen.

Die Behauptung von GR. DDr. STRUNZ, daß die Zahl der Messungen geringer wird, ist falsch, sagt SCHIEDER. Selbstverständlich wird der pH-Wert gemessen.

1981 wurden 500.000 Bäume gepflanzt, 1982 waren es 110.000. SCHIEDER wies die Behauptung, daß Grün wegradieret werde, zurück. In einer zeit, in der die Lobau unter Naturschutz gestellt wurde, der Laaer Wald geschaffen wurde und 100.000 Bäume gepflanzt werden, sei eine solche Behauptung einfach unverständlich. Würde man nur den Rednern der ÖVP zuhören, müßte man den Eindruck gewinnen, in einer fremden Stadt zu leben. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Personal
=++++

46 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat NEKULA (SPÖ) meinte, die Stadt Wien habe mit 1,5 Millionen Einwohnern und 60.000 Bediensteten auf dem Personalsektor sehr sparsam gewirtschaftet. Der Personalaufwand beträgt 18 Milliarden. Der Personalmehrbedarf für 1983 liegt bei 761 Dienstposten, davon 100 für Behinderte, 170 für Kindergartenpersonal, 43 für Pensionistenheime, 270 für den Krankenpflegedienst, 39 für die neuen Bezirkshallenbäder, 41 für die Wohnhäuserverwaltung und 27 für die neue Hauptfeuerwache Liesing. "Die neuen Dienstposten sind ausschließlich im Dienstleistungssektor", betonte StR. NEKULA.

Die Gehaltsverhandlungen sind abgeschlossen. Die Mehrkosten betragen 815 Millionen.

Es ist gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit weiter zurückzudrängen. Derzeit stehen 4.705 junge Menschen in einer Berufsausbildung bei der Stadt Wien.

Zur Forderung, Gastarbeiter in Österreich abzubauen, betonte StR. NEKULA, daß derzeit 4.510 Nichtösterreicher in den Diensten der Stadt Wien stehen. Allein ein Ausfall der im Krankenhausdienst tätigen Nichtösterreicher würde bedeuten, daß das Krankenhaus Lainz gesperrt werden müßte. Für viele Berufe sind österreicher überhaupt nicht zu bekommen.

Daß eine Tätigkeit bei der Stadt Wien erstrebenswert ist, zeigt die Tatsache, daß derzeit 4.269 österreicherinnen und österreicher, darunter Techniker, Facharbeiter, Krankenschwestern, um eine Aufnahme in den Dienst der Stadt Wien ansuchen. Interessant sei auch, sagte StR. NEKULA, daß 2.000 Niederösterreicher und 800 Personen aus anderen Bundesländern in den Diensten der Stadt Wien stehen.
(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Personal
=++++

47 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1982 wurde an 3.328 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Eine Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz wird derzeit im Nationalrat behandelt.

Mit Stichtag 15. November 1982 sind in wien 1,127.145 Frauen und Männer wahlberechtigt. Die Bevölkerungsbewegung zeigt folgende Aufschlüsselung: Der Zuzug aus österreich nach Wien liegt bei 11.000 Personen pro Jahr, der Zuzug aus dem Auslang bei 1.000. Der Wegzug von Wien innerhalb österreichs bei knapp über 15.000 und ins Ausland bei 1.200 jährlich. Die Wählerevidenz hat eine monatliche Änderung von knapp 1,5 Prozent aller Wahlberechtigten.

In seinem Ressort sind derzeit zwei Vorhaben anhängig, sagte StR. NEKULA, das Sicherheitsgesetz und die Bauordnungsnovelle. Im Unterausschuß wurde einstimmig festgestellt, daß im Rahmen des Sicherheitsgesetzes die Wohnungsprostitution verboten werden soll. Grundsätzliche Übereinstimmung herrsche auch bei der Bauordnungsnovelle: der Schutzzonenparagraph soll losgelöst von der Bauordnung behandelt werden.

Den Vorwurf, die Stadt Wien habe bei der Volkszählungsklage vor dem Verfassungsgerichtshof Bestimmungen des Datenschutzgesetzes verletzt, wies StR. NEKULA entschieden zurück. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Personal

=++++

48 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte fest, daß die Gehaltsverhandlungen zwischen Verwaltung und Bediensteten einen maßvollen Abschluß gefunden haben. Alle Bedienstetenkategorien blieben unter der Inflationsrate und auch unter den im Budget präliminierten Ansätzen. Aufklärung verlangte Hirnschall über die Personalaufstockung im Bereich der Personalausgleichsstelle um rund 40 Prozent, und er forderte NEKULA auf, Überlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Einführung der 35-Stunden-Woche anzustellen.

Weiter wollte Hirnschall wissen, warum ein neun Jahre langer Prozeß gegen einen Grundbesitzer nahe am Einlaufbauwerk Langenzersdorf geführt wurde, obwohl sich während des Verfahrens zeigte, daß das Grundstück die Arbeiten für den Hochwasserschutz nicht beeinträchtigte. Welche Prozeßkosten muß die Stadt Wien nun zahlen, fragte Hirnschall? Hinsichtlich des Sicherheitsgesetzes, insbesondere die Regelung der Wohnungsprostitution, verlangte Hirnschall eine rasche Fertigstellung des Gesetzentwurfes.

GR. EBERHARDT (ÖVP) verlangte eine Neuregelung im Zusammenhang mit der Abgeltung von Mehrdienstleistungen für städtische Bedienstete, da derzeit kein Anspruch auf Bezahlung bestehe. Ehestens solle ein Personalvertretungsgesetz auch für die Gemeindebediensteten verabschiedet werden. Mehr Rechte urgierte Eberhardt für die Zivilkontrollore der Verkehrsbetriebe, die derzeit kaum Möglichkeiten haben, Schwarzfahrer anzuhalten. Sie seien damit schlechter gestellt als ÖBB-Kontrollore. Geändert werden sollte auch das Disziplinarrecht, das derzeit noch Disziplinarstrafen neben Gerichts- und Verwaltungsstrafen kennt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Personal
=++++

49 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Eine gut funktionierende Verwaltung hat ihren Preis, stellte GR. PÖDER (SPÖ) fest. Die Bezüge der Gemeindebediensteten werden 15,4 Milliarden betragen. Die Stadt Wien hat sich in letzter Zeit besonders bemüht, Jugendlichen einen Arbeitsplatz zu sichern. Die stillgelegte Lehrwerkstätte der VEW in Floridsdorf wurde in einer Blitzaktion instandgesetzt.

Der durchschnittliche Monatsverdienst eines Arbeiters bei der Stadt Wien beträgt derzeit 14.420 Schilling, der eines Beamten 17.676 Schilling. In der Privatwirtschaft beträgt der durchschnittliche Verdienst etwa 12.000 Schilling. Die Lohnpolitik im öffentlichen Dienst war in der letzten Lohnrunde darauf ausgerichtet, Reallohnverluste zu vermeiden. Die niedrigsten Bezüge wurden mit 5,1 Prozent stärker angehoben als die höchsten mit vier Prozent. Die Teuerungsrate wird 1983 mit 4,5 Prozent prognostiziert. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten konnte ein "Beamtenopfer" verhindern. Für Lohneinbußen können nur alle Berufsgruppen gemeinsam herangezogen werden, und nicht nur eine. Sicherheit könne man nicht in Gehaltsprozenten quantifizieren, meinte GR. PÖDER. Bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung habe die ÖVP "Purzelbäume" geschlagen. Nach dem ersten gemeinsamen Beschluß der Gewerkschaften für eine Urlaubsverlängerung, zog sich die ÖVP wieder zurück. GR. PÖDER glaubt nicht an die Realisierung einer linearen Arbeitszeitverkürzung um ein oder zwei Stunden, sondern eher an eine partielle Arbeitszeitverkürzung, die in bestimmten Branchen zur Arbeitsplatzsicherung notwendig ist. In schwierigen Zeiten wurden viele Verbesserungen für Gemeindebedienstete erreicht. Es soll nicht immer von Privilegien gesprochen werden, wenn man Errungenschaften meint. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)
Utl.: Personal
=++++

50 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) sagte zunächst zum Themenkreis der Arbeitszeitverkürzung, daß diese nur im Zusammenhang mit den Randbedingungen, wie etwa dem Lohnausgleich, beurteilt werden könne. Ohne Zweifel sei mit Schwierigkeiten in verschiedenen, sensiblen Bereichen zu rechnen. Nur der Slogan von der Arbeitszeitverkürzung löse auf jeden Falle keine Probleme.

Kauer wandte sich dann dem Datenschutz zu. An Hand der Anschaffung eines sogenannten "Hyperchannel" durch die Stadt Wien erscheine ihm dieses Problem, so Kauer, besonders dringlich. Dieses Instrument ist imstande, eine Verbindung zwischen den verschiedenen Computersystemen im Bereich der Gemeinde Wien herzustellen. Konsequent durchgedacht, könne man hier die Gefahren von Orwells "1984" schon sehen, sagte Kauer. Auch bei Vorkehrungen aller denkmöglichen Sicherungen erhebe sich die Frage, wer berechtigt sei, die Daten abzurufen. Nachdem die Stadt jedoch verantwortlich für die vertrauliche Verwendung der Daten sei, sollte überlegt werden, eine Art Datenschutzanwalt zu schaffen. Es könnte dies ein erster Schritt auf dem Gebiet der Datenaufarbeitung und des Datenschutzes sein, dessen man sich mehr und mehr zuwenden müsse, um die diesbezüglichen Probleme zu lösen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)
Utl.: Personal
=++++

51 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Beamten sind für den geordneten Ablauf der Verwaltung notwendig, sagte GR. HOLUB (SPÖ). Einsparungen sollte man vor allem in der Gag-Politik vornehmen. So sei zum Beispiel die Aktion Holzsammeln der ÖVP unglaubwürdig gewesen.

StR. NEKULA wies darauf hin, daß in dem Personalzuwachs in der Personalausgleichsstelle 100 Behinderte sowie Präsenzdiener und Frauen, die ein weiteres Karenzjahr in Anspruch nehmen, beinhaltet sind. Weitere 50 Behinderte können aufgenommen werden, sodaß die Stadt Wien insgesamt 150 Behinderten Arbeit gibt. Wir sind bemüht, sagte NEKULA, die Probleme, die es im Zusammenhang mit einem Personalvertretungsgesetz gibt, zu lösen. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß es im Unterschied zum Bund in Wien Betriebe wie die Stadtwerke mit eigenem Unternehmensstatus gibt.

Das bestehende Disziplinarrecht ist sicherlich nicht mehr ganz befriedigend. Wir sind dabei, hier einen Weg zu finden, betonte Nekula.

Bei gleicher Arbeit gibt es im Gemeindedienst keinen Unterschied in der Bezahlung zwischen Mann und Frau.

Im Bereich der EDV gebe es eine notwendige Verzahnung und Verknüpfung, jedoch keineswegs einen für jedermann möglichen Zugriff auf Daten. NEKULA wies in diesem Zusammenhang auch auf die Datenschutzkommission hin.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde nach zwölfstündiger Dauer um 22 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen mit den Beratungen über die Kapitel "Gesundheit und Soziales", "Bildung, Jugend und Familie" sowie "Kultur und Bürgerdienst" fortgesetzt. (Schluß) ger/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

198

Dienstag, 7. Dezember 1982 Blatt 3565

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
- Neue Pflegegebühren für Spitäler und Pflegeheime
- Räumung von Senkgruben wird teurer
- Präsidialchef Dr. Satrapa - Obersenatsrat

Lokal: (orange)
- Neue Lohnsteuerkarten werden ausgeschickt

Nur über FS:
- Adventkonzert im Bezirksmuseum Floridsdorf
- Eisring Süd: Eröffnung

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Neue Lohnsteuerkarten werden ausgeschickt
Utl.: Erstmals mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung
=++++

1 Wien, 7.12. (RK-LOKAL) Seit voriger Woche werden in Wien rund 900.000 neue Lohnsteuerkarten für die Jahre 1983/84/85 ausgeschickt. Das geschieht nun erstmals mit der Post, während in der Vergangenheit die Lohnsteuerkarten durch den Hausbesitzer (Hausbesorger) ausgeteilt wurden.

Gleichzeitig wurde für das Ausstellen der Lohnsteuerkarten erstmals auch die automatische Datenverarbeitung eingesetzt. Der Versand durch die Post und die EDV-Bearbeitung brachte einige Veränderungen mit sich, auf die die Finanzverwaltung besonders hinweist:

- Die neuen Lohnsteuerkarten haben weder ein mit einem Stempel aufgebrachtes Amtssiegel, noch eine Unterschrift - bei einem EDV-Ausdruck ist dies nicht erforderlich.
- Das Geburtsdatum wurde der laufenden Nummer der Lohnsteuerkarte angehängt. Das geschah, um den kostengünstigen Tarif einer Massensendung in Anspruch nehmen zu können. Massensendungen dürfen sich jedoch nur in einem Punkt voneinander unterscheiden. Hätte man laufende Nummer und Geburtsdatum getrennt in verschiedenen Zeilen ausgewiesen, hätte man den günstigen Tarif nicht mehr in Anspruch nehmen können.
- Die EDV-Bearbeitung machte es notwendig, die vielen Berufe in Kategorien wie z.B. Arbeiter, Angestellte, Beamte usw. zusammenzufassen. Der Wegfall der genauen Berufsbezeichnung hat keinen Einfluß auf die steuerliche Behandlung.
- Bei mehreren akademischen Titeln wird nur der jeweils höchste angeführt.

Die Lohnsteuerreferate ersuchen, nach Erhalt der Lohnsteuerkarte zu überprüfen, ob die Lohnsteuermerkmale wie Alleinverdienerabsetzbetrag und Anzahl der Kinder richtig eingetragen sind. Berichtigungen sind beim örtlich zuständigen Bezirksamt zu beantragen. (Schluß) sei/bs

NNNN

Neue Pflegegebühren für Spitäler und Pflegeheime
=++++

2 #Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung beschloß Dienstag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR neue Pflege- und Anstaltsgebühren für die Wiener städtischen Krankenanstalten sowie die Neuregelung der Pflegeentgelte in den städtischen Pflegeheimen. ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER deponierte die Ablehnung seiner Partei.#

Die Pflegegebühren müssen, wie Finanzstadtrat Mayr betonte, auf Grund des Wiener Krankenanstaltengesetzes kostendeckend festgesetzt werden. Die mit Jahresbeginn 1983 in Kraft tretenden Gebühren betragen für das AKH 2.540 S, für die Psychiatrischen Krankenhäuser 700 und für alle übrigen städtischen Krankenanstalten 1.760 S pro Tag. Die Pflegeentgelte in den Pflegeheimen werden ebenfalls mit Jahresbeginn mit 320 S pro Tag und Pflegling festgesetzt. Finanzstadtrat Mayr hob dabei hervor, daß die Pfleglinge mindestens 20 Prozent ihres Einkommens behalten. (Schluß) pr/gg

NNNN

Räumung von Senkgruben wird teurer
=++++

3 #Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag mit den Stimmen der SPÖ eine Anhebung der Gebühren für die Räumung von Senkgruben, Hauskläranlagen, Hauskanälen sowie für das Räumen von verstopften Kanälen um durchschnittlich fünf Prozent.#

Lediglich die Vernichtungsgebühr für den Aushub aus öl-, Fett- und Seifenabscheidern wird um 14,3 Prozent angehoben, weil die Vernichtungskosten überdurchschnittlich angestiegen sind. Die Erhöhungen treten am 1. Jänner 1983 in Kraft. (Schluß) sei/bs

NNNN

Präsidialchef Dr. Satrapa - Obersenatsrat

=++++

8 #Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Leiter des Präsidialbüros im Wiener Rathaus, Sensatsrat Dr. Peter SATRAPA, wurde Dienstag vom Wiener Stadtsenat auf Antrag von Personalstadtrat Franz NEKULA zum Obersenatsrat befördert. Dr. Satrapa leitet das Präsidialbüro, das dem Bürgermeister direkt unterstellt ist.#

Dr. Satrapa trat 1964 in den Dienst der Stadt Wien ein und war zunächst Mitarbeiter in der Finanzverwaltung. Von 1972 an war er im Büro des Magistratsdirektors tätig. 1978 wurde Satrapa zum Leiter des Präsidialbüros bestellt. (Schluß) red/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.:Gesundheit und Soziales
=++++

6 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat nahm Dienstag unter dem Vorsitz von GR. Dr. GLATZL (öVP) die am Vortag unterbrochene Sitzung mit den Beratungen über das Budgetkapitel "Gesundheits und Soziales" wieder auf.

Allein die Budgetansätze des Sozialamtes steigen um 20,4 Prozent von 2,2 Milliarden auf 2,7 Milliarden, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ). Die allgemeine Sozialhilfe stiegt von 1,17 Milliarden auf 1,44 Milliarden (22 Prozent), die Geldaushilfen werden von 172 Millionen auf 234 Millionen erhöht. Stacher wies auch auf die außerordentlichen Heizbeihilfen hin. Im Rahmen der Behindertenhilfe gibt es eine Steigerung von 262 Millionen auf 287 Millionen. Die Ausgaben für die Blindenbeihilfe werden von 140 auf 155 Millionen, für die Pensionistenheime von 131 auf 150 Millionen, für die Heimhilfe von 381 auf 447 Millionen und für die Flüchtlingshilfe von 9 auf 13 Millionen erhöht. Die Mietbeihilfen steigen von 13 auf 78 Millionen. Zwanzig Organisationen werden im Rahmen der Sozialhilfe gefördert bzw. subventioniert. Fast 10.000 Menschen werden täglich von den sozialen Diensten betreut.

Im Rahmen des Anstaltenamtes wird der Zielplan konsequent weiter verfolgt. Zu den Schwerpunkten gehört die Verbesserung der Infrastruktur (Sanitäranlagen, Saalunterteilungen, patientenbezogene Maßnahmen). Das in der Rudolfsstiftung bereits bewährte technische Servicezentrum soll schrittweise auch in anderen Spitälern eingerichtet werden.

Eine der großen Reformen des Gesundheitswesens ist die Psychiatriereform, die als Wiener Weg bereits international bekannt ist.

Die Planungsarbeiten für das Krankenhaus Ost werden fortgesetzt.

Hinter den Zahlen des Budgets für das Gesundheits- und Sozialwesen stehen, wie Stacher betonte, 22.000 Mitarbeiter der Stadt Wien und tausend Mitarbeiter privater Organisationen, vor allem aber tausende Menschen, die Hilfe erhalten. Das Budget 1983 garantiert, daß diese Arbeit weiter fortgesetzt werden kann.
(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

7 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte fest, daß sich die Verhältnisse in den psychiatrischen Krankenhäusern Baumgarten und Ybbs in letzter Zeit stark verbessert hätte, wie er durch Besuche festgestellt habe. Dazu habe sicherlich die öffentliche Untersuchung viel beigetragen. Aus diesem Grunde sei es gut, daß jetzt auch die Situation in den Pflege- und Altersheimen öffentlich diskutiert werden. Die Fernsehdiskussion über Lainz habe die Problematik deutlich aufgezeigt. Man dürfe nicht nur den medizinischen Standard verbessern, sondern müsse die Heime menschlicher machen. Ein Weg dazu könne die Aufstockung der Zahl der Zivildiener sein, die sich, da außerhalb der Hierachie stehend, auch Kritik leisten könnten. Die langen Wartezeiten für Pensionisten- und Pflegeheime zeigen, daß auf diesem Sektor trotz der Fortschritte noch viel zu tun sei. Das burgenländische Modell einer "institutionalisierten Nachbarschaftshilfe", bei der private Einzelpersonen die laufende Betreuung hilfsbedürftiger alter Menschen in ihrer Nachbarschaft übernehmen, und dafür eine geringe Entschädigung erhalten, sollte in Wien als Ergänzung zu den bestehenden Maßnahmen erprobt werden, forderte GR Dr. Hirnschall in Form eines Antrages.

Die ständig steigende Zahl promovierter Mediziner, die auf einen Ausbildungsplatz in Wiener Krankenanstalten warten, mache es erforderlich, einige Grundsätze zur objektiven Vergabe der verfügbaren Stellen festzulegen. GR Dr. Hirnschall forderte daher in einem weiteren Antrag, die Vergabe von Ausbildungsplätzen in der Reihenfolge des Studienabschlusses vorzunehmen und jedem Bewerber und der ärztlichen Standesvertretung die Einsicht in die Warteliste sowie in die Liste der in den Ausbildungsturnus aufgenommenen Jungärzte zu gewähren. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

9 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) stellte fest, daß StR. STACHER vom gesamten Wiener Budget 22 Prozent erringen konnte. Auch die Sozialhilfe habe deutlich zugenommen - dies könnte auf bessere Leistungen zurückzuführen ein, aber auch auf eine Zunahme der Zahl der Armen und Hilfsbedürftigen.

Dr. SCHLICK kritisierte dann, daß die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten im 10., 11., 20., 21. und 22. Bezirk nicht zufriedenstellend sei, während andererseits mehr als 400 promovierte Ärzte auf einen Ausbildungsplatz im Spital warten. Die Ausbildung zum praktischen Arzt mit Blickrichtung auf den Hausarzt alten Stils sollte verbessert werden.

Im Zusammenhang mit der Spitalsversorgung befaßt sich GR. Dr. SCHLICK mit dem Sozialmedizinischen Zentrum Ost und wies auf die lange Bauzeit hin. Bezugnehmend auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses brachte sie den ANTRAG ein, es solle der aktuelle Soll-Ist-Vergleich sowie die aktuelle Kostenschätzung unmittelbar nach Fertigstellung durch die AKPE den zuständigen Gemeinderatsausschüssen und dem Stadtsenat zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund dieser Unterlagen solle die AKPE (VAMED) mit den Berechnungen der Auswirkungen auf das jährliche Investitionsvolumen, die Gesamtbaukosten und den Teil- sowie Endfertigstellungszeitpunkt des AKH beauftragt werden. Auch dieser Bericht solle in gleicher Weise vorgelegt werden.

Die Strukturveränderungen in der Psychiatrie seien beeindruckend, führte SCHLICK weiter aus, eine Fortschreibung des eingeschlagenen Weges wäre jedoch fantasielos.

Zu bedenken gab SCHLICK, ob zur Verbesserung der ärztlichen Ausbildung die Einrichtung von Lehrpraxen nicht doch Vorteile hätte. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

10 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Gegen den öVP-Vorwurf, daß die Steigerung des Sozialaufwandes ein Zeichen für wachsende Armut sei, wandte sich GR. WINDHAB (SPö). Der freie, mündige Bürger habe einen Rechtsanspruch auf soziale Leistungen. Unter der öVP-Alleinregierung sah es anders aus. Zahlreiche Anträge der Sozialisten zur Verbesserung der Sozialleistungen wurden damals niedergestimmt. Vergeblich hat die SPö 1966 die Erhöhung der Witwenpenion auf 60 Prozent urgiert. Eien sozialistische Initiative für Ausgleichszulagen zu den landwirtschaftlichen Zuschußrenten wurde niedergestimmt. 1969 wurde der SPö-Antrag für die Anrechnung von einem Jahr Karenzurlaub abgelehnt. Schließlich wurde auch der Antrag zur Verbesserung der Pensionsdynamik abgewiesen. Heute beträgt die Mindestpension über 4.000 Schilling, um monatlich 500 Schilling mehr als wenn es nach der öVP ginge. Zieht man die Heizkosten von den Pensionen ab, so bleibt unterm Strich für die Pensionisten heute wesentlichen mehr über, als unter der öVP-Alleinregierung.

GR. Windhab kritisierte die unsachliche Argumentation der öVP zur Sozialpolitik. Einmal fordert die Opposition mehr Spitalsbetten, dann spricht sie wieder von einem Bettenberg. Als Stadtrat Stacher dafür eintrat, die Betten im neuen AKH von 2.700 auf 2.000 zu reduzieren, wetterten die öVP-Abgeordneten im Parlament, einschließlich des heutigen Vizebürgermeisters BUSEK gegen die Einsparung der Betten.

Innerhalb von zwanzig Jahren konnten die Pflege- und Wohnbetten für Senioren von 6.305 auf 10.665 erhöht werden. 4.110 Wohnplätze gibt es derzeit in den modern geführten Pensionistenheimen. Zahlreiche Verbesserungen führten zu einer Sozialpolitik die den Menschen dient. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
=++++

11 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Von Statistiken wird kein armer Mensch satt, sagte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Die Armutsfälle werden immer mehr. Tausende Gemeindemieter können ihre Mieten nicht mehr bezahlen. Die Zahl der Abschaltungen bei Gas und Strom steigt. Die Exekutionsfälle nehmen zu. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen. In den letzten Jahren gab es eine ungeheure Belastungswelle. Energie, Wasser, Kanal- und Müllgebühren, öffentliche Verkehrsmittel und Pflegegebühren wurden wesentlich teurer. 1971 proklamierte die Regierung Kreisky den Kampf gegen die Armut, heute spricht in der SPö niemand mehr davon. Es geht darum, Leuten, die in Not geraten sind, zu helfen. Die Frage der Armut wird auf materielle Weise allen allerdings nicht zu lösen sein. Es ist notwendig, private Initativen und Selbsthilfegruppen zu fördern.

In einer zweiten Wortmeldung betonte GR. WINDHAB (SPö), daß die Sozialisten die Sozialpolitik immer sehr ernst genommen haben. Seit den Zeiten der ÖVP-Alleinregierung stieg der Index für Ausgleichzulagenbezieher um das 3,24-fache, der Strompreis jedoch nur um das 2,6-fache. Nicht erst seit heute kämpft die Stadt Wien gegen Armut und Not und versucht, diese gar nicht aufkommen zu lassen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

12 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. KRASSER (ÖVP) erinnerte daran, daß gleichzeitig im Wiener Landesgericht der Strafprozeß gegen Wilfling stattfinde. STACHER habe seinerzeit alle Warnungen vor Wilfling in den Wien geschlagen und dessen Bestellung zum Bereichsleiter durchgesetzt. Da Stachers Schwäche in der Organisation liege, sei ihm Wilfling als Manager unentbehrlich gewesen. Der Sondervertrag mit Wilfling sei gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen worden. Vorfälle wie der mit dem trotz Dienstwagen verrechneten Kilometergeld hätten doch als Warnung dienen müssen, aber Bürgermeister GRATZ und Gesundheitsstadtrat Stacher wären bis zuletzt zu Wilfling gestanden. Deshalb trügen Gratz und Stacher für alle durch Wilfling der Gemeinde Wien entstandenen Schäden die volle politische Verantwortung.

Zur derzeitigen Situation des AKH-Baues beklagte Krasser die Tatsache, daß die begleitende Kontrolle seit der gegen die Stimmen der ÖVP beschlossenen Übernahme durch die VOEST stark eingeschränkt wurde. Für die VOEST sei eine Kontrolle durch das Kontrollamt nie in Frage gekommen. GR Dr. Krasser bezweifelte die Effizienz der begleitenden Kontrolle in ihrer jetzigen Form, die sich nur auf schriftlicher Ebene abspiele. Die Vierteljahresberichte der AKPE seien bisher nicht wie vorgesehen dem Ausschuß für Gesundheit und Soziales vorgelegt worden.

Für die VOEST sei es uninteressant, ob wir uns den Betrieb dieses Spitals nach seiner Fertigstellung überhaupt leisten können, stellte Krasser fest. Deshalb sollten sich die Betreiber selbst mehr um den Neubau kümmern, die Geschäftsgruppe sollte in die Arbeiten integriert werden. Es herrschten noch immer erschreckende Planungsrückstände. Der Gemeinderat werde zuwenig informiert. Stadtrat Stacher solle deshalb einen ausführlichen Bericht über den AKH-Bau vorlegen. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

14 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) meldete sich als Mitglied der Vollzugskommission zu Wort und gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses keine Inquisitenstation vorgesehen sei. Würden die kranken Häftlinge über alle Wiener Spitäler verteilt, ergäben sich dadurch große Probleme.

GR. GAWLIK (SPÖ) befaßte sich eingehend mit dem Behindertenproblem. Er schilderte die Vorarbeiten für ein Wiener Behindertengesetz, wobei Neuland betreten werden mußte. Ziel war der Versuch einer medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Die Ausgabensteigerung für Behindertenhilfe betruf zwischen 1973 und 1981 1.266 Prozent. Bei der Stadt Wien wurden 100 Behinderte aufgenommen. Die "Wiener Geschützte Werkstätten Ges.m.b.H." schafft 120 Rehabilitationsplätze.

Wichtig sei es, sagte Gawlik weiter, bei der Bevölkerung Verständnis für die Behinderten zu wecken. So habe es etwa bei der Errichtung des Wohnheimes in der Hochstraße die Anrainerforderung gegeben, eine Mauer zwischen dem Heim und ihren Grundstücken zu errichten, damit sie nicht durch den Anblick der Behinderten belästigt würden. Notwendig sei jedenfalls eine gewisse Integration der Behinderten ins tägliche Leben.

Im heurigen Schuljahr besuchen 5.800 Kinder verschiedene Sonderschulen. Um die Mobilität dieser Kinder zu erhöhen, werden Großraumautobusse, jetzt auch teilweise Taxis und Kleinbusse eingesetzt, und beträchtliche Mittel investiert. Erforderlich sei jedoch auch eine weitergehende Betreuung nach dem Ende der Schulzeit. In Wohnheimen verschiedener Organisationen werden 296 Kinder betreut, für die kaum Chancen zur Rehabilitation bestehen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

15 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Es gibt bei verschiedenen sozialen Organisationen 1.316 Tagesheimplätze, berichtete Gawlik weiter, es seien aber noch weitere Wohn- und Tagesheimplätze notwendig.Eine Mikrozensuserhebung habe aufgezeigt, daß sich 415.000 Menschen nach eigener Einschätzung als behindert betrachten. Das reicht von Problemen beim Stiegensteigen über Schwierigkeiten bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel bis zu Erschwernissen bei der Haushaltsführung. Zehn Prozent der Lebendgeburten seien Risikogeburten, erklärte Gemeinderat Gawlik, und etwa vier bis sechs Prozent von diesen werden auf Lebenszeit eine Behandlung benötigen. Daraus ergebe sich, daß jährlich 60 bis 80 neue Plätze in Wohn- und Tagesheimen geschaffen werden müssen.

GR Gawlik schloß mit einem Zitat von Petzold: Auf dem Weg zum Licht laßt keinen zurück" - darum bitte er. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Gesundheits und Soziales
=++++

16 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EBERHARDT (ÖVP) erinnerte daran, daß ÖVP-Bundesminister Grete Rehor seinerzeit den Grundstein für die spätere Sozialpolitik legte. Der ÖVP-Gemeinderat urgierte dem Bau einer Rettungsstation im 23. Bezirk. Seit 1977 heißt es, daß diese Rettungstation geplant wird. Nach dem letzten Stand der Dinge soll dieses Grundstück nun geteilt werden und für ein Auslieferungslager und eine Tankstelle zur Verfügung stehen. Planungsstadtrat WURZER soll die Planung endlich beschleunigen, um den Bau nicht noch länger hinaus zu zögern.

Die Diplomkurse für das Krankenpflegepersonal im zweiten Bildungsweg sind überlaufen, sodaß immer wieder mehrere Bewerber abgewiesen werden, die sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder anmelden. GR. Eberhardt BEANTRAGTE, daß die Gebühren zu einem Diplomkurs für Krankenschwestern in Zukunft nur einmal eingehoben werden. Auch an der Arbeitskleidung des Krankenpflegepersonals sei einiges auszusetzen. Die derzeit verwendete Kleidung besteht aus einem Kunststoffgemisch, das als unangenehm und ungesund empfunden wird. Gr. Eberhardt stellte den ANTRAG, daß die Kleidung des Krankenpflegepersonals in Zukunft nur mehr aus reiner Baumwolle angefertigt wird. Für die Sicherheit des Nachtdienstpersonals soll in Zukunft besser vorgesorgt werden. Mehrmals mußte schon die Polizei Eindringlinge aus den Spitälern entfernen. StR. STACHER möge durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, daß die Sicherheit des Personals und der Patienten in den städtischen Krankenanstalten gewährleistet ist, BEANTRAGTE GR. Eberhardt. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

17 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER meldete sich zum Debattenbeitrag von GR. EBERHARDT zu Wort. Wurzer betonte, daß die Widmung für eine Rettungsstation auf dem von Eberhardt erwähnten Gelände sehr wohl vorhanden sei. Es sei lediglich die Entscheidung darüber ausständig, ob dieses Areal auch wirtschaftlich genutzt werden solle.

GR. Maria SZÖLLÖSI (SPÖ) sagte, wie sozial die Großstadt Wien sei, sei schon an der Steigerung der Mittel für Soziales zu ersehen. Es sei allerdings nicht so, daß es in Wien keine Nachbarschafts- und Familienhilfe für ältere Menschen gebe. Wo dies jedoch nicht der Fall sei, sorge die Stadt Wien mit 2.518 Heimhelferinnen dafür, daß die alten Menschen länger in ihren Wohnungen bleiben können. Auch der Besucherdienst der Stadt Wien sei eine wertvolle Hilfe für alleinstehende, ältere Menschen.

Anschließend wandte sich Szöllösi gegen die verzerrte Wiedergabe der Verhältnisse in den Wiener Pflegeheimen in den Medien. Es gehe nicht an, wie zuletzt im Fernsehen, nur Negatives zu zeigen. Gerade in den letzten Jahren, so die Rednerin, wurde viel zum Wohl der Bewohner der Pflegeheime geleistet. Es sei weder richtig, daß die Pfleglinge keinen Ausgang haben, noch stimme es, daß ein Zwang zur Anstaltskleidung bestehe. In Lainz sei es dank der Rehabilitatinsbemühungen möglich, jährlich 10 bis 11 Prozent der Patienten wieder nach Hause zu schicken. Schließlich habe ein Besuch der Pflegeheimkommission in Lainz ergeben, daß der Großteil der Pfleglinge sehr zufriedene ist. Allen Bediensteten der Pflegeheime dankte Szöllösi abschließend für die aufopfernde Arbeit, die sie im Dienste der ihnen anvertrauten Menschen leisten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

18 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER nahm zu zahlreichen in der Diskussion aufgeworfenen Fragen Stellung. Kritik zu üben, ist für Angestellte eines Pflegeheimes keineswegs ein Luxus und gefährdet auch nicht seine berufliche Laufbahn. Auch die burgenländischen Erfahrungen mit der Nachbarschaftshilfe zeigen, daß die Erfahrungen im ländlichen Raum nur schwer auf großstädtische Gegebenheiten übertragen werden können. Für die praktischen Ärzte wurde in Wien sehr viel getan. Wien bildet wesentlich mehr praktische Ärzte aus als die anderen Bundesländer. Als einziges Bundesland hat Wien Lehrpraxen geschaffen. Stacher stellte fest, daß die Zahl der Spitalsbetten in den Jahren 1975 bis 1982 um 1.594 reduziert wurde. Sobald das Krankenhaus Ost fertig sei, wird es vor allem zur Versorgung der Bevölkerung links der Donau dienen. Gleichzeitig sollen aber auch im Westen Wiens Abteilungen gesperrt werden.

Zur Problematik der Armut stellte STACHER fest, daß in den letzten zehn Jahren enorm viel zugunsten der Menschen geschehen ist. Die Sozialhilfen für Kranke, Gebrechliche, Behinderte und Einsame, die unter einem erweiterten Armutsbegriff zusammengefaßt werden, wurden ausgeweitet bzw. neu geschaffen. Stacher bekannte sich zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen.

Zum Debattenbeitrag von GR. Dr. KRASSER (ÖVP) erklärte Stacher, daß seinerzeit einstimmige Beschlüsse gefaßt wurden. Er betonte, daß es keinen Kampf zwischen Magistratsdirektor Bandion und ihm selbst gebe. Er sei mit Bandion seit vielen Jahren befreundet, auch wenn es in sachlichen Fragen manchmal unterschiedliche Meinungen gebe.
(Fort.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

19 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Selbstverständlich, sagte STACHER, benötige er für die Bewältigung seiner Aufgabe qualifizierte Fachleute als Mitarbeiter. In Richtung ÖVP meinte er, er wünsche ihren Politikern, daß sie sich niemals in der Beurteilung eines Menschen irren.

Im neuen AKH ist kein Inquisitenspital eingeplant, weil dies im Rahmen des Zentralgebäudes nicht sinnvoll wäre. Aber selbstverständlich ist für so eine Abteilung in einem anderen Bereich Vorsorge zu treffen.

Zum Problem der Kunststoffkleidung sagte STACHER, daß in Operationssälen keine Kunststoffkleidung verwendet werde, und daß die Kleidung auch sonst nur teilweise aus Kunststoffen bestehe, wie das überall in der Welt üblich sei. Die Kleidung soll angenehm zu tragen und leicht zu reinigen sein.

Das Budget 1983 zeigt, daß die finanziellen Grundlagen für eine konsequente Fortsetzung des eingeschlagenen erfolgreichen Weges im Sozial- und Gesundheitswesen gesichert sind, schloß STACHER.
(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

20 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) stellte in ihrem einleitenden Referat fest, daß sich in der sozialistischen Kommunalpolitik als Schwerpunkt immer die Familienpolitik erkennen lasse. Erst die Befreiung aus ökonomischen Zwängen habe das Familienleben ermöglicht, wie es heute üblich ist; die sogenannte "heile Familie der guten alten Zeit" habe es nie gegeben.

In einer Zeit, in der der Wunsch nach einem intakten Familienleben mit dem nach materiellen Errungenschaften kollidiert, sind verstärkte familienbegleitende Angebote notwendig, die die Erziehungsfähigkeit der Familie stärken. Das reicht von Elternschulen über Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, Scheidungsberatung, Kindertelefon bis zum Einsatz von Sozialarbeitern. Durch den verstärkten Bau von Kindertagesheimen wurde in Wien eine optimale Betreuung der drei- bis sechsjährigen Kinder erreicht. Die Platzzahl konnte fast verdoppelt werden. Für Kinder unter drei Jahren stehen Krippen zur Verfügung. In Zukunft soll etwa ein Viertel dieser Kinder darin Aufnahme finden können.

Auf dem Schulsektor steht das Bemühen um Chancengleichheit und -gerechtigkeit nach wie vor an erster Stelle. Die jüngste Novellierung des Schulorganisationsgesetzes brachte zwar wichtige Reformen, doch ist sie die Neuorganisation der Mittelstufenschule schuldig geblieben, erklärte Fröhlich-Sandner. Die Hauptschule gerät dadurch in Gefahr, Restschule zu werden: die AHS mit Anteilen, die weiter über 70 Prozent liegen können, wird zu einer undifferenzierten Gesamtschule. Schulstreß, Aussteigertum und das Steigen der Zahl von Nachhilfestunden sind die Quittung für das Verhindern einer modernen Schulreform. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

21 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Obwohl seit 1972 im Pflichtschulbereich 700 neue Klassen errichtet wurden, kommt der Errichtung von Schulneubauten auch in Hinkunft besondere Bedeutung zu. Im kommenden Jahr sollen die beiden Zentralberufsschulgebäude Mollardgasse und Hütteldorfer Straße weiter modernisiert , die Berufsschule Meiselstraße vollendet, und die Planung an einer neuen Schule für KFZ-Mechaniker vorangetrieben werden.

Innerhalb der letzen Jahre ist es gelungen, die Zahl der Heimkinder um rund die Hälfte zu senken. Das konnte dadurch erreicht werden, daß die Pflegefamilien stark forciert wurden. Ab Jänner 1983 wird eine eigene Beratungsstelle zur Unterstützung der Pflegefamilien eingerichtet. Der Freizeitraum ist für Kinder und junge Menschen von besonderer Bedeutung, stellte Fröhlich-Sandner fest. In diesem Bereich werden seitens des Landesjugendreferates hunderte Aktionen durchgeführt, die das schöpferische Tun und Aktivsein in die Mitte stellen. Auch die Jugendzentren und der Jugendkreis sind hier tätig.

Die Ansätze des Budgets 1983 stiegen um 35 Prozent und werden es erlauben, die bewährten Aktionen fortzusetzen. Mit einem neuen Jugendzentrum und einem Haus der Begegnung in der Brigittenau, einem neuen Büchereibus und einem neuen Bildungschwerpunkt in Hietzing sind aber auch zusätzliche Aktivitäten möglich. Das flächendeckende Netz der Bildungsstützpunkte in Wien mit 30 Volkshochschulen und Häusern der Begegnung, 56 städtischen Büchereien, 18 Musikschulen, 22 Jugendzentren ist auch im internationalen Vergleich beispiellos. "Drei Millionen Besucher unserer Aktionen, Veranstaltungen und Beildungseinrichtungen in vergangenen Jahren sind anschauliche Bestätigung, daß wir auf dem richtigen Weg sind", schloß Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

22 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) bezweifelte, daß trotz erhöhten Mitteln im Bereich des Bildungsressorts die beabsichtigten Erweiterungen des Angebotes wie Vorschule und zusätzliche Lehrer in Klassen mit vielen fremdsprachigen Schülern durchgeführt werden können. Von der gesamten Personalaufstockung (761) entfallen nur 33 auf Lehrer. Indessen wären zahlreiche Begleitlehrer notwendig. Das Problem der fremdensprachigen Schüler sei nur dann zu lösen, wenn es genügend Lehrer innerhalb und außerhalb der Unterrichtszeit gibt. Zusätzliches Lehrpersonal wäre auch für den Förderungs- und Stützunterricht notwendig. KUCHAR befaßte sich dann mit dem Problem des Nachhilfeunterrichts und wies darauf hin, daß mehr Hauptschüler als Mittelschüler diese Unterstützung benötigen. Den Grund sieht er darin, daß die Schulreform nicht weitergeführt worden sei. Er kritisierte, daß sich Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in ihrem einleitenden Beitrag nicht mit der inneren Schulreform beschäftigt hat.

Bei der Besetzung von Lehrerposten dürfe es kein Proporzdenken geben, forderte KUCHAR. Nur die Qualifikation allein solle ausschlaggend sein.

Um einen optimalen Unterricht im zweiten Berufsschulgebäude zu gewährleisten, sollten dort die Umbauarbeiten raschest möglich fertiggestellt werden.

KUCHAR wies darauf hin, daß die Stadt Wien in ihren Lehrlingsheimen höhere Gebühren verlange als die Arbeiterkammer - hier sollte zusätzliche Hilfestellung gegeben werden.

Im Bereich der Familien- und Jugendbetreuung ist Beispielhaftes geschehen, stellte KUCHAR fest. Er begrüßte es, daß die Zahl der Pflegekinder (in Familien) größer wurde als jene in Heimen. Für die Jugendzentren verlangte KUCHAR eine Verlängerung der öffnungszeiten. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

23 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Mehr Unterstützung für die Familien forderte GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Die Familienbeihilfe wurde von fünf auf vier Millionen gekürzt. Das bedeutet weniger Unterstützung für Familien, wenn ein Elternteil ausfällt. Mitte 1983 werden alle Mittel aus dem Familienlastenausgleichfonds aufgebraucht sein. Dabei gibt es immer mehr Familien, die sich die steigenden Wohn- und Betriebskosten nicht mehr leisten können. Diese Familien werden aus einem Gemeidebau nach dem anderen delogiert. Vor allem die Heizkosten sind kaum mehr zu bewältigen. Hier wird neue Armut systematisch begünstigt, sagte HAMPEL-FUCHS. Eine Möglichkeit zu sparen wäre die Schulbuchaktion. Es sei nicht notwendig, daß jedes Kind in jedem Schuljahr ein neues Buch erhält.

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit soll ein Sonderprogramm für Schulabgänger aus berufsbildenden Schulen gestartet werden. Anerkennend hob die ÖVP-Gemeinderätin hervor, daß die Zahl der Heimkinder stetig sinkt. Das Ziel müsse es sein, daß keine Kinder unter drei Jahren mehr in einem Heim leben müssen. Eine familiäre Umgebung ist die weitaus bessere Alternative. Statt mehr Krippenplätze zu schaffen, soll das Medell der Tagesmütter ausgebaut werden. Gr. Maria HAMPEL-FUCHS bedauerte auch dxie Budgetkürzung für Kleinkinder- und Ballspielplätze. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden von 400.000 S im Jahr 1975 auf
80.000 S für das kommenden Jahr reduziert. Dabei sei der Mangel an Kleinkinderspielplätzen im innerstädtischen Bereich besonders drastisch. Beim Bau des neuen Schulgebäudes auf den Böhmgründen sind keinerlei Grünflächen - außer einem begrünten Dach - vorgesehen. Das sei für eine Ganztagsschule zu wenig. Das Budget 1983 wird den Familieninteressen weitgehend nicht gerecht. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

24 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ASCHERL (SPÖ) verwies zunächst auf die historischen Verdienste der Sozialisten im Bereich Jugend und Familie. Mit Leistungen wie der Schulfreifahrt und der Schulbuchaktion haben diese eine Fortsetzung in unserer Zeit gefunden. Es sei sicher, so Ascherl, daß die Familien- und Jugendpolitik auch in Zukunft ein Schwerpunkt sozialistischer Politik bleiben werde, wobei er auf den weitgehenden Konsens hinwies, der in diesen Fragen auch mit den Oppositionsparteien besteht.

Ascherl wandte sich dann der Tätigkeit des Jugendamtes der Stadt Wien zu und wies darauf hin, daß das Budget für diese Abteilung 1983 mit 10,81 Prozent eine überproportionale Steigerung erfährt. Als wesentliches Kriterium der Bemühungen des Jugendamtes nannte Ascherl die Unterstützung der Familien, mit dem Ziel, daß jedes Kind nach Möglichkeit in seiner Familie aufwachsen soll. Institutionen wie etwa die Mutterberatungsstellen leisten hier Hilfe und Information in Erziehungsfragen. Für Kinder, die nicht in der eigenen Familie bleiben können, nannte Ascherl die Pflegefamilie als beste Lösung und wies darauf hin, daß es heute in Wien bereits mehr Pflegekinder als Heimkinder gibt. Durch die Umstrukturierung der Heime ist es allerdings auch gelungen, diesen einen familienähnlichen Charakter zu geben. Schließlich betonte Ascherl, daß in Wien die Vollversorgung mit Kindergärten erreicht worden ist und daß auf dem Gebiet der außerschulischen Aktivitäten und der Sozialarbeit wesentliches geleistet wird. Die Stadt Wien betreibt eine jugend- und familiengerechte Gesamtpolitik, die den Kindern die besten Möglichkeiten bietet, schloß Ascherl. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

25 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. TRAINDL (ÖVP) wies darauf hin, daß es in berufsbildenden Pflichtschulen Probleme durch die Raumnot gebe. Die größten Schwierigkeiten bereitet das erste Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse. Hier ist der größte Sanierungsbedarf gegeben. Wenn es bei der derzeitigen Finanzplanung bleibt, wird man noch ein weiteres Jahrzehnt für die vollständige Sanierung brauchen. Am dringendsten wäre die Konzentration auf die Halle 1. Der Hemmschuh für die zügige Fertigstellung liegt im Finanzressort. Stellen wir unseren Lehrlingen eine zeitgemäße Schule und moderne Lehrmittel zur Verfügung, forderte Traindl. (Forts.)
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

26 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß sich Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER nach zwölf Jahren sozialistischer Schulpolitik unzufrieden mit der Schulreform gezeigt habe. Familienpolitik dürfe sich nicht in der Errichtung von Tagesheimen erschöpfen; man müsse die Wurzeln der Probleme suchen und nicht die Symptome behandeln.

Die Zurückdrängung der Familie habe schon Engels als Ziel des Sozialismus bezeichnet, auch heute sei es die Vorstellung der sozialistischen Frauen, daß Mann und Frau gleichwertig im Arbeitsprozeß einzusetzen wären und die Gesellschaft für die Betreuung der Kinder zu sorgen hat.

Daß die Hauptschule, wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER gesagt hatte, zur Restschule geworden sei, sei Folge der sozialistischen Schulpolitik, die man als gescheitert betrachten müsse, erklärte PETRIK. Im Berufsschulbereich sei zwar viel geschehen, hier hätten aber die Kammern viel mitgearbeitet. Abschließend verwies PETRIK auf einen Schülerkalender der Sozialistischen Jugend, der mit Zitaten gefüllt sei, die bezeichnend für die sozialistische Schulpolitik wären. (Schluß) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

27 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) berichtete über die Wandlung der Volkshochschule von der Abendschule zur "Ganzjahresschule". Dieser Entwicklung entsprechend wurde auch die Subvention für den Verein erhöht. Im Bereich der städtischen Büchereien wurde die Bibliotherapie ausgebaut, ebenso der "Büchereibus" erweitert und das Kassettenangebot vergrößert. Neben den traditionellen Bildungsformen werden auch neue Modelle der Erwachsenenbildung eingesetzt, wie der "Fernlehrtest Wien", den bereits tausend Wiener erworben und ebenso viele entliehen haben. Im Rahmen der Seniorenbildung wurden unter anderem 13.000 Großdruckbücher für Pensionistenheime angeschafft. Seit einigen Jahren gibt es auch ein verstärktes Angebot an Bildungseinrichtungen für Senioren. Weiter ausgebaut sollen auch die Bildungseinrichtungen in Pflegeheimen und Krankenanstalten werden. Großer Erfolg ist dem Projekt "Musische Laienbildung" beschieden, das unter anderem bei asthmatischen Kindern im pulmologischen Krankenhaus eingesetzt wird.

Neben dem zweiten Bildungsweg wird jedoch auch der erste forciert. Dazu gehört unter anderem die Senkung der Klassenschülerzahl auf 25. Ausführlich setzte sich Gertrude Stiehl mit der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle auseinander und kritisierte, daß es aufgrund der Forderungen der ÖVP zu einem schweren Rückschlag beim österreichischen Bildungswesen kam. Mit dieser Novelle werde eine soziale Ungerechtigkeit zementiert. Das Wort vom "Fördern statt auslesen" könne derzeit noch nicht zum Tragen kommen. Die Voraussetzung einer Zwei-Drittel-Mehrheit zum Beschluß dieses Gesetzes habe die ÖVP als parteipolitische Waffe verwendet. Stiehl sagte, IGS und Ganztagsschule hätten Chancengleichheit für alle Kinder gebracht, und sie verwies auf die zahlreichen Wünsche nach Aufnahme in derartige Schulen, die an sie herangetragen werden. "Immer mehr Bildung für immer mehr Menschen ist der beste Garant für die Zukunft", schloß Gertrude Stiehl. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

28 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget für 1983 ist ausreichend, um die Aufgaben der Schul- und Bildungspolitik zu erfüllen, stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in ihrem Schlußwort fest. Wien sei beispielgebend mit seinen Schulversuchen. Wenn GR. KUCHAR von der Angst, den Sorgen und dem Schulstreß der Schüler sprach, so habe er damit die Notwendigkeit der neuen Mittelschule unterstrichen. Beim Schulneubau gab es seit 1945 drei Schwerpunkte: den Wiederaufbau der zerstörten Schulen, den Schulneubau in Stadterweiterungsgebieten und nun als dritte Phase Ersatzbauten im inneren Stadtgebiet sowie den Ausbau der Berufsschulen.

Bei der Arbeitsplatzsicherung für junge Menschen unter 25 Jahren, nimmt österreich ebenfalls eine Spitzenstellung ein. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen beträgt bei uns 26,4 Prozent, in den USA sind es 45 Prozent und in Italien 61,6 Prozent.

Nur 35 Kinder bis zum dritten Lebensjahr sind derzeit in Heimen untergebracht. Die meisten davon sind schwer behindert oder leben mit den Geschwistern gemeinsam in Heimen. Die Aktion Tagesmütter hat sich sehr bewährt. Alleinstehende Mütter können sich in Wien entscheiden, ob sie ihr Kind in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter unterbringen wollen. In den anderen Bundesländern gibt es wesentlich weniger Krippenplätze: in Oberösterreich stehen nur 22, in Salzburg 30 Krippenplätze zur Verfügung. Dort werden die Mütter mit ihren Problemen alleingelassen.

Nur wer selbst als Kind in armen Verhältnissen aufwuchs und Schulbücher ausleihen mußte, kann die Bedeutung der Schulbuchaktion ermessen, betonte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner. Es gibt keine "Wegwerf-Schulbücher", sondern höchstens "Schulbüchwegwerfer". (Forts.) ba/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Bildung, Jugend und Familie
=++++

29 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Wenn GR. PETRIK das gesamte Ressort als unerheblich bezeichnet, so habe für ihn wohl die gesamte Bildungspolitik, Jugend- und Familienpolitik nur unerhebliche Bedeutung, vermutete Fröhlich-Sandner. 1983 stehen der Geschäftsgruppe mit 15.000 Mitarbeitern 7,3 Milliarden Schilling zur Verfügung.

12 Jahre sozialistische Alleinregierung haben offensichtlich nicht ausgereicht, um den Bildungshorizont mancher ÖVP-Politiker zu erweitern. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

30 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem einleitenden Referat zur Geschäftsgruppe Kultur und Bürgerdienst wies StR. ZILK (SPÖ) darauf hin, daß in Wien gerade in den letzten Jahren ein Klima kultureller Aufbruchsstimmung entstanden ist, an dem sowohl die Stadt, aber auch alle beteiligten Bürger ihren gerechten Anteil haben. Wenn sich das Kulturbudget im Rahmen des Wiener Gesamtbudgets auch gering ausnimmt, so dient es doch einem anspruchsvollen Aufgabenkreis, sagte Zilk.

Dieser Aufgabenkreis umfaßt jedoch nicht nur die großen kulturellen Institutionen, sondern in zunehmenden Maß kleine dezentralisierte Kulturzentren, die dazu beitragen, die Kultur aus dem Ghetto der Privilegierten herauszuführen. So gibt es zur Zeit in Wien 20 Kleinbühnen und rund 50 Theatergruppen, die sich erst in den letzten Jahren entwickelt haben. Mit dem Treffpunkt Petersplatz wurde eine Begegnungsstätte geschaffen, die bei geringen finanziellen Aufwendungen ein Forum für die verschiedensten Gruppen bildet. Bereits im kommenden Januar wird in Simmering das Haus "Szene Wien" eröffnet, das als musikalisches Zentrum in einem bisher kulturell benachteiligten Bezirk zehntausende junge Menschen anziehen wird. Mit dem Stadtkino wurde eine Institution ins Leben gerufen, die dem künstlerisch hochwertigen Film eine Spielstätte bietet. Mit 50.000 Besuchern bisher wurden die Erwartungen weit übertroffen. Der Ausbau der Koppreiterremise im Jahr 1983 wird auch Meidling einen neuen kulturellen Treffpunkt bringen. Bereits jetzt kann der Versuch als gelungen gewertet werden, im ehemaligen TGM ein selbstverwaltetes Kultur- und Werkstättenzentrum einzurichten.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Kultur- und Bürgerdienst
=++++

31 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Toleranz und Verständnis sind elementare Bestandteile im kulturellen Leben, sagte ZILK. Das zeigten auch die Wiener Symphoniker, die sich nun mit 52 gegen 42 Stimmen dafür entschieden haben, Frauen beim Probespiel zuzulassen und damit einen wesentlichen Schritt im Bereich der Emanzipation getan zu haben.

Als richtungsweisenden kulturellen Versuch nannte StR. Zilk schließlich die Aufführung der "Aida" in der Wiener Stadthalle, die heuer wieder 48.000 Menschen sehen werden, von denen 50 Prozent zum ersten Mal eine Oper "live" erleben. Zilk kündigte in diesem Zusammenhang auch Bemühungen an, Aufführungen der Salzburger Festspiele einem großen Publikumskreis zugänglich zu machen.

Als Selbstverständlichkeit erwähnte Zilk auch die Bemühungen um die Erhaltung des Wiener Stadtbildes. Auch im kommenden Jahr werden dafür über 80 Millionen S zur Verfügung stehen.

Abschließend würdigte er die Arbeit des Bürgerdienstes der Stadt Wien, der bis zum 30. November rund 170 Tausendmal mit Fragen, Wünschen und Beschwerden konfrontiert wurde und ebenso oft im Dienste der Bürger tätig wurde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

33 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es eine Reihe erfreulicher kultureller Aktivitäten, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö). Es gibt aber auch anderes, das er als Oppositionspolitiker nicht in einem strahlend optimistischen Licht sehen könne. Pawkowicz stellte fest, daß im Budget bei den Erträgnissen aus dem Kulturschilling eine beträchtliche Steigerung von 70 auf 110 Millionen Schilling enthalten ist. Allerdings fließen 50 Millionen davon anderen Zwecken als der Altstadterhaltung zu. Die Erhaltung des kulturell wertvollen Baubestandes ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Kritisch merkte Pawkowicz an, daß die FPö im Altstadterhaltungsbeirat nicht vertreten ist. Kunst und Kultur brauchen den Geist der Freiheit. Ein solches Klima ist dort schwer zu finden, wo ein Teil der Bevölkerung - wie in diesem Fall - von der Mitarbeit ausgeschlossen wird.

Pawkowicz richtete an StR. Zilk die Frage, ob die Bemühungen um die Rückzahlung der, dem Ehepaar Leherb-Profohs für die Renovierung des Hauses Franziskanerplatz 6, das inzwischen den Besitzer gewechselt hat, zur Verfügung gestellte Mittel, erfolgreich waren. Wenn nicht, fragte Pawkowicz, welche Maßnahmen zur Sicherstellung dieser Rückzahlung geplant seien.

Am Zustand des Palais Harrach, das seit einem Jahr im Besitz der Stadt Wien ist, hat sich nichts geändert. Wie wird es hier weitergehen?

Pawkowicz verlieh der Befürchtung Ausdruck, daß die Stadthalle wieder in größere Verlustzonen kommen könnte. Er begrüße deshalb erfolgreiche Aktivitäten wie das Gastspiel der "Aida".

Pawkowicz regte an, eventuell auch im 21. oder 22. Bezirk ein Kinocenter einzurichten. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

34 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) setzte sich vor allem mit der Person des amtsführenden Stadtrates für Kultur und Bürgerdienst, Dr. ZILK (SPÖ), auseinander. Er gab zu, in dieser Hinsicht gespaltene Gefühle zu haben. Die Wiener Kulturpolitik habe unter Zilk an Tempo und Farbe gewonnen. Zilk sei andererseits ein "Massenmedium" per se und glaube oft, mit seinen Subventionen alles selber machen zu müssen.

Kultur müsse auch in allen anderen Ressorts spürbar werden, forderte Mauthe. Der Altstadtfonds müßte mehr Kompetenzen übertragen bekommen. Zilks Subventionspolitik sei zur Talenteförderung kurzfristig zwar wahrscheinlich richtig; langfristig müsse diese Frage aber gründlich überlegt werden, um nicht eine reine Subventionskultur zu schaffen. Man sollte langsam versuchen, sich vom "Gießkannenprinzip" zu selektiveren Prinzipien durchzuringen. Ansätze dazu wären in den Ausfallshaftungen schon vorhanden.

Mauthe richtete an StR. Zilk die Frage, was er zur Belebung der Viertel um das Rathaus und um die Jesuitenkirche unternehmen werde sowie ob er die Verantwortung für das Palais Hohenkubin übernehme.

Abschließend wies Mauthe darauf hin, welche Macht- und Kompetenzfülle Zilk als Stadtrat, Festwochenpräsident, ORF-Kurator, Funktionär beim Kabelfernsehen und in zahlreichen anderen Funktionen besitze und stellte die Frage, ob diese Ämterkumulation im Interesse der Wiener Kultur sein könne. (Forts.) roh/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

35 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-VW. Karoline PLUSKAL (SPÖ) kritisierte, daß sich StR. Dr. MAUTHE (ÖVP) in seinen Ausführungen über weite Passagen nur an Stadtrat Dr. ZILK gewendet habe. Zwischen den Zeilen sei gestanden "Ihr anderen versteht uns ohnedies nicht". Pluskal bezeichnete dies als offensichtliche Mißachtung des Gemeinderates und als intellektuellen Hochmut. Es soll aber Interesse bei allen geweckt werden, auch bei denen, die "nicht das Glück hatten, soviel zu lernen, wie Stadtrat Mauthe", formulierte Karoline Pluskal.

Der Stadtentwicklungsplan steht unter dem Motto "Wien ein guter Platz zum Leben", die Bevölkerung ist aufgerufen, mitzureden, mitzuplanen. Zum Stadtentwicklungsplan gehört auch die Kultur in Wien. Daß darüber diskutiert werden kann, gehört zu den selbstverständlichen Grundsätzen. "Wir bekennen uns zur Kulturpolitik als Dienst am Bürger", sagte Pluskal. Der Bürger solle nicht nur durch Verordnung, sondern durch ein vielfältiges Angebot und durch Hilfestellung jeder Art zum Mitmachen motiviert werden. Karoline Pluskal verwies dabei auf die Aktionen "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" (sie soll arbeitenden Menschen den Zugang zur Kunst erleichtern), sowie auf die Aktion "Galerie Thaliastraße" und "Galerie Währinger Straße" in den Auslagen der Geschäfte. Dazu kommen besucherfreundliche öffnungszeiten in den Museen und vielfältige Ausstellungen, darunter "Ver sacrum" in der Hermesvilla. Dort wird nächstes Jahre eine Ausstellung über Heinrich Ferstel gezeigt werden. Das Wiener Stadt- und Landesarchiv habe einen österreichischen Städteatlas und einen historischen Atlas von Wien ausgearbeitet. In der "Alten Schmiede" wurde ein "Literarisches Quartier" eingerichtet, und Literaturwochen sollen den Zugang zum Buch erleichtern. Mit dem Elias-Canetti-Stipendium solle Dichtung als Berufung gefördert werden, sagte Pluskal abschließend. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

36 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Subventions- und Förderungspraxis des Kulturressorts kritisierte GR. PROCHASKA (ÖVP). StR. ZILK habe bei seinem Amtsantritt eine Durchforstung der Subventionen zugesagt. Es sei bei der Ankündigung geblieben. Das "Dramatische Zentrum", die "Kömödianten" und die "Freie Bühne Wieden" seien Beispiel von ZILKS "Förderungswut". "Im Lager der sozialistischen Gleichheitsfanatiker werden einige gleicher behandelt," erklärte PROCHASKA. Es wäre mehr Sorgfalt am Platz. In vielen Fällen sei es bei einer Ankündigungspolitik geblieben. Das klassizistische Grassalkovicschlössel im 2. Bezirk sollte laut ZILK schön längst saniert werden. Statt dessen wurden die Fenster geputzt. Beim Palais Harrach blieb es bei vielen Ideen und einem Kostenvoranschlag von etwa 70 Millionen Schilling. Das Internationale Studentenheim, Haus Döbling, verschlingt pro Jahr sechs Millionen Subvention. Ein Vorschlag der Kammer, die Studentenwohnungen während der Ferien als Hotelzimmer zur Verfügung zu stellen, wurde entrüstet zurückgewiesen. Es gäbe genug zu tun für StR. ZILK, der seine Tatkraft und Energie mehr seinem Ressort zur Verfügung stellen sollte als der persönlichen Imagepflege . ZILK habe den Bezug der Netzkarte zum Privilegium hochstilisiert, während er dem ORF-Generalintendanten ein weiteres Monatsgehalt zuschanzte. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

37 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL)GR Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) widmete ihr Referat der Theaterstadt Wien, die ein Spiegelbild der Vielfalt des kulturellen Lebens in Wien biete. Daß diese Vielfalt erhalten bleibe, sei auch einer Subventionspolitik zu verdanken, so Wondratsch in einer Bemerkung zu den Ausführungen von GR PROCHASKA, die die Subvention nicht als Zensur verwende.

Ohne Zweifel seien Wiens Theater, obwohl bestens besucht, auf Subventionen angewiesen. Aber mit diesen Subventionen für die großen Privattheater, die Mittelbühnen und das Theater der Jugend sowie der Abgangsdeckung für das Theater an der Wien ermögliche die Stadt Wien eben ein vielfältiges Theaterleben, das kaum eine Parallele im deutschen Sprachraum findet.

Zu diesem Theaterleben seien jedoch auch die Kleinbühnen zu zählen, die mit ihrer Lust am Experiment und der Erprobung neuer Spielformen auch ein Sprungbrett für Schauspieler und Regisseure seien. Ihre Existenz sei durch Grundsubventionen gesichert, die durch Leistungsprämien ergänzt werden. Zu diesen Bühnen zählen etwa das Serapions-Theater, Lederers Einmann-Bühne, das International Theatre oder die Kleine Komödie. Daneben haben sich seit einigen Jahren die freien Gruppen, wie die Gruppe 80, die Showinisten oder das Tanztheater von Liz King etabliert.

Mit Prämien für die Aufführung zeitgenössischer Autoren, die die entsprechenden Bühnen bekommen, wird auch die Literatur gefördert. Das Stadtabonnement und die Volkstheateraufführungen in den Außenbezirken ermöglichen einem weit gesteckten Bevölkerungskreis den Theaterbesuch. Alles zusammen sei schließlich, so Wondratsch, Ausdruck einer Kulturpolitik, die Wien als Theaterstadt als Verpflichtung auffasse und dementsprechend handle.
(Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

38 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Es gebe eine Reihe offener Fragen, über die er gerne nähere Auskünfte hätte, sagte GR. Mag. KAUER (ÖVP). Er führte unter anderem den Spielstättenkatalog für Theatergruppen, die längerfristige Finanzierung der Koppreiter-Remise, die künstlerische Verwertung der Flaktürme, den Stand der Gespräche über das Jugendstilensemble Fleischmarkt/Rotenturmstraße, die Revitalisierung des Messepalastes und des Neugebäudes, das Palais Hohenkubin, das Ensemble um den Gasthof "Römischer Kaiser" im dritten Bezirk, die weitere Vorgangsweise beim Sünnhof, das Bauverfahren Ronacher, die Wotruba-Kirche und den Schutz des Ensembles des Bezirkszentrums Landstraße während der U-Bahn-Bauarbeiten an.

So richtig die Förderung kultureller Aktivitäten ist, so sehr müsse auch in diesem Bereich haushälterisch vorgegangen werden, und zwar nicht im Sinne einer Zensur, sondern einer gewissen Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Sparten. KAUER regte in diesem Zusammenhang die Erstellung eines Subventionskonzeptes an. Sinnvoll wäre auch ein Prioritätenkatalog für die Förderung der Klein- und Mittelbühnen sowie für die Theatersubventionen überhaupt.

Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek ist eine der vorbildlichsten Bibliotheken österreichs, betonte KAUER. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

39 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUBARZ (SPÖ) stellte bezüglich der Vorwürfe von GR. KAUER (ÖVP) fest, daß das Studentenheim "Haus Döbling" eine Hotelkonzession für das ganze Jahr besitze. Die Ausschank werde durch die WIGAST betrieben. Durch Personaleinsparungen habe man die finanzielle Situation bessern können. Seitens der Stadt Wien wurden in den Umbau des Heimes etwa 24 Millionen investiert. Die "Volkshilfe" werde in Zukunft einige Büroräume übernehmen. Insgesamt sei es gelungen, ein ruhiges, geordnetes Heim zu schaffen.

Zur Altstadterhaltung erklärte Holubarz, daß es den "Kulturschilling" seit Jänner 1972 gebe, seit Jänner 1982 betrage er 15 Prozent der Fernseh- und Rundfunkgebühren. Die Ansuchen würden im Beirat sehr rasch und fast alle einstimmig behandelt. Bisher wurden mehr als 500 Millionen für die Altstadterhaltung aufgebracht. Für das Jahr 1983 sind 148 Objekte mit 75 Millionen zur Förderung vorgesehen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

40 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat Dr. ZILK nahm in seinem Schlußwort zunächst zu den Ausführungen von GR. PAWKOWICZ Stellung. Zilk betonte, daß im Altstadtbeirat bis jetzt alle sachlich berechtigten Anträge bewilligt worden sind. Wie sehr sich Wien nicht zuletzt auch durch die Mittel aus dem Altstadterhaltungsfonds verändert hat, ist jederzeit am Stadtbild abzulesen. Was das Leherb-Haus betrifft, befasse sich derzeit die MD-Zivilrechtsangelegenheiten mit diesem Fall.

Zum Vorwurf von GR. PROCHASKA, er - Zilk - sei geltungsbedürftig, sagte der Stadtrat, dies treffe wohl auf Prochaska selbst und auf Vizebürgermeister Dr. Busek zu, dessen Pressedienst sogar interveniere, wenn er nicht oft genug im Fernsehen erscheine. Zu Prochaskas weiteren Ausführungen falle ihm wegen deren Unsachlichkeit nichts ein.

Zur Rede von GR. Mag. KAUER sagte Zilk, der geforderte Spielstättenkatalog sei in den letzten Monaten erhoben worden. Derzeit werden die Spielstätten - diese sind über tausend - genau überprüft. Die von Kauer aufgeworfenen Finanzierungsfragen beantwortete Zilk folgendermaßen: Das Haus "Szene Wien" in Simmering wurde fast zur Gänze von der "Z" finanziert. Die Koppreiter-Remise in Meidling befindet sich derzeit im Umwidmungsverfahren, daher ist ihre Finanzierung noch nicht im Budget enthalten. Hier wird man zu Sondermaßnahmen greifen, die eine Eröffnung im nächsten Winter ermöglichen sollen. Das "Zentrum Petersplatz" ist bereits in Betrieb, ebenso das "Zentrum Kaisermühlen", das mit einem Minimum an Mitteln in Eigenleistung hergerichtet wird. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

41 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die von GR. Mag. KAUER aufgeworfenen Fragen zur Stadtbildpflege beantwortete ZILK folgendermaßen: Im Rathausviertel wurden die Hausinhabungen und Geschäftsbesitzer kontaktiert, es wurde jedoch zugegebenermaßen kein großer Widerhall, vor allem in der Frage der in den Arkaden parkenden Autos, gefunden. In bezug auf das Viertel um die Jesuitenkirche wurde ein Verein gegründet, in dem auch das Kulturamt vertreten ist. Hier sind baldige Aktivitäten zu erwarten. Die Verschönerung der Flaktürme bietet vor allem weite Möglichkeiten für Bezirksaktivitäten, denen hier keine Grenzen gesetzt sind. In der Frage des Hocholzerhofes werden immer wieder Bemühungen gesetzt, die Besitzer zur Renovierung zur bewegen, erzwingen kann man diese jedoch nicht. Bezüglich des Messepalastes haben der Bund und die Stadt Wien in einer Pressekonferenz im Presse-Club Concordia ein Bekenntis zur Revitalisierung abgelegt. Die Renovierung des Neugebäudes ist ein Wunsch, den auch er, ZILK, immer wieder vorbringt. Beim Palais Harrach soll 1983 das Dach instandgesetzt und 1984 mit den weiteren Sanierungsarbeiten begonnen werden. Eine Lösung des Palais Hohenkubin liegt im Interesse aller an der Altstadt Interessierten. Jede vernünftige Lösung ist hier willkommen. Bei den Bemühungen um die Revitalisierung des "Ronacher" hat das Kulturamt mit viel Energie mitgearbeitet. Auch dieses Gebäude ist in Privatbesitz. Das bedeutet, daß man nicht erzwingen kann. Die Revitalisierung des Sünnhofes schließlich ist in weiten Bereichen fertiggestellt, der Bauunternehmer Rogner will hier das Hotel selbst in Betrieb nehmen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Kultur und Bürgerdienst
=++++

42 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) stellte fest, er habe kein Interventionsschreiben an den ORF gerichtet - wer dies behauptet, solle es vorzeigen. Zum zweiten handelte es sich dabei nicht um Bezirksveranstaltungen, sondern um drei Veranstaltungen auf Bundesebene. Vom ORF sei dazu festgestellt worden, daß der Pflicht zur Berichterstattung nicht im ausreichenden Maß entsprochen worden sei.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 20.05 Uhr unterbrochen. Sie wird Donnerstag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppen Wohnen und Stadterneuerung, Stadtplanung und Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz (HOLDING) fortgesetzt. Im Anschluß daran wird über das Wiener Budget 1983 abgestimmt. (Schluß) and/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Donnerstag, 9. Dezember 1982 Blatt 3604

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Europäisches Judozentrum für Wien
Kommunal: (rosa)	Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte Halbzeit beim Amalienbad - neue Trainingshalle eröffnet ÖVP: Wiener Budget belastet nächste Generation Bürgermeister Gratz besuchte Mariahilfer Straße
Politik: (rosa)	Amnesty international bei Bürgermeister Gratz
Lokal: (orange)	Taxifahren wird teurer Einkaufssamstag: Genug Parkmöglichkeiten in der City
Kultur: (gelb)	Ehrenringe für Gold, Wessely und Weigel Festwochen 1983
Sport: (grün)	Japanischer Judopräsident von Wien beeindruckt

Nur über FS:

7.12. U 4 eingestellt

8.12. Verkehrsberuhigung bei der Carabelligasse
Eisring Süd feierlich eröffnet
Straßenbahnunfall am Schubertring
Brand in Juweliergeschäft

9.12. 100.000 Besucher in der Weihnachtsausstellung

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Ehrenringe für Gold, Wessely und Weigel

=++++

1 #Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Käthe GOLD, Paula WESSELY und Hans WEIGEL erhalten den Ehrenring der Stadt wien. Den einhelligen Beschluß faßte der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung am Dienstag.#

Der Ehrenring ist die höchste sichtbare Auszeichnung, die die Stadt Wien zu vergeben hat. Er wird für besondere Leistungen auf künstlerischem Gebiet verliehen. Eine Besonderheit des Ehrenringes ist, daß er nach dem Tod des Trägers an die Stadt Wien zurückgegeben werden muß. Seit der Einführung dieser Auszeichnung im Jahr 1925 wurde der Ehrenring bisher insgesamt 95mal verliehen. Derzeit gibt es 20 Ehrenringträger, zu denen Attila Hörbiger, Clemens Holzmeister, Hans Thimig, Hans Jaray, Egon Seefehlner und Ernst Häussermann zählen. (Schluß) gab/bs

NNNN

Taxifahren wird teurer

=++++

2 #Wien, 9.12. (RK-LOKAL) Taxifahren wird in Wien ab 1. Jänner teurer: der gefahrene Kilometer kostet dann 8,26 S statt bisher 8 S, die Grundtaxe einschließlich der Streckentaxe bleibt zwar nominell mit 22 S gleich, gilt jedoch dann nur mehr für eine Strecke von 250 m statt bisher 800 m. Dies ist der wesentlichste Inhalt der Verordnung des Landeshauptmannes über den Taxitarif, die Donnerstag im Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlicht wurde.#

In der Verordnung ist überdies festgehalten, daß die Zeittaxe bei Wartezeiten nun für jeweils begonnen 51 Sekungen (bisher 1 Minute) in Höhe von zwei Schilling eingehoben wird. Das entspricht einer Gebührenerhöhung von 120 auf 140 S je Stunde. Der Gepäckzuschlag bleibt mit 10 S unverändert.

Die letzte Gebührenerhöhung fand vor zwei Jahren - am 15. Dezember 1980 - statt. Bei einer durchschnittlichen Fahrtstrecke von sechs Kilometern beträgt die Erhöhung etwa 9,8 Prozent.

Die Fahrpreisanzeiger müssen innerhalb eines halben Jahren nach Inkraftreten dieser Verordnung umgebaut werden. Während der übergangszeit bis zum Umbau des Taxameters darf zu dem im Fahrpreisanzeiger ausgewiesenen Betrag ein Zuschlag von 5 S verlangt werden. Bis zum Umbau muß unmittelbar oberhalb des Taxameters ein entsprechender gedruckter und mit dem Siegel der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien - Fachgruppe für die Beförderungsgewerbe mit Personenkraftwagen versehener Hinweis in deutscher, englischer und französischer Sprache angebracht werden. (Schluß) and/ap

NNNN

Japanischer Judopräsident von Wien beeindruckt
=++++

3 Wien, 9.12. (RK-SPORT) Beeindruckt von Wien war der japanische Judopräsident Shigeyoshi MATSUMAE, der sich wegen der Vertragsunterzeichnung für den Bau eines europäischen Judozentrums drei Tage lang in der Bundeshauptstadt aufhielt. Mit der Errichtung dieses "Budokhan" sollen, so Matsumae, auch die ausgezeichneten Kontakte zwischen Japan und Österreich noch vertieft werden. Bei einem Mittagessen im Ziehrerstüberl des Rathauskellers betonte Sportstadtrat Peter SCHIEDER erneut, daß die Errichtung dieses Zentrums eine Auszeichnung für Wien darstelle.

Sowohl Matsumae als auch Schieder würdigten die Bemühungen des österreichischen Judopräsidenten Kurt KUCERA, der großen Anteil daran hat, daß die Wahl des Standortes auf Wien fiel. Mit der Fertigstellung ist im Jahre 1984 zu rechnen, die Baukosten von etwa 50 Millionen werden vom japanischen Partner getragen.

Shigeyoshi MATSUMAE, auch Präsident des Weltjudoverbandes, hat bei diesem Anlaß eine österreichische Damenauswahl nach Japan eingeladen.
(Schluß) hof/ap

NNNN

Einkaufssamstag: Genug Parkmöglichkeiten in der City
Utl.: Garagen sind aufnahmefähig
=++++

4 Wien, 9.12. (RK-LOKAL) Nach den Erfahrungen der beiden ersten Einkaufssamstage ist auch für kommenden Samstag zu erwarten, daß es im Bereich der Wiener City und der Wiener Geschäftsstraßen genug Parkmöglichkeiten gibt. Die Aktion "Einkauf in Wien" verweist darauf, daß die Garagen trotz der hohen Besucherzahlen in den Geschäftsstraßen aufnahmefähig sind. Meist ist es auch ohne größere Schwierigkeiten möglich, in den Nebenstraßen einen Parkplatz zu finden. Der anderswo auftretende "Parkplatzkollaps" ist jedenfalls an den bisherigen Einkaufssamstagen in Wien ausgeblieben. (Schluß)
sei/ko

NNNN

Halbzeit beim Amalienbad - neue Trainingshalle eröffnet
=++++

5 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Eröffnung der neuen Trainingshalle ist nun die Halbzeit bei der Modernisierung und Revitalisierung des Amalienbades am Reumannplatz erreicht: das erklärte Bäderstadtrat Peter SCHIEDER Donnerstag bei der Eröffnung der neuen Halle, die auf den Fundamenten des ehemaligen Heizhauses errichtet wurde.

Stilgerecht wurde die Schwimmhalle mit Vorführungen des Wiener Landesschwimmverbandes eingeweiht.#

Die neue Halle verfügt über ein Schwimmbecken mit vier Bahnen und einen Trockentrainingsraum mit Kraftmaschinen. Bestimmt ist die Schwimmhalle in erster Linie für Schüler und Sportler. In der trainingsfreien Zeit kann sie aber auch von den anderen Badegästen benützt werden. Dafür soll sie - nach der im kommenden Jahr durchzuführenden Erneuerung der großen Schwimmhalle - über eine Stiegenanlage mit dem eigentlichen Amalienbad verbunden werden. Das Amalienbad wird derzeit um rund 140 Millionen S saniert und modernisiert. Die Hälfte der Arbeiten ist nun mit der Erneuerung des Nordtrakts und dem Bau der neuen Trainingshalle bereits geleistet. (Schluß) hs/gg

NNNN

ÖVP: Wiener Budget belastet nächste Generation
=++++

9 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK kritisierte Donnerstag in einem Pressegespräch, daß in Wien in den Jahren 1986/87 der Punkt erreicht sein wird, wo praktisch kein Geld mehr für Investitionen zur Verfügung stehen wird. Damit sei die Finanzierung wichtiger infratstruktureller Einrichtungen, wie die Reparatur der Hochquellenwasserleitung, die Erneuerung des Kanalnetzes und die Gelder für den Neubau des AKH und des SMZ-Ost in Frage gestellt. Beim AKH läuten, so Busek die Alarmglocken: Während heuer und im nächsten Jahr die Bauraten um jeweils 50 Prozent gekürzt wurden, müßten ab 1984 pro Jahr zwischen 4,6 Milliarden und 5 Milliarden verbraucht werden. So hohe Bauraten können wohl kaum technisch und kapazitätsmäßig "verkraftet" werden, so daß man die bisher genannten Fertigstellungstermine ernsthaft in Frage stellen muß.

Ursache für den Verlust des finanziellen Spielraums in den nächsten Jahren sei die verfehlte sozialistische Politik der letzten Jahre. Darüber hinaus habe man die nächste Generation bereits jetzt in einem unzumutbaren Ausmaß belastet. Diese Generation wird die Betriebskosten von Großprojekten, die heute nicht einmal überschaubar sind, bezahlen müssen.

Die ÖVP schlägt zur Ankurbelung der Wirtschaft Initialzündungen der öffentlichen Hand für die private Investitionstätigkeit vor. Mit einer Milliarde, die man für die Stadterneuerung zur Verfügung stellt, könnte man pro Jahr 6.700 Menschen beschäftigen. Diese Gelder wären auch nicht verloren. Rund 87 Prozent der von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Gelder würden über vermehrte Steuereinnahmen und ähnlichem wieder zurückfließen.
(Schluß) sei/gg

NNNN

Bürgermeister Gratz besuchte Mariahilfer Straße
=++++

13 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen seines traditionellen vorweihnachtlichen Besuches bei den Großkaufhäusern Gerngross und Herzmansky erörterte Bürgermeister Leopold GRATZ Donnerstag auch Probleme der Mariahilfer Straße im Zusammenhang mit dem bevorstehenden U-Bahn-Bau. Dabei garantierte Gratz, daß die U-Bahn hier in offener Bauweise und auch in möglichst kurzen Bauabschnitten gebaut werde. Um darüber hinaus die Autofahrer schon jetzt an die neue Situation zu gewöhnen, werden in der Mariahilfer Straße schon relativ bald verkehrsberuhigende Maßnahmen gesetzt werden, die dann die ganze Woche über gelten werden. Überdies soll die Baudurchführungs-Gesellschaft, die im Rahmen des Wiener Milliarden-Beschäftigungssonderprogrammes für den U-Bahn-Bau gegründet werden wird, eine raschere Fertigstellung der U 3 garantieren.#

Wien habe nicht mit sinkender Kaufkraft zu kämpfen, meinte Gratz. Man müsse die Kaufkraft nur wieder von den Einkaufszentren "auf der grünen Wiese" zurück nach Wien lenken. Kein Einkaufszentrum könne auf so knappem Raum eine solche Vielfalt bieten, wie dies in der Mariahilfer Straße der Fall sei.

Zum Wiener Wirtschaftsklima meinte der Bürgermeister, daß es wesentlich mehr Kooperation gäbe, als viele in der öffentlichkeit glauben machen wollten. Wäre der öffentliche Eindruck richtig, so wäre das traurig. Nur manchmal müsse man den Eindruck gewinnen, einige in der Opposition würden sich genieren, zu kooperieren, bedauerte Gratz. (Schluß) rö/gg

NNNN

Festwochen 1983 (1)
Utl.: Der Karlsplatz als Herz des Festivals
=++++

14 #Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Der Karlsplatz steht im Zentrum der Wiener Festwochen 1983. Flankiert vom Historischen Museum und vom Künstlerhaus - in beiden Häusern findet die große Türkenausstellung statt -, weiters von der Secession, die zum Forum der Musik-Avantgarde wird und schließlich in nächster Nähe zum Theater an der Wien, in dem eine Reihe bedeutender Gastspiele stattfindet, wird auch der Platz selbst wieder als "Offener Karlsplatz" zum Zentrum künstlerischer Aktivitäten. Wie in den vergangenen Jahren gibt es auch 1983 wieder ein "Festival der Heiterkeit" mit einem Festwochenbeitrag des Filmmuseums, der dem Zeichentrickfilm gilt. Das Musikfest findet im Konzerthaus statt, die Festwocheneröffnung wird über den Rathausplatz hinaus die ganze Stadt miteinbeziehen.#

Neben dem traditionellen Programm auf dem Rathausplatz laden die Symphoniker zu einem "Tag der offenen Tür" ins Konzerthaus ein, ein Fest im Burgtheater, Pop- und Rockkonzerte und über den Ring ziehende Janitscharen sorgen für weitere Attraktionen.

Neben der großen Ausstellung im Künstlerhaus und im Historischen Museum sind dem "Türkenjahr" weitere Ausstellungen in der Nationalbibliothek, im Heeresgeschichtlichen Museum, der österreichischen Galerie und dem Museum des 20. Jahrhunderts gewidmet. Eine Ringvorlesung "Auf Gottes Spuren in österreich" und eine Inszenierung von Mozarts Türkenoper "Zaide" im Theater an der Wien komplettieren das Programm. (Forts.) gab/gg

NNNN

Festwochen 1983 (2)
Utl.: Die Clowns kommen wieder
=+++++

15 Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Im Rahmen des "Festivals der Heiterkeit" kommen auch 1983 wieder die Clowns auf die Jesuitenwiese. Das "Festival der Fantasie" in zeitlicher und räumlicher Nähe zum Clownfest will dem Publikum eine Welt der Fantasie und Kreativität eröffnen. Das österreichische Filmmuseum bereitet die "Geschichte des Animationsfilmes" vor, wobei insbesonders die Entwicklung des Zeichentrickfilmes gezeigt wird.

Im Theater an der Wien gastiert das Bolschoi-Ballett mit "Schwanensee", "Romeo und Julia" und "Spartacus", weiters ist ein "Schwerpunkt Berlin" geplant: die Westberliner "Schaubühne" kommt mit der Peter-Stein-Inszenierung "Klassenfeind" und einem Beckett-Abend, das Theater im Palast Berlin, DDR, bringt die "Verschwörung der Heuchler" von Michael Bulgakow. Als Abschluß des Gastspielprogramms im Theater an der Wien sind fünf Vorstellungen des Brüsseler Balletts des 20. Jahrhunderts mit "Wien, Wien nur du allein" geplant. "Töne und Gegentöne" werden in einer Ausstellung in der Secession dokumentiert und in einer Konzertreihe auch im "Szene-Wien" Haus in Simmering zu Gehör gebracht: eine Bestandaufnahme der gegenwärtigen Musikszene. Weiters in der Secession: Gastspiele aus der Berliner Off-Szene und des Grips-Theaters Berlin.

Der offene Karlsplatz schließlich wird die Wiener wie schon im Vorjahr mit Kunst im öffentlichen Raum, Liedermachern und Straßentheater konfrontieren. (Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Wohnen
=++++

7 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) nahm der Wiener Gemeinderat am Donnerstag um 9 Uhr die Budgetdebatte mit der Geschäftsgruppe "Wohnen und Stadterneuerung" wieder auf.

StR. HATZL (SPö) bezeichnete den Budgetansatz für die Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung als Fortschreibung und Realisierung des Arbeitsprogrammes. Es sei ein wirksames Instrument für Investitionen und somit zur Arbeitsplatzsicherung mit dem Schwerpunkt auf der Stadterneuerung. 1983 wird die Stadt Wien die Errichtung von 5.500 Wohnungen fördern. Im Rahmen der Wohnungsverbesserung sind 12.000 Verbesserungsfälle vorgesehen. Dieses Programm bedeutet eine Verbesserung der Wohnverhältnisse von 35.000 bis 45.000 Wienerinnen und Wienern.

Die Neubautätigkeit der Stadt ist ein echter Beitrag zur Stadterneuerung. Von den 29 städtischen Wohnhausanlagen, die im kommenden Jahr begonnen werden, befinden sich alle bis auf zwei im innerstädtischen Bereich. Aber auch das Bauprojekt Wienerberggründe könne nicht als Stadterweiterung bezeichnet werden.

StR. HATZL begrüßte die Senkung der Kreditzinsen für die Wohnbaudarlehen. Damit Wohnen erschwinglich ist, wird die Wohnbeihilfe - als echte Subjektförderung - erhöht. Diese Erhöhung wird vor allem Familien mit Kindern und Behinderten zugute kommen.

Die Tatsache, daß von den privaten Hauseigentümern in Wien von der Stadterneuerungsmilliarde zu wenig Gebrauch gemacht wurde, sei ein Beweis, sagte StR. Hatzl, daß die Stadt Wien im Bereich der Stadterneuerung eine echte Vorreiterfunktion ausübe. Er hoffe, daß die privaten Hauseigentümer im kommenden Jahr stärker die Chancen der Stadterneuerungsmilliarde nützen werden. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Wohnen
=++++

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Das größte Stadterneuerungsprogramm führt die Stadt Wien selbst durch. Noch nie wurde soviel Geld für die Instandsetzung von städtischen Wohnhausanlagen vorgesehen, hob HATZL hervor. 1979 waren es 400 Millionen, im kommenden Jahr sind es 1.154 Millionen. Das bedeutet, daß die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation eine hohe Auslastung hat und damit tausende Arbeitsplätze in Wien gesichert sind. Dies ist aber auch auf die Mietrechtsreform zurückzuführen. Die Erhaltungsarbeiten führen zu keiner Belastung für die Mieter, die Mittel werden durch den Erhaltungsbeitrag aufgebracht.

StR. HATZL kündigte aber auch verstärkte Kontrollen im genossenschaftlichen Wohnbau an. Die Genossenschaften müssen Grundstücksankäufe bekanntgeben, wenn bei Kauf eines Grundstückes keine entsprechende Widmung vorliegt, wird es auch keine Förderung geben. Außerdem müssen das ursprüngliche Angebot und die tatsächlichen Kosten der Wohnungen in einer vernünftigen Relation zueinander stehen. Genossenschaft, die sich nicht daran halten, haben mit einer Sperre der Wohnbauförderungsmittel zu rechnen.

Bezüglich des nachträglichen Anschlusses an die umweltfreundliche und kostengünstige Fernheizung wird bei den Mietern der städtischen Wohnhäuser eine Befragung durchgeführt werden.

Im kommenden Jahr jährt sich der 60. Jahrestag, an dem der Wiener Gemeinderat im Jahr 1923 die Wohnbausteuer beschlossen hat. Es war der Ausgangspunkt für das erste Wohnbauprogramm der Wiener Sozialisten. Die Absicht, erschwingliche Wohnungen für Arbeiter und Angestellte, für Kinder und Familien zu errichten, ist bis heute gleich geblieben. (Forts.) fk/gg

NNNN.

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Wohnen
=++++

10 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß sich eine triste Situation im Finanz- und Investitionsplan sowie im Wohnbauprogramm manifestieren. In den nächsten Jahren würden nicht nur insgesamt weniger Mittel zur Verfügung stehen, sondern diese vermehrt auch zur Subjektförderung, also für Wohnbeihilfen und Annuitätenzuschüsse, ausgegeben werden. Zwischen 1971 und 1980 wurden jährlich durchschnittlich 9.500 Wohnungen gebaut, aber noch immer gebe es qualitative Wohnungsnot. Dazu kommt Verlust an Wohnungsbestand durch Abbruch und Umwidmung. Die kommunale Wohnbauleistung werde von 2.800 Wohnungen auf 1.800 Wohnungen sinken. Darunter leide jedoch auch die Bauwirtschaft, die Kontinuität braucht. Kuchar forderte StR. Hatzl auf, die Mittel aus der Altstadtmilliarde mit modernen Marketingmethoden den Hausbesitzern anzubieten und Hilfestellung zu geben. Derzeit würden sie zuwenig in Anspruch genommen.

Die Freiheitlichen sind der Ansicht, daß Wohnen etwas kosten muß, daß Erhaltungsbeiträge eingehoben werden, und daß Mieter Beiträge leisten. Die SPÖ habe jedoch eine Regelung versäumt, durch die alle Mieter gleich belastet werden. Mehr Transparenz forderte Kuchar bei der Vergabe von Gemeindewohnungen.

In einem ANTRAG verlangte GR. KUCHAR, eine "Wiener Eigentums- und Eigenheim -Aktion" einzurichten, in deren Rahmen Käufer von neuerbauten Eigentumswohnungen bzw. Errichter von Eigenheimen, die keine Mittel aus der Wohnbauförderung 1968 in Anspruch nehmen, einen Zuschuß von 15 Prozent der Baukosten, maximal 150.000 S je Wohneinheit, erhalten sollen. Damit könnten laut Untersuchung 1.200 zusätzliche Wohnungen geschaffen und ein Bauvolumen von 1,5 Milliarden ausgelöst werden. Kuchar forderte mehr Aufwand für die Stadterneuerung und eine differenziertere Kategorisierung bei der Feststellung des Wohnungsstandards. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Wohnen
=++++

11 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mehr Transparenz, Verständlichkeit und Bürgernähe bei den Gesetzen und Verordnungen der Wohnungsmatrie forderte StR. NEUSSER (ÖVP). Ebenso kompliziert wie beispielweise die Bestimmungen der Wohnbeihilfe ist die Zinsgestaltung. Nach dem neuen Mitrechtsgesetz gibt es 19 verschiedene Mietzinsberechnungen, wobei acht Varianten allein in einem einzigen Wohnbau möglich sind. Die Verwaltung und die Bauwirtschaft ist mit solchen Bestimmungen überfordert. StR. NEUSSER kritisierte die Handhabung der Wohnbauförderung. In den ersten Monaten jedes Jahres wird nur ein geringer Teil an Wohnungen gefördert, erst im letzten Quartal setzt eine umfangreiche Förderung ein. Diese Art der Förderung schadet der Bauwirtschaft und erhöht die Zahl der Arbeitslosen. Man könne den Hausbesitzern keinen Vorwurf machen, daß sie die Althausmilliarde nicht stärker in Anspruch genommen haben. Jedes Gesetz braucht seine Anlaufzeit. Bessere Information über die Möglichkeiten der gering verzinsten Kredite von seiten der Stadtverwaltung wären notwendig.

StR. HATZL betreibt Stadterneuerung nur nach parteiideologischen Gesichtspunkten, erklärte StR. NEUSSER. Stadterneuerung kann nicht nur allein von der Stadt Wien betrieben werden, sondern ist nur dann wirkungsvoll, wenn alle Interessierten gemeinsam daran arbeiten. Die sogenannte "Nachbarschaftshilfe" sei für ihn schlicht und einfach "Pfusch", sagte der ÖVP-Stadtrat. Wie aus einer Berechnung hervorgeht, werden in Österreich 45 bis 56 Millionen Stunden im Pfusch gearbeitet. Das sind 30.000 Arbeitsplätze und sechs Milliarden Schilling Steuern, die verloren gehen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Wohnen
=++++

12 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. NEUSSER bedauerte, daß auf den Baustellen des Sonderwohnbauprogramms noch immer nicht gearbeitet wird. Die im Parlament aufliegende Gesetzesvorlage zum Wohnbauförderungsgesetz 1983 sei eigentumsfeindlich und daher schlecht. Außerdem befaßt sie sich nur mit Neubauwohnungen, die sogenannte große Wohnungsverbesserung wurde herausgestrichen. StR. NEUSSER wiederholte einen früheren ÖVP-Antrag, der Bürgermeister solle sich dafür einsetzen, daß die gesamte Wohnbaumaterie in einem einheitlichen Gesetz behandelt wird. Solange der Wohnbau in Wien nur nach parteiideologischen Standpunkten betrieben wird, könne die ÖVP dem Budget nicht zustimmen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Wohnen
=++++

16 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der soziale Wohnbau ist ein Grundelement unserer Familienpolitik, erklärte GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ). Deshalb wird die Stadt Wien im Jahr 1983 ihr Wohnbauprogramm fortsetzen. Der Bau von 1.800 Wohnungen soll begonnen, 2.400 Wohnungen sollen fertig werden. 6.600 Wohnungen werden sich mit Jahresende 1983 in Bau befinden. Für diese Bautätigkeit sind im Budget 1983 3,3 Milliarden Schilling vorgesehen. Dazu kommen noch die 2.289 Wohnungen, die im Rahmen des Bundeswohnbausonderprogrammes in Wien gebaut werden. Damit wird auch ein Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungssituation geleistet.

Sehr wichtig sind die sogenannten Lückenverbauungen und Kleinbaustellen im dichtbebauten Stadtgebiet.

Bei 12 Wohnhausanlagen wurde versuchsweise die Mitbestimmung der Mieter bereits bei der Planung der Wohnungen eingeführt.

Obwohl heuer ca. 7.000 Gemeindewohnungen zugewiesen werden konnten, hat sich die Zahl der Vormerkungen von 20.000 auf 22.000 erhöht. Eine Ursache dafür ist, daß die Vormerkbestimmungen gelockert wurden. Diese Neuregelung begünstigt vor allem jüngere Menschen.

Seit einigen Jahren ist die Stadt Wien bemüht, in ihren neuen Wohnhausanlagen Sonderwohnformen für behinderte Menschen einzuplanen. Dies wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Gerade für Behinderte ist - im Hinblick auf ihre eingeschränkte Mobilität - schönes Wohnen eines der wichtigsten Anliegen.

Die Nahversorgung liegt uns sehr am Herzen, betonte Andrlik. Deshalb werden in Neubauten die benötigten Geschäftslokale und Ärztepraxen vorgesehen. Andrlik kritisierte in diesem Zusammenhang, daß aus Konkurrenzgründen die Einrichtung notwendiger Geschäfte (zum Beispiel Apotheken) von einzelnen Kaufleuten oder Interessensvertretungen manchmal verhindert wird. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Wohnen
=++++

17 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Durch die Wohnungsverbesserung konnten heuer bisher rund 15.000 Mieter von Altwohnungen ihre Wohnverhältnisse wesentlich verbessern, sagte Andrlik. Im Jahr 1983 werden für diese Zwecke noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Mit der Wohnungsverbesserung wird ein wesentlicher Beitrag zur Altstadterhaltung und zur Stadterneuerung geleistet.

Sehr wichtig ist auch der nachträgliche Einbau von Aufzügen. 1983 werden 195 Aufzüge fertiggestellt, 155 neue Anlagen werden in Angriff genommen. Dies bedeutet, daß im kommenden Jahr rund 3.900 Wohnungen mit Aufzügen erreichbar werden.

Mit dem Budget 1983 werden der kommunale Wohnbau, die Wohnungsverbesserung, der nachträgliche Einbau von Aufzügen, die Modernisierung von Waschküchen und andere Verbesserungmaßnahmen gesichert, schloß Andrlik. (Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Wohnen
=++++

18 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR.Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) stimmte mit seiner Vorrednerin, GR. Eveline ANDRLIK bezüglich der Nahversorgung und den Wohnungsgrundrissen überein. Er verwahrte sich jedoch gegen den Vorwurf, daß Handel und Gewerbe in den Neubaugebieten durch Konkurrenzneid die Nahversorgung erschweren. Da in Neubaugebieten die Mieten für Geschäftslokale sehr hoch sind, plädierte GR. EBERT für gestaffelte Mieten. Das würde bedeuten, daß junge Gewerbetreibende bei der Existenzgründen niedrigere Mieten zahlen, die dann, in den Folgejahren, wenn das Geschäft besser geht, höher sein könnten.

Die ÖVP habe bereits vor mehr als 20 Jahren kostendeckende Mieten gefordert. Das Mietengesetz hat sich nun leider als Irrweg gezeigt. Die Erhaltungsbeiträge sind eine große Belastung für die Mieter geworden. Wären diese rechtzeitig eingeführt worden, hätte man sich viele Probleme erspart.

GR. EBERT warf StR. Hatzl vor, er sei in seiner Arbeit zu sehr von ideologischen Vorstellungen geprägt. Das dokumentiere sich durch seine Haltung zu Eigentumswohnungen. Der Wunsch nach einer Eigentumswohnung it sehr groß. Mißbräuche könnten durch die derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen unterbunden werden.

Der Redner warf StR. HATZL weiters vor, daß er bei den Erhaltungsbeiträgen mehr Geld einnehme, als zweckgebunden ausgegeben werde. "Sie haben Geld, und verbauen es nicht". In diesem Zusammenhang forderte er auch mehr Information für die Mieter.(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Wohnen
=++++

19 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPÖ) verwies darauf, daß die SPÖ das Recht auf Wohnen in die Tat umsetzt. Durch die Wohnbauleistung der Stadt Wien werden wie bisher viele Menschen Wohnungen erhalten - die Lockerung der Vormerkbestimmungen hat zur Erhöhung der Vormerkungsansuchen geführt. Lustig verwies auf den beschäftigungspolitischen Effekt der Wohnbauleistungen und bezifferte die Neubauten per 7. Dezember 1982 mit insgesamt 5.757, die mit mehr als 3 Milliarden gefördert wurden. Bezugnehmend auf ein kritisiertes Sinken der Wohnbauleistung, erklärte Lustig, daß "die Sozialisten etwas weniger Wohnungen zugunsten besserer Mietenförderung in Kauf nehmen". Inklusive des Wohnbauprogrammes erhalten 25.000 Wiener bessere Wohnungen. Zu Vorwürfen von GR. EBERT im Zusammenhang mit dem Mietrechtsänderungsgesetz wies Lustig darauf hin, daß bei den Verhandlungen darüber die ÖVP-Vertreter wesentlich höhere Beiträge für die Hauserhaltungskosten gefordert hätten. Beim Mietrechtsänderungsgesetz werden die Renovierungskosten im vorhinein eingehoben, beim Paragraph 7 oder Paragraph 18 im nachhinein und wesentlich kostspieliger. Gespräche für eine Novellierung reichen ins Jahr 1974 zurück. Die lange Dauer begründete Lustig damit, daß der ÖVP die Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben werden sollte. Zur Information der Mieter über die Mietrechtsänderungen haben sehr viele Vorträge und Diskussionen stattgefunden. Im kommenden Jahr wird in mehr als 100 Wohnhäusern mit den Renovierungsarbeiten begonnen werden, gab Lustig bekannt. Er berichtete dann ausführlich über die Stadterneuerungsbemühungen und kritisierte, daß sich die ÖVP bisher nicht zum Stadtentwicklungsplan geäußert hat. Seine Fraktion habe sich bereits zum Vorrang für den sozialen Wohnbau, für die sanfte Stadterneuerung und für die Mitsprache der Beteiligten ausgesprochen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Wohnen
=++++

20 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) "Hier wird doch keine Empfehlung vorliegen", sagte GR LUSTIG an die Adresse von ÖVP und FPÖ, daß Hausbesitzer vor den Wahlen keine Instandsetzungen an privaten Häusern vornehmen lassen. Er nehme zur Kenntnis, daß keine solche Empfehlung vorliege, sagte Lustig nach Zwischenrufen.

Eingehend auf die Forderung nach einheitlicher Wohnbeihilfe erklärte Lustig, daß man sich schon sehr lange mit dieser Problematik befaßt habe, doch dabei seien steuerrechtliche wie wohnbaurechtliche Fragen zu klären. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Wohnen
=++++

21 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) bedauerte die Vermischung zwischen der SPÖ und der Wiener Wohnpolitik. Die Mietervereinigung habe sich in einem Inserat selbst als unpolitisch dargestellt. Bei einer Gerichtsverhandlung wurde erhoben, daß die Funktionäre der Mietervereinigung SPÖ-Mitglieder sein müssen und die Mietervereinigung Sitz und Stimme beim SPÖ-Parteitag hat.

Die Leistungsbilanz des Wohnungsressorts sei, gemessen an dem, was man mit Initiative und Phantasie hätte machen können, nicht beeindruckend. Es wurde verabsäumt, Privatinitiativen in die Stadterneuerung miteinzubeziehen.

Die Wohnungsverbesserung wird nur geringfügig zur Hebung des Substandards in Anspruch genommen. Die Kosten einer Gemeindewohnung stehen mit dem Verdienst der Mieter nicht mehr im Einklang. Wie kann jemand mit einem durchschnittlichen Einkommen von 6.000 Schilling 3.000 Schilling Zins zahlen. Wenn man Umwelt, Infrastruktur und Bauqualität betrachtet, sind die Wohnungen auch qualitativ nicht besser geworden. Die Mieter haben mit Schimmelpilzen und Wanzen zu kämpfen.

Statt einem Umdenken in der Wohnpolitik werden Projekte wie die Marco-Polo-Wohnhausanlage gebaut. Beim Hernalser Bezirkszentrum hat StR. HATZL die GESIBA eingeschaltet und nach einer Konstruktion gesucht, um Architekt Glück neuerlich zum Zug kommen zu lassen.

Die Gemeinde Wien ist den Mietern auf den Rennbahngründen 42,8 Millionen Schilling schuldig, das entspricht 17.000 Schilling pro Mieter. Dies wurde bei der Schlichtungsstelle festgestellt. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Wohnen
=++++

22 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK urgierte die Veröffentlichung der Vormerkrichtlinien für eine Gemeindewohnung. Die Wohnungssuchenden wissen nicht, wie sie zu einer Wohnung kommen, und erhalten auch im Wohnungsamt unterschiedliche Auskünfte. StR. HATZL vernachlässige seine Informationspflicht.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldete sich GR. LUSTIG (SPö). Die Mietervereinigung ist keine Organisation der SPö. Ein Nahverhältnis wurde nie bestritten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Wohnen
=++++

23 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) wies den Vorwurf zurück, die Stadt Wien verzögere die Vergabe von Wohnbaugeldern, Rautner wies auf die laufende Vergabe der entsprechenden Mittel hin.

Insgesamt leistet die Stadt Wien mit bauwirksamen Mitteln in der Höhe von 13 Milliarden Schilling im Jahr 1983, zu denen noch das Sonderbauprogramm in der Höhe von einer Milliarde kommt, einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Wien. Wie ernst man in Wien dieses Problem nimmt, läßt sich auch daran ablesen, daß der Zuwachs der Arbeitslosen in der Wiener Bauwirtschaft seit dem letzten Jahr nur 16 Prozent gegenüber 42 Prozent im Bundesdurchschnitt beträgt. RAUTNER warf der ÖVP vor, mit dem Einspruch gegen das Sonderwohnbauprogramm im Bundesrat bewußt eine Verzögerung der Freigabe dieser Mittel herbeigeführt zu haben. Das, so RAUTNER, sei der Versuch auf politischem Weg Arbeitslosigkeit zu erzeugen, für den es noch weitere Beispiel auf Bundesebene gibt. Zum Antrag der FPÖ, mehr Geld für Eigentumswohnungen zur Verfügung zu stellen, sagte RAUTNER, man könne nicht mit Sozialhilfe Eigentum fördern. In der Bauwirtschaft sind in den letzten Jahren 45.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Dieser Wirtschaftsbereich hat damit seinen Beitrag zur Strukturbereinigung geleistet. Angesichts der noch immer wachsenden Technisierung müsse man aufpassen, daß der Mensch nicht durch die Maschine ersetzt wird.

Abschließend erklärte RAUTNER, daß die Wiener Budgetansätze für das kommende Jahr als wertvoller Impuls für die Bauwirtschaft zu begrüßen und damit zu bejahen seien.
(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Wohnen
=++++

24 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einer zweiten Wortmeldung sagte GR KUCHAR (FPö), er halte die derzeitigen Vormerkungsrichtlinien zum Teil für kleinlich und ungerecht. Sie sollten großzügiger gefaßt werden. Dabei gibt es eine einzige Einschränkung: man sollte gemeinsam prüfen, ob nicht die Einkommensgrenzen zu hoch sind, damit jenen, die wirklich bedürftig sind, leichter geholfen werden kann

Die FPö hat das Mietrechtsgesetz deshalb abgelehnt, weil es keinen Markt auf dem Wohnungssektor ermöglicht. Wo es aber keinen Markt gibt, funktioniert auch die Versorgung nicht. Die FPö hat immer die Meinung vertreten, daß Wohnen auch etwas kosten muß. Deshalb hat sie berechtigten Erhöhungen stets zugestimmt.

Die Magistratsabteilung 50 funktioniere als Sevicestelle nicht so, wie es wünschenswert wäre, kritisierte Kuchar.

Es sei eine ungeheuerliche Unterstellung, wenn behauptet wird, daß die FPö Hausbesitzer auffordere, keine Investitionen vorzunehmen, und damit Arbeitsplätze gefährde.

In einer zweiten Wortmeldung meinte GR Dr. PETRIK (öVP), er hätte gerne gehört, daß GR RAUTNER als Gewerkschaftsfunktionär wegen einer anderen Verwendung der Mittel für den Bau des Konferenzzentrums vorstellig geworden wäre.

Das Gerichtsurteil über die Mietervereinigung gründete sich maßgeblich darauf, daß die gesamte Ausrichtung dieser Organisation so sei, daß von einer Überparteilichkeit keineswegs gesprochen werden könne. Daran ändere auch eine Neufassung der Statuten nichts. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Wohnen
=++++

25 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL erklärte zu den Vorwürfen seiner Vorredner, daß die Althausmilliarde für Hauseigentümer kein Risiko darstelle. Die Abwicklung sei unbürokratisch. Als großen Erfolg bezeichnete HATZL die Wohnungsverbesserung. Das Volumen wurde 1982 auf eine Milliarde aufgestockt. Die Bearbeitung dauert nur noch zwei Wochen. Es ist gelungen, innerhalb von zehn Jahren den Prozentanteil der Wohnungen, die über keine Installationen verfügen, von 32 Prozent auf fünf Prozent zu senken.

Den Vorwurf von GR. PETRIK, daß es keine Informationen für Wohnungssuchende gibt, wies HATZL scharf zurück. Am Tag der offenen Tür wurden im Rathaus 20.000 gedruckte Informationsblätter ausgeteilt. Auch in den Jahren davor gab es jeweils am Tag der offenen Tür entsprechendes Informationsmaterial. Kommenden Februar wird eine Broschüre herausgebracht, die alle Änderungen, die am 1. Jänner 1983 in Kraft treten, beinhalten soll.

An Hand zahlreicher Fotos dokumentierte HATZL, daß die Vorwürfe von GR. HAHN, auf den kommunalen Baustellen des Sonderwohnbauprogrammes geschehe nichts, falsch seien. "So wenig richtig, wie ihre Aussagen zu den Baustellen sind, so wenig richtig sind ihre anderen Aussagen zur Politik der Stadtverwaltung", betonte HATZL zur ÖVP.

Er bekenne sich zu den Eigentumswohnungen. Wenn er, Hatzl, Eigentumswohnungen ablehnen würde, so wie es GR. PETRIK behauptet, hätte er keine Erhöhung der Förderungsmittel auf 60 Prozent durchgesetzt, dann gebe es auch keine Wohnbeihilfe für Eigentumswohnungen und keine Nachförderungen bei Eigentumsbauten. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Wohnen
=++++

26 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) "Ich werde mich nicht von der Ideologie trennen", sagte HATZL zu den Vorwürfen der Oppositionsparteien. "Ich bin froh, eine Überzeugung zu haben, nämlich meine sozialistische. Ohne innere, fest Haltung wird man schwach, prinzipienlos und vielleicht verantwortungslos."

Der Erhaltungsbeitrag sei für die Mieter wesentlich günstiger als der alte Paragraph 7. Um 640 Millionen bauwirksam einsetzen zu können, müßte nach der alten Regelung mehr als eine Milliarde eingehoben werden, aber auch ausgegeben werden. Die Wohnhäuser werden nach Dringlichkeit instandgesetzt. Es wäre ein Unfug, in jedem Haus jährlich jenen Betrag zu verbauen, der eingehoben wird. Die Folgen wären ewige Baustellen und erst recht teure Lösungen.

Wie wirkungsvoll sich die Mietrechtsreform auf die Beschäftigungszahlen auswirken zeigt, daß bei Erhaltung und Neubau gegenüber dem Vorjahr um 1.000 Arbeitsplätze mehr vorhanden sind. "Das nenne ich Arbeitsplatzsicherung, vernünftige Wirtschaftspolitik, soziale Gesinnung." Während in der Steiermarkt die Zahl der Arbeitslosen des Baugewerbes gegenüber dem Vorjehr um 50 Prozent, in Niederösterreich um 20 Prozent gestiegen sind, betrug die Erhöhung in Wien 16 Prozent. "Mit den Maßnahmen ist es gelungen, die Winterarbeitslosigkeit echt zu bekämpfen." betonte HATZL.
(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Wohnen
=++++

28 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) kritisierte die zu langsame Abwicklung bei der Wohnbauförderung. Erst gegen Jahresende kommt es zu einer Förderungswelle. Es sei auch nicht günstig, daß zwischen Bewilligung und Baubeginn viel Zeit vergehe. Hahn verlangte einen Baubeginn spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Bewilligung.

Die Statistik spreche gegen die Argumentation von StR. HATZL - die Zahl der Eigentumswohnungen gehe seit 1975 gegenüber Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen zurück. Er vermisse, so HAHN, eine Äußerung von StR. HATZL über Startwohnungen. Anhand von Wohnbauprojekten kritisierte GR. HAHN zu hohe Erhaltungsbeiträge. Abschließend verwies er darauf, daß die ÖVP seit 1977 immer wieder die Schaffung eines Stadterneuerungsfonds verlangt hat, der zur Zinsenstützung für die Mieter herangezogen werden könnte. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Stadtplanung
=++++

29 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Entwurf zum Stadtentwicklungsplan "2000" ist nicht nur ein Plan, sondern auch ein Beitrag zur Bewältigung einer zukunftsorientierten Stadtpolitik, stellte StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER in der Einleitung zur Debatte der Geschäftsgruppe "Stadtplanung" fest. Der Stadtentwicklungsplan wurde bereits während seiner Entstehung der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Zur Diskussion eingeladen wurden die Bezirke, Zentralstellen, Körperschaften, Interessenvertretungen, Religionsgemeinschaften und die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland. Erstmals habe sich eine Bezirksvertretung nicht nur mit lokalen Notwendigkeiten, sondern mit der zukunftsorientierten Struktur des Bezirks beschäftigt. Die Stellungnahmen der einzelnen Institutionen werden nicht nur für den Stadtentwicklungsplan, sondern auch für den Landschaftsrahmenplan, für Bezirksentwicklungspläne und für Stadtteilplanungen, herangezogen. Früher wurden Pläne von Experten erstellt, und nach einem halben Jahr wieder vergessen. Der Stadtentwicklungsplan hat Tiefenwirkung, weil er gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeitet wird. Er ist kein Propagandapapier der SPÖ, aber es sei die Pflicht der politischen Mehrheit, zu sagen, wie die Stadtentwicklung bis zum Jahr 2000 aussehen wird.

Ein weiteres großes Planungsvorhaben ist der Landschaftsrahmenplan, der einen vernünftigen Ausgleich zwischen der Ökologie und der Ökonomie herstellt. Eine sorgfältige Nutzung der Freiflächen sowie eine Bewahrung der landwirtschaftlichen Flächen ist vorgesehen. Bei der Diskussion um den Landschaftsrahmenplan werden sich jene, denen die Stadtentwicklung ein echtes Anliegen ist, von den sogenannten "Grünen" unterscheiden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Stadtplanung
=++++

30 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtplanung wird die überprüfung und Abgrenzung des Wald- und Wiesengürtels sein, betonte StR. WURZER. Viele Kleingartenanlagen, die nicht genehmigt sind, liegen im Wald- und Wiesengürtel, andererseits gibt es viele Bauflächen, die unbebaut sind. Die Stadtplanung wird eine parzellenscharfe Abgrenzung mit klaren Widmungen vornehmen. Das große menschliche Problem dabei sind die zahlreichen Häuser, die derzeit innerhalb des Wald- und Wiesengürtels liegen. 346 dieser Häuser sind ganzjährig bewohnt.

Derzeit gibt es 63 Anträge auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes und 35 offene Bausperren. Da die Flächenwidmungsänderungen oft über ein Jahr lang dauern, wurde aus 12 Kriterien ein Prioritätenplan entwickelt. Zur größeren Kontrolle soll die Flächenwidmung vom Bebauungsplan abgekoppelt und jeder Bereich getrennt in einer eigenen Magistratsabteilung behandelt werden. Die Einschaltung des Naturschutzbeitrates bei Grünflächenplanungen wird in Zukunft nicht notwendig sein, meinte Wurzer, da der Landschaftsrahmenplan bereits eindeutig Klarheiten über die Nutzung der Freiflächen schafft. Ein weiteres großes Arbeitsgebiet der Stadtplanung wird die Modifizierung der Bauordnung für Wien sein. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Stadtplanung
=++++

31 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) befaßte sich im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes vor allem mit dem Verkehrsproblem der Region Ost. PAWKOWICZ warf den Politikern und der Beamtenschaft der drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland vor, daß es acht Jahre nach der generellen Grundsatzerklärung noch immer nicht gelungen ist, einen Verkehrsverbund einzurichten. Das bedeutet, daß von den 100.000 Einpendlern nach Wien noch immer der größte Teil den PKW benutzt und damit auch die Umwelt in Wien belastet. Als Vergleich führte PAWKOWICZ die Großräume Hamburg mit 400.000 und Stockholm mit 534.000 jährlich benutzten längerfristigen Netzkarten an, während sich in Wien nur 168.000 Menschen einer Monats- oder Jahreskarte bedienen. Hier wäre ohne Zweifel eine Verdoppelung möglich, wenn man eben einen Verkehrsverbund realisieren könnte und auch für den rascheren Ausbau des Park-and-ride-Systems sorgen würde. PAWKOWICZ forderte den weiteren Ausbau des Wiener Eisenbahnnetzes für den Personenverkehr und die bessere Anbindung der Süd- und der Westbahn an die U-Bahn. Für die Verbindung des Südbahnhofes mit der U 1 sollte ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben werden. Die im Stadtentwicklungsplan geforderte Mitbestimmung der Bevölkerung an Planungsentscheidungen sollte auch in der Praxis ermöglicht werden, und schließlich sollte Bausünden im Wald- und Wiesengürtel wesentlich entschiedener als bisher entgegengetreten werden.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Stadtplanung
=++++

32 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Stadtteilplanung wurde ein neuer, mutiger Weg beschritten, der sich nach anfänglichen organisatorischen Schwierigkeiten bewährt hat, sagte GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP). Die Fragebögen bei den Ausstellungen sollten allerdings objektiver gestaltet werden.

Positiv hervorzuheben sei auch die Anzahl der Wettbewerbe für kommunale Wohnbauvorhaben. Er hoffe, sagte Mayr, daß bei der Realisierung der Projekte dann nicht all das "abgeräumt" werde, was die Jury als preiswürdig befunden hat.

Der Schutz des Wald- und Wiesengürtels sei ein gemeinsames Anliegen. Allerdings herrscht zur Zeit noch eine gewisse Verwirrung über die Grundlagen. Notwendig seien eine Bestandsaufnahme der zu schützenden Flächen samt ihrer gegenwärtigen Bebauung, eine Entscheidung über das künftige Schicksal der zum Teil seit Jahrzehnten kleingärtnerisch genutzten beziehungsweise bebauten Flächen im Wald- und Wiesengürtel sowie schließlich die Beschlußfassung über ein Wienerwald-Schutzgesetz.

Die Organisation und Koodinierung der Stadterneuerung im Rahmen des Magistrats ist derzeit unbefriedigend. Mayr stellte den ANTRAG, einen Gesamtbericht über die Realisierung aller Maßnahmen zu erstellen, die für die einzelnen Stadterneuerungs-Untersuchungsgebiete aufgrund der Untersuchungsergebnisse verwirklicht werden sollten. Dabei sind für jedes einzelne Gebiet unter anderem die Zahl der laufenden Fälle gemäß Paragraph 7 des Mietengesetzes, die Zahl der notwendigen Verfahren gemäß Paragraph 18 des Mietrechtsgesetzes, die Zahl der möglichen großen Wohnungsverbesserungen und die Kosten für Wohnumweltverbesserungen anzuführen. Für jedes Untersuchungsgebiet soll ein Zeit- und Kostenplan erstellt werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Stadtplanung
=++++

33 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) verwies auf die umfassende Diskussion zum Stadtentwicklungsplan. Der Stadtentwicklungsplan sei kein SPÖ-Papier; es gibt den Magistratsentwurf und dazu einen Diskussionsbeitrag der Wiener Sozialisten. Viele Personen und Institutionen haben Stellung genommen. GR. ROSENBERGER bedauerte, daß die Volkspartei schweigt, bzw. ablehnt.

In diesem Stadtentwicklungsplan geht es darum, der Bevölkerung menschenwürdiges Wohnen, ein umfangreiches Freizeitangebot und Erholungräume zu bieten. Die Umwelt soll erträglich gestaltet werden, Belästigungen durch Lärm und schlechte Luft vermieden sowie eine optimale Ent- und Versorgung hergestellt werden. Ein hohes Maß an persönlicher wie sozialer Sicherheit wird angestrebt. Dazu bedarf es einer optimistischen Stadtphilosophie. "Wir haben ein großes Vorbild", sagte GR. ROSENBERGER, "den Weg in die sichere Zukunft wird der Stadtentwicklungsplan weisen." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Stadtplanung
=++++

34 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) befaßte sich in seinem Beitrag mit der Verkehrskonzeption als Teil des Stadtentwicklungsplanes und dabei mit dem Themenkreis Individualverkehr, der, so Oblasser, zu den politisch sensibelsten gehört. In der Verkehrskonzeption wurde soweit wie möglich den Bevölkerungswünschen entgegenkommen: das bedeutet Bündelung des Verkehrs und Erfüllung der Forderung nach Verkehrsberuhigung. Dabei habe zwar grundsätzlich im Gemeinderat Übereinstimmung geherrscht, die ÖVP sei jedoch in einigen Fällen wieder davon abgegangen. Sie werde dadurch unglaubwürdig. Für die SPÖ gelte das Motto "So viel an Schnellstraßen wie notwendig und so viel Verkehrsberuhigung wie nur irgendwie möglich", sagte Oblasser. Er verwies darauf, daß bei der Verkehrsplanung die Bezirkswünsche berücksichtigt werden und nannte dabei beispielsweise die Grünbrücken im Bereich der S 2, die Kreuzung der B 16 mit der A 21 sowie die Abfahrt von der B 14. Schwierigkeiten gebe es allerdings gelegentlich mit dem Bautenministerium, das oft wenig Verständnis für notwendige Lärmschutzeinrichtungen aufbringe. Es dürfe jedoch ein Straßenprojekt nicht gleich beim kleinsten Widerstand gelassen werden - die A 24 etwa als wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Wien - werde teilweise tiefgelegt und erhalte alle Einrichtungen, um Anrainerbelästigungen so gering wie möglich zu halten. Oblasser verwies darauf, daß in anderen Bundesländern für wesentlich weniger Verkehrsaufkommen kostspielige Straßenbauten errichtet werden und warnte die Opposition davor, auf notwendige Bundesstraßenmittel zu verzichten. Anschließend verwies Oblasser auf die Mittel, die im kommenden Jahr für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen bereitgestellt werden und sagte, die Arbeiten an einem Radweggrundnetz stünden kurz vor dem Abschluß. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Stadtplanung
=++++

35 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Gerade in den innerstädtischen Bezirken müßten durch konsequente Grundankaufspolitik der Gemeinde Wien Parkanlagen geschaffen werden, erklärte GR. GLÜCK (ÖVP). Die Volkszählung hat gezeigt, daß die Bevölkerung dort am stärksten abnimmt, wo die wenigsten Grünflächen vorhanden sind. Die Stadtplanung sollte daher für mehr Erholungsflächen und Spielplätze sorgen. Vor allem sollen bestehende Widmungen rasch realisiert werden. GR. GLÜCK stellte den ANTRAG, aus der sogenannten Althausmilliarde Mittel für den Grundstücksankauf zu verwenden und diese Grundflächen als Parks zu gestalten.

In Meidling ist eine schöne Baumallee bedroht, weil sie in der Nähe eines Parkplatzes liegt. Ein ÖVP-Antrag zur Rettung der Baumallee wurde abgelehnt. GR. GLÜCK befürchtete, daß mit der angekündigten Novellierung der Wiener Bauordnung der Ensembleschutz durchlöchert wird. Derzeit ist bei einem Neubau die stilgerechte Errichtung oder eine Angleichung an das Nachbargebäude in Schutzzonen erforderlich. Ein Wegfall dieses Ensembleschutzparagraphen würde wieder zur rücksichtslosen Bauweise in alten Stadtvierteln führen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Stadtplanung
=++++

36 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) erklärte, der Landschaftsrahmenplan werde dazu beitragen, gegebene und zukünftige Lebensbedingungen in Wien zu verbessern und die Leitlinien und die Ziel der Grünpolitik zu konkretisieren. Die große Bedeutung des Landschaftsrahmenplanes erstreckt sich von der Freizeitgestaltung, der Stadthygiene und Stadtgestaltung über die Stadtgliederung bis zur landwirtschaftlichen Nutzung. Die Frage der Bedarfsermittelung wird sicher auch zu Interessenskonflikten führen, so Svoboda, die unter Einbindung der Bevölkerung in den Planungsprozeß entschieden werden müssen. Besondere Bedeutung kommt dabei natürlich der vielfältigen Nutzung der Frei- und Grünflächen zu, wobei man auch die die Stadtgrenzen überschreitenden Ziele im Auge behalten muß. Wie wesentlich für die Grünbereiche auch die rasche Erreichbarkeit ist, zeigte Svoboda am Beispiel der Donauinsel auf, die gerade durch ihre gute verkehrsmäßige Erschließung so große Bedeutung für die Wiener Bevölkerung hat. Svoboda wies auf die Vorschläge für die Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels und die Möglichkeiten für eine harmonische Stadtlandschaft im Landschaftsrahmenplan hin. Insgesamt könne man den Plan als richtungsgebend für die Zukunft bezeichnen. An Hand dieses Planes und des Stadtentwicklungsplanes werde die SPö dafür sorgen, daß die Lebensbedingungen in Wien noch besser werden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Stadtplanung
=++++

37 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Stadtentwicklungsplan ist auf das Jahr 2000 ausgerichtet, seine Planungsziele erstrecken sich also auf einen halbwegs überschaubaren Zeitraum, sagte GR. Dr. MAYR (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung. Er enthält weitgehend interessante Bestandsaufnahmen und Analysen. über die Ziele und Maßnahmen kann man diskutieren. Was jedoch fehlt, sind Angaben über die Kosten, über die Finanzierung und über die Prioritäten. So sind beispielsweise bei der Straßenbahn erhebliche Investitionen nötig. Die Kosten für die U 3 und für die U 6 belaufen sich größenordnungsmäßig auf 40 Milliarden Schilling, von denen die Hälfte allerdings der Bund übernimmt. Allein für den Gemeindestraßenbau wird man rund 10 Milliarden benötigen. Für Stellplätze rechnet Prof. Knoflacher mit Kosten von 30 bis 40 Milliarden. Die zweite Hochquellwasserleitung muß demnächst repariert werden. Bei der Kanalisation geht es um rund 16 Milliarden, beim Ausbau der Fernwärme um 50 bis 80 Milliarden. Auch für den Ausbau des Stromnetzes, für die Verbesserung der Wohnumwelt und für das Gesundheitswesen sind große finanzielle Mittel erforderlich.

Dem steht ein Finanz- und Investitionsplan für die nächsten fünf Jahre gegenüber, in dem bereits 1984/85 - falls sich nichts ändert - jene Grenze erreicht sein wird, ab der nur noch mit Fremdmitteln gearbeitet werden könnte.

Es ist natürlich schön, über die Zukunft zu reden. Man muß aber auch ein Konzept für die Finanzierung und einen Prioritätenkatalog haben, sonst bleibt die Vision bloß eine Illusion, schloß Mayr. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Stadtplanung
=++++

38 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, man müsse zuerst Ziele vorgeben und dann die Maßnahmen setzen. Ein Rückblick auf die letzten 18 Jahre zeige, daß sehr viel in die Stadt investiert wurde, und er sei zuversichtlich, daß auch bis zum Jahr 2000, also für die nächsten 18 Jahre, die Mittel aufzutreiben sind. "Nach dem Weltkrieg, als Wien in Trümmer lag, hat sich niemand vorstellen können, daß diese Stadt wiederaufgebaut werden kann", sagte Wurzer.

Der Stadtentwicklungsplan ist eine große Vision, der die Gliederung im Kleinen folgt.

Zur Kritik von Gr. Pawkowicz wegen der Verknüpfung von Südbahnhof und U-Bahn kündigte StR. Wurzer einen Bericht im nächsten Planungsausschuß im Jänner an. Zum Gersthofer Platzl betonte Wurzer, es gibt eine Entscheidung. Eine Lösung, mit der alle einverstanden sind, sei allerdings nicht möglich.

Die Einwände von GR. Dr. MAYR an der Wohnsiedlung in Kaiserebersdorf seien unbegründet, so Wurzer. Die nötige Infrastruktur wird derzeit errechnet.

Die Prinzipien der Stadtplanung charakterisierte StR. Wurzer: "Es sind jene Werte zu erhalten, die Tradition sind, die die Zukunft mitgestaltet haben. Wer heute plant, wer heute baut, soll dies in der Form tun, die unserer Zeit entspricht." Je knapper die finanziellen Mittel werden, desto mehr müsse darauf geachtet werden, daß kurzfristige Entscheidungen auch langfristig halten. (Forts.)
fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

39 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Ver- und Entsorgung in einer Großstadt hin und erklärte, daß diese in diesem Jahr wiederholt ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten. Ungerechtfertigte Behauptungen wurden auch nach Konfrontation mit den tatsächlichen Gegebenheiten aufrecht erhalten. Diese nichtgerechtfertigte Kritik sei auch von der Opposition übernommen worden. Man habe daher den Eindruck, daß die öffentlichkeit verwirrt und verunsichert werden sollte, sagte Veleta. Im Gegensatz dazu hätten die zuständigen Dienststellen bewiesen, daß sie durchaus in der Lage sind, bei plötzlich auftretenden Schwierigkeiten kurzfristig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Eine Untersuchung durch das Kontrollamt an sieben Tagen habe der Kläranlage einen Wirkungsgrad von 95,1 Prozent bescheinigt, während der wasserrechtliche Bescheid nur 70 Prozent verlange. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden 118 Millionen Kubikmeter Abwasser behandelt. Die EBS habe 652.000 Kubikmeter Schlamm verbrannt. Die Funktionstüchtigkeit der Kläranlage sei nicht wegen unzähliger überprüfungen und Untersuchungen erwiesen, sondern auch von Vertretern der Opposition anerkannt worden.

Verbesserungen des Betriebes bringen eine zweite Schlammdruckleitung und die Installierung einer Prozeßrechneranlage. Bei den EBS wurden die Ausmauerungen von zwei Drehrohröfen erneuert. Anfang 1983 wird eine elektrische Verbindung zwischen EBS und Hauptkläranlage zur Energieeinsparung in Betrieb genommen. Von den EBS zum E-Werk Simmering wird in Kürze eine Fernwärmeleitung fertiggestellt. Wegen der funktionsunfähigen Mahltrockner laufen entsprechende rechtliche Schritte gegen den Lieferanten. Weiter sollen durch eine Studie Umbau- und Erweiterungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

40 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) VELETA berichtete über Kanalbauarbeiten vor allem im 13.,14. und 22. Bezirk sowie über Erschließungen von Wohnhausanlagen in Floridsdorf und der Donaustadt. Kanalbauarbeiten wurden auch für die Entsorgung mehrerer Betriebsbaugebiete durchgeführt. Die Wasserwerke haben in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres mehr als 16.500 Meter Rohre ausgewechselt und über 12.000 Meter Rohrstränge neu verlegt. Für Abzweigleitungen wurden 13.000 Meter Rohr installiert. Mehr als 9.000 Meter Rohre wurden in Bereichen verlegt, die von der Grundwasserverunreinigung im 21., 22. und 23. Bezirk betroffen sind. Im kommenden Jahr werden die Wasserwerke für die Erschließung von Siedlungen 236 Millionen Schilling ausgeben.

Veleta verwies auf die Novelle des Wiener Wasserversorgungsgesetzes, die eine gerechtere Kostenaufteilung bei den Anschlüssen sicherstellt. Er unterstrich, daß die Grundwasserverunreinigungen nur wegen des Einsatzes modernster Geräte festgestellt werden konnten. Aber nicht nur das Grundwasser, sondern das gesamte Wiener Trinkwasser werde laufend genau kontrolliert.

Die städtische Friedhofsverwaltung stellt jährlich 24.000 Gräber zur Verfügung und hat auf den 16 ehemaligen Sperrfriedhöfen wieder neue Belegungen ermöglicht.

Der Landwirtschaftsbetrieb erzielte hervorragende Ernteergebnisse. Die Stadtreinigung wird heuer 511.000 Tonnen Müll einsammeln, weitere 94.000 Tonnen werden von Privaten zu den Müllverbrennungsanlagen und Deponien gebracht. Während das Müllgewicht insgesamt sinkt, steigt das Volumen. Fast 60 Prozent des Mülls werden verbrannt, 3,6 Prozent zu Kompost verarbeitet, 17 Prozent der Firma Rinter zur Wiederverwertung zugeführt, der Rest geordnet deponiert. (Forts.) and/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

41 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Hinsichtlich der Firma Rinter erinnerte VELETA daran, daß die Absicht besteht, die Anlage zu übernehmen und so auszugestalten, daß dort lagerfähiger Brennstoff erzeugt werden kann. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Stadt Wien keine höheren Belastungen übernehmen muß und alle technischen Garantien gewahrt werden.

Die Stadt Wien wird heuer im Winterdienst ein neues Streumittel einsetzen. Veleta appellierte, bei Schwierigkeiten Verständnis aufzubringen. Zur Stadtreinigung gehört auch die Abschleppgruppe, die unter anderem 9.201 verkehrsbehindernd abgestellte Fahrzeuge entfernte.

Vom Marktamt wurden zwischen Jänner und Oktober ca. 40.000 Revisionen durchgeführt und fast 15.000 Proben genommen. Zur Verbesserung der Nahversorgung wurden neue temporäre Märkte eingerichtet. Auf zwei Märkten wurden Müllpressen aufgestellt. Im Dienst des vorbeugenden Konsumentenschutzes war wieder das Veterinäramt tätig.

Die Magistratsabteilung für technische Grundstücksangelegenheiten nahm einen EDV-Terminal in Betrieb, über den Grundbuch- und Katasterdaten der meisten österreichischen Gemeinden abgerufen werden können. Überdiens ist die Umstellung der zentralen Liegenschaftsevidenz der Stadt Wien auf Führung durch EDV in Vorbereitung. Die Arbeit soll 1984 abgeschlossen sein. Die Stadt Wien hat bis 31. Oktober 356.000 Quadratmeter Grundflächen angekauft, die insbesondere für Wohnbau, Betriebsaufschließungen, Tiefbau und infrastrukturelle Einrichtungen benötig werden. Grundkäufe für Wohnbauten erfolgten - im Sinne der Stadterneuerung - fast ausschließlich in dichtverbautem Gebiet.

Der Umsatz der HOLDING wird heuer 7 Milliarden betragen. Investitionen von 1,5 Milliarden setzen wichtige Geschäftsimpulse. In der HOLDING arbeiten mehr als 7.000 Mitarbeiter, sagte Veleta abschließend. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

42 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Gebühren sollen grundsätzlich kostendeckend sein, betonte GR. KUCHAR (FPÖ). Er habe allerdings den Eindruck, daß die Stadt Wien die Gebühren nicht nur kostendeckend, sondern weit darüber ansetzt. Die Müllbeseitigungsgebühren sind zum Beispiel von 1973 bis 1981 um 60 Prozent mehr als die Verbraucherpreise gestiegen. Durch Zahlentricks werden die Gebühren über die Inflationsrate hinaus erhöht. Ein weiteres Problem sind die Gebühren bei den Sperrfriedhöfen, die zwar vor dem Gesetz gerechtfertigt, aber für die Bürger unverständlich sind. Auf hohe Nachforderungen bei den Sperrfriedhöfen sollte zumindestens in Sozialfällen verzichtet werden.

Die Wiener Holding kann im allgemeinen eine positive Bilanz verzeichnen. Aber auch hier wären Verbesserungen möglich. Probleme sieht GR. KUCHAR in der Kontrolle der Holdingbetriebe durch die Holding selbst und bei der Personalpolitik. Bei der Besetzung von Managerposten werden zwar Ausschreibungen gemacht. Man weiß jedoch schon vorher, wer den Posten erhält. Diese Personalpolitik führt oft zu Fehlbesetzungen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

43 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) warf einem Großteil der Holdingbetriebe Mißmanagement vor. Die Ursache dafür sah Neumann darin, daß diese Betriebe Produkte der herrschenden politischen Verhältnisse seien und - ohne Kostenbewußtsein, ohne Konkurrenz und ohne Konkursrisiko - von den Steuerzahlern subventioniert würden. Das Ergebnis sei letzten Endes ein höheres Preisniveau als bei einem freien Wettbewerb. Als Beispiele nannte Neumann das Serotherapeutische Institut und die Fertigteilbau Wien, die konkurrenzlos teuer seien, jedoch Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung erhalten. Diese Betriebe, wie viele weitere in der Holding, würden auch dem Prinzip der Beschränkung auf Sparten im eminenten öffentlichen Interesse widersprechen, das bei der Gründung der Holding 1974 beschlossen worden ist. Neumann sagte, man müsse die Privatisierung derartiger Betriebe ohne idelogische Scheuklappen sehen. Letzten Endes liege die Entkommunalisierung im Interesse der Steuerzahler, Konsumenten und Bürger. (Forts.) gab/rb

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

44 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) wies auf die legistische Tätigkeit im Bereich des Gewerbewesens hin. Zahlreiche Gesetzesentwürfe wurden begutachtet. Im Laufe des letzten Jahres wurden in Wien insgesamt 6.498 neue Gewerbeberechtigungen erteilt. Überaus wichtig ist die Arbeit des Marktamtes, der es zu verdanken ist, daß Verstöße gegen die einschlägigen Vorschriften rasch abgestellt werden. Ohne viel finanziellen Aufwand wird hier eine sehr effiziente Leistung auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes erbracht.

Der Ausbau des Hafens Albern, der schon vor Jahren begonnen wurde und sehr gute Fortschritte macht, ist notwendig. Wirtschaftliche Erfolge haben sich bereits eingestellt. Für den Wiener Hafen ergeben sich auch unabhängig vom Zeitpunkt der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals gute Chancen. Aus dem neuen Hafenkonzept geht hervor, daß man auf ein weiteres Hafenbecken verzichten könnte, wenn die Umschlagseinrichtungen entsprechend erweitert werden. Das Blaue Wasser wird unter Schutz gestellt, und für den Friedhof der Namenlosen besteht keine Gefahr.

Die Fertigteilbau Wien ist weder konkursreif, noch hebt sie zu hohe Gewinne auf Kosten der Mieter ein. Vielmehr ist es ihr gelungen, durch betriebliche Reorganisationen eine positive Wirtschaftslage für das Unternehmen zu erzielen. Durch die Fusion mit dem Baustoff- udn Betonsteinwerk konnte verhindert werden, daß 170 Mitarbeiter der WBBW ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Fertigteilbau Wien wird heuer einen Gewinn von maximal acht Millionen Schilling erzielen.

Die Holding wird vermutlich auch jene Aufgaben übernehmen, die von der Rinter AG nicht bewältigt werden konnten. Dies ist ein klassischer Fall, bei dem eine Privatfirma an einer kommunalen Aufgabenstellung gescheitert ist. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

45 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Beim Ausbau des Fernwärmenetzes ist die Stadt Wien den meisten anderen österreichischen Städten um Längen voraus, sagte Eder, vor allem bei der Nutzung der Kraft-Wärme-Kupplung braucht sie keinen internationalen Verleich zu scheuen. Durch die Kraft-Wärme-Kupplung und durch die Müllverbrennung sparen die Heizbetriebe schon jetzt Heizöl im Wert von mehr als 200 Millionen ein. In der nächsten Zeit werden diese Einsparungen sogar noch größer werden. Der Ausbau des Fernwärmenetzes stellt auch einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Umwelt dar. (Forts.)
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

46 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) befaßte sich mit den Problemen des Wiener Handels und der Wiener Märkte. Er klagte darüber, daß die Kosten für den Großgrünmarkt so hoch seien. Man müsse Wege finden, um diese Kosten zu senken. "Immer mehr Firmen können sich den Großgrünmarkt nich mehr leisten, sie können nicht mehr zahlen. Aber der Markt lmuß funktionieren, um die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen, "sagte GR. EBERT.

Für die Aktion "Einkauf in Wien" stehen sieben Millionen für Werbezwecke zur Verfügung. Es geht darum, zu verhindern, daß nicht im Umland, sondern in Wien eingekauft wird. Heute gehen bereits jährlich zwei Milliarden Umsatz an das Wiener Umland. Vielleicht ist es auch möglich, Wien als Einkaufsstadt für Touristen zu propagieren.

Das Problem der Einwegpackungen ist mit einer Supersteuer nicht zu lösen. GR. EBERT forderte Finanzstadtrat MAYR auf, nach einer gemeinsamen, bundeseinheitlichen Lösung zu suchen. Der Handel sei bereit mitzuwirken.

Die negativen Äußerungen von GR. RAUTNER (SPÖ) über die Ehefrauen und Kinder von Unternehmern wies der Redner zurück. "Gerade diese haben kein arbeitsfreies Einkommen", meinte EBERT. "Die Angehörigen in den Mittel- und Kleinbetrieben haben eine sehr hohe Arbeitsleistung zu erbringen."

Mit einem Bekenntnis "JA zu A" schloß EBERT seinen Debattenbeitrag. "Der Wiener Handel wird sich bemühen, österreichische Waren und Produkte zu führen." Deshalb bedauerte EBERT, daß der Konsum gerade vor Weihnachten für ein tschechisches Mofa große Werbung betreibt, während österreichische Hersteller Absatzprobleme haben. (Forts. fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

47 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) hob die großen Investitionen für die Bereiche Müllabfuhr, Wasserversorgung und Kanalbau hervor. Das Budget 1983 garantiere, daß die erforderlichen Aufwendungen durchgeführt werden können.

98 Prozent der Wiener Haushalte sind an das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossen. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Grundwasserverschmutzung im 21. und 22. Bezirk, habe die Stadt Wien alles unternommen, um den Siedlern zu helfen, stellte LACINA fest. Die Arbeiten werden 1983 abgeschlossen.

LACINA gab einen überblick über die Wasserversorgung. Wien erhält jährlich 155 Millionen Kubikmeter Trinkwasser. Davon kommen 80 Prozent über die Hochquellenleitungen, 18 Prozent aus den Grundwasserwerken, und zwei Prozent sind Oberflächenwasser. Große Anstrengungen werden für den Schutz des Trinkwassers durch umfangreiche Grundankäufe im Quellschutzgebiet unternommen.

Bei der Systemabfuhr des Mülls hat die Stadt Wien Pionierarbeit geleistet. Derzeit fallen 600.000 Tonnen Müll pro Jahr an, der Sperrmüll macht 40.000 Tonnen aus. Bei der Beschlußfassung über das Wiener Müllkonzept, das das Recycling bei der Firma Rinter einschließt, haben alle Parteien von einem der modernsten und umweltfreundlichsten in Europa gesprochen, nun distanziere sich die Opposition davon.

Das Ziel sei weiter, alle Abfälle zu sammeln und wiederzuverwerten oder zu beseitigen. Wenn derzeit eine Wiederverwertung nicht wie geplant gewesen möglich ist, soll trotzdem davon ausgegangen werden, daß die Rückgewinnung in den nächsten Jahren immer interessanter werden wird. "Unsere Aufgabe besteht im Abwägen und Prüfen der verschiedenen Möglichkeiten und im Treffen der notwendigen Entscheidungen", sagte Lacina abschließend. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=+++++

48 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Das Ressort von StR. VELETA wurde durch das Nichtfunktionieren wichtiger kommunaler Einrichtungen bekannt, stellte Gr. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) fest. Beim Wiener Kanalnetz sind in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen notwendig. Ein erheblicher Teil der Wiener Kanäle ist dringend erneuerungsbedürftig. über 450 Kilometer des derzeit bestehenden Kanalnetzes wurden noch von vor 1900 errichtet. Bei Hochwasser würden die Kanäle den Wasserdruck nicht standhalten. GR. HAMPEL-FUCHS stellte den ANTRAG, einen Bericht über den Zustand des Wiener Kanalnetzes sowie über die notwendigen Investitionen in den nächsten fünf Jahren vorzulegen.

Bei der Hauptkläranlage weiß man nicht, ob sie funktioniert und ob sie Schlamm liefert oder nicht. Die Klärschlammverbrennung durch die EBS funktioniert aufgrund der mangelhaften Mahltrockner immer noch nicht ordnungsgemäß. Nur durch den zustäzlichen Einsatz von teurem Heizöl kann der Schlamm derzeit verbrannt werden. Die öVP-Gemeinderätin BEANTRAGTE das System der Klärschlammvorfaulung durch anerkannte Experten einer genauen überprüfung zu unterziehen und dem derzeitigen System der Frischschlammverbrennung gegenüber zu stellen. die öVP betreibt keinesfalls Kindesweglegung bei der Rinter-Müllverbrennungsanlage. Sie hat nur die Frage der Funktionstüchtigkeit zu einem frühen Zeitpunkt aufgegriffen. Es war bald klar, daß vertragliche Bestimmungen durch die Rinter AG nicht erfüllt wurden. StR. VELETA soll sagen, wohin die 200.000 Tonnen Schlacke, die bei der Müllverbrennung anfallen, kommen. Um die Straßenreinigung besser zu gewährleisten, sollen die Einnahmen aus der Hundesteuer zusätzlich für die Straßenreinigung verwendet werden. Dies BEANTRAGTE GR. HAMPEL-FUCHS. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

49 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) sagte zu den Ausführungen von GR. NEUMANN, er wisse nun nicht, ob Neumann gemeindeeigene Betriebe wolle, die Gewinne oder Verluste machen. Im übrigen sei es unklar, warum die ÖVP einen Mann in die Holding entsendet, wenn die Holding-Betriebe ohnedies am besten reprivatisiert würden. Mrkvicka wies darauf hin, daß sich gerade bei der EBS und bei der Rinter-AG, die laufend von der ÖVP kritisiert werden, gezeigt habe, daß Private nicht in der Lage seien, kommunale Probleme zu lösen. Beide Betriebe haben in Privathand nicht funktioniert. Während die EBS nun schon weitgehend ihre Aufgaben erfüllt, wird man auch für das Rinter-Werk eine gute Lösung finden. Zum Vorwurf von GR Maria HAMPEL-FUCHS, kommunale Betriebe würden nicht funktionieren, führte Mrkvicka weiter an, daß die Hauptkläranlage voll funktionstüchtig ist, Wien eine der besten Wasserversorgungen der Welt hat und auch das Kanalnetz laufend renoviert wird. Dem Vorwurf, Wien müsse 500.000 Tonnen Müll jährlich auf Deponien bringen, hielt er entgegen, daß bei einem Gesamtaufkommen von 600.000 Tonnen allein 325.000 Tonnen verbrannt werden. Abschließend forderte Mrkvicka von der Oppositionspartei ein Mindestmaß an Sachlichkeit auch wenn für diese der Wahlkampf offensichtlich schon begonnen habe. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

50 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Ein so offenes Bekenntnis zur Reprivatisierung der Holding-Betriebe habe er seitens der ÖVP in der Beteiligungskommission nie gehört, sagte StR. VELETA. Die Übernahme des Cafes Schwarzenberg durch die WIGAST beispielsweise wurde seinerzeit im Gemeinderat auch von der ÖVP als große Leistung begrüßt.

Die Übernahme der Müllentsorgung durch ein privates Unternehmen hat nicht funktioniert. Nun ist es notwendig, eine entsprechende Lösung dieses Problems zu überlegen. Wir sind mitten in den Verhandlungen, die wir so führen werden, daß keine Mehrbelastung der Stadt Wien entsteht, erklärte Veleta. Für die Zeit der Umrüstung des Rinter-Werkes ist die Mülldeponie am Rautenweg ausreichend.

Die Mitarbeiter der EBS und der Kläranlage tun alles, damit diese Anlagen reibungslos funktionieren.

Es ist keine Schande, betonte Veleta, wenn ein kommunales Unternehmen Gewinne erzielt, die letztlich ja dem Steuerzahler zugute kommen.

Es gibt in der österreichischen Wirtschaft wenige Unternehmungen, die einer so genauen Kontrolle unterworfen sind, wie die Betriebe der Wiener Holding. Wir sind bemüht, die besten Manager für unsere Unternehmungen zu bekommen.

Bei der Kunststoffrückgewinnung und bei der GUSTANA wurden die Probleme von der Holding rechtzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen gesetzt.

Wir bemühen uns, die Probleme der Ver- und Entsorgung zu meistern, und wir sind dabei immer bereit, gemeinsame Lösungen zu suchen. Innerhalb der ÖVP wären hier allerdings auch gewisse Widersprüche zu klären, schloß Veleta. (Forts.) ger/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

51 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) meldete sich zu grundsätzlichen Fragen der Budgetdebatte im Gemeinderat zu Wort. Nach seiner Statistik haben 70 Redner, 26 von der SPÖ, 35 von der ÖVP und 9 von der FPÖ, fast 33 Stunden über neun Geschäftsgruppen debattiert. Dazu kommen neun Stadträte mit je zwei Beiträgen.

"Mich hat der Ablauf der Budgetdebatte nicht befriedigt", meinte HAHN. "Die Zeitungsberichterstattung endete mit Stand 13 Uhr, alles was später gesprochen wurde, und wenn es noch so interessant war, hat die öffentlichkeit nicht erreicht." HAHN bedauerte weiter, daß die Zuschauergalerie bei der diesjährigen Budgetdebatte so leer wie nie zuvor gewesen sei. Es sehe so aus, sagte HAHN, als ob die SPÖ kein Interesse habe, daß in den Medien viel berichtet wird.

StR. MAYR habe gesagt, daß er die Ablehnung des Budgets nicht verstehe. Andererseits, fuhr HAHN fort, stimmt die SPÖ Anträge der Volkspartei auch dann nieder, wenn sie diese kurze Zeit später als eigene Idee verwirklicht.

Vorsitzender GR. MAYRHOFER (SPÖ) forderte GR. HAHN auf, zum Thema zu sprechen.

HAHN bedauerte, daß es im Wiener Gemeinderat nicht möglich ist, Detaildebatten wie im Nationalratsplenum abzuhalten. Die Opposition hat fast keine Möglichkeit, sich mit den Zahlen des Budgets vor der gemeinsamen Behandlung im Finanzausschuß und im Stadtsenat zu befassen. Es wäre daher besser, einen Rohentwurf, beziehungsweise die einzelnen Ansätze in den Ausschüssen zu debattieren, dort könnten alle Fragen gestellt werden, dort bestünde auch die Chance einzelne Punkte zu ändern. Dann wäre eine Grundsatzdebatte über das Budget im Plenum des Gemeinderats in zwei Tagen möglich. Er, HAHN, habe darüber vor zehn Jahren mit Bürgermeister Gratz unter vier Augen gesprochen und wenig später auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++
52 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN brachte einen ANTRAG ein, nach dem die Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung sowie der Geschäftsordnung dahingehend abzuändern seien, daß die Gemeinderatsausschüsse ein Mitwirkungsrecht bei der Erstellung des Voranschlages der Stadt Wien erhalten und ein eigener Budgetausschuß geschaffen wird. Darüber hinaus soll zur Erleichterung der Beratungen in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen eine weitere Aufgliederung des Voranschlages - ähnlich wie beim Bundesvoranschlag - vorgenommen werden. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)
Utl.: Städtische Dienstleistungen
=++++

53 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort sagte Finanzstadtrat Hans MAYR (SPö), die Sanierung der Verkehrsbetriebe sei seinerzeit von GR. HAHN akzeptiert worden. Eine Veränderung in der budgetären Gesamtsituation der Stadt Wien sei dadurch leider nicht eingetreten. Es ging aber darum, den Mitarbeitern der Verkehrsbetriebe anläßlich der Betriebsaufnahme der U-Bahn neuen Mut zu geben.

Zur Forderung nach einem Stadterneuerungsfonds erklärte der Finanzstadtrat, seine Fraktion sei gesprächsbereit, wenn mit den beiden anderen Fraktionen ein konstruktives Gesprächsklima über Umschichtungen erreicht werden könne.

Mayr bedauerte es, daß die Opposition die jeweils informell übergebenen Budgetunterlagen dazu verwendet habe, sie wenige Stunden später in einer Pressekonferenz von der ersten bis zur letzten Seite abzulehnen. Jahr für Jahr seien falsche Zahlen genannt, falsche Unterlagen herausgegeben und falsche Behauptungen erhoben worden, die später nicht mehr widerrufen wurden. Gezwungen durch die Taktik der öVP informiere Mayr nun selbst die Presse, obwohl es ihm leid tue, die Budgethoheit des Gemeinderates zu mißachten, wenn er der öVP nicht bewußt politische Vorteile überlassen möchte.

Den Rohentwurf in einem Ausschuß zu diskutieren, sei sicher möglich, es sei allerdings nicht richtig, daß in Ausschußsitzungen des Parlaments Zahlen geändert werden. Auch die Vorgangsweise im Parlament sei nicht optimal, es gebe auch dort Schwierigkeiten. Es sei sicher möglich, bessere Debatten zu führen, man dürfe sich jedoch keine Wunder erwarten, nur intensive Überlegungen würden zu Änderungen führen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)
Utl.: Schlußwort MAYR
=++++

54 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR schloß mit dem Dank an alle Debattenredner für ihre Beiträge und dem Dank an die Beamten, die am Budgetentwurf mitgearbeitet, die politischen Beschlüsse registriert und aufgenommen haben. Seinen besonderen Dank sprach StR. Mayr Regierungsrat Oberamtsrat Adolf PREISEL aus, der 28 seiner 42 Dienstjahre im Budgetreferat der Abteilung für Finanzwirtschaft und Haushaltswesen geleistet hat und 19 Jahre für die Richtigkeit aller Angaben im Budget verantwortlich war. Regierungsrat Preisel tritt mit Jahresende in den Ruhestand. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (44)
Utl.: Abstimmung über Budget
=++++

55 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1983 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat wurde ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der ANTRAG zur Vorlage des Finanz- und Investitionsplanes wurde einstimmig angenommen.

Der ANTRAG betreffend die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 1983 wurde einstimmig angenommen.

15 ANTRÄGE der ÖVP, 5 ANTRÄGE der FPÖ sowie ein ANTRAG der SPÖ wurden zugewiesen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 23.05 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Freitag, den 10. Dezember, nach einer Landtagssitzung (9 Uhr), mit dem Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. Anschließend wird die restliche Tagesordnung erledigt. (Schluß) ba/rb

NNNN

Amnesty international bei Bürgermeister Gratz

=++++

27 Wien, 9.12. (RK-POLITIK) Vertreter von Amnesty international kamen im Verlauf einer Straßensammlung dieser Organisation Donnerstag auch zu Bürgermeister Leopold GRATZ ins Rathaus. Gratz, der ein größere persönliche Spende übergab, dankte für den Einsatz zugunsten der politischen Gefangenen in aller Welt und sagte: "Vor zehn Jahren hat noch fast niemand geglaubt, daß sich Diktaturen von der öffentlichen Meinung in demokratischen Ländern beeinflussen lassen. Die Ergebnisse der Bemühungen von Amnesty international beweisen, daß dies doch der Fall ist." (Schluß) sti/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

198

Freitag, 10. Dezember 1982 Blatt 3655

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Gratz: Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Rathaus-Buch präsentiert
Neue Pressereferenten für Veleta und Wurzer
Wien gibt Heizkostenzuschüsse

Nur
über FS: In Straßenbahn gelaufen
Preise aus der Leopold-Gratz-Stiftung

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Dienstag Pressegespräch des Bügermeisters

=++++

3 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Dienstag, dem 14. Dezember, findet um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien das wöchentliche Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ statt. Bürgermeister Gratz wird dabei eine Bilanz der Arbeit der Stadtverwaltung im Jahre 1982 vorlegen. (Schluß) sti/gg

NNNN

Rathaus-Buch präsentiert (1)

=++++

5 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ präsentierte am Donnerstag im Rathaus das "Wiener Rathausbuch", das vom Verlag Jugend und Volk anläßlich des 100-Jahr-Jubiläus des Rathauses im kommenden Jahr herausgegeben wurde. Der umfassende Fototeil stammt von Erich LESSING, die Textbeiträge von Felix CZEIKE, Ulrike PLANNER-STEINER und Karlheinz ROSCHITZ. Das Buch kostet 498 Schilling.#

Verlagsdirektor Alfred JELINEK verwies bei der Begrüßung darauf, daß es im Rathaus zahlreiche architektonische und kunsthandwerkliche Besonderheiten gibt, die nicht nur von den Besuchern, sondern auch von hier Arbeitenden oft übersehen werden. Das Buch macht darauf aufmerksam.

Bürgermeister Leopold GRATZ nannte das Rathaus ein Beispiel dafür, daß Stadtpolitiker oft Entscheidungen treffen müssen, die weit über ihre eigenen Lebenszeit hinaus das Bild der Stadt und das tägliche Leben der Menschen beeinflussen. Als der Bau des Rathauses beschlossen wurde, war ein junger Abgeordneter namens Dr. Karl LUEGER leidenschaftlich dagegen - weil damals das Stadtbudget um 50 Prozent mehr Ausgaben als Einnahmen vorsah und der Rathausbau eine Belastung künftiger Generationen darstellte. Derselbe Lueger traf später als Bürgermeister ebenfalls Entscheidungen zu Lasten künftiger Generationen, vor allem für die Wasserversorgung und andere Investitionen der Infrastruktur. "Das gibt uns Mut zu heutigen Entscheidungen," sagte Gratz, "auch wenn sie künftige Generationen belasten und Saurier genannt werden." Gratz dankte dem Verlag und den Autoren für das schöne Buch. (Forts.) sti/ko

NNNN

Rathaus-Buch präsentiert (2)

=++++

6 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Bei der Präsentation des neuen Rathaus-Buches schilderte der Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE namens der Autoren die heftigen politischen Auseinandersetzungen um den Bau des neuen Rathauses. Nur mit viel diplomatischem Geschick gelang es Cajetan Felder, den Bau in der jetzigen Form und auf dem jetzigen Platz durchzusetzen. Der Kostenvoranschlag hatte auf 6 Millionen Gulden gelautet, die tatsächlichen Kosten waren 14 Millionen Gulden - und dies bei einem Jahresbudget der Stadt Wien von 11 Millionen Gulden.

"Heute sind wir der damaligen Stadtverwaltung für ihre kühne Entscheidung dankbar", sagte Bürgermeister Gratz.

An der Präsentation haben u. a. Frau Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, Landtagspräsident Hubert PFOCH, die Stadträte Ing. Fritz HOFMANN, Dr. Helmut ZILK und Dr. Günther GOLLER, Klubobmann Erwin HIRNSCHALL, sowie zahlreiche Abgeordnete, Verleger, Buchhändler und Autoren teilgenommen. (Schluß) sti/gg

NNNN

Neue Pressereferenten für Veleta und Wurzer
=++++
7 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL)

Geehrte Redaktion!
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der bisherige Pressereferent von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER, Redakteur Richard ANDRASCHKO (Klappe 3999), hat die Pressebetreuung von Stadtrat Josef VELETA und der Geschäftsgruppe Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz übernommen. Als neuer Pressereferent des Planungsstadtrates Dr. Wurzer und seiner Geschäftsgruppe fungiert ab sofort Redakteur Dr. Heinz SCIO (Klappe 4169).

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) red/gg

NNNN

Wien gibt Heizkostenzuschüsse

=++++

8 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Das Land Wien wird in einer gemeinsamen Aktion mit dem Bund für diesen Winter einen Heizkostenzuschuß in der Höhe von 500 Schilling gewähren, erklärte Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Den Zuschuß können Bezieher von Ausgleichszulagen (Dauersozialhilfebezieher), von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bekommen. Das Einkommen muß in Höhe der Richtsätze der Ausgleichszulagen liegen (1983 für Alleinstehende 4.078 Schilling, für Ehepaar 5.839 Schilling netto nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages).#

Wer durch hohe Heizkosten in eine Notlage geraten ist, muß zwischen 3. und 31. Jänner 1983 beim Bezirkssozialreferat einen Antrag auf den Zuschuß stellen. Mitzubringen sind der Meldezettel, der Pensionsabschnitt oder ein sonstigen Einkommensnachweis. Die Auszahlung des einmaligen Zuschusses von 500 S erfolgt im Februar 1983. Von der Aktion ausgeschlossen sind Empfänger von Geldaushilfen, weil diese ohnehin eine Heizbeihilfe durch die MA 12 erhalten. Personen, die eine Dauerleistung der Sozialhilfe bekommen, können jedoch einen Antrag stellen. (Schluß) sei/ap

NNNN

Wiener Landtag (1)
Utl.: Wahlen
=++++

9 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH (SPö) trat der Landtag Freitag zu seiner 32. Sitzung zusammen.

Die Mitglieder des Bundesrates MATZENAUER, KARNY und Elisabeth DITTRICH sowie die Ersatzmitglieder Reg. Rat. STODOLA, LAbg. GAWLIK und LAbg. Prof. Dipl.-Vw. Karoline PLUSKAL haben ihre Mandate zurückgelegt. An die neunte Stelle der vom Wiener Landtag zu wählenden Bundesratsmitglieder wurde LAbg. Elisabeth DITTRICH und Prof. Dipl.-Vw. Karoline PLUSKAL (Ersatzmitglied) gewählt; für die zehnte Stelle wurde Norbert TMEJ als Mitglied und Reg. Rat Franz STODOLA als Ersatzmitglied gewählt. Für die zwölfte Stelle wurde Walter STRUTZENBERGER als Mitglied und LAbg. Franz GAWLIK als Ersatzmitglied gewählt. (Die Zurücklegung erfolgt von KARNY und GAWLIK per 31. Dezember 1982, von MATZENAUER, DITTRICH, STODOLA und PLUSKAL per 10. Jänner 1983. Entsprechend werden die Neuwahlen wirksam).

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit (SPö und ÖVP) angenommen. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Landtag (2)
Utl.: Veranstaltungsgesetz
=++++

10 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Prof. Dr. ZILK (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes. Er berichtete darüber, daß eine Konzessionspflicht für Spielapparate bereits im Theatergesetz 1930 bestand. In der Folge bestand immer wieder das Bestreben, diese Art von Glücksspiel in der öffentlichkeit zu legalisieren, statt es in den Untergrund zu verdrängen. In der Vergnügungssteuergesetznovelle 1981 wurde eine erhebliche Abschöpfung des Gewinnes durch eine Monatsabgabe vorgeschrieben. Im April 1981 fand eine Enquete aller Betroffenen zu diesem Problemkreis statt. In der Folge konnte jedoch keine Einstimmigkeit zur Neuregelung dieser Materie erzielt werden - deshalb wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der die nun vorliegende Novelle erarbeitete. Darin wird der Spielanreiz durch eine Begrenzung des Münzeinwurfs auf fünf Schilling und des Gewinns auf maximal 100 Schilling verringert. Überdies wird ein Schutzkreis festgelegt, in dem keine neuen Geräte aufgestellt und keine bestehenden Konzessionen verlängert werden dürfen. Dieser Schutzkreis gilt in der Umgebung von Schulen und Jugendeinrichtungen.

LAbg. STRANGL (SPÖ) brachte einen DREIPARTEIEN-ABÄNDERUNGSANTRAG ein, wonach dieser Schutzkreis an der Gehsteiglänge gemessen wird und 150 Meter von den Ein- und Ausgängen der Schulen und Jugendeinrichtungen entfernt verläuft (Im ursprünglichen Entwurf war ein Radius von 100 Meter vorgesehen gewesen) und die Aufstellung in Schulen und Jugendeinrichtungen untersagt wird. Weiter wird ein Bonus über fünf Freispiele ausgeschlossen. Weitere Bestimmungen betreffen die Voraussetzungen für Konzessionsverleihungen und -verlängerungen.

StR. Zilk sagte in seinem Schlußwort, entsprechende Bestimmungen seien in die Novelle des Gesetzes deshalb aufgenommen worden, weil auch von einer Schule ein Antrag zur Aufstellung von derartigen Automaten eingebracht wurde.

ABSTIMMUNG: Der Änderungsantrag wurde einstimmig, die Novelle des Gesetzes in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Landtag (3)
Utl.: Vergnügungssteuergesetz
=++++

11 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Vergnügungssteuergesetz. Die wesentlichen Punkte sind eine Mehrbesteuerung der Spielautomaten von 1.000 auf 1.200 Schilling und von 10.000 auf 12.000 Schilling, kleinere Veranstaltungen sollen unter anderem einheitlich mit 10 Prozent besteuert werden. Dies bedeutet in der Praxis die Herabsetzung der Steuern von Bällen und kleineren Veranstaltungen, die bisher 25 Prozent ausmachten. Konzerte, bei denen keine Sesselreihen aufgestellt werden, wie zum Beispiel bei Popfestivals sollen in Zukunft steuerfrei sein. Die Novellierung des Gesetzees wird einen Mehrertrag der vergnügungssteuer um 40 Millionen Schilling bringen.

LAbg. SCHNEIDER (ÖVP) kritisierte, daß die Steuer für Spielautomaten nur schwer überprüft werden könne. Oft müssen Gastwirte als Letzthaftende für die Automatenbesitzer die Steuer bezahlen. Der Vorschlag eines Monatspickerls bei Automaten kann aus organisatorischen Gründen nicht durchgeführt werden. Wien sei die einzige Stadt, in der eine doppelte Vergnügungssteuer, nämlich die Kartensteuer und die Konsumationssteuer eingehoben wird. LAbg. Schneider stellte den ANTRAG auf Wegfall der Konsumationssteuer. Außerdem sollen die alten Ringelspiele im Prater von der Steuer befreit werden. Die lokalhistorische Bedeutung dieser Ringelspiele, wie zum Beispiel der Hochschaubahn, soll von einer Kommission festgesetzt werden. Theater und Konzertveranstaltungen, die nicht nur vor geschlossenen Stuhlreihen, sondern auch vor Tischen und mit Konsumation durchgeführt werden, sowie Marionettentheater sollen ebenfalls nicht mehr steuerpflichtig sein. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (4)
Utl.: Vergnügungssteuergesetz
=++++

12 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR stellte fest, daß in dem öVP-Antrag gute Anregungen enthalten sind, über die jedoch noch diskutiert werden soll, um eventuelle Rechtsunsicherheiten auszuschließen. Der Stadtrat schlug vor, den Beschlußantrag der öVP in einen Resolutionsantrag umzuwandeln und der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik zuzuweisen.

ABSTIMMUNG: Die Novellierung der Vergnügungssteuer wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen. Der öVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen. (Schluß) ba/gg

--- Ende der Sitzung des Wiener Landtages ---

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates am Freitag wurde mit der Debatte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1983 aufgenommen. Eingangs der Sitzung erteilte der Vorsitzende GR. MAYRHOFER an GR. NEUMANN (ÖVP) einen Ordnungsruf für die Bezeichnung "demagogischer Politschauspieler", mit der dieser am Donnerstag ein anderes Mitglied des Gemeinderates bezeichnet hatte.

In seinem einleitenden Referat zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke im Jahr 1983 sagte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß einem Geldbedarf von rund 22,9 Milliarden eine Geldabdeckung von 20,9 Milliarden gegenübersteht. Bei Investitionssperren von 411 Millionen werden die Stadtwerke 1,6 Milliarden an Fremdkapital aufnehmen müssen, was um 797 Millionen unter dem Wert für 1982 liegt. Damit wird die Neuverschuldung der Stadtwerke 1983 unter der Tilgung liegen, wodurch der Gesamtstand der Schulden erstmals seit vielen Jahren einen Abbau erfahren wird.

HOFMANN führte weiter aus, daß die Gaswerke dank der Unterdeckung beim Gaspreis mit einem Verlust von 300 Millionen zu rechnen haben, der durch einen gleich hohen Gewinn bei den E-Werken aufgehoben wird. In diesem Bereich wird eine Erweiterung des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau untersucht, mit der eine zusätzliche Stromerzeugung durch eine nachgeschaltete Dampfturbine bei gleichzeitiger Abwärmeverwertung ermöglicht werden soll. Diese Maßnahme wird ebenso im Sinne des Umweltschutzes liegen, wie die Tatsache, daß die E-Werke für das Jahr 1983 eine Erhöhung des Erdgaseinsatzes um 150 Millionen Kubikmeter planen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

4 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Als erfreulich bezeichnete HOFMann das Steigen der Fahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe um 10 Millionen auf rund 529 Millionen. Das gewachsenen U-Bahnnetz hat dazu ebenso beigetragen wie das geänderte Tarifsystem und die erhöhte Sparsamkeit der Bevölkerung.

Die Wiener Stadtwerke benötigen im kommenden Jahr rund 2,6 Milliarden für Investitionen, von denen auf die E-Werke 1,7 Milliarden, 202 Millionen auf die Gaswerke und 655 Millionen auf die Verkerhsbetriebe sowie 31 Millionen auf die Bestattung entfallen. HOFMANN bezeichnete diese Investitionen als wichtige Impulse für die Wirtschaft.

Generell nannte HOFMANN den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sowie eines leistungsfähigen Hauptstraßennetzes und konkrete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung als wesentlichste Kriterien der Wiener Verkehrspolitik. Er wies auf den kommenden Bau der U 3 und der U 6 hin und nannte als baldige Verbesserungen die Anbindung von Autobuslinien im 13. und 14. Bezirk an die U 4 und die Beschleunigung der Straßenbahnlinien 71, 2 und 62 sowie der Autobuslinie 48 A im kommenden Jahr. Im Bereich des Individualverkehrs werden die öffnung des Knotens Nordbrücke und der Rossauer Brücke 1983 wesentliche Verbesserungen bringen. Die Flughafenautobahn wird bereits heuer am 17. Dezember eröffnet werden. Der Fortsetzung des Baues der Donauuferautobahn in Richtung Reichsbrücke kommt größte Bedeutung zu. Im Einvernehmen mit der Bevölkerung sollen in verschiedenen Bezirken verkehrsberuhigte Zonen gestaltet werden. Insgesamt bezeichnete HOFMANN diese Maßnahmen als bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der großstädtischen Lebensqualität. Abschließend dankte er allen Mitarbeitern seines Ressorts für ihre Arbeit im Dienste der Wienerinnen und Wiener.
(Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

15 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Der Fahrgastzuwachs von 17 Prozent bei den öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine erfreuliche Entwicklung, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Er ist vor allem auf den Ausbau des U-Bahn-Netzes und auf die Einführung der Netzkarten zurückzuführen. Man soll sich damit aber nicht zufrieden geben. In Hamburg und Stockholm fahren noch viel mehr Menschen mit Netzkarten. Das U-Bahn-Netz soll konsequent weiter ausgebaut werden. Die U 1 erreicht derzeit weder dicht bebaute Stadtrandgebiete, wie Rennbahnweg, Großfeldsiedlung, Leopoldau und Per-Albin-Hansson-Siedlung, noch die wertvollen Naherholungsgebiete Laaer Berg und Oberlaa. Pawkowicz brachte zwei ANTRÄGE ein, die U 1 im Norden nach Leopoldau zur S-Bahn und im Süden unter dem Laaer Berg durch zur Per-Albin-Hansson-Siedlung und zum Zentrum Oberlaa zu verlängern.

In zahlreichen Naherholungsgebieten, wie zum Beispiel auf der Donauinsel, gibt es schon Radwege. Offen bleibt jedoch, wie man mit dem Rad dorthin gelangt, weil der Stadtverkehr für Radfahrer manchmal bereits lebensgefährlich geworden ist. Internationale Erfahrungen (München, Hamburg, Stockholm) zeigen, daß der Fahrradtransport in der U-Bahn keine Probleme mit sich bringt. Pawkowicz stellte den ANTRAG, den Fahrradtransport mit der U-Bahn zu ermöglichen.

Wenn die U 3 im 3. Bezirk, wie derzeit vorgesehen, in offener Bauweise errichtet wird, ist mit einem siebenjährigen gigantischen Umleitungszirkus zu rechnen. Die Landstraßer Hauptstraße würde ihre Bedeutung als drittgrößte Einkaufsstraße Wiens verlieren. Pawkowicz BEANTRAGTE, die U-Bahn im 3. Bezirk in geschlossener Bauweise zu errichten. Die Baugrube soll in die Weißkirchnerstraße vor dem Museum für angewandte Kunst verlegt werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

16 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Straßenbahnlinien "J" und "T" könnten dann, so PAWKOWICZ, über Invalidenstraße, Heumarkt, Lothringerstraße und Schwarzenbergplatz zum Ring geführt werden. Die Umleitung des Autoverkehrs durch bisher verkehrsarme Wohngebiete könnte entfallen.

In der Mariahilfer Straße würde die Errichtung der U 3 in offener Bauweise zu einer entscheidenden, langfristigen Behinderung des Geschäftslebens führen. Zahlreiche Inhaber und Mitarbeiter kleinerer und mittlerer Betriebe wären in ihrer Existenz bedroht. Pawkowicz stellte den ANTRAG, die U 3 in geschlossener Bauweise unter der Lindengasse zu errichten, wobei die Ausgänge aber in die Mariahilfer Straße führen sollten.

Der Einstandspreis für sowjetisches Erdgas wurde in der letzten Zeit mehrmals gesenkt. Im Gegensatz zu früheren Erhöhungen der Erdgaspreise wurden die Preissenkungen aber nicht an die Verbraucher weitergegeben. Begründet wurde dieses Verhalten mit dem Hinweis, daß die ÖMV ihre Preise für inländisches Erdgas angehoben habe. Pawkowicz stellte den ANTRAG, die bei ausländischem Erdgas eingetretenen Preisermäßigungen in vollem Umfang an die Verbraucher weiterzugeben. Mit der ÖMV sollen Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, die exorbitanten Preissteigerungen bei inländischem Erdgas zu reduzieren. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

17 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) bezeichnete es als ungeschickt, daß die Wiener Polizei am ersten Einkaufssamstag gegen Parksünder rigoros vorgegangen ist. Die Folge könnte sein, daß Wiener Kaufkraft ins niederösterreichische Umland abwandert. Man müßte, meinte Daller, an den Einkaufssamstagen vernünftige Parkregelungen und eventuell auch Einbahnregelungen in den Geschäftsvierteln überlegen.

In den Nachtstunden kommt es immer wieder zu Unfällen auf Fußgängerübergängen, weil diese nicht ausreichend beleuchtet sind. Der Redner stellte den ANTRAG, dafür zu sorgen, daß nicht ampelgeregelte Fußgängerübergänge während der Nacht ausreichend ausgeleuchtet werden.

Daller trat für eine bessere Koordination der Wiener Ampelanlagen auf den Hauptverkehrsstraßen ein. In einem ANTRAG forderte er eine regelmäßige Überprüfung und Koordinierung der Ampelanlagen, um die Flüssigkeit des Individualverkehrs zu gewährleisten.

Auf den Schnellstraßen und Stadtautobahnen kommt es, wie Daller weiter ausführte, wegen Geschwindigkeitsübertretungen häufig zu schweren Unfällen. Aus diesem Grund forderte GR. Daller in einem ANTRAG den Verkehrsstadtrat auf, sich dafür einzusetzen, daß die Polizei eine konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkungen auf dem hochrangigen Wiener Straßennetz durchführt. Dabei sollten auch verstärkt mobile Radarüberwachungsanlagen eingesetzt werden. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die 1,4 Milliarden für den Bau der Brigittenauer Brücke bezeichnete GR. DALLER als "hinausgeschmissenes Geld". Die Frequenz sei äußerst dürftig. "Die Volkspartei wird keine Zustimmung zu einem Straßenprojekt über die alte Donau als Verlängerung der Brigittenauer Brücke geben", sagte DALLER.

Der Redner beklagte den Rückgang der Mittel für Investitionen und Erhaltungskosten der Gemeindestraßen im Budget 1983. "Die erforderlichen Mittel werden nicht bereitgestellt", meinte DALLER, "damit ist diee Verkehrskonzeption für Wien sinnlos." (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) sagte, er vermisse in den Ausführungen von GR. DALLER positive Feststellungen. Die sozialistische Fraktion sei nie angestanden, positive Vorschläge der Opposition zu integrieren. Dies wurde von der ÖVP nicht anerkannt. Vizebürgermeister Dr. Busek habe zwar in einem Pressegespräch die Gründe genannt, warum er das Budget ablehnt, er sei aber kaum jemals im Gemeinderat anwesend gewesen, wo das Budget begründet wurde.

Die ÖVP mache sich Sorgen, was alles gebaut werden sollte, sagte Rautner weiter, während sie gleichzeitig "mehr Lebensqualität durch weniger Beton" fordere. Wenn von lärmgequälten Bewohnern verschiedener Straßen gesprochen wird, müsse man auch von der Südost-Tangente sprechen und die Erleichterungen, die sie den Bewohnern der Schlachthausgasse brachte. Den Bau des Flötzersteiges habe die ÖVP vor einiger Zeit gefordert, nun sei sie dagegen, aber die lärmgeplagten Bewohner der Hadikgasse seien ihr gleichgültig. Die von Daller als "unnötig bezeichnete Brigittenauer Brücke sei von den Wienern sehr gerne angenommen worden. Er verwies darauf, daß der Arlbergtunnel nur die Hälfte der Frequenz der Brigittenauer Brücke habe und daß in den westlichen Bundesländern kostspielige Straßenbauprojekte verwirklicht wurden und werden, während Wien weit hinter dem geplanten Straßennetz nachhinkt. Bezugnehmend auf Bedenken gegen das Abschleppen meinte Rautner, Verkehrssünder müßten damit rechnen, abgeschleppt zu werden. Solche Leute täten ihm nicht leid.

Im zuständigen Ausschuß habe sich die ÖVP gegen Bodenuntersuchungen im Zusammenhang mit dem Bau der U 3 ausgesprochen- dies sei ein Willkürakt sondergleichen gewesen. Bei der Donauinsel habe die ÖVP von Gigantomanie gesprochen, heute sei sie dafür, und sie spricht auch bei der UNO-City von Gigantomanie, obwohl deren Bedienstete 2,5 Milliarden in Wien ausgeben. Die ÖVP lehne Maßnahmen ab, bis sie erkenne, daß sie notwendig sind, und spreche dann nicht mehr darüber. Rautner forderte die ÖVP zur Mitarbeit auf. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

20 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Erst durch die Bürgerinitiative Landstraße sind die Techniker der U-Bahngruppe daraufgekommen, daß die U 3 auf den unsicheren Grund des Wienerneustädter Kanals projektiert ist, erklärte GR. Mag. KAUER (ÖVP). In der Bezirksvertretung Landstraße hat die ÖVP vier Anträge zur Überprüfung der U-Bahn-Trasse gestellt, die alle einstimmig angenommen wurden. Der ÖVP geht es darum, gemeinsam mit dem Bürger zu planen und zu bauen. Die Rathaus-SPÖ beschließt dagegen mit der "Walze der Mehrheit". Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit schaut so aus, daß die SPÖ gemeinsam beschlossene Pläne am nächsten Tag in einer Pressekonferenz als SPÖ-Projekte vorstellt. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Ing. KREINER (ÖVP) kritisierte, daß die Verkehrsbetriebe von den anderen Betrieben der Wiener Stadtwerke in hohem Ausmaß subventioniert werden. Dies führt zu nicht gerechtfertigten Tariferhöhungen. In den letzten fünf Jahren wurden über 7 Milliarden durch Tariferhöhungen der Stadtwerksbetriebe zur Subvention der Verkehrsbetriebe hereingebracht. Ein Vergleich des Wirtschaftsplanes 1983 mit dem Vorjahr sei falsch, weil darin die Tarifregulierung der E-Werke von 1982 nicht enthalten sind. De fakto ergibt sich kein geringerer Verlust der Wiener Stadtwerke wie er in den Medien veröffentlicht wurde, sondern ein höherer Verlust. In den letzten fünf Jahren gab es erhebliche Preissteigerungen: der Strompreis stieg um 41 Prozent, der Gaspreis um 55 Prozent, der Fahrschein um 50 Prozent. Ungenügende Vorsorge wurde in der Energiewirtschaft getroffen. Die ÖVP ist gegen die ungerechtfertigte Belastung der Energieversorgungsunternehmen zugunsten der Verkehrsbetriebe, gegen die ungebührenden Tariferhöhungen und gegen die ungenügende Entschuldung der Verkehrsbetriebe. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) nahm zu Fragen der Verkehrspolitik Stellung. Als wesentliche Kriterien nannte Regler die noch immer steigende Anzahl der PKW, den Stellplatzmangel, die große Umweltbelastung, die Behinderung des öffentlichen Verkehrs durch den Individualverkehr und den Rückgang der Fußgängerflächen. Als langfristige Lösung bezeichnete Regler den Rückgang des Verkehrsaufkommens durch eine polizentrische Stadtentwicklung. Kurzfristig sei auf jeden Fall eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel anzustreben. In diesem Sinne forderte Regler die Anbindung der Vorortelinie an die U 4 im Wiental sowie die Verlängerung der S-Bahn bis zur Hofwiesengasse und schließlich die Schließung des Schnellbahnringes im Westen Wiens. Längerfristig sollte das Wiener Schienennetz zu drei S-Bahn-Ringen ausgebaut werden. Im Bereich der U-Bahn forderte Regler den weiteren Aufzugsbau an den Stationen und wies darauf hin, daß die von der FPÖ eingebrachten Anträge bezüglich des Fahrradtransportes in der U-Bahn und der Verlängerung der U 1 von der ÖVP bereits vorgebracht worden seien. Die für die Beschleunigung der Straßenbahn im Jahr 1983 bereitstehenden Mittel von 31,5 Millionen bezeichnete Regler als ungenügend. Er sprach sich auch für die Beibehaltung durchgehender Straßenbahnlinien und für eine dichtere Zugsfolge aus. Ebenso sollte das periphere Autobusnetz in dichteren Intervallen verkehren. Regler begrüßte die Abstimmung des Autobusnetzes auf die U-Bahn und forderte schließlich verstärkte Bemühungen um Park-and-ride-Plätze, die Verwirklichung des Verkehrsverbundes, den Garagenbau, die Einrichtung von Signalanlagen und um verkehrsberuhigende Maßnahmen im nachgeordneten Straßennetz. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Durch die erfreuliche Fahrgastentwicklung bei den Verkehrsbetrieben war es möglich, das Difizit zu verringern, sagte GR. HENGELMÜLLER (SPö). Die U-Bahn ist das attraktivste Verkehrsmittel in der Stadt. Allein die U 1 verzeichnet eine Frequenzzunahme seit der Verlängerung nach Kagran um 21,6 Prozent. Die Platzkilometer sämtlicher öffentlicher Verkehrsmitel sind um 3,3 Prozent gestiegen. Das Grundnetz der U-Bahn kostete 22 Milliarden Schilling. Im nächsten Jahr stehen für den U-Bahn-Bau 1,6 Milliarden zur Verfügung. Die Fortsetzung des U-Bahn-Baus wird auf Jahre hinaus zahlreiche Arbeitsplätze sichern. 1983 ist eine große U-Bahn-Werbeaktion geplant, bei der Gruppen un zehntausend Einzelpersonen die Möglichkeit zu Gratisfahrten haben werden.

Die Tarifreform der Verkehrsbetriebe war sehr erfolgreich. Während früher rund 47 Prozent der Wiener regelmäßig oder fallweise mit öffentlichen Verkehrsmitteln fuhren, sind es heute 52 Prozent.

HENGELMÜLLER brachte einen Vergleich der Netzlängen und Tarife in drei österreichischen Städten: Während in Wien bei einer Neztlänge von 702 Kilometern die Monatsnetzkarte 320 Schilling kostet, beträgt der Preis in Graz bei einer Netzlänge von 132 Kilometern 577 Schilling und in Klagenfurt bei einer Netzlänge von 60 Kilometern 560 Schilling. Die Jahresnetzkarte kostet in Wien 3.200 Schilling, in Graz 6.347 Schilling.

Sämtliche U-Bahn-Züge, 90 Prozent der Straßenbahngarnituren und 60 Prozent der Autobusse in Wien sind aus Sicherheitsgründen mit Notsignaltasten ausgestattet. Erfreulich ist der Umstand, daß die Zahl der Schwarzfahrer - nicht zuletzt dank der intensivierten Kontrollen - rückläufig ist.

Kurios sei der von öVP-Mandataren begrüßte Vorschlag einer Gruppe "City-in", Straßenbahnlinien quer durch die Innere Stadt, durch die Herrengasse und über den Kohlmarkt, zu führen. (Forts.)
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

24 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) "Wir können die Autos nicht abschaffen", sagte GR. HAUBENBURGER (ÖVP), "aber wir müssen die Verkehrspolitik so gestalten, daß die Probleme des Individualverkehrs in Grenzen gehalten werden". Der Redner warf der SPÖ vor, einerseits von Umweltbewußtsein zu sprechen, andererseits nach wie vor auf den Bau einer Stelzenautobahn bei der Westeinfahrt, trotz des Nein der Bevölkerung, zu bestehen.

Die Sanierung und Entschuldung der Wiener Verkehrsbetriebe wirkt sich positiv aus. Die Verkehrsbetriebe sind jedoch für die Energieversorgungsbetriebe eine Belastung. "Jeder Energiekunde der Stadt Wien zahlt das Defizit der Verkehrsbetriebe".

Die Energiepolitik bezeichnete GR. HAUBENBURGER als verfehlt. Es gab in den letzten vier Jahren extreme Kostensteigerungen: Bei Strom 58 Prozent, bei Gas 68 Prozent und bei der Fernwärme 98 Prozent. "Eine Sozialkomponente ist bei dieser Tarifgestaltung nicht erkennbar."

Energiesparen und Förderung von Alternativenergie werden leider vernachlässigt. Der Energievorsorge komme immer größere Bedeutung zu. Insoferne begrüße er die Vergrößerung der Speicherkapazitäten.

Die Volkspartei plädiert für ein eigenes Energieressort, dem auch die Heizbetriebe angeschlossen werden müßten. "Das Budget 1983 zeigt auf dem Energiesektor in Teilbereichen positive Ansätze, die sind aber der ÖVP zu wenig. Wir brauchen eine optimale Energiepolitik und werden sie dabei auch unterstützen", sagte der Redner. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) erklärte, daß die Neuverschuldung im kommenden Jahr geringer sein werde als die Tilgung. Dies sei auf den Verkauf von bereits bezahltem Speichergas, gezielte Strompreispolitik und günstige Entwicklung bei den Verkehrsbetrieben zurückzuführen. Wäre es nach den Vorstellungen der ÖVP gegangen, hätte es beim Strompreis keinen Kostenausgleich und nicht so günstige Tarife bei den Verkehrsbetrieben gegeben. Nach menschlichem Ermessen sei im kommenden Jahr mit keiner Erhöhung der Energiekosten zu rechnen, betonte RIEDLER. Bezugnehmend auf Gaspreissteigerungen bzw. nicht durchgeführte Preissenkungen verwies Riedler auf die unverhältnismäßig stark angestiegenen Gas-Einstandspreise und die relativ geringen Letztverbraucherpreise. RIEDLER zeigte anhand von Beispielen, daß die Gaspreise in fast allen anderen Städten und Bundesländern österreichs höher sind. Die Gaspreissenkung in Niederösterreich sei nur für die Industrie vorgenommen worden. Für einheitliche Strompreise innerhalb österreichs wäre, so RIEDLER, Solidarität zwischen den Bundesländern notwendig.

RIEDLER erklärte zu GR. HAUBENBURGER, die ÖVP sei bei ihrer Energiepolitik inkonsequent, während das Energiekonzept der SPÖ praktikabel sei, da sich bei den E-Werken und den Gaswerken sonst kein Ansatz zu einer Besserung zeigen würde. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erklärte StR. Ing. HOFMANN, daß dem Informationsblatt "24 Stunden" ein Stadtplan mit den Routen der öffentlichen Verkehrsmittel beiliege.

In einer Projektbesprechung haben alle drei politischen Fraktionen der U 3 zugestimmt.

Das Mitnehmen von Fahrrädern in den öffentlichen Verkehrsmitteln müsse noch überlegt werden. In München muß für das Mitnehmen von Fahrrädern ein relativ hoher Fahrpreis bezahlt werden. An eine Lösung dieser Frage ist in Wien erst nach der Einrichtung des Verkehrsverbundes zu denken. Eine bessere Lösung erscheint Hofmann, daß mehr Radfahrwege ausgebaut werden, die in die Erholungsgebiete führen.

Aus der Fahrgastfrequenz ergeben sich eindeutige Prioritäten für den U-Bahn-Ausbau. Zwischen dem Westbahnhof und der Kundmanngasse werden zu den Spitzenzeiten 15.000 Fahrgäste pro Stunde geschätzt. Zwischen der Großfeldsiedlung und der Endstation Kagran werden es maximal 2.000 Personen sein. Die Priorität liegt daher eindeutig beim Ausbau der U 6 und der U 3.

Der Grünbrücke Kaisermühlen stimmte das Bautenministerium weder zu noch lehnte es ab, da noch kein konkreter Vorschlag an das Bautenministerium ergangen ist. Das generelle Projekt der Uraniabrücke muß noch überarbeitet werden.

Welche Straßenbahnlinien man in Zukunft über den Ring schickt, wird noch zu entscheiden sein: entweder den J-Wagen oder die Linien 52 und 58. Beides geht nicht.

Der öVP-Vorschlag, die Linzer Straße verkehrsmäßig noch stärker zu belasten, sei nicht sehr sinnvoll. (Forts.) ba/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
=++++

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die 2-er-Linie soll als Gegenfahrbahn zum Ring ausgebaut werden. Notwendige Vorarbeiten wurden bereits geleistet, derzeit sind jedoch keine Budgetmittel vorhanden, erklärte StR. HOFMANN.

Würde man auf die Gürtelautobahn ersatzlos verzichten, müßten sämtliche Straßeneinbauten auf dem Gürtel von der Stadt Wien bezahlt werden.

Die gerine Frequenz der Brigittenauer Brücke ist darauf zurückzuführen, weil die Brücke momentan in eine Baustelle mündet. Nach Fertigstellung der Donauuferautobahn wird sich die Frequenz über die Brücke sicherlich erhöhen.

Die Stadt Wien hat Vorsorge für genügend Strom getroffen. Ein Standort für ein zusätzliches Umspannwerk steht derzeit noch nicht fest.

Bei der Vorortelinie wurden von den öBB große Denkmalschutzauflagen erfüllt. Man solle daher die renovierten Otto-Wagner-Stationen nicht durch Lärmschutzeinrichtungen verdecken.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1983 wurde mit den Stimmen der SPö genehmigt. Zwei ANTRÄGE der FPö wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (Schluß) ba/ap

Mit der Budgettdebatte und der Debatte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde die erste Sitzung des Gemeinderates beendet. Im Anschluß daran wird der Gemeinderat seine zweite Sitzung über die restliche Tagesordnung aufnehmen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Anträge
=++++

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) begann die zweite Sitzung des Gemeinderates mit der restlichen Tagesordnung. Folgende Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen: ein Antrag der FPÖ bezüglich Verlängerung der U 1 bis Oberlaa, ein Antrag der FPÖ bezüglich Verlängerung der U 1 bis zur S-Bahn Leodpoldau, ein Antrag der FPÖ bezüglich Revision der Planung der U 3 in Mariahilf, ein Antrag der FPÖ bezüglich Revision der Planung der U 3 im 3. Bezirk, ein Antrag der ÖVP bezüglich Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in Wien, ein Antrag der ÖVP bezüglich Gleichstellung der Studenten der Akademien im Bezug auf die Bädertarife, ein Antrag der ÖVP bezüglich Koordinierung der Ampelanlagen in Hauptstraßen, ein Antrag der ÖVP bezüglich ausreichender Beleuchtung von Fußgängerübergängen und ein Antrag der ÖVP bezüglich Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit in Wiener Straßen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Ankauf eines Grundstückes
=++++

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPÖ) beantragte den Kauf eines Grundstückes in Simmering im Ausmaß von 63.500 Quadratmeter für die Wiener E-Werke. Wie sie betonte, wurde der Antrag im Ausschuß einstimmig angenommen.

StR. GOLLER (ÖVP) erklärte, die ÖVP habe bei näherer Beschäftigung mit dem Akt im Stadtsenat bemerkt, daß es sich hier um einen Rückkauf von der Firma Denzel handelt. Das Grundstück wurde im Jahr 1976 um 29 Millionen im Rahmen der Betriebsansiedlung verkauft und nun um 51 Millionen zurückgekauft, was Mehrkosten von 22 Millionen bedeutet. Daher kann die ÖVP diesem Akt nicht zustimmen.

GR. KNEISLER (SPÖ) sagte, beim Grundstückverkauf habe es eine Auflage zur Errichtung von Betriebsanlagen gegeben, der die Firma Denzel nicht nachgekommen ist. Für diesen Fall sei ein Wiederankaufsrecht durch die Gemeinde im Kaufvertrag verankert gewesen. Nun habe man das Grundstück für die E-Werke benötigt und nach zähen Verhandlungen könne man nun den Rückkauf bewerkstelligen. Der Preis entspreche der Valorisierung und der Ablöse der Investitionskosten.

In einer zweiten Wortmeldung betonte StR. GOLLER (ÖVP), daß sich die Stadt hier in eine Lage manövriert habe, die sie zwinge, dieses Grundstück wieder anzukaufen. Ein schlechtes Betriebsansiedlungskonzept koste in diesem Fall den Steuerzahler 22 Millionen Schilling.

GR. Maria KUHN (SPÖ) verwies in ihrem Schlußwort auf die Darstellungen ihrer Vorredner und erbat die Zustimmung zu diesem Akt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Grundstückskauf für Pensionistenheim
=++++

31 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPö) beantragte den Kauf einer Liegenschaft in der Brigittenau von der gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Wohnbau" für den Bau eines Pensionistenheimes.

GR. KUCHAR (FPö) kritisierte die Höhe des Kaufpreises. Dieser Ankauf zeigt, daß bei der Gemeinde Wien im Bereich des Grundstückswesens manches schief läuft. Im Hinblick auf den Zweck des Grundstückskaufes und den idealen Standort für ein Pensionistenheim werde die FPö dem Antrag allerdings trotzdem zustimmen.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) bezeichnete den Standort für das geplante Pensionistenheim ebenfalls als sehr gut. Es sei aber unverständlich, daß die Gemeinde Wien aus zweiter Hand und viel zu teuer kauft. Die "Wohnbau" zahlte im Dezember 1981 18,4 Millionen, jetzt beträgt der vergleichbare Kaufpreis 20,6 Millionen. Ein derart hoher Kaufpreis sei einfach nicht vertretbar.

GR. LACINA (SPö) stellte fest, daß die einstimmigen Beschlüsse im Kuratorium Wiener Pensionistenheime und in der Brigittenauer Bezirksvertretung über die Errichtung des Pensionistenheimes auf diesem Standort erst im Jahr 1982, also nach dem Kauf des Grundstückes durch die "Wohnbau", gefaßt wurden. Die Angemessenheit des Preises, der auch noch andere Leistungen beinhaltet, wurde von der Magistratsabteilung 40 bestätigt. Kein anderes Grundstück im 20. Bezirk ist für den Bau eines Pensionistenheimes so geeignet wie dieses. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Grundstückskauf für Pensionistenheim
=++++

32 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Dr. GOLLER (öVP) betonte, daß die öVP für den Bau des Pensionistenheimes sei. In der Höhe des Kaufpreises könne sie jedoch nur eine Grundstücksspektulation sehen. Innerhalb eines Jahres stieg der Quadratmeterpreis von 4.000 auf mehr als 5.000 Schilling. Man hätte mit der "Wohnbau" auch ein Grundstück tauschen können.

In seinem Schlußwort wies GR. MRKVICKA den Vorwurf der Grundstücksspektulation zurück. Der Kaufpreis beträgt nur 4.766 Schilling pro Quadratmeter. Die Möglichkeit, das Pensionistenheim auf einem anderen Grundstück zu errichten, wurde untersucht. Doch gibt es im 20. Bezirk keine andere Liegenschaft, die so geeignet und um einen vergleichbaren Preis käuflich ist.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Marktordnungsnovelle
=++++

33 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEISLER (SPö) beantragte die Abänderung des Marktgebührentarifes. Da die Energie- und Personalkosten gestiegen sind, droht die Kostendeckung unter die 20 Prozentmarke zu sinken. Die Erhöhung beim Fleischmarkt beträgt 5,5 Prozent, bei den sonstigen Märkten zwischen 5,88 und 14,29 Prozent.

GR. SCHNEIDER (öVP) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zur Erhöhung bei den Fleischmärkten, bezeichnete jedoch die Tarifanhebung für die anderen Märkte als hoch.

SCHNEIDER machte sich Sorgen um die Lage des Landstraßer Marktes und des Augustiner Marktes auf dem Rochusplatz während der Bauarbeiten für die U 3. Es muß alles unternommen werden, daß die Umsatzeinbußen nicht nur während der Bauzeit sondern auch später so gering wie möglich sind.

ABSTIMMUNG: über die Vorlage wurde getrennt abgestimmt.

Der Tarifänderung für die Fleischmärkte wurde einstimmig angenommen, alle übrigen Tarife mit den Stimmen der SPö. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Studie "Jugend in der Großstadt"
=++++
34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) beantragte eine Subvention von 400.000 Schilling zur Durchführung der Studie "Jugend in der Großstadt".

GR. FÜRST (ÖVP) erklärte, seine Fraktion sei mit der Form, in der dieser Antrag ausgearbeitet wurde, nicht einverstanden. Dabei gehe es nicht um die Studie an sich, denn obwohl es ähnliche Untersuchungen bereits gebe, könne ein Vergleich aufschlußreich sein. Zu kritisieren sei die Vorgangsweise: das IFES habe mit dem Statistischen Amt der Stadt Köln Vorleistungen erbracht, und das IFES als, wie es im Antrag heißt, rein kommerzielles Unternehmen, vorausgesetzt, daß sich die Stadt Wien an diesem Projekt beteiligt. Hat es Vorgespräche mit der Stadt Wien gegeben, fragte FÜRST? Gibt es schon Zusagen? FÜRST sprache von Vermischungen zwischen Politik und Geschäft ähnlich wie bei der AKH-Planung. "Nach Mediplan, ÖKODATA und 'Gschichten von Dr. Kreisky' sei die ÖVP nun sehr vorsichtig, solche Projekte unbesehen zu akzeptieren. Daher solle jenen die Verantwortung überlassen werden, die schon jetzt die Verantwortung tragen."

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. HANKE, GR. FÜRST haben diesen Akt zum Anlaß für Äußerungen genommen, die mit dem Geschäftstück nichts zu tun haben. Im Gemeinderatsausschuß habe die ÖVP keinen Einwand dagegen gehabt. Nun seien von weither Argumente geholt worden, um dieses Projekt abzulehnen. HANKE verwies darauf, daß Köln, Bremen, Dortmund und Linz bei diesem Vorhaben mitmachen und andere Städte eine Teilnahme überlegen. Es gehe darum, Jugendprobleme mit wissenschaftlichen Untersuchungen zu überprüfen. Gerade bei wissenschaftlichen Untersuchungen seien Ausschreibungen jedoch problematisch , zumal in dieser Angelegenheit bereits als Basis eine gute Kooporation zwischen dem IFES und dem Institut für Jugendkunde herrsche.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.
(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Theatersubventionen
=++++

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Reparaturen, Renovierungen und Investitionen in Wiener Theatern beantragte GR. WINDHAB (SPÖ) eine Subvention von insgesamt 15,5 Millionen Schilling.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) ersuchte um getrennte Abstimmung der einzelnen Theatersubventionen, da die ÖVP der Subvention für die "Komödianten" nicht zustimmen wird. Es geht dabei nicht um einen inhaltlichen Vorbehalt der ÖVP, sagte Kauer, sondern darum, daß mit der Subvention eine Theaterwerkstatt im Goethehof finanziert werden soll. Es sei ein Unfug, daß Bühne und Theaterwerkstatt soweit auseinander liegen.

In seinem Schlußwort stellte GR. WINDHAB fest, daß eine Arbeit an den Kulissen im Theaterhaus der Komödianten von der Baupolizei nicht genehmigt wurde. Es sei unmöglich, in der Nähe des Künstlerhauses einen Werkstättenraum mit halbwegs passabler Miete zu finden. Der Werkstättenraum im Goethehof sei die beste und kostengünstigste Lösung.

ABSTIMMUNG: Die Theatersubventionen ausgenommen der für die "Komödianten" wurden einstimmig genehmigt. Die Subvention für die "Komödianten" wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.
(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Freie Bühne Wieden
=++++

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPö) beantragte einen einmaligen Sonderzuschuß von 300.000 S zur Abdeckung von Schulden der Freien Bühne Wieden. Die Schulden belaufen sich auf rund 600.000 S, die andere Hälfte trägt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) sagte, der Gemeinderat habe schon oft Zuschüsse für die Freie Bühne Wieden beschlossen. Hier liege das unvertretbare Ansinnen vor, Schulden an die Krankenkasse und sogar an den Steuerberater von Topsy Küppers der öffentlichkeit aufzuhalsen. Im Interesse der Steuerzahler müsse man dazu "Nein" sagen.

GR. PROCHASKA (öVP) bezeichnete Topsy Küppers als Politpriviligierte der SPö. Obwohl sie immer geleugnet habe, Mittel der öffentlichen Hand zu erhalten, komme sie nun abermals mit einer Forderung und überlasse hunderttausende Schilling Schulden der öffentlichen Hand.

In einer "tatsächlichen Berichtigung" wies Finanzstadtrat Hans MAYR (SPö die Unterstellung von öVP-Gemeinderat PROCHASKA mit Nachdruck zurück, daß sich er, Mayr, der Gunst von Topsy Küppers "erfreue".

In seinem SCHLUSSWORT wies GR. WINDHAB auf die Kunst von Topsy Küppers als engagierte Chansonette hin. Die Schulden seien durch ihre Ungeschicklichkeit entstanden, da sie nicht regelmäßig um Zusatzsubventionen eingekommen sei. Die Freie Bühne Wieden sei ein integrierter Bestandteil des Wiener Theaterlebens.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Zinsenzuschuß für ÖFB
=++++

37 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) beantragte die Gewährung eines Zinsenzuschusses für ein Darlehen der Zentralsparkasse an den österreichischen Fußballbund. Für die Jahre 1981 und 1982 beträgt der Zuschuß 1,097.000 Schilling.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß die Kosten für die Adaptierung der VIP-Klubräume im Stadion laut Präsident Sekanina durch Beiträge der Klubmitglieder aufgebracht werden sollten. Zur Finanzierung wurde ein Kredit von zehn Millionen aufgenommen. Jetzt stellt sich heraus, daß der exklusive VIP-Klub Schwierigkeiten hat, den Kredit zurückzuzahlen, und die Stadt Wien soll nun - sozusagen als Mäzen der Mäzene - den Zinssatz von 11,5 auf vier Prozent heruntersubventionieren. Dies sei eine ausgesprochene Zumutung, die mit Sportförderung überhaupt nichts zu tun habe.

Es kann nicht im Interesse der Wiener Steuerzahler liegen, Wiener Steuergelder für den ÖFB zur Verfügung zu stellen, sagte GR. ARTHOLD (ÖVP), während Wiener Vereine sich darum sorgen müssen, vom ÖFB die ihnen zustehenden Toto- und Weltmeisterschaftsgelder zu bekommen. Die finanziellen Probleme im ÖFB müsse sich Sekanina schon selber lösen.

StR. SCHIEDER stellte fest, daß die Gewährung eines Zinsenzuschusses, um Investitionen und Ausgestaltungeen zu ermöglichen, eine in sehr vielen Bereichen übliche Maßnahme ist. Die Räume des VIP-Klubs sind nur bei Länderspielen dessen Mitgliedern vorbehalten. Bei allen anderen Veranstaltungen stehen sie der Stadt Wien unentgeltlich zur Verfügung und helfen mit, die Attraktivität des Stadions zu heben. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Zinsenzuschuß für öFB
=++++

38 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Ausgestaltung dieser Räumlichkeiten im Stadion - wie sie für Ehrengäste, Journalisten etc. überall üblich sind - brachte also auch Vorteile für die Stadt Wien, betonte SCHIEDER. Die Mittel für den Zinsenzuschuß stammen nicht aus der Sportförderung und wurden schon seinerzeit bei der Budgetplanung für das Jahr 1982 vorgesehen.

GR. LUDWIG erklärte in seinem SCHLUSSWORT, daß es uns natürlich lieber wäre, wenn sich der VIP-Klub selbst erhielte und darüber hinaus Zuschüsse für den Sport leisten könnte, aber man soll nicht so tun, als ob ein solcher Zuschuß nicht auch in anderen Bereichen üblich wäre.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) ger/rb

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Wassergebühr
=++++

39 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPö) stellte den ANTRAG auf Neufestsetzung der Wassergebühr von 8,80 Schilling auf 9,80 Schilling je Kubikmeter. Berechnungen haben ergeben, sagte StR.Mayr, daß ohne Neuregelung der Wassergebühr die Kostendeckung knapp 89 Prozent erreiche. Die Erhöhung um einen Schilling pro Kubikmeter Wasser sei erforderlich, damit die Kostendeckung knapp unter 100 Prozent liegt.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) verwies darauf, daß die Wasserwerke im Jahr 1983 ohne die jetzt beantragte Erhöhung einen Überschuß von 430 Millionen erwirtschaften, dennoch kalkuliere die Finanzverwaltung mit dem Argument "nicht kostendeckend". Zu diesem Ergebnis komme die Finanzverwaltung, weil sie zu den veranschlagten Ausgaben inklusive Investitionen auch noch die Abschreibung und die Verzinsung der Anlagekosten dazurechnet. "In abenteuerlicher Weise ist es gelungen, jährliche Zinsen von 531 Millionen zu veranschlagen". Bei der Wasserleitung zahlen dabei die Wiener die Anlagen fast dreimal. "Bei objektiver Beurteilung ergibt sich schon jetzt eine große Überdeckung. Die Erhöhung mit 11,3 Prozent ist doppelt so hoch wie die Teuerungsrate", schloß Hirnschall. (Forts.) fk/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Wassergebühren
=++++

40 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) sagte, ohne exakte Prüfung der Unterlagen könne seine Fraktion keine Zustimmung geben. StR. MAYR unterlasse es, seinem Antrag Unterlagen beizufügen, die eine gewissenhafte Prüfung der Kostendeckung erlauben. "Wir lehnen kalkulatorische Zinsen ab, damit wird der Steuerzahler zweimal zur Kassa gebeten", betonte DALLER. Die Wassergebühr ist damit seit 1976 um 98 Prozent gestiegen, während der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum um nur 39 Prozent gestiegen ist, hob DALLER hervor. "Mit überhöhten Tarifen und Entgelten wird die Bevölkerung geschädigt."

StR. MAYR stellte fest, daß der Voranschlag nach den Richtlinien der Kameralistik erstellt wird. Das sage nichts über die Vermögenswerte aus, die zu verzinsen und wieder hereinzubringen sind. Der größte Teil der Vermögenswerte der Wasserwerke liege in den Nahversorgungsleitungen und erreiche Milliardenhöhe. Die Berechnung der Kostendeckung wird über Anregung des Rechnungshofes erstellt. Auch die Richtlinien des Wasserwirtschaftsfonds sind einzuhalten. Da ein Mehrverbrauch nicht zu erwarten sei, sind die Anlagen mit den Einnahmen des gleichbleibenden Verbrauches zu finanzieren. Zu den Vorwürfen von GR. DALLER bezüglich der Berechnung sagte StR. MAYR, die Berechnungsmethode liege offen dar. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Baubetreuungsverträge
=++++

41 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MICHALICA (SPÖ) BEANTRAGTE die Genehmigung von Baubetreuungsverträgen für Wohnbauten im 6. Bezirk, Millergasse, im 20. Bezirk, Vorgartenstraße 31 bis 35 und Engerthstraße 58, im 10. Bezirk, Hebbelplatz-Schleiergasse sowie im 12. Bezirk, Hetzendorfer Straße 118 und Schlöglgasse 63, durch die URBANBAU und die SOZIALBAU.

StR. Dr. GOLLER (ÖVP) sagte, die ÖVP sei nicht gegen die Errichtung von kommunalen Wohnbauten - die Sachkredite wurden bereits beschlossen -, aber sie sei gegen die vier Baudurchführungsverträge, wovon die SOZIALBAU 308 Wohnungen und die URBANBAU 23 Wohnungen erhält. Die mehr als 300 Wohnungen für die SOZIALBAU seien wohl ein erster Ersatz für ein verlorenes Geschäft auf den Steinhofgründen. GOLLER verwies darauf, daß für das dortige Wohnbauprojekt mit insgesamt rund 900 Wohnungen der Baubetreuungsvertrag vor der Durchführung der Volksbefragung abgeschlossen wurde. Deshalb hätten mehr als zehn Millionen an die SOZIALBAU gezahlt werden müssen. Jetzt solle wieder ein Geschäft unter politischen Nahverwandten abgeschlossen werden. Diese Genossenschaft sei offenbar wichtiger als die gemeindeeigene GESIBA, die Partei habe also Priorität vor der Stadt. Bei den Verhandlungen der jeweiligen Architekten mit der städtischen Wohnbaudienststelle sei auch immer ein Vertreter der Baubetreuungsgesellschaft anwesend, der dort das große Wort führe. Diese mache die Ausführungsplanung. Damit gehe die Kreativität des Architekten in der Qualität der Arbeit verloren. Die Architekten müßten bis zum Schluß eingeschaltet bleiben. GOLLER verwies darauf, daß andere Baubetreuungsgesellschaften billiger arbeiten. Daher sollte der Bürgermeister die Beschlußfassung dieses Geschäftsstückes aussetzen, um Nachteile für die Stadt zu verhindern. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Baubetreuungsverträge
=++++

42 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) erklärte, der plötzliche Boom an Baubetreuungsverträgen sei auf das Sonderwohnbauprogramm und auf den forcierten Planungsvorlauf bei anderen Wohnbauten der Stadt Wien zurückzuführen. Baubetreuungsverträge werden abgeschlossen, wenn der Bauherr die Aktivitäten nicht selbst durchführen kann. Für die ÖVP sei die SOZIALBAU und alles, was mit Sozialisten besetzt ist, ein Reizwort. Das sei eine Diffamierung der qualifizierten Mitarbeiter der SOZIALBAU und der URBANBAU. Was wird sein, fragte LUDWIG, wenn ein solcher Vertrag mit der SEG abgeschlossen wird. Die ÖVP wolle die Geschäftsstücke anrüchig machen. Gegen solche Diffamierungen wehre sich die SPÖ entschieden.

In seinem SCHLUSSWORT wiederholte GR. MICHALICA, die Baubetreuungsverträge würden nicht deshalb abgeschlossen, weil man mit den Leistungen der Magistratsabteilung 24 nicht einverstanden wäre, sondern um Belastungsspitzen zu bewältigen.

ABSTIMMUNG: Die vier Geschäftsstücke wurden einzeln abgestimmt und mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Wirtschaftssubvention
=++++

43 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Ein zinsenfreies Darlehen in der Höhe von zwei Millionen Schilling BEANTRAGTE GR. KNEIDINGER (SPö) für die Firma Preßwerk Hans Legat Ges.m.b.H. Das Land Niederösterreich und der Bund gewähren ebenfalls je zwei Millionen zur Unterstützung des Unternehmens.

Vor einiger Zeit wurde im Wiener Gemeinderat ebenfalls eine Wirtschaftssubvention gewährt. Damals ging es um die Ankerbrotfirma, damals hat die öVP nicht mitgestimmt, stellte GR. SALLABERGER (SPö) fest. Die Firma Legat hat in Wien 100 und in Niederösterreich 30 Beschäftigte. Schon einmal erhielt die Firma umfangreiche Förderungen als sie nach Niederösterreich expandierte. Nun wird erneut ein Zuschuß von insgesamt acht Millionen Schilling gewährt. Bei der Firma Ankerbrot ging ees um den Ausbau eines gesunden Unternehmens mit 1.800 Beschäftigten. Heute geht es um die Sanierung eines kranken Betriebes mit 130 Beschäftigten. Trotzdem wird die öVP diesem Antrag ihre Zustimmung geben. Warum, fragte GR. SALLABERGER? Offensichtlich deswegen, weil ein Geschäftsführer der Firma Legat Wirtschaftsbund-Funktionär ist.

Der Grund für die unterschiedliche Haltung der öVP liegt darin, daß die Subventionierung der Ankerbrotfirma gegen die Wettbewerbsgleichheit verstieß, erklärte Dkfm. Dr. WöBER (öVP). In Wien gibt es 670 Betriebe des Konditorei- und Bäckereigewerbes mit über 5.700 Beschäftigten, die keine Subvention erhielten. Mit der Unterstützung der Ankerbrotfabrik wurde ein Präjudiz geschaffen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Wirtschaftssubvention
=++++

44 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Theoretisch könne nun jeder Betrieb eine Förderung der Stadt Wien erhalten, stellte GR. WöBER fest. Die öVP wolle gleiche Chancen für alle Betriebe. Der öVP-Gemeinderat stellte den ANTRAG für wirtschaftsfördende Maßnahmen der Stadt Wien, die in keine bestehende Kreditaktion eingereiht werden können, in Zukunft objektive Richtlinien und Kriterien zu erstellen. Es soll veröffentlicht werden, unter welchen Voraussetzungen Betriebe zinsenfreie Kredite erhalten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Wirtschaftssubventionen
=++++

45 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, der Antrag von GR. WÖBER, Kredite an die Wirtschaft nach objektiven Kriterien zu vergeben, sei von der FPÖ in ähnlicher Form schon am 24. Oktober bei der Ankerbrot-Debatte eingebracht worden. Hirnschall meinte, es gebe heute viele ähnlich gelagerte Fälle in der Wirtschaft, daher brauche man Richtlinien für die Vergabe der Förderung. Er freue sich, in der ÖVP Mitstreiter gefunden zu haben.

StR. MAYR sagte, es fehle den Oppositionsparteien an den sachlichen Informationen. Alle drei genannten Fälle - Mischek, Ankerbrot und Legat - wurden aufgrund des Arbeitsmarktförderungsgesetzes auf Bundesebene abgehandelt. Im Gemeinderat wurde nur der Beitrag Wiens aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen zur Debatte gestellt.

GR. WÖBER bemerkte in einer abermaligen Wortmeldung zu den Ausführungen von GR. HIRNSCHALL, daß sich der ÖVP-Antrag auf alle Wiener Betriebe und nicht nur auf die Industrie beziehe. Zur Wortmeldung von StR. Mayr sagte Wöber, daß er sich für die Erstellung objektiver Richtlinien aussprechen müsse, wenn im Wiener Gemeinderat über die Vergabe von Mitteln aus dem Wiener Budget entschieden werde.

In seinem Schlußwort sagte GR. KNEIDINGER, daß man auch in Betracht ziehen müßte, daß die Firma Legat wesentliche innovative Maßnahmen gesetzt hat. Die SPÖ messe nicht mit zweierlei Maß, wenn es um die Förderung der Wirtschaft gehe und sei bereit, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Kanalgebührenordnung
=++++

46 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR BEANTRAGTE eine Änderung der Kanalgebührenordnung 1978. Sie bringt eine durchschnittliche Erhöhung um fünf Prozent. Nur die Vernichtungsgebühr für den Aushub aus öl-, Fett- und Seifenabscheidern wird um 14 Prozent erhöht.

GR. DALLER (öVP) erklärte, die öVP stimme der Erhöhung sämtlicher Positionen mit Ausnahme der Senkgrubenräumung zu und verlangte deshalb eine getrennte Abstimmung. Der Grund für die Ablehnung einer Erhöhung der Gebühren für die Senkgrubenräumung liege darin, daß die Menschen, die am Stadtrand wohnen und nicht ans öffentliche Kanalnetz angeschlossen sind, übermäßig belastet werden.

StR. MAYR meinte in seinem SCHLUSSWORT, daß GR. DALLER ein durchaus ernsthaftes Problem angeschnitten habe. Es wäre nämlich auch zu überlegen, ob Bewohner des innerstädtischen Bereichs, wo an hundert Meter Kanal durchschnittlich hundert Haushalte angeschlossen sind, die gleichen Gebühren zahlen sollen wie Bewohner von Siedlungsgebieten, wo an hundert Meter Kanal nur vier Haushalte angeschlossen sind, die daher entsprechend höhere Kosten verursachen.

ABSTIMMUNG: Die Gebührenerhöhung für die Senkgrubenräumung wurde mit den Stimmen der SPö, alle anderen 81 Positionen einstimmig beschlossen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Wienerberggründe
=++++

47 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCH (SPÖ) stellte den Antrag für einen neuen Flächenwidmungsplan für das Gebiet zwischen Eibenbrunnergasse, Wienerbergstraße, Triester Straße, Raxstraße, Neilreichgasse und der Trasse der ÖBB-Donauländebahn.

GR. ARTHOLD (ÖVP) bezeichnete die Wienerberggründe als die größte Baulandreserve der Stadt. Er bedauerte, daß das riesige Areal mit den gigantischen Möglichkeiten durch mehr als zehn Jahre die größte "Gstettn" von Wien war. In den Siebzigerjahren ist viel versäumt worden. Damals wären viele Betriebe bereit gewesen, zu investieren. Diese sind in das Industriezentrum in Niederösterreich ausgewichen. Als positiv bezeichnete GR. Arthold die Trennung von Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan. Der Redner forderte Transparenz bei der Vergabe der Sportanlagen an Sportvereine und bei der Neuaufteilung der Kleingärten.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) sagte, die Wienerberggründe seien eine große Chance für ein städtebauliches Gebiet. Nach der Planung müsse nun die Realisierung Schritt für Schritt durchgeführt werden. Die Einmaligkeit des südlichen Wienerberghanges soll erhalten bleiben. Die Kleingärten bleiben erhalten, die Zuweisungen werden sehr gewissenhaft durchgeführt. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Wienerberggründe
=++++

48 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) sagte, auf den Wienerberggründen werde das Wettbewerbsergebnis umgesetzt. Es werde dafür gesorgt werden, daß Gebiete als Erholungsraum belassen, Wohnungen gebaut, umweltfreundliche Betriebe angesiedelt und entsprechende Freizeiteinrichtungen geschaffen werden.

In seinem SCHLUSSWORT verwies GR. BROSCH auf die große Chance, die es aufgrund des Wettbewerbs zu nützen gilt. Die Trennung der Beschlüsse über Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan gebe die Möglichkeit, alle bestehenden Rechte gemeinsam zu berücksichtigen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Zwtl.: Abschlußrede des Bürgermeisters

Siehe eigenen Bericht der "RATHAUSKORRESPONDENZ" (RK-Nr. 30)

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 19.55 Uhr geschlossen. (Schluß) and/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Gratz: Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden
Utl.: Weihnachtsansprache des Bürgermeisters
=++++

30 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Daß im abgelaufenen Jahr mehr als 90 Prozent aller Geschäftsstücke des Wiener Gemeinderates einstimmig beschlossen wurden, beweise, daß hier trotz allen Gegensätzen im grundsätzlichen und trotz allen Meinungsverschiedenheiten im Sachlichen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden sei, erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner "Weihnachtsansprache" zum Abschluß der Budgetdebatte.#

Das kommende Jahr werde wie das heurige im Zeichen der Weltwirtschaftskrisenerscheinungen stehen. Allerdings sei es heuer gelungen, ein hohes Beschäftigungsniveau zu halten, was nicht nur auf die Maßnahmen der Bundesregierung und die gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der Stadt Wien zurückzuführen war, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern. So sei es etwa in Gemeinsamkeit zwischen Wien, der Handelskammer, der Arbeiterkammer, den Gewerkschaften und dem Landesarbeitsamt möglich gewesen, der Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. Im übrigen könne sich die Wiener Wirtschaft heute auf rund 50 verschiedene Förderungsaktionen stützen, wovon etwa die Hälfte Förderungsaktionen der Stadt Wien sind.

Nach der Phase der gerade angelaufenen öffentlichen Diskussion werde der Gemeinderat im kommenden Jahr als einer seiner wichtigsten Aufgaben den Stadtentwicklungsplan als Vision der Zukunft unserer Stadt zu beraten und zu beschließen haben, erklärte der Bürgermeister. Abschließend dankte er allen Mitgliedern des Landtages, des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen, sowie allen Mitarbeitern des Magistrats, der Stadtwerke, sowie alle Einrichtungen und Betriebe der Stadt Wien für die Arbeit im abgelaufenen Jahr. (Schluß) rö/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 11. Dezember 1982 Blatt 3696

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Weitere Wohnbauförderungsmittel bewilligt
(rosa) Verwaltungsbericht 1981 erschienen

Lokal: Namen für Simmeringer Wohnhausanlagen
(orange)

Nur
über FS: Ein Festival für Schachspieler

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Weitere Wohnbauförderungsmittel bewilligt

=++++

2 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung genehmigte diese Woche weitere Förderungsmittel aus der Wohnbauförderung 1968 in der Höhe von 408,5 Millionen Schilling. Mit diesen Förderungsgeldern können 514 Wohnungen und zwei Geschäftslokale errichtet werden. Auch die 242 Heimräume des Pensionistenheimes im 15. Bezirk werden aus diesen Mitteln gefördert. (Schluß) pr/gg

NNNN

Verwaltungsbericht 1981 erschienen

=++++

3 #Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Das Statistische Amt der Stadt Wien (MA 66) hat das Jahrbuch "Die Verwaltung der Stadt Wien 1981" veröffentlicht. Es enthält einen überblick über die Arbeit aller Abteilungen des Magistrats, der Wiener Stadtwerke, des Wiener Fremdenverkehrsverbandes und der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien. Ein Register erleichtert in bewährter Form die Benützung dieses wichtigen Informations- und Nachschlagewerkes. Der Verwaltungsbericht ist um 180 S im Buchhandel erhältlich.# (Schluß) sti/ap

NNNN

Namen für Simmeringer Wohnhausanlagen
=++++

4 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Die Bezirksvertretung von Simmering hat einstimmig beantragt, folgende städtische Wohnhausanlagen im 11. Gemeindebezirk nach verdienten Personen zu benennen:

o Die städtische Wohnhausanlage Kaiser-Ebersdorfer-Straße 332 soll Stefan-Achatz-Hof benannt werden. Stefan Achatz, gest. 1979, war von 1953 bis 1973 Mitglied der Bezirksvertretung von Simmering.

o Die städtische Wohnhausanlage Lorystraße 16 - 18 soll Karl-Tlasek-Hof benannt werden. Karl Tlasek ist im Oktober 1932 verstorben. Karl Tlasek hat als Beamter der Wiener Polizei am 16.10.1932 vor dem Arbeiterheim in der Drischützgasse 4 seinen Dienst versehen. Er war zum Schutz dieses Heimes abkommandiert worden und wurde dabei von Nationalsozialisten ermordet. Die Simmeringer Bezirksvertretung möchte die Wohnhausanlage zum ewigen Gedenken an diesen feigen Anschlag und zur immerwährenden Mahnung gegen den Faschismus nach Karl Tlasek benennen.

o Die städtische Wohnhausanlage Mitterweg 8 - 18, Oriongasse 15, Florian-Hedorfer-Straße 30 - 36 soll Karl-Swoboda-Hof benannt werden. Karl Swoboda war von 1951 bis 1967 Bezirksrat in Simmering und anschließend, bis zu seinem plötzlichen Tod im Dezember 1967, Mitglied des Wiener Gemeinderates.

o Die städtische Wohnhausanlage Mitterfeldgasse - Schemmerlstraße soll Felix-Swoboda-Hof benannt werden. Felix Swoboda war von 1945 - 1949 Mitglied der Simmeringer Bezirksvertretung und anschließend, bis zu seinem Tod, 1953, Mitglied des Wiener Gemeinderates.

(Schluß) fk/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

118

Montag, 13. Dezember 1982 Blatt 3700

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- FPÖ zur Verkehrslösung Gersthofer Platzl
- StR. Wurzer zur Verkehrslösung Gersthofer Platzl
- Dokumentation über Wiener Stadtbahn fertiggestellt

Kommunal: (rosa)
- Gemeinderat-Nachlese
- ÖVP für Änderungen bei Budgetdebatte

Lokal: (orange)
- 261 Schwammerlsucher hatten Giftpilze heimgebracht

Nur über FS:
- 11.12. Stopptafel nicht beachtet - Zusammenstoß mit Straßenbahn
- Brandstiftung und Einbruch
- Brand bei der Firma Weiser
- 12.12. Sanitäter als Geburtshelfer
- Bergung eines Radladers
- 13.12. Wohnung total ausgebrannt
- Rückblick auf das Haydn-Jahr 1982

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

261 Schwammerlsucher hatten Giftpilze heimgebracht
=++++
4 #Wien, 13.13. (RK-LOKAL) Die "Schwammerlsaison 1982" war, verglichen mit dem Vorjahr, eher mittelmäßig. Dieser Ansicht sind die Pilzbegutachter des Marktamtes (MA 59), die heuer nur 5.704 Begutachtungen durchzuführen hatten. Im Vorjahr waren dagegen nicht weniger als 8.930 Schwammerlsucher zu den amtlichen Pilzexperten gekommen, um ihre Ausbeute kontrollieren zu lassen.

Auch heuer zeigte sich, daß dieser Kundendienst des Marktamtes für die Wiener Pilzfreunde nicht nur vor gesundheitlichen Schäden schützt, sondern sogar lebensrettend sein kann. Bei den überprüfungen wurden nämlich in 261 Fällen Giftpilze festgestellt, in 2.318 Fällen sahen sich die Pilzfachleute mit ungenießbaren, wertlosen oder bereits verdorbenen Schwämmen konfrontiert.#

Gefundene Wildpilze kann man bekanntlich bei den städtischen Marktamtsabteilungen oder direkt in der Marktamtsdirektion begutachten lassen. Im heurigen Jahr brachte die beginnende Pilzsaison wegen der trockenen Witterung nur geringe Ausbeuten, ziemlich "ausgelassen" hatten Steinpilze und Eierschwammerln. In großer Zahl wuchsen dagegen die Schirmlinge - Parasolpilz, Safran-Schirmling und Weißer Schirmling - und die verschiedenen Champignon-Arten: Wiesen- und Anis-Champignon. Herbstpilze - Hallimasch, Nebelgrauer und Violetter Ritterling - gab es dann bis in den November hinein.

Unter den Giftpilzen traten die tödlichen Knollenblätterpilze im Wiener Raum glücklicherweise nur selten in Erscheinung. Groß war hingegen die Zahl der übelkeit verursachenden Karbolchampignons und der bitteren Gallenröhrlinge. (Schluß) we/ko

NNNN

Gemeinderat-Nachlese
Utl.: Einstimmung und ohne Debatte
=++++

5 Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Debatte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Geschäftssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen 107 Geschäftsstücke. Davon wurden 95 einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Zahleiche Sportorganisationen erhalten Mittel zur Durchführung ihrer Aktivitäten. Unter anderem erhält der Union-Landesverband eine Subvention von 5 Millionen. Weiter genehmigte der Gemeinderat einstimmig 15 Millionen für die Trinkwasserversorgung der Nordrandsiedlung in Floridsdorf.

Der Verein "Wiener Symphoniker" erhielt für Gastkonzerte in den Bundesländern und im Ausland eine Gesamtsubvention für 1983 im Ausmaß von 53,4 Millionen. Dem Theater der Jugend wurden 19,8 Millionen und dem Verein "Wiener Festwochen" 40,2 Millionen zur Durchführung der Wiener Festwochen 1983 zugebilligt.

Für die Wiener Mittelbühnen wurden 14,2 Millionen bereitgestellt. Das Theater in der Josefstadt, die Volksoper, das Raimundtheater und die Wiener Kammeroper erhielten insgesamt 95,3 Millionen als Betriebssubvention.

Weiter genehmigte der Gemeinderat die nötigen Mittel für die Errichtung von sechs städtischen Wohnhäusern im dichtverbauten Gebiet. (Schluß) fk/gg

NNNN

ÖVP für Änderungen bei Budgetdebatte
=++++

8 Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP will durch einen anderen Ablauf der Budgetdebatte mehr Interesse in der öffentlichkeit für die Budgetberatungen erwirken, erklärte Klubobmann GR. Fritz HAHN Montag in einem Pressegespräch. das Budget sollte bereits in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen Punkt für Punkt durchgegangen werden, um dann in einem Budgetausschuß nochmals "in einer Zusammenschau" behandelt zu werden. Die Debatte im Gemeinderat sollte abgekürzt werden und sich nur mehr auf Grundsätzliches beschränken.

Hahn kündigte auch an, daß ab 1983 kein Wiener ÖVP-Politiker mehr in einer Wohnbauvereinigung vertreten sein wird. Er und GR. Dr. Peter MAYR werden kommenden Freitag als letzte ÖVP-Politiker ihre Ämter zurücklegen.

GR. Dr. Peter Mayr kritisierte bei dem Pressegespräch, daß im Stadtentwicklungsplan 2000 das entscheidendste Kapitel, die Fragen der Kosten und Finanzierung, fehlen. Wenn auch viele der im Stadtentwicklungsplan enthaltenen Maßnahmen sinnvoll sind, so wird dieser Plan doch zur Illusion, weil nach dem kürzlich vorgelegten Finanz- und Investitionsplan 1983 - 1987 ab dem Jahr 1987 überhaupt kein Geld für Neubeginne vorhanden ist. (Schluß) sei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Dienstag, 14. Dezember 1982 Blatt 3708

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Große Investitionen im Wiener Hafen
- Stadtentwicklungsplan ist keine Illusion
- Wien - Freizeitstadt auch im Winter
- Bürgermeister-Pressekonferenz

Lokal: (orange)
- Ab 15. Dezember nächtliches Schienenparkverbot

Nur über FS:

13.12.
- ölbilder, Aquarelle, Graphiken
- Enquete über Dialyse und Nierentransplantation
- Wasserrohrbruch in der Erzherzog-Karl-Straße

14.12.
- Steinerne Hochzeit in Margareten
- Lesung und Theater im Psychiatrischen Krankenhaus
- Rechtzeitig für Einsamenfeiern anmelden
- Fußgehersteig Ameisbrücke gesperrt
- Großbrand in Penzing

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Große Investitionen im Wiener Hafen
Utl.: Friedhof der Namenlosen bleibt erhalten
=++++

4 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) 64 Millionen wurden im heurigen Jahr in den Wiener Hafen investiert: dafür werden Hallenobjekte,ein Bürogebäude und Krananlagen am Nordufer des Freudenauer Hafens sowie ein Rohrumschlagplatz für das VÖEST-Röhrengeschäft errichtet. Für dieses Geschäft wurden auch zwei Seitenstapler angekauft. Das gaben Montag Abend die beiden Geschäftsführer des Wiener Hafens Dr. Helmut PRIPFL und KR Sigmund KRÄMER in einem Pressegespräch bekannt. Zufriedenstellend sind auch die Erfolge im Containergeschäft. Der Friedhof der Namenlosen bleibt erhalten.#

Insgesamt werden - entsprechend dem Hafenkonzept - zwischen 1982 und 1985 insgesamt 225 Millionen investiert. Die nun realisierten Maßnahmen haben den Wasserumschlag im Hafen Freudenau zur Gänze in die Hand der Hafen-Betriebsgesellschaft gebracht. Weitere Aufwendungen von rund 20 Millionen sind vorgesehen, um eine 200 m lange Spundwand zur Verbreiterung der Hafeneinfahrt Freudenau errichten. Diese Maßnahme wird besonders den Ro-Ro-Katamaranen aus Bulgarien - 100 m langen Lkw-Transportern - zugute kommen, die derzeit bei Niederwasser die Freudenauer Hafeneinfahrt nur mit großen Schwierigkeiten passieren können.

Trotz empfindlicher Einbrüche beim Leercontainer-Geschäft, die auf geänderte Dispositionen der Containerleasing-Firmen zurückzuführen ist, konnte durch eine Verlagerung zum Vollcontainer-Geschäft die hohe Umschlagzahl des Jahres 1981 nahezu gehalten werden. Der Wiener Hafen wird der Entwicklung im Containerbereich durch die Anschaffung einer Containerbrücke im Wert von rund 15 Millionen Mitte nächsten Jahres Rechnung tragen.

Maßnahmen will der Wiener Hafen setzen, um den Friedhof der Namenlosen nicht nur zu erhalten, sondern auch die Kapelle zu sanieren. (Schluß) and/bs

NNNN

Ab 15. Dezember nächtliches Schienenparkverbot
=++++

6 Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Ab Mittwoch, den 15. Dezember, tritt in Wien wieder das nächtliche Schienenparkverbot (in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr früh) in Kraft. Diese Regelung gilt bis zum 31. März. Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN bezeichnete das nächtliche Schienenparkverbot im Winter als eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Schneeräumung. Aktuelle Bedeutung kommt ihm noch durch den heuer erstmals geübten Verzicht auf die Verwendung von Streusalz zu. In diesem Zusammenhang appelierte Hofmann auch an die Autofahrer, bei Schneelage besonders vorsichtig zu fahren.

Die derzeitige Praxis des Schienenparkverbots gilt seit 1980. Vorher bestand ein ganzjähriges Schienenparkverbot während der Nachtstunden. Im Winter war das Parken in Schienenstraßen auch tagsüber verboten. (Schluß) ger/bs

NNNN

Stadtentwicklungsplan ist keine Illusion
Utl.: Stadtrat Wurzer gegen Pessimismus der ÖVP
=++++

8 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Pressegespräch des ÖVP-Abgeordneten Dr. Peter MAYR am Montag erklärte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. Rudolf WURZER am Dienstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ", er sei höchst verwundert darüber, daß die ÖVP öffensichtlich den Sinn des Stadtentwicklungsplans 2000 nicht richtig erfaßt habe.

Der Wiener Stadtentwicklungsplan legt die Ziele für eine zukunftorientierte Entwicklung der Bundeshauptstadt fest. Er definiert, für welche Schwerpunkte und mit welchen Prioritäten die zur Verfügung stehenden Finanzmittel zur Erreichung der Zielvorstellungen eingesetzt werden sollen. Der Stadtentwicklungsplan für Wien ist daher kein Investitionsprogramm, sondern ein Orientierungsrahmen - unabhängig von den jeweils vorhandenen finanziellen Mitteln.#

Denn es werden in Wien ja ununterbrochen neue Einrichtungen für die Bevölkerung geschaffen: Wohnungen, Grünanlagen, Schulen, Kindergärten, Spitäler, U-Bahn, Straßen, Einrichtungen für die Ver- und Entsorgung usw. Daher wird der Stadtentwicklungsplan dafür sorgen, daß in Zukunft alle diese Maßnahmen noch besser koordiniert werden, und daß in der richtigen Reihenfolge vorgegangen wird.

Gerade dann, wenn die Stadt Wien einmal weniger Geld für diese Vorhaben zur Verfügung hätte, werde sich der Stadtentwicklungsplan bewähren, weil nur eine gezielte, geordnete Entwicklung Fehlinvestitionen verhindert.

Stadtrat Wurzer zeigte sich betroffen vom Pessimismus der Wiener Volkspartei. Man muß sich doch erinnern, wie es in Wien nach dem Krieg ausgesehen hat. Wenn die Wiener damals auch so pessimistisch gewesen wären, hätten sie ihre Stadt nicht so großartig und lebenswert wieder aufgebauen können. Ein Konjunktureinbruch ist daher kein Grund, an einer langfristigen positiven Stadtentwicklung zu zweifeln. Und so ist auch der Stadtentwicklungsplan wohl eine Vision, einer noch schöneren und menschlicheren Stadt, aber sicherlich keine Illusion. (Schluß) sc/ap

NNNN

Wien - Freizeitstadt auch im Winter (1)
=++++

9 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Großstadtbewohner müssen, wie das Beispiel Wien zeigt, nicht auf winterliches Freizeitvergnügen verzichten. Von Langlaufloipen über Rodelmöglichkeiten bis zur Schiwiese Hohe-Wand-Wiese und den Kunst- sowie Natureislaufplätzen gibt es in der Bundeshauptstadt zahlreiche Möglichkeiten, auch in der kalten Jahreszeit die Freizeit sinnvoll zu genießen: das betonte Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.#

Zwtl.: Schifahren und Langlauf

Das erste Abfahrtstraining kann man - Schneelage oder entsprechend tiefe Temperaturen vorausgesetzt, die zur Erzeugung von Kunstschnee nötig sind, - auf der Hohen-Wand-Wiese in Mauerbach durchführen. Wiens größte Schiwiese ermöglicht auch abendliche Abfahrten bei Flutlicht. Der Schlepplift ist bei Schneelage jeweils Montag bis Freitag von 12 bis 22 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 9.30 bis 22 Uhr in Betrieb.

Einen kleinen Schlepplift gibt es auch auf dem Himmelhof in Hietzing.

Für die Langläufer wird die Stadt Wien auch heuer wieder drei Loipen präparieren: eine am Cobenzl (mit Schi- und Ausrüstungsverleih), eine im Bereich Böhmischer Prater-Laaerberg und eine im Südteil der Donauinsel, bei der Steinspornbrücke (ebenfalls Schi- und Ausrüstungsverleih vorhanden).

Zwtl.: Rodeln...

...kann man auf der Rodelbahn Gallitzinberg, auf vier Rodelstraßen (12, Schwenkgasse, 15, Eduard-Sueß-Gasse, 18, Leschetitzkygasse und 18, Edmund-Weiß-Gasse) sowie voraussichtlich auch in Favoriten: hier soll bei der Löwygrube am Laaerberg eine neue Rodelbahn entstehen. (Forts.) hs/ap

NNNN

Wien - Freizeitstadt auch im Winter (2)
Utl.: Eislaufen und Eissurfen
=++++

10 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Den Eisläufern stehen mit dem kürzlich eröffneten Eisring Süd nun fünf Kunsteisbahnen zur Verfügung: Eisring Süd, 10, Raxstraße-Wendtenstraße, Wiener Eislaufverein, 3, Lothringerstraße 22, Stadthalle, 15, Vogelweidplatz 14, Engelmann, 17, Syringgasse 5 und Donauparkhalle, 22, Donaupark-Wagramer Straße.

Falls die Eisdecke entsprechend dick wird, kann man auf der Neuen Donau auch Eissurfen.

Und wenn es kalt genug wird, stehen in Wien natürlich auch mehrere Natureislaufplätze zur Verfügung - ein neuer Natureislaufplatz könnte übrigens im 4. Bezirk entstehen. Entsprechende Gespräche wird es noch zwischen Bezirksvorsteherin Herta HAIDER und Stadtrat Schieder geben. Beim Sportamt der Stadt Wien erfährt man unter der Telefonnummer 42 800/2795, welche Natureislaufplätze benutzt werden können.

Zwtl.: Winterwanderungen

Romantische winterliche Spaziergänge: auch dafür gibt's in Wien viele Möglichkeiten- von der Lobau oder dem Prater über Bisamberg und Wienerwald bis zu Dehnepark und Lainzer Tiergarten (der Teil zwischen Lainzer Tor und Hermesvilla ist auch im Winter täglich außer Montag und Dienstag, von 9 bis 16 Uhr geöffnet).

Zwtl.: Schwimmen und Saunieren...

...ist in zehn städtischen Hallenbädern, im Stadthallenbad, im Thermalbad Oberlaa und im Hallenbad in der Stadt des Kindes möglich. Außer den Saunaanlagen in den Hallenbädern stehen städtische Saunabäder in ehemaligen Tröpferlbädern und Privatsaunas zum Schwitzen zur Verfügung.

Für alle, die gern und oft in städtischen Bädern schwimmen gehen, ist ein Bäderspaß sicher ideal. Man erhält den kleinen (für die Hallenbäder) oder großen (für Hallen- und Sommerbäder) Bäderpaß in der Bäderverwaltung, MA 44, 7, Hermanngasse 24-26, an Werktagen von 8 bis 13 Uhr (bitte Lichtbild mitbringen). (Forts.) hs/ko

NNNN

Wien - Freizeitstadt auch im Winter (3)
Utl.: Aktionen des Sportamts
=++++

11 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Attraktive Freizeitmöglichkeiten im Winter bieten aber auch die Aktionen des Sportamts der Stadt Wien, zum Beispiel die Fahrt zum Schnee. An acht Sonntagen von Jänner bis März können Kinder und Jugendliche, aber auch ihre älteren Geschwister und die Eltern mit dem Sportamt in Schigebiete in die Nähe Wiens fahren.

Anmeldungen zur Fahrt zum Schnee sind am Montag, den 10. Jänner, und am Dienstag, den 11. Jänner 1983, von 14 bis 19 Uhr im Sportamt der Stadt Wien, 1, Ebendorferstraße 4, 1. Stock, möglich. Eventuelle Restkarten werden am Mittwoch, 12. Jänner, zwischen 8 und 11 Uhr vergeben. Für ordentliche Teilnehmer (Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 16 Jahren) betragen die Kosten 60 S, für außerordentliche Teilnehmer (ältere Geschwister und Eltern) 80 S. Kinder zwischen 6 und 8 Jahren können nur in Begleitung Erwachsener teilnehmen, für Kinder unter 6 Jahren ist die Fahrt kostenlos, falls sie keinen Sitzplatz benötigen.

Fahrten zum Schnee werden vom Sportamt auch während der Semesterferien veranstaltet, ebenso gibt es in diesen Ferien eine eigene Aktion, in deren Rahmen Wiener Hallenbäder und Turnhallen für Kinder und Jugendliche frei zugänglich sind. (Schluß) hs/ap

NNNN

Bürgermeister-Pressekonferenz (1)
Utl.: Bilanz 1982
=++++

12 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Bilanz über die Aktivitäten der Gemeinde Wien im Jahr 1982 ging Bürgermeister Leopold GRATZ Dienstag auch noch auf die abgelaufene Budgetdebatte ein. GRATZ meinte, es sei die erste unter seinen bisher zehn Budgetdebatten gewesen, in der nicht mit Gewalt versucht worden wäre, Gegensätze zu finden. Er hoffe, daß dies einen kleinen Wandel signalisiere. Denn während 90 Prozent aller Beschlüsse im Plenum einstimmig gefaßt worden wären, habe er manchmal das Gefühl, daß sich jene, die bereit wären in Sachfragen zusammen zu arbeiten, dafür genieren müßten.

Zur Privilegiendiskussion meinte der Bürgermeister, er habe in der Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß er den öffentlichen Wettlauf der Selbstabwertung von Mandataren quer durch österreich nicht unbedingt für ein Mittel halte, das zu einem Wahlerfolg führen könne. In Zeiten des Maßhaltens sei allerdings klar, daß beim Anheben von Spitzengehältern mit großem Augenmaß vorgegangen werden müsse. Ganz gleich wie die Diskussion um den Doppelbezug von Beamten ausgehen werde, betonte GRATZ, er könne sich nicht vorstellen, daß ein Mandatar, der Beamter, ist, als Beamter Dienst zu leisten habe. Im übrigen finde er den Versuch, länder- oder städteweise Sonderapplaus zu heischen widerwärtig.#

Im Rahmen der Bilanz 1982 ging der Bürgermeister dann noch auf einige Punkte besonders ein: So meinte er, das Beispiel Laaer Wald habe gezeigt, daß Umweltpolitik in der Stadt nicht bedeuten könne, unberührte Natur unberührt zu lassen. Dann wäre statt dem Donaupark nach wie vor eine Mülldeponie, statt des Kurzentrums Oberlaa gäbe es eine Unrathalde, statt des Laaer Waldes eine Steppe mit Steinen.
(Forts.) rö/gg

NNNN

Bürgermeister-Pressekonferenz (2)
Utl.: Bilanz 1982
=++++

13 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ kündigte an, daß nach den letzten Verhandlungen in der Planungsgemeinschaft Ost schon für kommendes Jahr mit dem Verkehrsverbund zu rechnen sei.

Neuerlich hob der Bürgermeister hervor, daß sich in der Arbeitsplatzfrage bei allen Diskussionen über Einzelfragen die Zusammenarbeit mit der Wiener Wirtschaft besonders gut entwickelt habe.

Schließlich meinte GRATZ zu den Vorwürfen um einee angebliche Unfinanzierbarkeit des Stadtentwicklungsplanes, eine Stadt brauche einen Plan über die Grundzüge ihrer Entwicklung. So wie auch die Reegulierungspläne vergangener Jahrhunderte handle es sich dabei aber weder um einen Investitionsplan, noch um einen Magistratsentwicklungsplan. Das Beispiel des 1. Bezirkes habe gezeigt, daß die Stadt Wien nur die Initialzündung geben konnte. Die privaten Investitionen, die aus dem 1. Bezirk das gemacht haben, was er heute ist, würden die städtischen Investitionen schon übersteigen.

Zwtl.: Wohnen

1982 wurden 1.500 neue Gemeindewohnungen übergeben, 8.000 Wohnungen gefördert. Das Beschäftigungssonderprogramm der Bundesregierung, an dem sich Wien beteiligt hat, konnte die Wohnbauleistung solcherart um 50 Prozent erhöhen.

12.000 Wohnungen mit Substandard wurden verbessert und in die Revitalisierung flossen 12 Milliarden Schilling. Allein bis September wurden 11.388 Anträge auf Wohnungsverbesserungskredite behandelt. Die meist aus Spekulationsgründen leerstehenden Wohnungen werden mit einer Steuer belegt, um neuen Wohnraum zu schaffen, Wohnbaugenossenschaften werden nach den zuletzt schlechten Erfahrungen mit vereinzelten "schwarzen Schafen" strenger kontrolliert. Gleichzeitig aber wurde die Förderung angehoben. In einigen Gemeindebauten wurde mit der Mitbestimmung der künftigen Mieter beim Neubau begonnen. (Forts.) rö/gg

NNNN

Bürgermeister-Pressekonferenz (3)
Utl.: Bilanz 1982
=++++
14 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL)

Zwtl.: Freizeit und Umwelt

Zwei neue Stadtwanderwege wurden eröffnet: Zugberg - Maurer Wald und Laaer Berg. Am Laaer Berg hat Wien auch einen neuen Wald bekommen, den Laaer Wald. Der Stadtradelweg und der Z-Radweg wurden eröffnet. Die Donaustadt erhielt ihr Bezirkshallenbad, das Horrstadion wurde fertig, der Mittelteil der Donauinsel als Volksfest mit mehr als 100.000 Besuchern eröffnet. Zwei neue Langlaufloipen. Der Eisring-Süd wurde fertig. Die Salzstreuung wurde verboten und der Bleigehalt im Benzin reduziert.

Der (unterdessen nach Zusagen zurückgezogene) Einspruch der Stadt Wien gegen das Kohlekraftwerk Dürnrohr hat eine Entschwefelung über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus erreicht und damit eine Gefährdung Wiens und des Wienerwaldgrüngürtels durch sauren Regen weitgehend verhindert. Eine Gefährdung jenes Wienerwaldgrüngürtels, der nun unter Verfassungsschutz gestellt werden wird, nachdem die Frage der legalen oder illegalen Schrebergärten endgültig gelöst sein wird. Diskutiert wurde auch um eine Bewerbung Wiens als Veranstaltungsort für die Sommerolympiade. Hier wird die Enquete morgen Klarheit schaffen.

Zwtl.: Gesundheit und Soziales

Im Krankenhaus Lainz wurde das modernste Gefäßchirurgische Zentrum Europas und eine Strahlentherapie-Abteilung eröffnet. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurde das Pflegeheim eröffnet. Das Berufsrehabilitationszentrum für psychisch Kranke wurde in Betrieb genommen.

83 Millionen Schilling wurden für die dermatologische Abteilung im Wilhelminenspital aufgewendet. Das Pensionistenheim Seegasse in Wien 9 wurde 1982 besiedelt, für zwei weitere Pensionistenheime (13, Trazerberggasse und 15, Oelweingasse) erfolgt die Grundsteinlegung noch im Dezember. Fünf neue Pensionistenclubs wurden eröffnet.
(Forts.) rö/gg

Bürgermeister-Pressekonferenz (4)
Utl.: Bilanz 1982
=++++
15 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL)

Zwtl.: Bildung, Jugend und Familie:

Neu sind die Volksschule in Wien 10, Neilreichgasse, und die Ganztagsvolksschule in Wien 15, Reichsapfelgasse. Daneben acht neue Kindertagesheime, drei neue Jugendzentren, fünf neue Kursräume im Haus der Begegnung Leopoldstadt und eine neue Bücherei im 2. Bezirk in der Engerthstraße.

Zwtl.: Verkehr:

Die U 1 fährt seit 1982 bis Kagran, wo auch ein großer "Park-and-ride"-Platz eingerichtet wurde. Die Buslinie "7A" verkehrt nun zwischen Reumannplatz und Meidling. Die Linien "38A" und "39A" wurden bis zum Bahnhof Heiligenstadt verlängert. Die Linien "71" und "5" konnten um 50 Prozent beschleunigt werden. Die Schnellbahn zwischen Leopoldau und Liesing verkehrt im 15-Minuten-Takt. Eine Reihe verkehrsberuhigter Zonen (etwa der Innenring) und Wohnstraßen wurden eröffnet. Die Praterstraße wurde fertiggestellt, der Großteil der Flughafenautobahn frei gegeben, die Brigittenauerbrücke eröffnet. Gemeinsam mit den ÖBB wurde das Projekt Vorortelinie vorangetrieben. Die Tarifreform mit ihren langfristigen Netzkarten brachte um 17 Prozent mehr Fahrgäste.

Zwtl.: Kultur:

Vollen Erfolg brachten die "Tanz 82" und die 200 Veranstaltungen beim "Musikalischen Sommer". Die Festwochen gingen wieder hinaus in die Bezirke. Über 180.000 Zuschauer sahen das Festival der Clowns. Das WUK (Werkstätten und Kulturzentrum) in der Währinger Straße wurde eröffnet. Im "Treffpunkt Petersplatz" fanden das Ensemble-Theater und freie Gruppen eine neue Heimatstätte. (Forts.)
rö/ap

NNNN

Bürgermeister Pressekonferenz (5)
Utl.: Bilanz 1982
=++++
16 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL)

Zwtl.: Arbeitsplätze

Ein voller Erfolg wurde die Lehrstellen-Förderungsaktion, mit der rund 1.200 neue Lehrplätze geschaffen und die drohende Jugendarbeitslosigkeit von Wien abgewendet werden konnte. Die Eröffnung des General-Motors-Motoren- und Getriebewerkes brachte vorerst einmal 1.680 neue Arbeitsplätze. Durch 19 Betriebsansiedlungen bis Ende Oktober entstanden 870 neue Arbeitsplätze. Die Gemeinde Wien selbst nahm mit 450 Lehrlingen heuer 103 mehr auf als im Vorjahr. Das Werbeprogramm "Einkauf in Wien" soll die Kaufkraft nach Wien zurückbringen und so Arbeitsplätze sichern helfen. Schließlich wird in Kürze ein Milliarden-Sonderbeschäftigungsproggramm der Stadt Wien in allen Datails ausgearbeitet und vorgestellt werden. Die Ausgaben im Bereich des Wiener Budgets für das Bau- und Baunebengewerbe betrugen 13,5 Milliarden Schilling.

Zwtl.: Stadtplanung

Mehr Mitsprachemöglichkeiten bei den Stadtteilplanungen, öffentliche Diskussionen über den Entwurf des Stadtentwicklungsplanes. Touristenbusse wurden vom Heldenplatz verbannt, der Messepalast wird ein Kulturzentrum werden. Eine neue Fernwärmeleitung beliefert die UNO-City, das Donauzentrum, General Motors und 15.000 Wohnungen in Kagran. Die Diskussion um das angeblich verseuchte Trinkwasser brachte ein beschleunigtes Anschlußprogramm für bisher durch Brunnen versorgte Gebiete.
(Schluß) rö/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

198

Mittwoch, 15. Dezember 1982 Blatt 3720

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- 62 Millionen für Renovierung von Pflichtschulen
- Olympia-Enquete in der Hofburg
- Preise der Leopold-Gratz-Stiftung übergeben
- Verbesserte Versorgung für Nierenpatienten

Lokal: (orange)
- Weihnachtstisch auch heuer wieder reich gedeckt
- Weihnachtsgeschäft deutlich besser

Kultur: (gelb)
- Literarische Vorhaben 1983

Nur über FS:
- 14.12. Vortrag über Haydn-Jahr findet nicht statt
- 15.12. Lyrik im "Treffpunkt Petersplatz"
- Förderungspreis für Wilhelm Filla
- Kinder schmücken Weihnachtsbäume
- Ab Freitag: Flughafenautobahn befahrbar
- Puppenmacher und Zetteldichter

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

62 Millionen für Renovierung von Pflichtschulen

=++++

4 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie, genehmigte am Mittwoch 61,9 Millionen zur Renovierung städtischer Pflichtschulgebäude. Zahlreiche Schulgebäude werden in nächster Zeit instandgesetzt.#

Die Arbeiten reichen vom Ausmalen, über Fassaden- und Dacharbeiten bis zu Instandhaltungsarbeiten an Zentralheizungen bzw. dem Umbau von Sanitäranlagen. Allein 5,2 Millionen werden für die Instandsetzung von Turnsälen aufgebracht. (Schluß) fk/gg

NNNN

Weihnachtstisch auch heuer wieder reich gedeckt (1)
Utl.: Hühner und Obst werden heuer billiger sein
=++++

7 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Der Weihnachtstisch wird auch heuer wieder reich gedeckt sein. Wie Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, stehen alle wichtigen Nahrungs- und Genußmittel ausreichend zur Verfügung.

Im einzelnen hat das Marktamt folgende Situation festgestellt:

JUNGHÜHNER stehen ausreichend zur Verfügung, bei HÜHNERKEULEN könnte es infolge erhöhter Nachfrage zu kurzfristigen Verknappungen kommen. Die Preise werden unter dem Vorjahresniveau liegen, bei Junghühnern um bis zu 2 S.

GÄNSE UND ENTEN kommen vor allem aus Ungarn. Die Versorgung ist ausreichend, mit leichten Preissteigerungen ist zu rechnen.

TRUTHÜHNER: Die Nachfrage wird gedeckt, geringe Preiserhöhungen sind nicht auszuschließen.

EIER: Bedarf wird durch Inlandsproduktion gedeckt, das Preisniveau wird voraussichtlich auch in den nächsten Wochen stabil bleiben.

SÜSSWASSERFISCHE: Die Versorgung ist gesichert. Der Weihnachtskarpfen kommt vor allem aus Niederösterreich und der Steiermark. Bei SEEFISCHEN gibt es noch witterungsbedingte Probleme, mit einer Normalisierung wird in den nächsten Tagen gerechnet. Die Preise liegen derzeit noch über dem Vorjahresniveau. Nach der Verbesserung der Anlieferung ist jedoch mit einem Preisrückgang zu rechnen. Überdies stehen rund 120 t Tiefkühlfische zur Verfügung. (Forts.) and/ap

NNNN

Weihnachtstisch auch heuer wieder reich gedeckt (2)
=++++

8 Wien, 15.12. (RK-LOKAL)

MILCH- UND MOLKEREIPRODUKTE, SÜSSWAREN, FETTE, KAFFEE, KAKAO USW. sind ausreichend vorhanden. Fühlbare Preissteigerungen sind nicht zu erwarten.

Die Versorgung mit FRISCHFLEISCH UND FLEISCHWAREN ist trotz des zu erwartenden höheren Nachfrage nach besonders hochwertiger Ware (Lungenbraten, Schinken usw.) ausreichend gesichert. Bei SCHWEINEFLEISCH und SELCHWAREN ist sogar mit einem gelegentlichen Überangebot und als Folge mit Sonderangeboten zu rechnen. Der gesteigerte Bedarf an KALBFLEISCH wird Importe erforderlich machen. Allgemein ist mit stärkeren Preissteigerungen vor den Feiertagen nicht mehr zu rechnen.In den Kühlhäusern lagern derzeit rund 2.400 t Fleischwaren.

WILDBRET (Frisch- und Tiefkühlware) ist bedarfsdeckend vorhanden - unveränderte Preissituation.

GEMÜSE: Der Bedarf an Chinakohl, Karotten, Kohl, Kraut usw. kann durch preisgünstige und qualitativ gute Inlandsproduktion gedeckt werden. Bei Frisch- und Salatgemüse wird einer Verknappung durch Aufhebung der Importsperre vorgebeugt werden.

OBST: Die infolge der außerordentlich guten Ernte besonders großen Lagerbestände an qualitativ ausgezeichneten Inlandsäpfeln bewirken wesentlich günstigere Verbraucherpreise als im Vorjahr. Auch die übrigen Obstsorten werden preisgünstig angeboten. Die erhöhte Nachfrage nach teuren exotischen Früchten wie Avocados, Kiwis, Litschis und Mangos wird ohne Schwierigkeiten gedeckt werden können.

ORANGEN: Der Markt wird durch reichliche Importe von spanischen und griechischen Orangen sowie von türkischen und spanischen Satsumas bedarfsdeckend versorgt. Zitronen werden aus nahezu allen Mittelmeerländern nach österreich gebracht. Preisänderungen sind nicht zu erwarten. (Schluß) and/gg

NNNN

Weihnachtsgeschäft deutlich besser

=++++

9 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Wie der Wiener Handelskammer-Präsident Ing. Karl DITTRICH Dienstag mitteilte, läuft das Weihnachtsgeschäft heuer "deutlich besser" als erwartet. Eine Rundfrage nach dem dritten Einkaufssamstag ergab, daß ein Drittel der Kaufleute ein besseres Weihnachtsgeschäft, 42 Prozent ein gleich gutes und nur 26 Prozent ein schlechteres Geschäft als im Vorjahr registrierten.

Eine wesentlich bessere Bilanz als im Vorjahr zieht vor allem der Handel mit Textilien, aber auch der Geschirr- und Elektrohandel. Die Warenhäuser sind sehr zufrieden. Schwächere Ergebnisse als im Vorjahr melden die Juweliere sowie der Spielwaren- und der Sportartikelhandel.

Für das gesamte Weihnachtsgeschäft bis 24. Dezember erwarten 29 Prozent der Befragten ein besseres Ergebnis als 1981, 61 Prozent ein gleich gutes und nur zehn Prozent ein schlechteres.

Der Einzelhandel macht erfahrungsgemäß im Weihnachtsgeschäft etwa ein Fünftel seines Jahresumsatzes. (Schluß) red/gg

NNNN

Olympia-Enquete in der Hofburg (1)
Utl.: Bürgermeister Gratz für Mitteleuropa-Spiele
=++++

10 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Bruno KREISKY und Bürgermeister Leopold GRATZ wurde Mittwoch in der Wiener Hofburg eine Enquete über die Bewerbung Wiens für die Sommerolympiade 1992 abgehalten.

Bundeskanzler Kreisky erklärte einleitend, die Enquete solle die Haltung Wiens zu dieser Frage klären sowie alle Vor- und Nachteile transparent machen.

Bürgermeister Gratz wies darauf hin, daß das Abwägen der Vor- und Nachteile sicher während der Enquete allein nicht abgeschlossen werden könne. Man müsse auflisten, was die Sommerolympiade für österreich, für den Sport und für die Stadt Wien bringen könne. Deswegen sei er froh, daß bei dieser Enquete auch die Vertreter des Sports zu Wort kommen. Bis zur formellen Bewerbung bleibe noch einige Zeit, meinte der Bürgermeister. Für Wien werde es aber dennoch wichtig sein, die Entscheidung bald zu treffen, um zeitgerecht entsprechende Grundflächen zu beschaffen. Im Bewußtsein, daß die derzeitigen Statuten des Internationalen Olympischen Komitees es nicht erlauben, schlug der Bürgermeister trotzdem neuerlich vor, die Idee von Mitteleuropa-Spielen auch als Beitrag zur Entspannung ins Auge zu fassen. Damit würde auch die Belastung für die einzelnen Staaten geringer werden.

Zwtl.: Sinowatz: Sportorganisationen sind gerüstet

Vizekanzler Dr. Fred SINOWATZ wies darauf hin, daß eine Sommerolympiade für österreich und Wien etwas Faszinierendes wäre. Obwohl Winterspiele leichter überschaubar seien als Sommerspiele, habe sich in Innsbruck gezeigt, daß die österreichischen Sportverbände in Kooperation mit dem Staat und den Gebietskörperschaften in der Lage seien, eine große Sportveranstlatung gut über die Bühne zu bringen. (Forts.) rö/bs

NNNN

Olympia-Enquete in der Hofbrug (2)
Utl.: IOC-Präsident Heller: Wien hätte einen Bonus
=++++
11 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Da sich Wien schon zweimal um die Olympischen Spiele beworben hat, die Bewerbung allerdings einmal wieder zurückzog, hätte Wien im Falle einer Bewerbung sicherlich einen Bonus, meinte IOC-Präsident Kurt HELLER. Olympische Sommerspiele in österreich wären ein bedeutender Ansporn für die Jugend. Man müsse auch bedenken, daß viele Sportstätten schließlich schon vorhanden wären. Heller ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die notwendigen Adaptierungen nicht unerhebliche Kosten verursachen würden. Er hoffe, daß das Internationale Olympische Komitee seine Wünsche auf ein erträgliches Maß zurückschrauben würde und verwies auch auf die zu erwartenden Fernseheinnahmen, die etwa 100 Millionen Dollar betragen können.

Zwtl.: Sportstadtrat Schieder: Verlorene Kosten gering halten
Wiens Sportstadtrat Peter SCHIEDER gab einen überblick über die zu erwartenden Kosten und setzte sie in Relation mit dem nach der Olympiade bleibenden Nutzen für Wien und seine Bevölkerung. Nach den bisherigen Erfahrungen wären etwa 22.000 Sportler und Journalisten im Olympischen Dorf unterzubringen, das würde etwa 5.000 Wohnungen entsprechen, die am günstigsten auf dem Areal des Nordbahnhofs errichtet würden und etwa acht Milliarden S erfordern würden - eine Milliarde davon wäre verloren. Der Standort Nordbahnhof wäre auch wegen seiner Nähe zum Konferenzzentrum günstig, das dann als Pressezentrum verwendet werden könnte. Die vorhandenen Sportstätten könnten, laut Schieder, mit Kosten von zwei Milliarden adaptiert werden. Offene Fragen würden sich lediglich bei den Segelwettbewerben ergeben, da hier eine Austragung auf dem offenen Meer gefordert ist. überdies wäre zu überlegen, ob das geforderte Hallenbad mit 10.000 überdachten Sitzen für Wien sinnvoll wäre.
(Forts.) rö/ap

NNNN

Olympia-Enquete in der Hofburg (3)
Utl.: Hofbauer: Sportförderung nicht schmälern
=++++
12 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Der Präsident der österreichischen Bundessportorganisation Dr. Walter HOFBAUER sprach sich ebenfalls für eine Bewerbung Wiens aus. Er meinte, die Beziehungen persönlicher und sportlicher Art zu allen Sportlern der Welt könnten hier gefördert werden. Eine Umfrage habe ergeben, daß die Sportinstitutionen in der Lage wären, die Spiele auszurichten. Hofbauer wies allerdings darauf hin, die Olympiade könne nicht bedeuten, daß die sonstigen Förderungsmittel für den Sport geschmälert werden.

Zwtl.: Pawkowicz: Bescheidene Spiele für Wien

FPÖ-GR. Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ gab zu bedenken, daß man nahegelegene Großstädte mit fertigen Sportanlagen wie etwa Salzburg in die Spiele einbeziehen könne. Er plädierte dafür, dem Internationalen Olympischen Komitee ein Paket anzubieten, was österreich unter einfachen, schlichten Spielen verstehe und die Entscheidung dann beim Internationalen Olympischen Komitee fällen zu lassen.

Zwtl.: Mayr: Gefahren für Fremdenverkehr

Wiens Finanzstadtrat Hans MAYR gab zu bedenken, daß es für den Fremdenverkehr nach der Abhaltung einer Sommerolympiade keinesfalls nur Vorteile geben werde. Einerseits würden zum Unterschied von Winterspielen die neu gebauten Sportstätten nicht von Urlaubern benutzt, andererseits habe sich etwa München während der Olympiade den Ruf einer teuren Stadt eingewirtschaftet und später Einbußen im Fremdenverkehr hinnehmen müssen. Mayr betonte auch, daß eine 1,5 Millionen-Stadt allein solche Spiele sicher nicht tragen könne. Sowohl von der Zuschauerfrequenz als auch von den Kosten her, würde man die ganze Region einbeziehen müssen. Es müsse auch feststehen, welche Zuschüsse anderer Gebietskörperschaften oder welche Werbeeinnahmen möglich wären, da Wien nicht einmal einen erheblichen Teil der Kosten allein tragen könne. (Forts.) rö/bs

NNNN

Olympia-Enquete in der Hofburg (4)
Utl.: Komitee soll exakte Grundlagen erarbeiten
=++++

13 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Ein Komitee, bestehend aus Vertretern des Bundes, des Landes Wien, des ÖOC und der Bundessportorganisation, soll nun exakte Grundlagen für eine eventuell Bewerbung Wiens für die Olympischen Sommerspiele 1992 erarbeiten: das wurde Mittwoch bei der Olympia-Enquete beschlossen.

Wie Bundeskanzler Dr. Kreisky dazu betonte, solle diese Kommission nach Abschluß ihrer Untersuchung die Ergebnisse wieder dem Kreis der Teilnehmer an der heutigen Olympia-Enquete vorlegen. Kreisky meinte weiter, daß eine gründliche Prüfung dieser entscheidenden Frage der Bewerbung Wiens notwendig sei. Wie Vizekanzler Dr. Fred SINOWATZ ergänzte, wolle man sich weder in ein Abenteuer stürzen noch sich dem Vorwurf aussetzen, eine Chance nicht genutzt zu haben. Daher solle das Komitee nun einen Problemkatalog erstellen - als Entscheidungshilfe, ob Wien überhaupt den Weg zu einer Bewerbung weitergehen solle.

Zwtl.: Winterspiele für Fremdenverkehr erfolgreicher

In der vorhergehenden Diskussion betonte Wiens Fremdenverkehrsdirektor Dr. KREBS, eine Rundfrage bei Städten, die in den vergangenen Jahren Olympiaden veranstaltet haben, habe gezeigt, daß sich in Montreal und Tokio praktisch keine Auswirkungen auf den Tourismus ergeben haben. In München sei sogar ein Rückgang des Fremdenverkehrs zu verzeichnen gewesen, in Innsbruck und anderen Winterspielorten habe sich die Olympiade dagegen durchaus positiv ausgewirkt.

Wie Verkehrsminister Dr. Karl LAUSECKER zur Frage der Sommerolympiade beonte, könnten ÖBB und Post jedenfalls Zubringerdienste, Übertragungsleitungen usw., wie sie schon bisher bei Winterolympiaden und der WM in Schladming bereitgestellt wurden, ohne Schwierigkeiten zur Verfügung stellen. Ob allerdings der restliche Teil des Nordbahnhofgeländes freigegeben werden könne, hängt nicht allein von den ÖBB, sondern auch von der Verladewirtschaft ab. (Forts.) hs/ap

NNNN

Olympia-Enquete in der Hofburg (5)

=++++

14 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Josef ARTHOLD (ÖVP) forderte, man möge sich beim IOC dafür einsetzen, daß die Segelbewerbe - die nach dem bisherigen Stand auf dem offenen Meer durchgeführt werden müßten - doch in Österreich ausgetragen werden können.

Der Vertreter der Bundeswirtschaftskammer meinte, derzeit seien keine langfristigen wirtschaftlichen Prognosen möglich, jedenfalls aber sei der Nutzen von Sommerspielen im traditionellen Wintersportland österreich höchstens ein mittelbarer Nutzen.

Präsident SCHOELLER wieder warnte als Mitglied des IOC vor den von anderen Diskussionsteilnehmern geforderten billigen Spielen, da Wien in diesem Fall die Spiele sicher nicht erhalte. Dagegen schlug Dr. SIMECEK vom ASKö vor, bereits eine bedingte Bewerbung abzugeben, in der enthalten sei, welchen Zuschauerraum etc. Wien anbieten könne.

Landtagspräsident Fritz HAHN (ÖVP) verlangte, die Frage der Sommerolympiade aus dem Parteienstreit herauszuhalten. Sein Fraktionskollege Nationalrat Dr. HöCHTL wieder sagte, österreich sei organisatorisch sicher in der Lage, die Spiele abzuwickeln, die unbekannte Größe jedoch sei der wirtschaftliche Bereich. Die von Stadtrat SCHIEDER angegebenen 20 Milliarden S erschienen ihm, Höchtl, richtig, da Seoul für die Sommerolympiade 1988 mit 16 bis 19 Milliarden S Ausgaben rechne.

Gewarnt wurde im Rahmen der Diskussion auch vor zu großen Sportstätten, die nachher nicht voll genutzt werden könnten.
(Schluß) hs/bs

NNNN

Preise der Leopold-Gratz-Stiftung übergeben (1)
=++++
16 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ und Z-Generaldirektor Dr. Karl VAK übergaben Dienstag abend im Rathaus die Preise der Leopold-Gratz-Stiftung für das Jahr 1982. 16 Vereine und Institutionen, die auf verschiedensten Gebieten für die Allgemeinheit tätig sind, erhielten Förderungsbeträge in der Gesamthöhe von 410.000 Schilling.#

Die Leopold-Gratz-Stiftung wurde von der Zentralsparkasse anläßlich des 50. Geburtstages des Bürgermeisters im Jahre 1979 geschaffen. Generaldirektor Dr. Vak erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die Widmung der Stiftung, die auf Wunsch des Bürgermeisters festgelegt wurde: Es sollen bereits vorhandene und funktionierende Initiativen im Dienste der Mitbürger gefördert werden.

Bürgermeister Gratz knüpfte an diese Worte an: Es gibt zwei sehr verschiedene Gruppen von Personen und Organisationen, die um Unterstützung ansuchen. Die einen kommen mit einem großartigen Expose und sagen, was sie alles tun könnten, wenn man ihnen das Geld dafür gibt. Die anderen kommen und sagen, was sie bereits getan haben, daß sie aber jetzt Hilfe brauchen, um weitermachen zu können. Oder sie kommen gar nicht selber, sondern andere kommen für sie und machen darauf aufmerksam, daß eine wertvolle Initiative gefördert werden sollte.

"Es sei erfreulich, wieviel in Wien oft unbemerkt auf privater Basis an Hilfe geleistet und für die Allgemeinheit getan wird", sagte Gratz. "Das ist ein 'Underground', auf den wir stolz sein können."

Namens der Preisträger dankte Kurt KIRSZEN, Vertreter einer Angehörigenvereinigung psychisch Erkrankter. Er nannte die Leopold-Gratz-Stiftung einen "kleinen Nobelpreis", der nicht an Wissenschaft und Forschung, sondern an Leistungen der Herzen gebunden ist. (Forts.) sti/gg

NNNN

Preise der Leopold-Gratz-Stiftung übergeben (2)
=++++

17 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Preisträger sind:

- der Weiße Ring, eine Gesellschaft zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern,
- der österreichische Bauorden,
- das im Aufbau befindliche Museum des Bildhauers Heinz Leinfellner in Süßenbrunn,
- eine Gruppe zur Betreuung körperlich schwerstbehinderten Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien in Ybbs,
- der Verein Chance für das Kind, der sich um die Kinder der Familienherberge im 3. Bezirk kümmert,
- der Verein Pflegefamilien,
- Prof. Georg Popa-Grama für seine wissenschaftlich-karitative Arbeit, vor allem bei der Betreuung alter, kranker und behinderter Flüchtlinge,
- die Selbsthilfegruppe der Behinderten,
- die Vereinigung der kooperativen Forschungsinstitute der österreichischen Wirtschaft, die auf gemeinnütziger Basis Klein- und Mittelbetrieben bei der Forschung hilft,
- die Angehörigenvereinigung psychisch Erkrankter,
- der Wiener Taubstummen-Fürsorgeverband,
- der Verein zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit,
- die soziale Selbsthilfegruppe "Treffpunkt Wieden",
- der Verein Initiative Pflegefamilien,
- der Vereine der Freunde der Beethoven-Gedenkstätte in Floridsdorf,
- die Familienpannenhilfe.

An der Preisübergabe nahmen auch Erster Landtagspräsident Hubert PFOCH, Dritter Landtagspräsident Otto Schweda und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil. (Schluß) sti/bs

NNNN

Literarische Vorhaben 1983 (1)
Utl.: Canetti-Stipendium für Marianne Fritz und Gert Jonke
=++++

18 #Wien, 15.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK präsentierte am Mittwoch in einer Pressekonferenz Marianne FRITZ und Gert JONKE als Canetti-Preisträger 1983 und gab einen überblick über literarische Vorhaben des Kulturamtes im kommenden Jahr: Neben den schon fast traditionellen Wochen "Literatur im März" und "Literatur für junge Leser" sind ein Kafka-Symposion und - anläßlich des 50. Jahrestages der Bücherverbrennung durch das nationalsozialistische Regime - ein Symposion "Literatur und Macht" geplant. Die Pressekonferenz fand in der von Kulturamt eingerichteten "Künstlerwonung" in der Freundgasse im 4. Bezirk statt, die damit auch der öffentlichkeit präsentiert wurde.#

Das Elias-Canetti-Stipendium wird zur Förderung größerer literarischer Projekte auf die Dauer von jeweils einem Jahr zu drei Jahren vergeben. Es ist mit monatilich 10.000 S dotiert. Der erste Preisträger im Jahr 1982 war Gert Jonke, dessen Stipendium heuer verlängert wurde. Jonke schreibt an einem Werk über Anton Webern.

Marianne Fritz erhält das Stipendium, um an ihrem Projekt "Die Festung" weiterarbeiten zu können. In diesem Romanzyklus werden 100 Jahre österreichichischer Geschichte anhand der Schicksale einer Reihe miteinander verbundenen Menschen dargestellt.

Gert Jonke ist auch der erste Bewohner der "Künstlerwohnung" in der Freundgasse 13. Die komplett eingerichtete Wohnung liegt in einem der Stadt Wien gehörigen Biedermeierhaus. Sie soll sowohl auswärtigen Künstlern zur Verfügung stehen, die einer Einladung nach Wien folgen, als auch einheimischen Kunstschaffenden, die dringend ein Quartier brauchen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Literarische Vorhaben (2)
Utl.: Höhepunkt Symposion "Literatur und Macht"
=++++

19 Wien, 15.12. (RK-KULTUR) Ein Höhepunkt des kommenden "Literaturjahres" soll das Symposion "Literatur und Macht" werden, mit dem an die Bücherverbrennung vor 50 Jahren erinnert wird. Das Symposion findet vom 4. bis 8. Mai im Audimax der Universität Wien statt und wird mit einer großen Veranstaltung in der Wiener Stadthalle am 10. Mai abgeschlossen. Das Thema wird sowohl zeitgeschichtlich als auch in seinen aktuellen Bezügen erläutert werden. Als Referenten haben unter anderem Christian Enzensberger, Franz Schuh, Erich Fried und Hermann Kant zugesagt. Prominentester Teilnehmer dürfte Bundeskanzler Bruno Kreisky sein, dem diese Veranstaltung - so Stadtrat Zilk - ein besonderes Anliegen ist.

Die "Literatur im März" findet vom 4. bis 12. März im Künstlerhaus statt und befaßt sich unter dem Motto "SINN-VER-SUCHE" mit der Zukunftsangst und möglichen Rettungsversuchen, mit Sinnverlust und vorhandenen Widerständen dagegen. Neben einheimischer Autorenprominenz von Turrini bis Zenker kommen auch Alice Schwarzer, Margarete Mitscherlich und Jurek Becker.

Die "Literatur für junge Leser" - vom 21. bis 28. April im Palais Auersperg - steht unter dem Motto "Lesen im Schloß". Phantastische Formen der Kinder- und Jugendbuchliteratur setzen 1983 besonders Akzente. Wie in den Vorjahren gibt es wieder eine Reihe von Aktivitäten zur Förderung der Kreativität der Kinder.

"Was bleibt von Kafka" ist schließlich der Titel eines Symposions, das - anläßlich des 100. Geburtstages des Dichters - vom 16. bis 19. Mai im Palais Palffy stattfindet. Bekannte Germanisten aus dem In- und Ausland - darunter Eduard Goldstücker, Josef Brodsky und Lew Kopelew - setzen sich mit den Ergebnissen und Möglichkeiten der Kafka-Interpretation auseinander. (Schluß) gab/ap

NNNN

Verbesserte Versorgung für Nierenpatienten (1)
Utl.: 50 Prozent Nichtwiener Dialysepatienten
=++++

20 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die ärztliche Versorgung von Nierenpatienten soll in Wien durch eine Reihe von Maßnahmen verbessert werden. Eine aus Vertretern des Anstaltenamtes, des Gesundheitsamtes, der Sozialversicherung, von Patientenvereinigungen sowie Ärzten gebildete Arbeitsgruppe soll diesbezügliche Vorschläge ausarbeiten. Dies war das Ergebnis einer Enquete, die über Initiative von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch im Rathaus stattfand.#

Im Rahmen der Enquete diskutierten Chirurgen und Urologen privater und städtischer Spitäler, Vertreter der Sozialversicherung sowie von Selbsthilfevereinigungen als "Patientenvertreter" über Fragen und Probleme der Organentnahme zum Zweck der Transplantation, der Heimdialyse und der Dialyseversorgungsmöglichkeiten.

In Wien gibt es derzeit in den städtischen Spitälern insgesamt 34 Dialysegeräte zur Durchführung der sogenannten "Nierenwäsche" bei Nierenpatienten. Laut Stacher werden derzeit damit 239 Dialysepatienten behandelt, von denen rund 50 Prozent aus anderen Bundesländern - vor allem aus Burgenland und Niederösterreich - kommen. Während sich die tatsächlichen Kosten für eine Dialysebehandlung derzeit auf 2.770 S belaufen, erhält die Stadt Wien als Spitalserhalter seitens der Sozialversicherung lediglich 641 S refundiert. Dies steht im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, in denen bis zu 3.585 S (etwa in Vorarlberg) ersetzt werden. Insgesamt wurden in den städtischen Spitälern, inklusive Allgemeines Krankenhaus, im Jahr 1982 bisher 23.400 Dialysen mit einem Kostenaufwand von 65 Millionen S durchgeführt. (Forts.) zi/gg

NNNN

Verbesserte Versorgung für Nierenpatienten (2)
Utl.: Ausbau der Heimdialyse
=++++

21 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Grund der starken Zunahme der Zahl an Dialysepatienten ist neuesten Erhebungen zufolge die Kapazität in den Wiener Spitälern bereits überschritten. Dies führt etwa dazu, daß in Einzelfällen Wiener Patienten bereits in St. Pölten und Amstetten behandelt werden müssen. Als mögliche Maßnahmen zur Entlastung wurden unter anderem der Ausbau der Heimdialyse - gegenwärtig gibt es nur 16 solcher Geräte in Wien - sowie der sogenannten Limited Care Dialyse (eine Art Heimdialyse im Spital) vorgeschlagen. Seitens der Patientenvertreter wurde in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß es derzeit praktisch keine Möglichkeit einer Urlaubsdialyse gibt, da dafür keine Kostenübernahme durch die Sozialversicherung erfolgt.

Nach Meinung der Ärzte wird die Zahl der Dialysepatienten auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Die Ursache dafür ist die Tatsache, daß in zunehmendem Maße auch ältere Patienten - früher gab es eine Begrenzung mit 40 Jahren - dialysiert werden können. Ebenso nimmt der Anteil der Diabetespatienten als Dialysepatienten zu.

Zwtl.: Mehr Transplantationen durchführen

Eine wesentliche Verbesserung des Engpasses im Bereich der Dialyse, aber auch eine medizinische Verbesserung der Nierenpatienten würde eine Ausweitung der derzeitigen Transplantationstätigkeit bedeuten. So werden gegenwärtig in Wien pro Jahr 40 bis 45 Nierentransplantationen durchgeführt - notwendig wären hingegen 80 bis 100. Abgesehen von der besseren Rehabilitation des Patienten nach einer Transplantation liegen die Kosten dafür mit 125.000 S im Vergleich zu ca. 156 notwendigen Dialysebehandlungen mit insgesamt 433.000 S wesentlich niedriger. Österreich ist bekanntlich gemeinsam mit Holland, Belgien und Deutschland Mitglied der Eurotransplant-Organbank, die ihren Sitz in Leiden, Holland hat. (Schluß) zi/bs

NNNN

198

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Donnerstag, 16. Dezember 1982 Blatt 3736

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Rundfahrten "Modernes Wien" - Bilanz 1982
- Millionenaufwendungen für Wasser und Kanal im 21. und 22. Bezirk

Lokal: (orange)
- Zu Silvester beginnt die Ballsaison
- Flughafen Schwechat ist leiser geworden
- Christkindlmarkt: schon mehr als eine Million Besucher
- Einfache Fichten und Tannen heuer teurer als im Vorjahr

Kultur: (gelb)
- Hohe Auszeichnung für Kurt Rapf

Nur über FS:
- 15.12. Süße Überraschung für Pflegeheimpatienten
- 16.12. Lagerbaracke brannte
- Hochzeitspaare im Rathaus
- Tramway-Flohmarkt am Stephansplatz
- Der nächste Sonntag ist wieder Familiensonntag
- Verdienstzeichen des Landes Wien überreicht

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Zu Silvester beginnt die Ballsaison

=++++

4 Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Mit dem "Kaiserball" in der Wiener Hofburg am 31. Dezember beginnt die heurige Ballsaison. Der Ballkalender, der vom Wiener Fremdenverkehrsverband zusammengestellt wurde, verzeichnet insgesamt 227 Ballveranstaltungen bis zum 30. April. Dafür stehen 28 Ballokale zur Verfügung. Höhepunkt des Wiener Fasching ist zweifelsfrei der Opernball am Donnerstag, dem 20. Februar, in der Wiener Staatsoper.

Der Ballkalender ist in der Stadtinformation, beim Wiener Fremdenverkehrsverband und in der Informationszentrale in der Opernpassage erhältlich. (Schluß) fk/gg

NNNN

Flughafen Schwechat ist leiser geworden

=++++

5 #Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Natürlich läßt sich Lärm in unmittelbarer Nähe eines Flughafens nicht verhindern, aber in den vergangenen 15 Jahren wurde viel unternommen, damit sich der Lärm im Bereich des Flughafens Wien-Schwechat in Grenzen hält. Bessere Start- und Landeverfahren wurden entwickelt, neue Flugwege festgelegt, Schallschutzwände und Pflanzungen angelegt, doch auch am Triebwerk der Maschinen wurden beachtliche Verbesserungen erzielt. Neuentwickelte Maschinen sind durchwegs mit geräuscharmen Strahlturbinen ausgestattet, ältere werden zunehmend auf solche umgerüstet.#

Bereits 6,2 Prozent der in Schwechat startenden und landenden Maschinen gehören der Kategorie der "Superleisen" an. Diese erfreuliche Entwicklung ist zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die neusten Jets der AUA von Typ DC-9-81 zurückzuführen.

Ein anschauliches Bild, welche Fortschritte bei der Konstruktion geräuscharmer Flugzeuge erzielt wurden, vermittelt ein Vergleich: Der Lärm von sechs modernen "Airbus A 300-Maschinen", entspricht nicht einmal der Lärmentwicklung einer einzigen Boeing 707 der frühen sechziger Jahre. (Schluß) ull/bs

NNNN

Hohe Auszeichnung für Kurt Rapf

=++++

6 Wien, 16.12. (RK-KULTUR) Prof. Kurt RAPF, der Leiter des Musikreferates der Stadt Wien, wurde am 14. Dezember mit dem österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse ausgezeichnet. Kurt Rapf ist auch als zeitgenössischer Komponist und als Organist bekannt. Darüber hinaus ist er auch Präsident des österreichischen Komponistenbundes und der österreichischen Künstlerunion. (Schluß) gab/ko

NNNN

Christkindlmarkt: Schon mehr als eine Million Besucher (1)

=++++

8 #Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Mehr als eine Million Besucher wurden heeuer bereits auf dem Christkindlmarkt vor dem Rathaus gezählt. Nach Angaben der Wiener Handelskammer sind das wesentlich mehr Besucher als im Vorjahr. Der Wiener Christkindlmarkt ist noch bis zum 24. Dezember geöffnet. Als einen der letzten Höhepunkte gibt es am Heiligen Abend in der Zeit von 10 bis 14 Uhr eine Außenstelle der ORF-Sendung "Licht ins Dunkel".

Der Wiener Christkindlmarkt ist täglich von 8 bis 20 Uhr geöffnet. Der große Chhristbaum auf dem Rathausplatz ist traditionell ein Geschenk der Bundesländer an die Bundeshauptstadt. Heuer kommt er aus dem Burgenland.#

Zwtl.: 700 Jahre Christkindlmarkt

Den Wiener Christkindlmarkt gibt es seit fast 700 Jahren. Im Jahr 1298 gab Herzog Albrecht I den Wienern das Privilegium zur Abhaltung eines "Dezember- oder Krippenmarktes".

Ab 1600 verkauften Lebzelter und Zuckerbäcker ihre Erzeugnisse auf dem Graben und der Brandstätte. 1764 wurde dieser Markt aus "verkehrstechnischen Grünen" auf die Freyung verlegt, dort hieß er erstmals "Nikolo- und Weihnachts- oder Krippenmarkt". Weitere Stationen des Wiener Christkindlmarktes waren dann der Platz am Hof, der Stephansplatz und der Neubaugürtel. Nur zweimal gab es in diesem Jahrhundert keinen Christkindlmarkt; in den Kriegsjahren 1944 und 1945 gab es keinen Grund zur Freude. (Forts.) fk/bs

NNNN

Christkindlmarkt schon mehr als eine Million Besucher (2)
Utl.: Wiederbeginn 1946
=++++
9 Wien, 16.12. (RK-LOKAL) In der ersten Nachkriegsweihnacht hatten die Wiener wieder ihren Christikindlmarkt. In 101 Verkaufsstandeln auf dem Neubaugürtel gab es die ersten bescheidenen Weihnachtsgeschenke für die Wiener Kinder.

1958 übersiedelte der Christkindlmarkt auf den Platz vor dem Messepalast. 1975 fand er seinen endgültigen Aufstellungsort vor dem Wiener Rathaus.

Heuer gibt es 145 Standeln, die von Wiener Schulkindern mit bunten Zeichnungen geschmückt wurden. Themen der Zeichnungen: Wie sich die Wiener Kinder Weihnachten im Jahr 2000 vorstellen. (Schluß)
fk/ko

NNNN

Einfache Fichten und Tannen heuer teurer als im Vorjahr

=++++

11 Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Billigere Christbaumarten, wie einfache Fichten und schönere einfache Tannen, werden heuer um bis zu zwölf Prozent teurer angeboten als im vergangenen Jahr. Im Verhältnis günstiger als zu Weihnachten 1981 sind hingegen Blaufichten, Doppeltannen, dänische Tannen und Föhren zu haben. Das geht aus einer soeben vom Marktamt durchgeführten Erhebung hervor, wobei darauf hingewiesen wird, daß sich die Preissituation je nach Nachfrage noch ändern kann.

Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA weist darauf hin, daß für Christbäume ebenso wie für andere Waren eine Preisauszeichnungspflicht besteht, deren Einhaltung vom Marktamt genau kontrolliert wird. Die Preise müssen bei einzeln aufgestellten Bäumen auf diesen selbst, bei liegend gemeinsam gelagerten, auf einer Preisliste angeschrieben sein.

Im vergangenen Jahr waren 285.000 Bäume angeliefert worden, 40.000 davon blieben unverkauft. Da heuer für "Urlaubsakrobaten" kein gutes Jahr ist, wird damit gerechnet, daß mehr Wiener als im vergangenen Jahr Weihnachten zu Hause verbringen und daher auf ihren Christbaum nicht verzichten wollen.

Wer also billigere Arten, aber besonders schön gewachsene Bäume bevorzugt, wird heuer voraussichtlich tiefer als im Vorjahr in die Brieftasche greifen müssen. Einfache Fichten werden je nach Größe um bis zu 10,5 Prozent teurer sein: Bäume zwischen ein und zwei Meter kosten etwa 30 bis 200 Schilling, Größen zwischen zwei und drei Meter ungefähr 80 bis 380 Schilling. Vergleichbare Doppelfichten werden zwischen 80 und 320 Schilling bzw. 200 und 500 Schilling angeboten. Einfache Tannen der gleichen Größe sind mit 80 bis 500 bzw. 200 bis 920 Schilling angeschrieben, Doppeltannen mit 120 bis 600 bzw. 300 bis 900 Schilling. Dänische Tannen sind um bis zu 29 Prozent günstiger als 1981 zu bekommen: eine dänische Tanne zwischen ein und zwei Meter kostet zwischen 150 und etwa 660 Schilling, in der Größe zwischen zwei und drei Meter zwischen 300 und 1.000 Schilling. (Schluß) and/gg

NNNN

Millionenaufwendungen für Wasser und Kanal im 21. und 22. Bezirk

=+++++

12 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Knapp 180 Millionen für den Ausbau der Wasserversorgung in Gebieten des 21. und 22. Bezirks, in denen das Grundwasser verschmutzt ist, werden in den nächsten Jahren investiert werden. Für die Realisierung haben die Wasserwerke ein Vier-Stufen-Programm ausgearbeitet, von dem ein Teil bereits realisiert wird. Das wurde Donnerstag im Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz bekanntgegeben.

Von den 219.000 Einwohnern von Floridsdorf und der Donaustadt haben derzeit noch etwa 17.700 keinen Anschluß an die öffentliche Trinkwasserversorgung. Von ihnen verfügen allerdings 14.800 über einen Brunnen mit einwandfreiem Trinkwasser, sodaß tatsächlich nur 2.900 Bewohner dieser beiden Bezirke oder 1,3 Prozent der Bevölkerung von der Grundwasserveschmutzung betroffen sind. In diesem Gebiet sind zirka 3,2 Prozent noch nicht an das Kanalnetz angeschlossen. Auch hier werden in den nächsten Jahren beträchtliche Mittel ausgegeben werden.

In diesem Zusammenhang stellte Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUS-KORRESPONDENZ" fest, daß die Grundwasserverschmutzungen, so weit sich derzeit feststellen läßt, von Industrie- und Gewerbebetrieben aus Wien, aber auch aus dem angrenzenden Niederösterreich stammen. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Grundwasserverunreinigung aufgrund eines neuentwickelten Verfahrens wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet, um die betroffene Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser aus dem öffentlichen Wasserleitungsnetz zu versorgen. Obwohl zweifelsfrei nicht Verursacher der Verschmutzung, hat daher die Wiener Stadtverwaltung sofort alles unternommen, um auch jenen Menschen einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung zu stellen, die bisher die billigere Versorgung aus privaten Brunnen vorgezogen hatten. Wie Stadtrat Veleta weiter ausführte, wird das Wasserversorgungsgesetz so geändert, daß künftig gerechtere Anschlußgebühren eingehoben werden. (Schluß) and/ko

NNNN

Rundfahrten "Modernes Wien" - Bilanz 1982

=++++

13 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) 133.000 Gäste aus dem In- und Ausland nahmen im heurigen Jahr an den Rundfahrten "Modernes Wien" teil. Das sind um 10.000 Teilnehmer mehr als im Jahr 1981 und ungefähr doppelt soviel wie vor zehn Jahren.#

Als besonders beliebt bei den Rundfahrtenteilnehmern erwiesen sich der Grünbus und die Donaubusrundfahrten. Weitere Rundfahrten führten, mit zahlreichen Zwischenstops, zur AKH-Baustelle und zum Internationalen Zentrum UNO-City oder zum Motoren- und Getriebewerk General Motors.

Für die Rundfahrten "Modernes Wien" stehen insgesamt 85 Führer, Beamte der Stadt Wien mit Fremdsprachenausbildung, zur Verfügung. Im Jahr 1982 absolvierten diese Führer insgesamt 3.500 Rundfahrten. Jeder Rundfahrtenführer der Stadt Wien hat somit mehr als 2.000 Kilometer zurückgelegt.

Informationsstadtrat Peter SCHIEDER gab Donnerstag für alle 85 Rundfahrtenführer einen Empfang, um für die im Jahr 1982 geleistete Arbeit und für den Einsatz seinen Dank auszusprechen. (Schluß) ib/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Freitag, 17. Dezember 1982 Blatt 3745

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Grundverkäufe an den Bund für Flötzersteig-Bundesstraße
- Veleta: Kläranlage funktioniert laut Kontrollamts-Feststellung

Kommunal: (rosa)
- 9.500 Weihnachtspakete für Dauerbefürsorgte
- Grundsteinlegungen für zwei neue Pensionistenheime
- 3. Diskussion über Stadtentwicklungsplan
- Gratz: Gute Zusammenarbeit mit Bundesheer

Kultur:
- Ein Haus für die "Szene Wien"

Nur über FS:
- 16.12. Süße Überraschung für Pflegeheimpatienten
- Fassadenverkleidung von Wind losgerissen
- 17.12. Familiensonntag: Pflegefamilien beim Familienfest
- Neue Einbahnen im 10. Bezirk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-

Bereits am 16. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet

.-

Veleta: Kläranlage funktioniert laut Kontrollamts-Feststellung

=++++

15 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Die Funktionstüchtigkeit der Wiener Hauptkläranlage wurde von mehreren unabhängigen Instituten und zuletzt vom Kontrollamt der Stadt Wien bestätigt. Einhellig kam dabei zum Ausdruck, daß die vorgeschriebene Klärung nicht nur erreicht, sondern sogar deutlich überschritten wird. Sie beträgt rund 90 Prozent statt der im Wasserrechtssbescheid geforderten 70 Prozent. Das erklärte Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Veleta wies darauf hin, daß es derzeit noch Probleme mit der Schlammbeseitigung bei den Entsorgungsbetrieben Simmering gibt, da, wie berichtet, die beiden Mahltrockner nicht funktionieren. Diese beiden Anlagenteile wurden daher auch bei der Gesamtübernahme der Betriebsanlagen der EBS durch die Stadt Wien nicht mitübernommen. Für sie wird, so Stadtrat Veleta, Ersatz geschaffen. Nach den Ausführungen des Kontrollamtsberichtes könne es daher keinen Zweifel am ordnungsgemäßen Funktionieren der Kläranlage geben, sagte Veleta.#

Veleta wandte sich damit gegen eine Aussendung des freiheitlichen Gemeinderates Friedrich Kuchar, der kritisiert hatte, daß das Institut für Limnologie der österreichischen Akademie der Wissenschaften nicht ebenfalls mit Untersuchungen der Kläranlage beauftragt wurde, obwohl es von der für die Kläranlage zuständigen städtischen Dienststelle als "international-renommierte wissenschaftliche Einrichtung anerkannt wird." Dazu erklärte Veleta, daß weder er noch die MA 30 am internationalen Ruf des Instituts zweifeln, dieses jedoch für derartige Arbeiten nicht die notwendigen Voraussetzungen erfüllt. Dies und die Tatsache, daß bereits zahlreiche Überprüfungen der Anlage, vor allem auch durch das Kontrollamt durchgeführt wurden und eine neuerliche Überprüfung keine zusätzlichen Erkenntnisse brächte, sind, so Veleta, die von Kuchar angenommenen "gewichtigen Gründe", daß dieses Institut nicht herangezogen wird. Sicher würde der Bevölkerung kein Mehr an objektiver Information geboten werden können, als dies durch die Veröffentlichung des Inhalts des Kontrollamtsberichtes geschehen ist, schloß Veleta. (Schluß) and/ko

NNNN

.-.-.-

9.500 Weihnachtspakete für Dauerbefürsorgte
=++++

3 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Dauerbefürsorgten in der Bundeshauptstadt wird die Stadt Wien auch heuer wieder eine Weihnachtspaketaktion durchführen: Im Rahmen dieser Aktion wird es Lebensmittelpaktete für Erwachsene und Kinder, für Normal- und Diätkost, sowie für Diabetikerkost geben. Auf Grund der von den Sozialreferaten und Tbc-Referaten bekanntgegebenen Personenzahl werden insgesamt 9.500 Pakete ausgegeben. Die Verteilung erfolgt durch die zuständigen Sozialreferate und das Sozialamt. Der für die Weihnachtspaketaktion notwendige Betrag in der Höhe von 912.000 Schilling wurde vor kurzem vom zuständigen Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales genehmigt. (Schluß)
zi/ko

NNNN

Grundsteinlegungen für zwei neue Pensionistenheime
=++++

4 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER bzw. Sozial- und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr.Alois STACHER werden kommenden Montag, den 20. Dezember und Mittwoch,den 22. Dezember, im 13. sowie im 15. Bezirk den Grundstein für zwei neue Pensionistenheime legen. Das neue Heim im 13. Bezirk, in der Schrutkagasse 63, wird über 266 Wohnplätze und 30 Betten in der Betreuungsstation verfügen. Das Pensionistenheim im 15. Bezirk, ölweingasse 9 - 11, wird Platz für 263 betagte Wienerinnen und Wiener und 27 Plätze in der Betreuungsstation bieten.

Zur Zeit gibt es in Wien 16 in Betrieb befindliche Heime des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime mit 4.087 Heimplätzen und 500 Plätzen in den Betreuungsstationen. Fünf weitere Heime befinden sich gegenwärtig im Bau. (Schluß) zi/gg

NNNN

3. Diskussion über Stadtentwicklungsplan (1)
Utl.: Verkehrsprobleme im Vordergrund
=++++

6 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Fragen zur Verkehrsplanung und Probleme des Umweltschutzes standen im Mittelpunkt der dritten Diskussionsveranstaltung über den Stadtentwicklungsplan, die Donnerstag abend in der Ausstellung "Wien 2000" im Wiener Messepalast stattfand. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER erklärte die Zielsetzung und die Bedeutung des Stadtentwicklungsplans und stellte sich anschließend mit leitenden Mitarbeitern der Stadtplanung der Diskussion. An der Veranstaltung nahmen auch der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Stadtplanung, SPÖ-Gemeinderat Franz ROSENBERGER und ÖVP-Gemeinderat Josef ARTHOLD teil.

Die Debattenredner forderten unter anderem
- einen Autobahnring im Westen Wiens,
- einen weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem Beschleunigungsprogramme für die Straßenbahnen,
- Parkplätze bei U-Bahn- und Schnellbahnstationen,
- Einführung eines "Volkstaxis", das mehrere Personen zu günstigeren Tarifen auf bestimmten Strecken befördert,
- große Tiefgaragen bei Neubauten (nicht nur für Mieter), um die Straßen von parkenden Personenkraftwagen freizubekommen,
- die Förderung kleinerer Betriebe in Wohngebieten, um lange Fahrten zu den Arbeitsplätzen zu verhindern.

Ein Teilnehmer erklärte, man könne in einer Großstadt nicht jedem Bewohner ein Einfamilienhaus zur Verfügung stellen. Er halte es für notwendig, die Wiener zu bewußten Städtern zu erziehen. (Forts.) sc/bs

NNNN

3. Diskussion über Stadtentwicklungsplan (2)
Utl.: Verkehrsprobleme im Vordergrund
=++++

7 #Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Die 3. Diskussion über den Stadtentwicklungsplan am Donnerstag abend fand in einem kleineren Rahmen statt, bot aber dafür die Möglichkeit, die von den Teilnehmern aufgeworfenen Fragen anhand der Modelle und Pläne in der Ausstellung "Wien 2000" besonders anschaulich zu beantworten. Wie rege das Interesse der Wiener Bevölkerung an den Problemen der Stadtentwicklung ist, beweist die Tatsache, daß schon mehr als 7.000 Informationsbroschüren "Der Wiener Stadtentwicklungsplan" vom Rathaus angefordert wurden. Mehr als 1.300 interessierte Bürger lieferten bisher schriftlich konkrete Vorschläge und Anregungen zum Stadtentwicklungsplan, die so weit wie möglich in der endgültigen Fassung berücksichtigt werden.# (Schluß) sc/bs

NNNN

Gratz: Gute Zusammenarbeit mit Bundesheer

=++++

8 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ überreichte Freitag vormittag das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Divisionär Mag. Dr. Friedrich ULZ, und Divisionär Mag. Eduard UHL. Der Bürgermeister würdigte dabei die gute Zusammenarbeit zwischen Bundesheer und Stadt Wien und gab auch seiner Freude Ausdruck, daß das Bundesheer nun über 11.000 Soldaten auf Zeit mehr verfügen könne. Damit werde nun erreicht werden können, was man sich mit der Heeresreform vorgestellt habe, meinte der Bürgermeister. (Schluß) rö/ap

NNNN

Ein Haus für die "Szene Wien"
=++++

11 #Wien, 17.12. (RK-KULTUR) "Szene Wien" heißt nun das langerwartete Domizil für die junge Wiener Musikszene in der Simmeringer Hauffgasse, das Anfang Jänner eröffnet wird. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK stellte das Haus am Freitag gemeinsam mit "Z"-Generaldirektor Dr. Karl VAK als "jüngstes Kind der Wiener Kulturlandschaft" der Presse vor. "Szene Wien" wird - so Zilk - der Jugendszene - in geistig-kultureller Selbstverwaltung betrieben - zur Verfügung stehen.#

"Z"-General Vak betonte das Engagement seines Hauses für die Jugendkultur. Mit einem Beitrag von 6,5 Millionen zu den 8,6 Millionen Gesamtkosten, mit denen das alte Hauffkino umgebaut wurde, habe die "Z" in ihrem Jubiläumsjahr dem Bedürfnis der Jugend nach autonomer kultureller Betätigung Rechnung getragen.

Das "Szene"-Haus wurde in sechs Monaten von Architekt Neversal umgebaut und bietet in seinem multifunktionalen Hauptsaal rund 500 Personen Platz. Ein Studio und Proberäume komplettieren die Möglichkeiten, die das Haus bietet.

Zur Eröffnung im Jänner präsentiert sich die Avantgarde der österreichischen Musikszene in einem Viertagefestival unter dem Titel "Wienmuzzak". Es folgen ein Gastspiel der Gruppe Accion Instrumental aus Buenos Aires, ein Rock-Workshop mit Peter Wolf und ein "European Trendfestival Jazz". Das Programm der ersten Wochen kennzeichnet bereits die Zielrichtung, die die künstlerische Leitung als "Forum der Grenzgänger und Gratwanderer" sieht: "Szene Wien" also als "kulturpolitischer Signalgeber" und Haus für neue Entwicklungen. (Schluß) gab/gg

NNNN

WIEN KULTUR

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 18. Dezember 1982 Blatt 3755

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Lokal: Musiker zu Besuch in den Wiener Schulen
(orange)

Nur
über FS: Geschenkidee Jahresnetzkarte

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Musiker zu Besuch in den Wiener Schulen

=++++

2 #Wien, 18.12. (RK-LOKAL) Ob Jazzensemble oder Bläserquintett, ob Streichquartett oder Ensemble für alte Musik - sie alle können Wiens Schulkinder nun schon das dritte Schuljahr im Rahmen der Aktion "Musik hören - Musik verstehen" hautnah in der Schulklasse erleben. "Musik hören - Musik verstehen" ist eine Veranstaltungsreihe, die von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER initiiert wurde und nun schon das dritte Schuljahr erfolgreich läuft. Neben Musikhörstunden in den Schulen gibt es auch für die Schüler Gelegenheit, Konzerte zu besuchen, sowie die Kunstformen Oper und Ballett kennenzulernen. So soll Wiens Schulkindern der Zugang zu klassischer Musik erleichtert werden.#

Waren es im Schuljahr 1980/81 480 Musikstunden, die durch die Live-Auftritte erstklassiger Musikensembles zum Erlebnis gestaltet wurden, so konnte im vergangenen Schuljahr bereits in 526 "Musikhörstunden" die Begegnung mit einzelnen Instrumenten und mit deren Ausdrucksmöglichkeiten vermittelt werden. Die Musikensembles, die für Schulbesuche zur Verfügung stehen, vermittelt die Direktion des Konservatoriums der Stadt Wien, die auch alle Wiener Musiklehrer in einer Aussendung über das Programmangebot von "Musik hören - Musik verstehen" informiert hat. (Schluß) emw/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

Montag, 20. Dezember 1982 Blatt 3757

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Salzwerbung: Geld wäre für Entwicklungsarbeit besser angelegt
- Goldenes Ehrenzeichen für "Schmid Hansl"
- Symphoniker-Friedenskonzert in Beirut
- Gratz: Keine unwürdige Werbung um österreicher mehr
- Das Urteil des Verfassungsgerichthofes
- Mistkübel werden auch zu den Feiertagen entleert

Kommunal: (rosa)
- Auch zu den Feiertagen Rat und Hilfe
- Neue Wohnhausanlage in Ottakring
- Grundsteinlegung für Wiens 22. Pensionistenheim

Politik: (rosa)
- Wiener Baufirmen stoppen Kündigungen
- Wiener ÖVP: Kampf dem Pfusch

Lokal: (orange)
- Verkehrsbetriebe: In den Ferien fahren Kinder gratis

Wirtschaft: (blau)
- Vak für weitere Zinssenkungsrunde

Nur über FS:
- 18.12. "U 1" - schadhafter Zug
- 19.12. Erste Schneefälle in Wien
- 20.12. Professorenkonzert im Konservatorium
- Mit 1.200 Mann gegen Straßenglätte

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-

Bereits am 17. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet

.-

Goldenes Ehrenzeichen für "Schmid Hansl"

=++++

14 #Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ überreichte Freitag nachmittag Hans Schmid, den Wienern besser bekannt als der "Schmid Hansl", das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Dieses Ehrenzeichen gebe die Gelegenheit, einem Menschen im Freundeskreis einmal Danke zu sagen, meinte der Bürgermeister, und ihm zu zeigen, das man ihn mag.#

In einer Zeit, die von Kritik und dem ständigen Aufzeigen von Problemen geprägt sei, sei gerade dieses "Danke sagen" etwas in den Hintergrund gedrängt worden. überdies betonte GRATZ, sei es dem "Schmid Hansl" zu verdanken, daß durch sein Vorbild die Dialektwelle als Identifikation von Dialekten und ordinär wieder auf richten Weg zurückgebracht worden sei. Bei Schmid waren Dialektlieder immer etwas natürliches und einfacher Ausdruck des Wienerischen. (Schluß)

rö/ap

NNNN

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-

Bereits am 18. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet

.-

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes (4)

=++++

11 Wien, 18.12. (RK-POLITIK) Dazu wurden zahlreiche Hinweise gegeben, die nach Meinung der Gemeinde Wien zeigen, daß die betroffenen Auskunftspflichtigen auf Grund ihres tatsächlichen "ordentlichen Wonsitzes" (in Wien) rechtmäßig der Gemeinde Wien zugeordnet werden müßten. Es kann nun nicht gesagt werden, daß die von der antragstellenden Gemeinde gelieferten Hinweise, denen sowohl einzeln als auch gebündelt durchaus unterschiedliche Bedeutung und Gewichtigkeit zukommt, für die Frage der Ermittlung des ordentlichen Wohnsitzes insgesamt an sich ungeeignet und darum von vornherein unbeachtlich seien. Es ist weiters festzuhalten, daß das Vorbringen der Gemeinde Wien - ersichtlich davon ausgehend, der Begriff des ordentlichen Wohnsitzes im Volkszählungsgesetz 1980 sei materiell zu verstehen - nach Sinngehalt und Zielrichtung die unverkennbare Behauptung in sich schließt, die in Rede stehenden (mehr als 30.000) Auskunftspflichtigen hätten in den von ihnen angegebenen anderen (Gemeinden) Orten in Wahrheit keine "ordentlichen Wohnsitze" i. S. des Volkszählungsgesetzes 1980, die jeweils einzigen "ordentlichen Wohnsitze" dieser Personen seien vielmehr im Gebiet der Gemeinde Wien gelegen.

Wie das österreichischen Statistische Zentralamt dem Verfassungsgerichtshof auf Anfrage bekanntgab, bestehen dort für ca. 21.000 Reklamationsfälle der Gemeinde Wien - insgesamt wurden im Volkszählungsverfahren 1981 von verschiedenen Gemeinden etwa 53.000 Reklamationen eingebracht - keinerlei Aktenunterlagen. Schon daraus ist abzuleiten, daß ein Anhörungsverfahren auch in Fällen unterblieb, in denen es möglich ist, daß die Reklamation objektiven Anlaß zu Zweifeln darüber bot, ob die "Wohnsitzentscheidung" des Auskunftspflichtigen einen Ort betraf, der alle Eigenschaften eines ordentlichen Wohnsitzes aufweist. Ferner geht aus - zur Illustration der Vorgangsweise - vorgelegten Akten - über weitere Reklamationsfälle der Gemeinde Wien hervor, daß das Statistische Zentralamt - offenkundig in Verfolgung seines verfehlten Rechtsstandpunktes, es komme bloß auf die Möglichkeit eines Vorhandenseins eines ordentlichen Wohnsitzes an - seine Reklamationsentscheidung nach Abwicklung eines Anhörungsverfahrens im allgemeinen einzig und allein auf die "Vermutung" des Bestehens eines solchen Wohnsitzes, anders ausgedrückt auf die faktische Möglichkeit des Vorliegens eines ordentlichen Wohnsitzes nach dem Inhalt der Drucksorten gründete, ohne in eine - angesichts der gegebenen Rechtslage unerläßliche - sachliche Beurteilung der jeweiligen Argumente der reklamierenden Gemeinde und der betroffenen Gemeinden einzutreten. (Forts.) red/gg

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Auch zu den Feiertagen Rat und Hilfe

=++++

5 Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien wird es auch während der kommenden Feiertage bei plötzlich auftretenden Notsituationen Rat und Hilfe durch das Sozialamt der Stadt Wien geben. Dies erklärte Montag Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Durch die Wahl des Notrufes für Soziales und Gesundheit 63 77 77 ist der Hilfesuchende direkt mit einem Beamten verbunden, der in dringenden Fällen Hilfe vermittelt, aber auch die nötigen Auskünfte erteilt. Täglich - auch während der Feiertage - von 8 bis 20 Uhr besetzt, läuft während der Nachtstunden ein Tonband, das sämtliche Anrufe speichert. Darüber hinaus hat der Wiener Bahnhofssozialdienst am Westbahnhof und am Südbahnhof während der Feiertage ganztägig Dienst.

Während die Sozial- und Behindertenberatungsstellen in der Zeit von 24. Dezember 1982 bis 6. Jänner 1983 geschlossen bleiben, stehen die Bezirkssozialreferate, die sozialen Stützpunkte und Außenstellen des Sozialamtes für Rat und Hilfeleistungen auch am 24. und 31. Dezember jeweils bis 12 Uhr zur Verfügung. Darüber hinaus führt die Stadt Wien auch heuer wieder in einem Großteil der Bezirke am 24. Dezember in den Pensionistenklubs Feiern für einsame und alleinstehende Wienerinnen und Wiener durch.

Zwtl.: Notdienst hilft bei psychischen Problemen

Seitens des Kuratoriums für psychosoziale Dienste besteht ein eigener Notfallsdienst rund um die Uhr. Psychologen, Sozialarbeiter und Therapeuten stehen unter der Telefonnummer 24 64 24 bzw. unter der Adresse 2, Kleine Sperlgasse 2B, bei psychischen und psychosozialen Problemen zur Verfügung. Der Notfallsdienst ist auch während der Nachtstunden, an Wochenenden und während der Feiertage erreichbar. (Schluß) zi/gg

NNNN

Verkehrsbetriebe: In den Ferien fahren Kinder gratis

=++++

6 Wien, 20.12. (RK-LOKAL) Die Weihnachtsferien, die heuer vom 24. Dezember bis zum 9. Jänner dauern, stehen unmittelbar bevor. Und selbstverständlich heißt es auch in diesen Ferien auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln Wiens wieder: Freifahrt für Kinder!

Diese Regelung ist auf der ganzen Welt einmalig: Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr können an allen Sonn- und Feiertagen sowie in den für die Wiener Schulen gesetzlich festgelegten Ferien mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gratis fahren. Zum Nachweis des Alters genügt ein Lichtbildausweis, aus dem das Geburtsdatum hervorgeht. Die Kinderfreifahrt gilt auf allen Straßenbahn-, U-Bahn-, Stadtbahn- und Autobuslinien der Wiener Verkehrsbetriebe, auf den in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Strecken der Wiener Schnellbahn und auf den in Tarifgemeinschaft verkehrenden Autobuslinien.
(Schluß) ger/ap

NNNN

Neue Wohnhausanlage in Ottakring

=++++

8 Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung erteilte Montag vormittag einstimmig die Baubewilligung für den städtischen Wohnhausneubau Wien 16, Neumayrgasse 7 - 9, Herbststraße 13, Schinnaglgasse 8 - 14. Die Anlage hat fünf Stiegenhäuser und insgesamt 104 Wohnungen. Im Erdgeschoß sind zwei Geschäftslokale vorgesehen. In der unterirdischen Garage werden den Mietern 74 Stellplätze für Personenkraftwagen zur Verfügung stehen. (Schluß) sc/gg

NNNN

Wiener Baufirmen stoppen Kündigungen
Utl.: Eine Auswirkung des Sonderbeschäftigungsprogramms
=++++

9 #Wien, 20.12. (RK-POLITIK) Montag besuchte der Wiener Vorstand der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter Bürgermeister Leopold GRATZ und dankte ihm für seine persönlichen Bemühungen um ein hohes Beschäftigungsniveau in der Wiener Bauwirtschaft. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in Wien ist von Oktober bis Dezember nur um 100 gestiegen und beträgt jetzt 2600. Auf städtischen Baustellen sind um rund 1000 Arbeiter mehr beschäftigt als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Gewerkschaftler informierten den Bürgermeister darüber, daß im Hinblick auf das bevorstehende Sonderbeschäftigungsprogramm der Stadt Wien neun Wiener Baufirmen bereits geplante Kündigungen zurückgenommen haben.# (Schluß) sti/ko

NNNN

Wiener öVP: Kampf dem Pfusch
=++++

10 Wien, 20.12. (RK-POLITIK) Durch das "Pfuscherunwesen" gehen in österreich rund 30.000 Arbeitsplätze verloren, ein Viertel davon allein in Wien, erklärte öVP-Stadtrat Wilhelm NEUSSER am Montag in einem Pressegespräch. Den Verlust an Steuern und Abgaben bezifferte Neusser mit mehr als sechs Milliarden, der Wiener Anteil liege bei knapp mehr als 2,1 Milliarden.

StR. Neusser betonte, daß sich das Pfuscherunwesen vor allem auf die Klein- und Mittelbetriebe negativ auswirkt. "Pfusch ist ein Arbeitsplatzkiller", sagte Neusser und sprach sich für eine gemeinsame Aktion von Kammer, Gewerkschaft und Magistrat gegen das Pfuscherunwesen aus.

Zur Arbeitszeitverkürzung meinte Neusser, daß damit kaum eine Chance bestehe, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zur Frage der Jugendarbeitslosigkeit stellte Neusser fest, daß es bisher gelungen sei, fast alle Lehrstellensuchenden unterzubringen. Probleme gebe es lediglich dabei, Mädchen in traditionellen Männerberufen auszubilden. Es mangle an Bewerbern dafür. Neusser verwies darauf, daß man sich bereits jetzt Gedanken über die Unterbringung der Maturanten machen müsse, denn die geburtenstarken Jahrgänge würden etwa 1988 bis 1989 ins Berufsleben eintreten. (Schluß) fk/gg

NNNN

Vak für weitere Zinssenkungsrunde (1)
Utl.: Bilanzsumme stieg um 8 Prozent auf 132 Milliarden
=++++

11 #Wien, 20.12. (RK-WIRTSCHAFT) "Z"-Generaldirektor Dr. Karl VAK sprach sich Montag in einem Pressegespräch für eine weitere Zinssenkungsrunde im ersten Halbjahr 1983 aus. Angesichts der internationalen Entwicklung müßte man "die Zinsen so niedrig wie möglich, aber so hoch wie notwendig" halten. Bei einem Sinken des Kapitalmarktzinses auf rund 8 Prozent kann, so VAK, der Eckzinssatz von einer weiteren Diskussion nicht ausgeschlossen werden.

Die Bilanzsumme der "Z" erhöhte sich 1982 um rund 8 Prozent auf 132 Milliarden Schilling. Das relativ geringe Wachstum führte VAK auf die geschäftspolitische Linie der "Z"-selektives Wachstum unter besonderer Berücksichtigung der Rentabilität - zurück.#

Die Spareinlagen stiegen um rund 4,5 Milliarden oder knapp 9 Prozent auf über 55 Milliarden. Dabei kam heuer eine Sonderentwicklung zum Tragen, weil innerhalb der "Z" über 100.000 Prämiensparverträge mit einem Gesamtvolumen von 5,7 Milliarden Schilling fällig wurden. 3,7 Milliarden oder 65 Prozent davon wurden wieder veranlagt, die restlichen zwei Milliarden gingen in den Konsum. Ohne diese Sonderentwicklung hätte die Wachstrumsrate der "Z" den Durchschnitt des gesamten österreichischen Kreditapparates erreicht.

Das Veranlagungsvolumen der "Z" hat sich im laufenden Geschäftsjahr um rund 11 Prozent auf 92 Milliarden erhöht. Es gab nur geringfügige Verschiebungen in Richtung öffentliche Hand und zu den Krediten an Gewerbe, Handel und Industrie.

Insgesamt hat sich die Rentabilität der "Z" verbessert. Ursache dafür sind, so VAK, das selektive Wachstum, aber auch eine deutlich verringerte Zunahme des Verwaltungsaufwandes. (Forts.) sei/gg

Vak für weitere Zinssenkungsrunde (2)
Utl.: Zweiter Beteiligungsfond der "Z"
=++++

12 Wien, 20.12. (RK-WIRTSCHAFT) Die "Z" wird wegen des großen Interesses der Anleger noch heuer einen zweiten Beteiligungsfond auf dem Markt bringen. Die Beteiligungen haben ein Volumen von 70 Millionen und betreffen acht Unternehmen mit großem innovatorischen Charakter. Es sind durchwegs Klein- und Mittelbetriebe mit einem hohen Exportanteil. Der Fond liegt ab sofort zur Zeichnung auf. (Schluß) sei/ap

Grundsteinlegung für Wiens 22. Pensionistenheim
=++++

13 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Den Grundstein für Wiens 22. Pensionistenheim legten Montag Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im 13. Bezirk in der Schrutkagasse 63. Das neue Heim, nach Plänen der Gesiba errichtet, wird nach seiner Fertigstellung insgesamt 266 betagten Wienerinnen und Wienern in 234 Einzelappartements und 16 Ehepaarwohnungen Platz bieten. Darüber hinaus wird auch eine Betreuungsstation mit 30 Betten eingerichtet. Die voraussichtlichen Kosten werden sich auf 209 Millionen S belaufen.#

Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner wies im Rahmen der Grundsteinlegung darauf hin, daß es sich die Stadt Wien zur Aufgabe gemacht hat, nicht nur für die jüngeren, sondern auch für die älteren Mitbürger zu sorgen. Die Wiener Pensionistenheime bilden dabei eine wesentliche Einrichtung, die es den älteren Mitbürgern ermöglicht, in einer individuell gestalteten Atmosphäre einen sorglosen Lebensabend zu verbringen. Das neue Pensionistenheim ist bereits das dritte, das in Hietzing errichtet wird, wobei, wie Fröhlich-Sandner erklärte, sich Bezirksvorsteher-Stellvertreter Eugen GUTMANNSBAUER, bei der Realisierung dieses Projekts besondere Verdienste erworben hat.

Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, Präsident des Kuratoriums, unterstrich die Tatsache, daß auf Grund des vor vier Jahren erfolgten Beschlusses durch den Bürgermeister, jährlich mit dem Bau von zwei neuen Heimen begonnen wird. Zur Zeit gibt es 16 in Betrieb befindliche Heime mit 4.087 Heimplätzen und 500 Plätzen in B-Stationen. Fünf weitere Heime im 4., 6., 12., 14. und 21. Bezirk befinden sich gegenwärtig in Bau. Kommenden Mittwoch wird die Grundsteinlegung für ein weiteres Heim im 15. Bezirk erfolgen.

Bezirksvorsteherin Elfi BISCHOF konnte unter den zahlreichen Ehrengästen Nationalratspräsident Anton BENYA, den Vizepräsidenten des Kuratoriums, GR. Franz GAWLIK, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Eugen GUTMANNSBAUER sowie Abgeordnete des Gemeinderates und des Nationalrates begrüßen. (Schluß) zi/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Dienstag, 21. Dezember 1982 Blatt 3777

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Neue Wohnstraßen entstehen
- Heuer über 8.000 Wohnungen gefördert
- Neue Fernwärmeverbindung EBS - Fernheizwerk der HBW
- Letzte Stadtsenatssitzung 1982
- Landesregierung beschließt Schwefelreduktion im Heizöl
- Ehrenzeichen für ärztliche Verdienste
- Gratz: Statistiker müssen Fall für Fall prüfen
- Pressekonferenz des Bürgermeisters
- Freudenreich soll bleiben

Lokal: (orange)
- Vorsicht schützt vor Christbaumbränden
- Bürgerdienst zu Weihnachten und Silvester

Nur über FS:

20.12.
- Aktion gegen vorzeitige Silvesterknallerei
- Verkehrsunfall: Rettungsfahrzeug schwer beschädigt
- Straßenbahn rammte Rüstfahrzeug
- Sperre des Fußgängersteges bei der Ameisbrücke

21.12.
- Wiener Polizist feiert 100. Geburtstag

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Vorsicht schützt vor Christbaumbränden

=++++

1 Wien, 21.12. (RK-LOKAL) Zum Schutz vor Christbaumbränden meint die Feuerwehr:

o Christbaum standsicher aufstellen und einen entsprechenden Schutzabstand zu leicht brennbaren Materialen (Vorhänge usw.) einhalten.

o Weihnachtsbaum mit brennenden Kerzen nie unbeaufsichtigt lassen.

o Kerzen gut befestigen und nie zu weit herunterbrennen lassen.

o Leicht brennbare Gegenstände wie papierumwickelte Zuckerln, Papier, Lametta oder Schneespray sollen sich nie in der Nähe der Kerzenflammen oder in Reichweite der Sternspucker befinden.

o Kerzen an bereits ausgetrockneten Weihnachtsbäumen keinesfalls mehr entzünden. Dürre Bäume brennen besonders leicht. Der Brauch, am 6. Jänner nochmals die Kerzen des - trockenen - Weihnachtsbaums zu entzünden, führt oft zu explosionsartigen Bränden. Ihre Fichte oder Tanne usw. kann aber bereits kurze Zeit nach dem Fest ausgetrocknet sein und die Nadeln verlieren - in diesem Fall verzichten Sie bitte aufs nochmalige Kerzenentzünden!

o Ein bereitstehender Kübel Wasser hat schon manchen Zimmerbrand nach einem Christbaumbrand verhindert. Falls Ihr Baum also trotz aller Vorsicht in Brand gerät, Löschversuche mit Wasser oder feuchten Decken machen. Ist das nicht mehr möglich, verlassen Sie den Raum und rufen Sie die Feuerwehr, Notruf 122. (Schluß) hs/gg

NNNN

Bürgerdienst zu Weihnachten und Silvester
=++++

2 Wien, 21.12. (RK-LOKAL) Auch am Heiligen Abend und zu Silvester steht der Bürgerdienst der Stadt Wien der Bevölkerung für Auskünfte, Anregungen, Wünsche und Beschwerden zur Verfügung. Alle Außenstellen versehen von 7.30 Uhr bis 12 Uhr ihren normalen Dienst, die Stadtinformation im Rathaus ist bis 18 Uhr geöffnet. Sie ist unter der Telefonnummer 43 89 89 zu erreichen. (Schluß) gab/ko

NNNN

Neue Wohnstraßen entstehen

=++++

3 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat genehmigte im Oktober einen Betrag von 45,4 Millionen Schilling aus den Mitteln des Stadterneuerungsfonds für die Schaffung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen.

Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN präsentierte am Dienstag im Rahmen einer Pressefahrt einige Beispiele von verkehrsberuhigenden Maßnahmen, die - im engen Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen und den Anrainern - in den letzten Wochen durchgeführt wurden beziehungsweise gerade in Arbeit sind:

Die Bewohner der CARABELLIGASSE und des umliegenden Siedlungsgebietes in Floridsdorf haben sich in einer Befragungsaktion mit deutlicher Mehrheit für eine Verkehrsberuhigung in diesem Gebiet ausgesprochen. Dieser Wunsch wurde nun durch neue Einbahnregelungen, durch Bodenmarkierungen, durch vorgezogene Gehsteige und Fahrbahnverschwenkungen mit Hilfe von Verkehrszeichen und Leitplanken verwirklicht. Die Ausgestaltung ist bewußt provisorisch, um später eventuell notwendige Modifikationen ohne verlorenen Kostenaufwand durchführen zu können.

Auch in den Gebieten zwischen Oeverseestraße und Hütteldorfer Straße sowie zwischen Pelzgasse und Hackengasse im 15. BEZIRK werden derzeit - nach vorheriger Befragung der Bevölkerung - verkehrsberuhigende Maßnahmen durchgeführt. So entstand zum Beispiel in der Goldschlagstraße vor einer Schule ein verkehrsfreier Bereich. Auch Schwellen sind geplant, um die Autofahrer zu einer Verringerung der Geschwindigkeit zu zwingen.

Mit einem Kostenaufwand von rund einer Million Schilling entsteht am LEIPZIGER PLATZ im 20. Bezirk eine verkehrsberuhigte Zone. (Forts. mgl.) ger/gg

NNNN

Heuer über 8.000 Wohnungen gefördert

=++++

5 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Das letzte Förderungspaket für 1982 mit 100 Millionen Schilling für 198 Wohnungen wurde auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL Dienstag von der Wiener Landesregierung genehmigt. Es werden 115 Wohnungen der Stadt Wien und 83 Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften errichtet. Damit konnten heuer 8.019 Wohnungen gefördert werden, um rund 2.500 mehr als zu Beginn des Jahres 1982 geplant werden.#

Die Aufstockung des Bauvolumens wurde durch die Beteiligung Wiens am Sonderwohnbauprogramm des Bundes und durch eine Ausweitung des eigenen Wohnbauprogramms der Stadt Wien erzielt. Erfreulich für Gemeindemieter: rund 3.400 Gemeinderwohnungen wurden heuer gefördert, das sind um 1.200 mehr als im vergangenem Jahr. (Schluß) ba/ko

NNNN

Neue Fernwärmeverbindung EBS-Fernheiznetz der HBW (1)
Utl.: Testbetrieb beginnt Mittwoch
=++++

7 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Am 22. Dezember beginnt der erste Testbetrieb für eine neue Fernwärmeverbindung von den Entsorgungsbetrieben Simmering zum Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien. Diese Maßnahme wird nach endgültiger Betriebsaufnahme eine Leistungsvergrößerung der Entsorgungsbetriebe Simmering bringen, aber auch Kosteneinsparungen ermöglichen. Mit einer Fernwärmeabgabe an das Netz ist für Anfang des kommenden Jahres zu rechnen, erklärte Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA Dienstag im Pressegspräch des Bürgermeisters.#

Derzeit muß die Überschußenergie, die bei der Verbrennung des Klärschlammes und des Sondermülls anfällt, zum größten Teil an die Luft abgegeben werden. Nach Inbetriebnahme der Fernwärmeverbindung ergeben sich vier Vorteile:

- o Umweltfreundliche Fernwärme kann abgegeben werden
- o Beide Drehrohröfen zur Sondermüllverbrennung können gleichzeitig gefahren werden. Dadurch erhöht sich die Leistungsfähigkeit dieser Anlage auf fast das Doppelte
- o Der Hilfskondensator, über den derzeit die Überschußenergie an die Luft abgegeben wird, kann außer Betrieb genommen werden und wird dann nur mehr bei Störfällen eingesetzt
- o Eine Entkalkung von zigtausend Litern Kühlwasser pro Stunde kann entfallen. (Dieses Kühlwasser wird derzeit aus vier tiefliegenden Brunnen im Bereich der EBS gewonnen.) (forts.) and/ap

NNNN

Neue Fernwärmeverbindung EBS - Fernheiznetz der HBW (2)
=++++

8 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) So sieht derzeit der Ablauf innerhalb der EBS aus: Durch Verbrennung des Klärschlammes und des Sondermülls in den Wirbelschicht- und den Drehrohröfen entsteht jetzt Hochdruckdampf (50 bar Druck, 350 Grad heiß), Mitteldruckdampf (8,5 bar, 350 Grad) und Niederdruckdampf (2,2 bar, 130 - 140 Grad). Gegenwärtig wird Mitteldruckdampf zur Stromerzeugung innerhalb der EBS verwendet (Turbinenleistung je 5 MW, derzeit Erzeugung rund 2,5 MW. Die EBS kommen somit zum Betrieb ihrer Anlagen ohne Strom aus dem Netz aus).

Der Niederdruckdampf wird jetzt über einen Hilfskondensator geführt. Dort wird der Dampf gekühlt, Wasser bleibt innerhalb des Kühlkreislaufes bzw. muß ständig ergänzt werden, Dampfwolken werden an die Luft abgegeben.

So wird die Anlage funktionieren, wenn der Fernwärmeanschluß in Betrieb ist: Das Wasser aus der Fernwärmeleitung gelangt über eine Pumpe in den Kühlkreislauf der EBS, wird dort im Niederdruckkühler vorgewärmt und im Mitteldruckkühler schließlich auf 140 Grad erhitzt. Dieses Wasser wird wieder in den Kreislauf der Fernwärmeleitung eingespeist. Nach Betriebsaufnahme dieser Anlage kann der Hilfskondensator außer Betrieb genommen werden und steht - vorgewärmt - zum Ausgleich von Schwankungen bzw. zum Einsatz bei Störungen innerhalb des Systems zur Verfügung. Gleichzeitig kann ein Kühlkreis außer Betrieb genommen werden, die ständige Ergänzung von Kühlwasser aus Brunnen der EBS kann entfallen. Damit fällt auch eine Verkalkung des Hilfskondensators weg; derzeit kommt es zu Kalkablagerungen im Kondensator, weil eine vollständige Entkalkung des Grundwassers unwirtschaftlich wäre. Überdies können künftig beide Drehrohröfen gleicheztig gefahren werden, das bedeutet, daß dann täglich 170 bis 180 Fässer Sondermüll verbrannt werden können. Daraus ergibt sich, daß die Lagerbestände noch rascher aufgearbeitet werden können.

Durch verschiedene Testanordnungen wird nun in den nächsten Wochen die Funktionsfähigkeit des gesamten Systems überprüft.
(Forts.) and/gg

NNNN

Neue Fernwärmeverbindung EBS - Fernheiznetz der HBW (3)
=++++

9 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Die neue Fernwärmeleitung führt von den Entsorgungsbetrieben Simmering zur Kraft-Wärme-Kupplung im E-Werk Simmering. Dort wird die Energie in das Netz der Heizbetriebe Wien eingespeist. Die Leitung hat eine Länge von rund 2,6 Kilometer und eine Nennweite von 400 mm. Die Kapazität beträgt rund 100 Megawatt. Die gesamte Leitung konnte in offener Bauweise hergestellt werden. Verwendet wurden - um die Bauarbeiten zeitlich und räumlich sehr kurz zu halten - die von den Heizbetrieben Wien entwickelten Fertigkollektoren. Die Bauzeit betrug rund sieben Monate. Es waren Investitionen in Höhe von rund 40 Millionen Schilling nötig, wozu noch die Kosten für die Pumpstation bei den Entsorgungsbetrieben Simmering in Höhe von rund zehn Millionen Schilling kommen.

Die Bedeutung dieser neuen EBS-Leitung ist nur im Zusammenhang mit der neuen Südleitung, die vom Arsenal zum Laaerberg führt, zu sehen. Die Südleitung wird in der ersten Februarhälfte fertig. Dann wird es möglich sein, die Energie aus den Entsorgungsbetrieben und aus der Kraft-Wärme-Kupplung für die Versorgung des Südnetzes der HBW heranzuhiehen. An diesem Netz hängen derzeit rund 7000 Wohnungen - darunter auch die Per-Albin-Hansson-Siedlung - und mehrere Industrie- und Gewerbebetriebe.

Zwtl.: Stromlieferung an Hauptkläranlage

Da die EBS derzeit mehr Elektrizität erzeugen können, als sie selbst benötigen, wurde eine 20 kV-Starkstromverbindung zur Kläranlage errichtet. Über diese Leitung können 2 bis 2,5 MW zur Kläranlage geleitet werden. Berechnungen zufolge wird sich diese neue Leitung einschließlich der Nebeneinrichtungen innerhalb eines Jahres amortisieren. Die Betriebsaufnahme dieser Starkstromverbindung wird ebenfalls Anfang des kommenden Jahres erfolgen. (Forts. mgl.) and/ko

NNNN

Letzte Stadtsenatssitzung 1982

=++++

10 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold GRATZ fand Dienstag die letzte Stadtsenatssitzung im alten Jahr statt. Der Bürgermeister dankte allen Mitgliedern der Wiener Landesregierung und des Wiener Stadtsenates für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und sprach die besten Wünsche für die Feiertage und für ein gutes Jahr 1983 aus. Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER erwiderte die Festtagswünsche für die SPö, für die öVP Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK.

Die erste Sitzung des Wiener Stadtsenates im neuen Jahr findet am Dienstag, dem 11. Jänner, statt.# (Schluß) pr/ap

NNNN

Landesregierung beschließt Schwefelreduktion im Heizöl

=++++

11 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Der Staatsvertrag zur Verringerung des Schwefelgehalts im Heizöl, der zwischen Bund und Ländern geschlossen wird, wurde Dienstag von der Wiener Landesregierung auf Antrag von Umweltstadtrat Peter SCHIEDER beschlossen. Wien hat ja bereits vor einiger Zeit den Bund zu entsprechenden Initiativen aufgefordert, der Landtag hatte bereits den Beitritt der Bundeshauptstadt zu dieser Vereinbarung genehmigt. Landeshauptmann GRATZ betonte dazu, daß die Bundesländer schon vor drei Jahren zu diesem Übereinkommen bereits gewesen waren. Es herrscht überdies Einhelligkeit unter den österreichischen Landeshauptleuten, über eine weitere Absenkung der höchstzulässigen Werte zu verhandeln.#

"Die Verringerung des Schwefelanteils im Heizöl wird bereits nach dem derzeit vorliegenden Staatsvertrag in Wien eine deutliche Reduzierung des Schwefeldioxid-Anteils in der Luft bringen", betonte Schieder dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Es wäre allerdings technisch durchaus möglich, daß der Schwefelgehalt im Heizöl - der Grenzwert bei Heizöl schwer soll ab 1985 zwei Prozent Schwefel betragen - weiter herabgesetzt wird. In New York etwa konnte man den Schwefelgehalt auf 0,5 Prozent herabdrücken, meinte der Umweltstadtrat weiter und forderte die ÖMV auf, auch in österreich entsprechende weitere Maßnahmen zu ergreifen.

#Der im Staatsvertrag festgelegte höchstzulässige Schwefelgehalt soll

bei Heizöl leicht (Ofenheizöl)..... 0,3 Prozent
bei Heizöl leicht..... 0,75 Prozent
bei Heizöl mittel..... 1,5 Prozent
bei Heizöl schwer bis 31.12.1983..... 3,0 Prozent
ab 1.1.1984..... 2,5 Prozent
ab 1.1.1985..... 2,0 Prozent

betragen.

Damit kann die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid in österreich bedeutend verringert werden.# (Schluß) hs/gg

NNNN

Ehrenzeichen für ärztliche Verdienste
=++++

12 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rathaus überreichte Dienstag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER drei verdienten Ärzten das ihnen verliehene Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien. Die drei Ausgezeichneten sind: Dr. Demeter SEEMANN, Vorstand der neurologischen Abteilung des Pflegeheimes Lainz, zu deren Ausbau er wesentlich beitrug. Darüber hinaus ist Dr. Seemann als gerichtlicher Sachverständiger und am Schiedsgericht der Sozialversicherung in Wien für die Fachgebiete Neurologie und Psychiatrie tätig. Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit hat er insgesamt 47 Arbeiten verfaßt und zahlreiche Vorträge im In- und Ausland gehalten.

Univ.-Prof. Dr. Heribert THALER ist Vorstand der 4. internen Abteilung des Wilhelminenspitals und stellvertretender Direktor dieser Anstalt. Dr. Thaler ist Mitglied zahlreicher in- und ausländischer Gesellschaften für Gastroenterologie sowie Präsident der österreichischen Gesellschaft für Gastroenterologie. Als Verfasser von über 300 wissenschaftlichen Arbeiten und Buchbeiträgen hat er sich mit den verschiedensten Themen der Lebererkrankungen und hier im besonderen der Leberbioposie befaßt.

Univ.Doz.Dr.Walter WEICHSELBAUMER ist Vorstand der HNO-Abteilung des Franz-Josef-Spitals und stellvertretender ärztlicher Direktor dieser Anstalt. Durch seine zahlreichen im In- und Ausland gehaltenen Vorträge und seine wissenschaftlichen Arbeiten - insgesamt wurden bereits 40 Arbeiten publiziert - erwarb er sich internationale fachliche Anerkennung. (Schluß) zi/ko

NNNN

Gratz: Statistiker müssen Fall für Fall prüfen
Utl.: Wien verzichtet auf keine Ansprüche
=++++

13 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird genau darauf achten, daß das Statistische Zentralamt die 30.000 reklamierten Fälle im Einzelfall nach objektiven Kriterien prüft, erklärte Bürgermeister GRATZ Dienstag in seinem Pressegespräch. Das Volkszählungsgesetz sei kein schlechtes Gesetz. Der Gesetzgeber habe jedoch versäumt, es den realen Gegebenheiten anzupassen. Zur Zeit der Beschlußfassung habe es nur wenige Leute gegeben, die über zwei oder mehrere Wohnsitze verfügten. Heute gehe es darum, zwar mehrere Wohnsitze zuzulassen, jedoch die Aufteilung der Steuergelder nach objektiven Kriterien festzulegen.#

Finanzstadtrat MAYR unterstrich, daß die Klage Wiens derzeit nur unterbrochen sei. Es komme nun darauf an, daß die vom Verfassungsgerichtshof angesprochenen objektiven Merkmale in den nächsten Wochen vom Statistischen Zentralamt berücksichtigt werden. Wien wolle zwar keinen verwaltungsmäßigen Aufwand provozieren, kann jedoch auf keinen Fall auf ein verfassungsmäßig zustehendes Recht verzichten. (Schluß) sei/ap

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (1)
Utl.: Sonderbeschäftigungsprogramm Wiens greift bereits
=++++

14 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Nicht nur aufgrund der Sonderbeschäftigungsprogramme der Bundesregierung, sondern auch aufgrund der Vorgespräche über die Details des Wiener Sonderbeschäftigungsprogrammes hat sich die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in Wien zwischen Mitte Oktober und 10. Dezember nur um 100 erhöht, teilte Bürgermeister Leopold GRATZ am Dienstag mit. Das sei weniger als in früheren Jahren durch die jahreszeitlich bedingte Arbeitslosigkeit. Der Bürgermeister hob hervor, daß bei neun Firmen allein aufgrund der In-Aussicht-Stellung eines rascheren U-Bahn-Ausbaues und höhere Investitionen bei den Heizbetrieben beabsichtigte Kündigungen nicht ausgesprochen wurden. Es sei ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß sich die Wirtschaft von sich aus bemühe, die Kündigungen so gering wie möglich zu halten. Schließlich hätten die Baufirmen auch jetzt kündigen und im kommenden Jahr bei Inkrafttreten des Wiener Sonderbeschäftigungsprogrammes wieder neue Arbeitskräfte aufnehmen können. (Forts.) rö/gg

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (2)
Utl.: Rechtsbereinigung
=++++
15 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Als Abschluß der von Bürgermeister Leopold GRATZ in Auftrag gegebenen Wiener Rechtsbereinigung sollen die Wiener Rechtsvorschriften durchforstet und bereinigt werden. Schon ab Jänner 1983 wird es darüber hinaus ungeachtet der noch laufenden Durchforstung den Wiener Bürgern möglich sein, über den Bürgerdienst das geltende Wiener Recht rascher abzufragen.

Etwa Ende 1983 soll das geplante Wiener Rechtsbereinigungsgesetz erlassen werden. Die bisherigen Vorarbeiten haben ergeben, daß Wien dann um zumindest 100 Rechtsvorschriften weniger haben wird.

Nach dem vorliegenden Entwurf sollen alle vor dem 1. Jänner 1955 in Kraft getretenen Rechtsvorschriften, die auf der Stufe von einfachen Gesetzen des Landes Wien stehen, aufgehoben werden.

Ausgenommen von dieser Aufhebung sollen im wesentlichen nur solche Gesetze werden, die
o nach dem 1. Jänner 1955 wiederverlautbart wurden oder
o ausdrücklich in einer dem Gesetz angeschlossenen "Positivliste" aufgezählt sind.#

Von den insgesamt geltenden (und bekannten!) 900 Wiener Rechtsvorschriften reichen etwa 170 in die Zeit vor 1955. 100 davon werden außer Kraft treten, die restlichen 70 in die "Positivliste" aufgenommen werden. Bedeutsam ist auch, daß damit eine Vielzahl von Rechtsvorschriften außer Kraft treten, die längst entbehrlich geworden sind und deshalb in Vergessenheit gerieten, derzeit aber noch von findigen Rechtsanwälten ausgegraben werden könnten.
(Forts.) rö/ap

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (3)
Utl.: Einige Beispiele für die Rechtsdurchforstung
=++++

16 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Die beiden ältesten in Gebrauch stehenden Rechtsvorschriften, die bald durch ein Versteigerungsabgabegesetz abgelöst werden:

- o Hofdecret der Central-Finanz-Hof-Commission über die Einhebung der Licitations-Armenprozente vom 25. April 1750 (Codex austriacus V, Seite 501),
- o Hofdecret der Central-Finanz-Hof-Commission über die Erhöhung der Licitations-Armenprozente vom 25. April 1812 (Justizgesetzsammlung Nr. 987, Zi 882).

Zwei Kuriosa aus neuerer Zeit:

- o Verordnung vom 22. November 1911, wirksam für das Erzherzogtum österreich unter der Enns, betreffend die Erfordernisse zur Bestätigung und Beeidigung für das zum Schutz der Landeskulturen bestellte Wachpersonal (Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogtum österreich unter der Enns Nr. 90/1901),
- o Magistratskundmachung vom 25. April 1901 über das Abschneidern der Schweifhaare der auf dem Zentralviehmarkt St. Marx eingestellten Rinder. (Forts.) rö/ko

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (4)
Utl.: Lose-Blatt-Ausgabe der Rechtsvorschriften
=++++

17 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Unabhängig von der Durchführung des Wiener Rechtes ist die Verwaltungsakademie mit der Erstellung einer Lose-Blatt-Ausgabe der Wiener Rechtsvorschriften betraut worden. In sie sollen nicht nur alle Gesetze und Rechtsverordnungen der Stadt Wien, sondern auch Rechtsverordnungen aus den Bereichen der mittelbaren Bundes- und Gemeindeverwaltung aufgenommen werden. Keine Aufnahme sollen dagegen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, Verordnungen über Baustoffzulassungen, Seuchensperren, Werttarife nach dem Tierseuchengesetz und sonstige Verordnungen von geringer oder temporärer Bedeutung finden.

Es ist an eine Gliederung in acht Abschnitte gedacht:

o Verfassungs- und Organisationsrecht
o Innere Verwaltung, Veranstaltungs- und Schulrecht
o Finanzrecht
o Dienstrecht
o Sozial- und Sanitätsrecht
o Land- und Forstwirtschaftsrecht
o Bau- und Bodenrecht sowie Recht der Technik und
o Wirtschafts- und Verkehrsrecht

Diese acht Abschnitte werden mit Titel, Datum und Fundstelle auf Mikrocomputer erfaßt. Ein in der Handhabung einfaches Abrufsystem wird ausgearbeitet. Es besteht dann die Möglichkeit, durch Schlagworteingabe den geltenden Stand der Wiener Rechtsvorschriften in wenigen Sekunden abzurufen. Die benötigten Textstellen können im Wiener Bürgerdienst auch über Bildschirm abgerufen werden, was für den Bürger eine wesentliche Erleichterung im Umgang mit dem Recht bringen wird. Die Informationen werden auch telefonisch erhältlich sein.

Die Abrufung über Bildschirm im Bürgerdienst wird bereits Ende Jänner 1983 möglich sein, an die Herausgabe der ersten Teillieferung der Lose-Blatt-Sammlung ist mit Juni 1983 gedacht. (Schluß) rö/gg

NNNN

Freudenreich soll bleiben

=++++

18 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Es wäre wünschenswert, wenn Ministerialrat Dr. FREUDENREICH weiterhin Chef der begleitenden Kontrolle beim AKH bliebe, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Allerdings sehe er keine Gefahr, daß Freudenreich geht, wenn dieser die Zusagen, die er bei einer Sitzund der ARGE-AKH am vorigen Freitag gegeben hat, auch einhält.#

Bei dieser Sitzung, an der die Minister Dr. SALCHER und Dr. FIRNBERG sowie die Stadträte MAYR und Univ.-Prof. Dr. STACHER teilnahmen, wurden die Wünsche von Dr. Freudenreich ausführlich besprochen und für bestehende Probleme eine Lösung gefunden. In allen Fällen konnte eine Einigung erzielt werden. (Schluß) sei/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

Mittwoch, 22. Dezember 1982 Blatt 3794

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Neue Mitglieder des Stadtschulrates
- Veterinärdirektor wurde Kammerpräsident
- Wirtschaftsförderungsfonds erhält mehr Mittel
- Keine "langen Donnerstage" am 23. und 30. Dezember
- Beförderung für EBS-HKA-Leiter
- Große Werbeaktion für die U-Bahn
- Verkehrsampeln: Großversuch mit "Nachtblinken"
- Neues Pensionistenheim für den 15. Bezirk
- Montage der Staplereindeckung bei den EBS ab nächster Woche

Lokal: (orange)
- Entschädigung für verwechselten Patienten

Wirtschaft: (blau)
- Wien verkauft Verkehrsbüro-Geschäftsanteile

Nur über FS:

21.12.
- "Demo" gegen EBS

22.12.
- Donnerstag: Blasmusik vom Rathausturm
- Thermalbad Oberlaa zu den Feiertagen
- Mann ging auf Gleiskörper - tot
- Raucher- und Ernährungsberatung übersiedelt
- Verkehrsbetriebe am Heiligen Abend
- Ehe- und Familienberatung während der Feiertage
- Finger in Astloch - Feuerwehr half

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Neue Mitglieder des Stadtschulrates
=++++

3 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung bestellte am Dienstag auf Vorschlag der SPö Direktor Alfred JELINEK zum Mitglied des Kollegiums Stadtschulrat für Wien. Er tritt an die Stelle von Direktor Franz KLACKL. Als Ersatzmitglieder wurden ebenfalls auf Vorschlag der SPö Friedrich GRUNDEI (statt Johanna FISCHER) und Manfred SCHIMANEK (statt Waltraud BERKEMEIER) bestellt.

Über Anzeige der Katholischen Kirche wurde die Bestellung von Wilhelm MAYER (statt Mag. Peter HOLLAUF) als Mitglied bzw. als Ersatzmitglied Mag. Peter HOLLAUF (anstelle von Wilhelm MAYER) zur Kenntnis genommen.# (Schluß) pr/ap

NNNN

Veterinärdirektor wurde Kammerpräsident

=++++

4 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Der Leiter der MA 60, Veterinärdirektor Dr. Walter JURCIK, wurde von Landeshauptmann Leopold GRATZ als Präsident der Wiener Landeskammer der Tierärzte angelobt.#

Dr. Jurcik war von der Standesvertretung der Tierärzte zum sechten Mal in diese Funktion gewählt worden, die er bereits zwanzig Jahre lang ausübt.

Dr. Juricik, 57 Jahre alt, steht als Veterinär seit 1950 im Dienst der Stadt Wien. Ab 1955 war er Leiter der damaligen, den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx umfassenden Magistratsabteilung 55. Im Oktober 1976 wurde er zum Veterinärdirektor bestellt und damit mit der Leitung der neuen MA 60 betraut, die das Veterinäramt, die Lebensmitteluntersuchungsanstalt sowie den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx umfasst. (Schluß) smo/ko

NNNN

Wirtschaftsförderungsfonds erhält mehr Mittel
=++++

5 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der sich in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits ausgezeichnet bewährt hat, erhält eine weitere Dotation in der Höhe von 100 Millionen Schilling durch die Stadt Wien. Der Wiener Stadtsenat faßte Dienstag einhellig auf Antrag von Stadtrat Hans MAYR diesen Beschluß.#

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wurde mit Gemeinderatsbeschluß vom 20. November 1981 errichtet und hat seine Tätigkeit am 1. Jänner 1982 aufgenommen. Bei der Begründung wurde der Fonds durch die Stadt wien mit Barmitteln in der Höhe von 50 Millionen Schilling und mit Sachwerten in der Form von Grundstücken im Gesamtwert von 284,5 Millionen dotiert. Weitere Gründungsmitglieder waren die Arbeiterkammer, die Handelskammer, der Gewerkschaftsbund, die Vereinigung österreichischer Industrieller, die Zentralsparkasse und die Erste österreichische Spar-Casse.

Der Fonds hat die Aufgabe, durch Förderung der Wiener Wirtschaft zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Bundeshauptstadt und zur Strukturverbesserung der Wiener Wirtschaft beizutragen. Dies geschieht durch die Verwertung von Grundstücken für Betriebsansiedlungen und deren Aufschließung. Die weitere Dotierung erfolgt in Hinblick auf die Wichtigkeit aller wirtschaftsfördernden Maßnahmen gerade in einer Rezessionphase. Der Fonds soll damit in die Lage versetzt werden, im neuen Jahr sein wichtigste Aufgabenstellung erfüllen zu können, nämlich aufgeschlossene, baureife Betriebsbaugründe zur Verfügung zu stellen. (Schluß) pr/ap

NNNN

Wien verkauft Verkehrsbüro-Geschäftsanteile

=++++

6 #Wien, 22.12. (RK-WIRTSCHAFT) Der aus dem Jahr 1945 stammende Beteiligungsanteil der Stadt Wien am österreichischen Verkehrsbüro in der Höhe von einer Million Schilling wird zurückgegeben. Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag auf Antrag von Stadtrat Hans MAYR die Abtretung dieses Geschäftsanteiles an die Republik Österreich zu einem Preis von 150.000 Schilling.# (Schluß) pr/gg

NNNN

Keine "langen Donnerstage" am 23. und 30. Dezember
=++++

9 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die "langen Donnerstage" beim Magistrat Wien werden am 23. und 30. Dezember 1982 aufgehoben. Für diese beiden Tage gilt folgende Sonderregelung:

Am 23. Dezember ist in den Nachmittagsstunden kein Parteienverkehr. Am 30. Dezember werden nur in den Magistratischen Bezirksämtern die Dienststellen Parteienverkehr abhalten. Diese Sonderregleung wurde in den Amtshäusern durch Anschläge bereits bekanntgemacht.

Von der Sonderregelung ausgenommen sind die Dienststellen des Bürgerdienstes, die an beiden "langen Donnerstagen" bis 18 Uhr geöffnet haben. (Schluß) lei/gg

NNNN

Entschädigung für verwechselten Patienten
=++++

12 #Wien, 22.12. (RK-LOKAL) Bürgermeister Leopold GRATZ hat angeordnet, daß dem 50jährigen Milorad JOVANOVIC, dem im Oktober im Wilhelminenspital irrtümlich ein Herzschrittmacher eingesetzt wurde, eine Entschädigung von 150.000 S ausbezahlt wird.#

Über diese Entschädigung hatte es seit einiger Zeit Verhandlungen der Stadt Wien mit dem Rechtsanwalt von Milorad Jovanovic gegeben. Damit die Auszahlung des Geldes nicht weiter verzögert wird, sondern noch vor Weihnachten erfolgen kann, hat nun der Bürgermeister auf Vorschlag von Stadtrat Univ. Prof. Dr. Alois STACHER entschieden, daß die Ansprüche des geschädigten Patienten erfüllt werden. (Schluß) sti/ko

NNNN

Beförderung für EBS-HKA-Leiter
=++++

13 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Beschluß des Stadtsenats wurde Oberstadtbaurat Dipl.Ing. Karl SZVETITS zum Senatsrat befördert. Dipl.Ing. Szvetits leitet in der MA 30 (Kanalisation) die Gruppe Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) - Hauptkläranlage Kaiserebersdorf (HKA).

Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte Mittwoch dem frischgebackenen Senatsrat das Beförderungsdekret und sprach ihm das volle Vertrauen der Stadtverwaltung zur korrekten Führung seines Aufgabenbereichs aus.# (Schluß) smo/ap

NNNN

Große Werbeaktion für die U-Bahn

=++++

14 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) In der ersten Jahreshälfte 1983 führen die Wiener Verkehrsbetriebe eine große Werbeaktion durch, bei der noch mehr Wienerinnen und Wiener auf die Vorteile der öffentlichen Verkehrsmittel und besonders der U-Bahn aufmerksam gemacht werden sollen.

Höhepunkt der Aktion wird die Verteilung von je zwei Gratisfahrscheinen an 10.000 Personen sein. Die Fahrscheine sind in der Woche vom 21. bis 27. März gültig und sollen zu einer Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln und vor allem zum Kennenlernen der U-Bahn animieren. Die Verteilung der Gratisfahrscheine wird in der Woche vom 14. bis zum 18. März in allen Bezirken wiens mit City-Bussen erfolgen.#

Außerdem wird in der Zeit vom 10. Jänner bis Ende Mai Gruppen zwischen 15 und 25 Personen die Möglichkeit zu einer Gratisfahrt mit der U-Bahn geboten, bei der Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe auch für Erklärungen und zur Beantwortung von Anfragen zur Verfügung stehen. Zu dem Programm dieser Gruppenfahrten gehört auch eine Filmvorführung im U-Bahn-Zentrum Karlsplatz. Die Anmeldung dazu ist im Informationszentrum der Wiener Verkehrsbetriebe auf dem Karlsplatz möglich (Telefon 57 31 86).

Die Werbeaktion ist auch mit einer Fahrgastbefragung verbunden. Die Teilnehmer an den Gratisfahrten werden ersucht, auf einer Karte einige Fragen über die Fahrgewohnheiten und über die öffentlichen Verkehrsmittel zu beantworten sowie Anregungen, Wünsche und Kritik zu äußern.

Ziel der Werbeaktion ist es, den erfreulichen Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln - Fahrgastzuwachs im heurigen Jahr rund 17 Prozent weiter zu verstärken und neue Fahrgäste zu gewinnen. (Schluß) ger/ap

NNNN

Verkehrsampeln: Großversuch mit "Nachtblinken" (1)
=++++

15 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die Frage der Abschaltung von Verkehrampeln während der verkehrsschwachen Nachtstunden hat in der Vergangenheit unter Verkehrsexperten unterschiedliche Meinungen ausgelöst. Nach umfangreichen Vorarbeiten der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) soll nun in einem Großversuch getestet werden, ob sich bei bestimmten Ampeln ein Umschalten auf bloßes Blinken während der Nachtstunden in der Praxis bewährt. Vorerst werden rund dreißig Anlagen in der Zeit von 21 Uhr bis 5 Uhr früh auf Blinkbetrieb umgestellt. Über die Einzelheiten informierte Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Mittwoch in einem Pressegespräch. Die Umschaltung der Anlagen beginnt bereits in den nächsten Wochen.

Für den nächtlichen Blinkbetrieb spricht vor allem der Umstand, daß durch die Vermeidung unnötiger Anhalte- und Anfahrvorgänge sowie unnötiger Wartezeiten bei laufendem Motor

- die Lärm- und Geruchsbelästigung für die Anrainer der Kreuzung verringert,
- der Verkehrsablauf - nicht zuletzt für die öffentlichen Verkehrsmittel - beschleunigt und verbessert und
- der Energieverbrauch gesenkt werden kann.

Aus Sicherheitsgründen ist die Umstellung auf "Nachtblinken" auf stärker frequentierten oder unübersichtlichen Kreuzungen allerdings ausgeschlossen.#

Größere Verkehrsknotenpunkte mit stärkerem Verkehrsaufkommen oder komplizierteren Vorrangverhältnissen scheiden selbstverständlich aus.

Vor der Umstellung auf Nachtblinkbetrieb wurde jede einzelne in Frage kommende Anlage kommissionell überprüft. Dabei wurde auch in jedem Einzelfall untersucht, ob bei Umstellung auf Nachtblinkbetrieb Änderungen bei den Markierungen oder Verkehrszeichen notwendig sind, um die Vorrangverhältnisse zu verdeutlichen (zum Beispiel Stopptafel statt Nachrangtafel). Nach der Einführung des nächtlichen Blinkbetriebs werden die betreffenden Kreuzungen besonders überwacht. Der Probebetrieb ist zunächst für ein halbes Jahr vorgesehen. Danach wird die MA 46 einen Erfahrungsbericht erstellen, der als Entscheidungsgrundlage dafür dienen soll, ob das Nachtblinken beibehalten, wieder abgeschafft oder modifiziert werden soll.
(Forts.) ger/gg

Verkehrsampeln: Großversuch und "Nachtblinken" (2)
Utl.: Halteverbot 5 Meter vor ungeregelten Schutzwegen!
=++++

16 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Gemäß der Straßenverkehrsordnung ergibt sich durch die Umstellung einer Ampel auf Blinkbetrieb auch eine Änderung beim Halten und Parken. Wenn die Benützung eines Schutzweges nicht durch Lichtsignale (Rot - Gelb - Grün) geregelt wird, ist das Halten und Parken fünf Meter vor dem Schutzweg (aus der Sicht des ankommenden Fahrzeuges) verboten. Diese Regelung gilt daher auch in der Zeit des nächtlichen Blinkbetriebes. Die Autofahrer werden durch eine Informationstafel bei der jeweiligen Ampelanlage auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. (Schluß) ger/gg

NNNN

Neues Pensionistenheim für den 15. Bezirk
=++++

17 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Den Grundstein für ein neues Pensionistenheim im 15. Bezirk in der Ölweingasse 9-11, legte Mittwoch Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Das neue Pensionistenheim - es ist bereits das 23. Heim, das durch das Kuratorium Wiener Pensionistenheime errichtet wird - wird nach seiner Fertigstellung insgesamt 263 betagten Wienerinnen und Wienern in 219 Einzelappartments und 22 Ehepaarwohnungen Platz bieten. Darüber hinaus wird auch eine Betreuungsstation mit 27 Betten eingerichtet. Die voraussichtlichen Kosten des nach Plänen der Gesiba und der Porr AG errichteten Heimes werden sich auf 184 Millionen S belaufen.#

Univ.-Prof. Dr. Stacher, Präsident des Kuratoriums, wies darauf hin, daß das Kuratorium mit den Grundsteinlegungen für zwei Heime pro Jahr - entsprechend dem Auftrag von Bürgermeister Leopold Gratz - seiner Verpflichtung voll nachkomme. Zur Zeit gibt es bereits 16 in Betrieb befindliche Heime mit 4087 Heimplätzen und 500 Plätzen in B-Stationen. Außer den fünf bereits in Bau befindlichen Heimen im 4., 6., 12., 14. und 21. Bezirk wurde vergangenen Montag der Grundstein für ein Pensionistenheim im 13. Bezirk gelegt. Nach Fertigstellung all dieser Bauvorhaben wird das Kuratorium insgesamt über 6500 Plätze verfügen.

Bezirksvorsteher Max EDER konnte unter den zahlreichen Ehrengästen unter anderen den Vizepräsidenten des Kuratoriums, GR Franz GAWLIK, sowie verschiedene Abgeordnete des Gemeinderates begrüßen. (Schluß) zi/ko

NNNN

Montage der Staplereindeckung bei den EBS ab nächster Woche
Utl.: Hersteller konnte nicht vertragsgemäß liefern
=++++

19 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die Montage der Abdeckung für die Schlammstapler bei den Entsorgungsbetrieben Simmering beginnt voraussichtlich in der nächsten Woche. Sie hatte sich verzögert, weil der Hersteller nicht zeitgerecht lieferte. Die Abdeckung wird sicher zu einer Verminderung der Geruchsbelästigung in Simmering führen. Die Entsorgungsbetriebe Simmering verbrennen derzeit 95 Prozent der in der Kläranlage aus den Wiener Abwässern ausgesonderten Feststoffe. Vor Inbetriebnahme der Hauptkläranlage und der Schlammverbrennung gelangten alle Abwässer ungereinigt in Donau und Donaukanal.

Durch die neue Abdeckung werden die beiden Stapler bei den Entsorgungsbetrieben Simmering gasdicht verschlossen werden. Die Luft wird über Aktivkohlefilter - ähnlich wie in den Dunstabzugshauben in einer Küche - abgesaugt. Die technisch komplizierte Abdeckung wird innerhalb von ca. sechs Wochen fertiggestellt sein.

In die Hauptkläranlage fließen täglich durchschnittlich 400.000 Kubikmeter Abwasser. Der Feststoffgehalt (Trockensubstanz) des aus den Vor- und Nachklärbecken entnommenen Schlammes beträgt maximal 0,45 Prozent, bei größerem Wasseranfall höchstens 0,35 Prozent. Von der Gesamtmenge des in den beiden Beckengruppen abgesetzten und anschließend abgesaugten Klärschlammes - 30.000 bis 40.000 Kubikmeter pro Tag - werden in den beiden Eindickern im Bereich der Hauptkläranlage 2.400 Kubikmeter Schlamm pro Tag mit einem Feststoffgehalt von rund 5 Prozent, das sind ca. 120 t, extrahiert. Vor der Verbrennung wird nochmals Wasser abgeschieden, sodaß schließlich den Wirbelschichtöfen Klärschlamm mit einer Trockensubstanz von ca. 25 Prozent zugeleitet wird. Das heißt, es sind 500 Kubikmeter Klärschlamm zu verbrennen, 1.900 Kubikmeter Wasser gelangen zurück in die Kläranlage. Eine Steigerung der Verbrennungsleistung auf 100 Prozent der aus dem Abwasser entnommenen Feststoffe wird möglich sein, sobald die Probleme mit den funktionsuntüchtigen Mahltrockner beseitigt sind. Entsprechende Vorbereitungen laufen. (Schluß) and/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

198

Donnerstag, 23. Dezember 1982 Blatt 3807

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Stille Nacht: 5.000 städtische Mitarbeiter stehen im Einsatz
- Erfolgreiche Bilanz der ersten Krankenhausgalerie
- "Lange Donnerstage" auf dem Prüfstand
- Auszeichnungen für Prof. Kupsky und Hofrat Bernhard
- Abgabe auf unvermietete Wohnungen
- Gardegasse 5 wird revitalisiert

Lokal: (orange)
- Guten Appetit! Schweinsschnitzel sind einwandfrei

Kultur: (gelb)
- Wiener Kulturkalender

Sport: (grün)
- Sportbilanz 1982

Nur über FS:
- Betriebszeiten der Hallenbäder in den Weihnachtsferien
- Gesundenuntersuchungsstellen geschlossen
- Geschäftszeiten am Heiligen Abend und Silvester

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Stille Nacht: 5.000 städtische Mitarbeiter stehen im Einsatz
=++++

1 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Während die Stadt feiert, müssen etwa 5.000 Mitarbeiter aller städtischen Dienststellen im öffentlichen Interesse ihrer Arbeit nachgehen. Es sind dies zum Beispiel 2.300 Bedienstete der E-Werke, der Gas-Werke und der Verkehrsbetriebe. Ihr Einsatz ermöglicht der Bevölkerung, die Feiertage und die Feiertagsstimmung genießen zu können.

Dazu kommen noch 1.700 Mitarbeiter der Wiener Spitäler: die Sanitäter, die Rettungsfahrer, die Krankenpfleger, die Operationsgehilfen und die Ärzte.

Dazu kommen noch weitere hunderte Beamte; 430 Feuerwehrmänner stehen am Heiligen Abend und zu Silvester im Einsatz, 500 Bedienstete der Müllabfuhr, der Schneeräumung, der Wasserwerke, der Quellschutzgebiete. Allein im Magistrat versehen in der "Stillen Nacht" und zu Silvester etwa 500 Beamte ihren Dienst. (Schluß)
fk/gg

NNNN

Erfolgreiche Bilanz der ersten Krankenhausgalerie

=++++

2 #Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Wiens erste "Galerie im Krankenhaus" in der Krankenanstalt Rudolfstiftung hat eine erfolgreiche Bilanz aufzuweisen. Die über Initiative von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt für die Patienten und Besucher des Spitals im Herbst 1980 eingerichtete Galerie - handelte sich um die erste Einrichtung dieser Art in einem Wiener Spital - konnte seit dem Eröffnungstag insgesamt 33 Künstler in elf Ausstellungen präsentieren.

Neben bekannten Wiener Aquarellisten, wie etwa MOLDOVAN, UNGER, Lore HEUERMANN usw. wurden auch ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen und Graphiken, jüngerer, durch das Kulturamt geförderter Künstler gezeigt. Das Interesse war dabei sowohl bei den Patienten als auch beim Spitalspersonal und bei den Besuchern überaus groß. Gegenwärtig sind bis 31. Dezember 1982 Aquarelle und ölbilder von Hans FISCHER zu sehen, ab Jänner 1983 ist die Eröffnung einer neuen Ausstellung vorgesehen.

Zwtl.: Humanisierung der Krankenanstalten

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher bezeichnete die Galerie als einen erfolgreichen Versuch, Kultur in das Spital zu tragen. Die bildende Kunst ist damit zu einem Freund und Helfer der Patienten geworden. Die direkte Begegnung mit der Kunst stellt einen weiteren Schritt im Rahmen der in den letzten Jahren erfolgreich durchgeführten Bemühungen zur Humanisierung der Krankenanstalten dar. Unter Humanisierung ist jedoch nicht nur die Verbesserung der unmittelbaren Umgebung und Unterbringung des Patienten zu verstehen, sondern vor allem auch die Begegnung und Zuwendung zum Patienten, schloß Stacher. (Schluß) zi/ap

NNNN

Sportbilanz 1982 (1)
=++++

3 #Wien, 23.12. (RK-SPORT) Einen erfreulichen Rückblick auf das Jahr 1982 kann die Stadt Wien auch heuer auf dem Gebiete des Sports ziehen. Wie Sportstadtrat Peter SCHIEDER in einem Gespräch mit der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, hat man heuer für die direkte Sportförderung, für bauliche Investitionen, einschließlich der Verwaltungskosten Subventionsmittel, in der Höhe von mehr als 238 Millionen S zur Verfügung gestellt. Davon entfielen allein 64 Millionen S an direkten Förderungsmitteln an Verbände und Vereine. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurden für Vereine, Spitzensportler und Verbandstrainer 2 Millionen S bereitgestellt.#

Das Sportamt der Stadt Wien betrieb heuer 19 Jugendspielplätze und 23 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen wurden. Ebenfalls kostenlos werden die acht verwalteten Sporthallen den Klubs für Trainings- und Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere sieben Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden von der Wiener Sportorganisation betreut. Auch der Trainings- und Wettkampfbetrieb in der Wiener Stadthalle, in den städtischen Turnsälen, Schwimmhallen, Sporthallen und auf den Spielplätzen ist kostenlos. Großes Interesse fanden erneut die zahlreichen Sportaktionen, die man mit dem Verein Wiener Jugendkreis und diversen Fachverbänden durchführte:

Am "Sportplatz der offenen Tür", eine Aktion, die über die Sommermonate auf 17 Sportanlagen durchgeführt wurde, beteiligten sich 32.535 Jugendliche und 3.320 Erwachsene. Bei der Jugendeislaufaktion in der Donauparkhalle, die sich über drei Monate erstreckte, wurden insgesamt 31.663 Teilnehmer gezählt. (Forts.)
hof/gg

NNNN

Sportbilanz 1982 (2)
=++++

4 Wien, 23.12. (RK-SPORT) An acht Sonntagen fand die Aktion "Fahrt zum Schnee" statt, daran beteiligten sich 2.713 Personen.

An der Aktion "Talent-Leistungsschwimmen" nahmen 6.388 und an der Aktion "Spielschwimmen" 2.284 Kinder teil, zur Aktion "Talent-Turnen" kamen 2.302 Kinder.

Großer Beliebtheit erfreuten sich die zahlreichen Aktionen in den Semesterferien im Winter, wo sich insgesamt 38.379 Kinder die Gelegenheit nicht entgehen ließen, in den städtischen Bädern, Hallen, beim Jugendeislaufen in der Stadthalle und in der Donauparkhalle, auf der Langlaufloipe, auf den Skipisten Hohe-Wand-Wiese und Himmelhof-Wiese und bei den täglichen "Fahrten zum Schnee" Sport zu betreiben.

Wie schon in den vergangenen Jahren bildete die Bautätigkeit einen der Schwerpunkte auf dem Sportsektor. Die Generalsanierung der Sporthalle Karl-Seitz-Hof wurde zügig fortgesetzt, für den Umbau des Franz-Horr-Stadions und der Errichtung des Eisringes SÜd in Favoriten hat die Stadt Wien beträchtliche Subventionsmittel bereitgestellt.

Über Wunsch berät das Sportamt auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit zur Einsichtnahme in eine umfangreiche Sportdokumentation, sodaß bei der Errichtung von Sportbauten eine intensive Beratung gegeben ist.

In diesem Jahr wurden auch die Arbeiten am Wiener Landesleitplan für Sportstättenbau abgeschlossen, der eine exakte Erfassung sämtlicher Sportanlagen, Sporthallen, Hallenbäder sowie der Spezialanlagen enthält.

Abschließend meinte Sportstadtrat Peter Schieder, daß außer den Förderungsmaßnahmen für Verbände und Vereine stets auch internationale Großveranstaltungen in der Bundeshauptstadt mit ansehnlichen Mitteln subventioniert wurden. (Schluß) hof/gg

NNNN

Guten Appetit! Schweinsschnitzel sind einwandfrei
=++++
5 #Wien, 23.12. (RK-LOKAL) Gute Nachricht zu den Feiertagen: die Schweinsschnitzeln, die in Wiener Geschäften zum Verkauf angeboten werden, sind einwandfrei. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien hat weder Antibiotika noch Sulfonamide festgestellt.#

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien hat im November im Rahmen einer Sonderaktion bei 1002 Schweinen, die in Wien und dem Wiener Einzugsbereich geschlachtet wurden, Untersuchungen nach verbotenen Antibiotika und Sulfonamiden durchgeführt. Kein einziger Fall brachte ein für den Konsumenten negatives Ergebnis. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt sieht darin den Beweis dafür, daß derartige Hemmstoffe im Schweinefleisch, das in Wien zum Verkauf angeboten wird, nicht vorkommen.

Der Leiter der Lebensmitteluntersuchungsanstalt Dr. Alfred PSOTA betrachtet diese zufriedenstellende Situation als Erfolg des vor fünf Jahren beschlossenen neuen Futtermittelgesetzes bzw. der entsprechenden Verordnung, die bei den Fleischproduzenten sehr rasch einen Verzicht auf den Einsatz der seither verbotenen Antibiotika brachten. Vor allem die Schweinemastmittelerzeuger verwenden seither für ihre Produkte andere Erzeugnisse die nicht ins Fleisch übergehen.

Von den überprüften Schweinen stammten 30 aus Wien, 765 aus Niederösterreich, 96 aus der Steiermark, 55 aus Oberösterreich, 36 aus dem Burgenland und 20 aus Salzburg. Da das Fleisch im wesentlichen immer von den selben Produzenten geliefert wird, ist die Untersuchung für alle angelieferten Schweine repräsentativ.

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt hat in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres im Rahmen der Fleischbeschaubakteriologie 593 Proben gezogen, bei der Untersuchung von Fleisch aus dem Ausland wurden 1.701 Proben genommen. Darunter waren neben Fleisch auch Konserven, Würste, Geflügel und Futterkonserven. Gemeinsam mit dem Marktamt und dem Veterinäramt hat die Anstalt zahlreiche Sonderuntersuchungsaktionen durchgeführt. (Schluß) and/ap

NNNN

"Lange Donnerstage" auf dem Prüfstand (1)
Utl.: Änderung des Parteienverkehrs
=++++
9 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Anordnung der Magistratsdirektion wurden Anfang 1982 in mehreren städtischen Dienststellen versuchsweise "lange Donnerstage" (Parteienverkehr von 15.30 bis 18 Uhr, Einlaß bis 17.30 Uhr) eingeführt. Von den betroffenen Dienststellen wurden bis Ende August 1982 Statistiken geführt, die über die Effizienz und Wirtschaftlichkeit dieser provisorischen Neuregelung Aufschluß gaben. Auf Grund der Auswertung der Unterlagen gelten nun nachstehende Regelungen.
Für folgende Dienststellen gilt auch weiterhin der "lange Donnerstag":
- Büros der Bezirksvorsteher, soweit die Bezirksvorsteher oder deren Stellvertreter am Donnerstag nachmittag Sprechstunden abhalten
- Magistratische Bezirksämter
- MA 11: Bezirksjugendämter im bisherigen Umfang
- MA 12: Sozialreferate in den Bezirken 1/8/9, 2, 3, 10, 12, 13/14, 15, 16, 20, 21 und 22. In den Bezirken 4 bis 7, 11, 17 bis 19 und 23 wird am Donnerstag nachmittag ebenfalls die Sozialberatung durchgeführt. Die bisherigen Dienstzeiten der Sozialberatung bleiben unverändert.
- MA 21: Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes
- MA 22: Umweltschutzberatung
- MA 31: Herstellung von Hausanschlußleitungen
- MA 46: Landesfahrzeugprüfstelle
- MA 50: Vormerkgruppe-Außenstellen, Wohnbeihilfenstellen, Wohnungsberatungszentrum
- MA 52: Wohnhäuserreferate, Tauschreferat
- MA 61: Standesämter
  Ausstellung des Staatsbürgerschaftsnachweises.

(Forts.) red/ap

NNNN

"Lange Donnerstage" auf dem Prüfstand (2)
Utl.: Änderung des Parteienverkehrs
=++++
10 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Der Nachmittagsparteienverkehr wird in folgenden Dienststellen wegen zu geringer Beanspruchung eingestellt:

- MA 6: Stadtkassen
- MA 15: Tuberkulosefürsorgestellen
- MA 28: Gehsteigherstellung, Ausgrabungsgenehmigungen
- MA 37: Außenstellen der Baupolizei
  Dezernate I und II für die Bezirke 1 bis 9 und 20
- MA 43: Tarifstelle, Grabrechtsstelle, technisches Referat, Sanierungsreferat, Gartenreferat
- MA 50: Außenstelle der Wohnungsverbesserungsgruppe im 22. Bezirk

Nach bereits erfolgter Erprobung werden folgende Dienststellen in den Nachmittagsparteienverkehr einbezogen:

- MA 12: vier Außenstellen der "Speziellen Individualhilfe und Erwachsenenbetreuung": für die Bezirke 1, 2, 6, 7 und 8 Außenstelle I, 8, Lerchenfelder Straße 4; für die Bezirke 14 bis 19 Außenstelle III, 15, Camillo-Sitte-Gasse 6 - 8; für den 10. Bezirk Außenstelle V, 10, Ada-Christen-Gasse 2; für die Bezirke 3, 4 und 5 und 11 Außenstelle VI, 3, Am Modenapark 1 - 2.
- MA 15: Jugendzahnklinik
- MA 25: Beratung in "Untersuchungsgebieten" für Stadterneuerung

Alle Dienststellen mit Parteienverkehr am Donnerstag nachmittag werden weiter über die Besucherzahl Aufzeichnungen führen. (Schluß)
red/ap

NNNN

Wiener Kulturkalender (1)
Utl.: Jänner, Februar
=++++
11 Wien, 23.12. (RK-KULTUR)

JÄNNER:

bis 30. Jänner:	"Oskar Kokoschka - Die frühen Jahre" Historisches Museum der Stadt Wien
bis 9. Jänner:	"4 + 1" Ausstellung Carlos Riefel, Roman Haller, Günther C. Kirchberger, Monika Bauer und Gottfried Höllwarth im Künstlerhaus
bis Ende Jänner:	"Weinbau im alten Wien" Ausstellung des Stadt- und Landesarchivs
bis Ende März:	"Alfons Petzold" Ausstellung der Stadt- und Landesbibliothek
15. Jänner bis 25. Februar:	"Aspekte sowjetischer Kunst der Gegenwart", Künstlerhaus
19. Jänner bis 20. Februar:	"Alfred Seidl - Glasdesign", Künstlerhaus

FEBRUAR:

10. Februar bis 3. April:	"Josef Matthias Hauer", Historisches Museum der Stadt Wien
15. Februar bis 27. März:	"Arik Brauer", Secession
25. Februar bis 13. März:	"Vladimir Dimitrov", Künstlerhaus
25. Februar bis 27. März:	Jazz- und Popfrühling in Wien

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Kulturkalender (2)
Utl.: März, April
=++++
12 Wien, 23.12. (RK-KULTUR)

MÄRZ:

4. bis 12. März:	"Literatur im März", Künstlerhaus
14. bis 18. März:	"österreich-Gespräch", Thema Menschenwürde, Akademie der Wissenschaften
26. März 1983 bis 18. März 1984:	"Heinrich von Ferstel", Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien in der Hermesvilla
21. bis 26. März:	"Tage der Sakralmusik"

APRIL:

5. bis 30. April:	"Harald Oroschakoff", Ausstellung Secession
April bis September:	"österreich und der Orient" Ausstellung der Stadt- und Landesbibliothek
22. bis 29. April:	"Literatur für junge Leser" Palais Auersperg

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Kulturkalender (3)
Utl.: Mai, Juni
=++++
13 Wien, 23.12. (RK-KULTUR)

MAI:

5. Mai bis
30. Oktober: "Die Türken vor Wien. Europa und die Entscheidung an der Donau 1683". Künstlerhaus und Historisches Museum der Stadt Wien

5. Mai bis
30. Oktober: "Wunderwürdiges Kriegs- und Siegeslager des Prinzen Eugen von Savoyen", österreichische Galerie im Belvedere

Mai bis Juni 1983 "Türken vor Wien", Museum des 20. Jahrhunderts

5. bis 7. Mai: "Südtirol-Tage" - Südtiroler Folklore

7. Mai bis 12. Juni: Wiener Festwochen

4. bis 8. Mai: Symposium "Literatur und Macht", Literarisches Quartier, Alte Schmiede

16. Mai bis
27. Juni: Internationales Musikfest der Wiener Festwochen

31. Mai bis
30. Oktober: "österreich und die Osmanen", Prunksaal der Nationalbibliothek

JUNI:

2. bis 4. Juni: 4. österreichisches Blasmusikfest

23. Juni bis
24. Juli: "Die Darmstädter Secession 1983", Secession

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Kulturkalender (4)
Utl.: Juli, August, September, Oktober
=++++
14 Wien, 23.12. (RK-KULTUR)

JULI:

1. bis 15. Juli:	12. Internationales Jugendmusikfest "Jugend und Musik in Wien"
30. Juni bis 30. September:	Musikalischer Sommer in Wien

AUGUST:

5. bis 8. August:	20. "Europeade" in Wien mit Trachtengruppen aus ganze Europa

SEPTEMBER:

9. bis 12. September: Katholikentag

13. September bis 9. Oktober:	"Reimo Wukounig", Ausstellung Secession
24. September:	"Tag der offenen Tür" mit Jubiläumsveranstaltung "100 Jahre Rathaus"
18. September bis 27. November:	Showherbst in Wien

OKTOBER:

18. Oktober bis 13. November:	"Kurt Kocherscheidt", Ausstellung, Secession

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Kulturkalender (5)
Utl.: November, Dezember
=++++
15 Wien, 23.12. (RK-KULTUR)

NOVEMBER:
14. bis
27. November: "Schubert-Tage 1983"
18. November 1983
bis 8. Jänner 1984: "Zwei polnische Romantiker", Ausstellung, Künstlerhaus

18. November bis
Jänner 1984: Jean-Miro-Ausstellung, Künstlerhaus

22. November bis
23. Dezember: "Joseph Kosuth", Ausstellung, Secession

27. November bis
24. Dezember: "Advent in Wien", Konzerte und Adventveranstaltungen

27. November bis
13. Dezember: Anton von Webern-Fest, Konzerthaus

DEZEMBER:
1. Dezember bis
26. Februar 1984: "Richard Gerstl", Historisches Museum der Stadt Wien

(Schluß) gab/gg

NNNN

Auszeichnungen für Prof. Kupsky und Hofrat Bernhard (1)
Utl.: Stadtrat Wurzer überreichte Goldene Ehrenzeichen
=++++

16 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER überreichte Donnerstag vormittag dem emeritierten Universitätsprofessor Dipl.-Ing. Dr. Karl KUPSKY und Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Johann BERNHARD die ihnen von der Wiener Landesregierung verliehenen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

In seiner Laudatio würdigte Stadtrat Wurzer die Verdienste der beiden Ausgezeichneten. Professor Kupsky, der zuletzt Vorstand der Lehrkanzel für Hochbau und Entwerfen I an der Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur der Technischen Universität war, hat sich besonders für die bauliche Entwicklung der Technischen Hochschule nach dem Krieg eingesetzt. Neben seiner pädagogischen und wissenschaftlichen Tätigkeit arbeitete der Geehrte als Architekt, plante eine Vielzahl von Industriebauten, schuf Flächenwidmungspläne, arbeitete an der Wiener Verkehrsplanung mit, entwarf Wohn- und Schulbauten und verfaßte 1958 das "Behördenprojekt für das Allgemeine Krankenhaus". Bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1977 übte er eine Reihe bedeutender Funktionen aus; unter anderem war er Rektor der Technischen Universität, Dekan der Fakultät für Architektur, Mitglied des Beirates für den Wiederaufbau der Stadt Wien, Präsident des Wiener Künstlerhauses und Präsident des Verbandes der Freunde der Technischen Universität. Er ist Träger mehrerer in- und ausländischer Auszeichnungen. (Forts.) sc/gg

NNNN

Auszeichnungen für Prof. Kupsky und Hofrat Bernhard (2)
Utl.: Stadtrat Wurzer überreichte Goldene Ehrenzeichen
=++++

17 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Hofrat Berhard ist Leiter der Gruppe Landesaufnahme im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen. Er ist daneben Lehrbeauftragter am Geographischen Institut der Universität Wien und hält eine Jahresvorlesung über "Einführung in die Photogrammetrie und Luftbildauswertung" für Studierende der Fachgruppe Kartographie. Hofrat Berhard vertritt österreich im Direktionskomitee der Europäischen Organisation für Experimentalphotogrammertrie und leitet dort die Kommission für Luftbildinterpretation. Die verständnisvolle Zusammenarbeit des Ausgezeichneten mit der Stadt Wien hat es weitgehend ermöglicht,ein modernes und qualitativ hochwertiges Stadtkartenwerk herzustellen. (Schluß) sc/ap

NNNN

Abgabe auf unvermietete Wohnungen (1)
Utl.: Richtlinien zur Annahme von Privatwohnungen
=++++

18 #Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Johann HATZL informierte am Donnerstag in einem Pressegespräch, unter welchen Voraussetzungen die Abgabe für leerstehende Wohnungen entfällt und unter welchen Bedingungen Privatwohnungen von der Stadt Wien zur Weitervergabe angenommen werden. Entsprechende Richtlinien wurden am Donnerstag im Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Stadtrat Hatzl bedauerte, daß die ÖVP dagegen stimmte, weil es, so Hatzl, durch die Vollziehung des Gesetzes zu einer spürbaren Entlastung auf dem Wohnungsmarkt kommen könnte.

Um der Abgabe auf unvermietete Wohnungen zu entgehen, kann der Hauseigentümer seine leerstehende Wohnung dem Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien melden. Dort wird diese Wohnung unter bestimmten Voraussetzungen registriert und an interessierte Wohnungssuchende selbstverständlich kostenlos weitergegeben. Wie Hatzl betonte, werden diese Wohnungen jedoch keinesfalls den bereits bei der Stadt Wien vorgemerkten Wohnungssuchenden zugewiesen, sondern nur auf Wunsch von Interessenten vermittelt.#

Das Gesetz zur Abgabe auf unvermietete Wohnungen tritt am 1. Jänner 1983 in Kraft. Sie ist dann zu bezahlen, wenn eine Wohnung sechs Monate nach der Räumung durch den früheren Mieter oder Inhaber nicht vermietet wird. Diese Frist kann sich um ein Jahr verlängern, wenn der Vermieter Arbeiten zur Standardbehebung in Angriff nimmt. Die Höhe der Abgabe richtet sich nach den Kategorien des neuen Mietrechts und beträgt das Dreifache der darin festgelegten Obergrenze. (Forts.) ba/gg

NNNN

Abgabe auf unvermietete Wohnungen (2)
Utl.: Richtlinien der Stadt Wien zur Annahme von Privatwohnungen
=++++

19 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien nimmt unter folgenden Voraussetzungen Privatwohnungen zur Weitervermietung an:

1. Die Wohnung darf nur direkt vom Hauseigentümer oder bevollmächtigen Hausverwalter angeboten werden und nicht über einen Realitätenvermittler.
2. Der Anbietende muß eine Erklärung über die Größe, Zustand, Ausstattung und Lage der Wohnung vorlegen. Die Wohnung darf nicht gesundheitsschädlich sein.
3. Der Anbieter muß erklären, daß keinerlei Abbruchbewilligung vorliegt bzw. beantragt wurde oder in den nächsten fünf Jahren beantragt werden wird.
4. Es ist eine detaillierte Erklärung über die monatliche Wohnungsaufwandsbelastung vorzulegen. Der Hauptmietzins muß den Kategorien des neuen Mietrechtsgesetzes entsprechen. Der beabsichtigte Mietvertrag mit dem zukünftigen Mieter darf nicht befristet sein.
5. Gesetzlich nicht vorgesehene Ablösen sind unzulässig. Werden Ansprüche des Vormieters geltend gemacht, so ist deren Höhe durch ein Gutachten nachzuweisen.
6. Ein vom Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien vorgeschlagener Interessent, der seinerseits mit den Vertragsbedingungen einverstanden ist, darf vom Wohnungsinhaber nicht abgelehnt werden. Die Besichtigung der Wohnung muß dem Interessenten ermöglicht werden.
7. Das Wohnungsberatungszentrum ist innerhalb von zwei Wochen nach Vorsprache des Interessenten vom Wohnungsinhaber zu verständigen, ob die Vermietung zustande gekommen ist. Die gleiche Frist gilt, falls der Interessent nicht erscheint. Bei Nichtzustandekommen des Vertrages sind die Gründe dafür anzugeben.
8. Eine angebotene Wohnung darf nur unter Einschaltung des Wohnungsberatungszentrums vermietet werden.
9. Mit der Annahme der angebotenen Wohnung durch den Eigentümer entsteht für die Stadt Wien keine Vergabepflicht. Nimmt der Hauseigentümer sein Angebot wieder zurück, so lebt die Abgabepflicht rückwirkend auf. (Forts.) ba/ap

NNNN

Abgabe auf unvermietete Wohnungen (3)
Utl.: Richtlinien der Stadt Wien zur Annahme von Privatwohnungen
=++++

20 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) 10. Durch die Richtlinien der Stadt Wien wird keine Aussage über die Vermietbarkeit der Wohnung getroffen.

11. Die Abgabepflicht lebt ebenfalls rückwirkend auf, wenn sich herausstellt, daß den Richtlinien nicht entsprochen wurde.

Weitere Wohnungen, die von der Abgabe befreit sind:

- o Wohnhäuser, die im Eigentum oder in der Benützung eines fremden Staates oder auf Grund von Staatsverträgen errichteter Organisationen oder als exterritorial anerkannter Personen stehen, wenn diese Wohnhäuser zur Unterbringung von diplomatischen Vertretungen oder zu Wohnzwecken für Personen verwendet werden, die als exterritorial anerkannt sind;
- o Wohnungen, die vom Eigentümer zur Deckung seines Wohnbedarfes selbst genützt werden;
- o Wohnungen, an denen Wohnungseigentum besteht;
- o Wohnungen in einem Wohnhaus mit nicht mehr als zwei selbständigen Wohnungen;
- o Wohnungen, die im Eigentum von gemeinnützigen Fonds stehen, wenn die Fondsstatuten die Förderung der Unterbringung von Zuwanderern vorsehen und seitens der Stadt Wien Beiträge zur Erreichung der Zielsetzungen des Fonds geleistet werden;
- o Dienstwohnungen;
- o Wohnungen, die im Eigentum von Gebietskörperschaften stehen und im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis als Natural- oder Werkswohnungen überlassen werden;
- o Wohnungen, die auf Grund behördlicher Anordnungen nicht vermietbar sind.

(Schluß) ba/gg

NNNN

Gardegasse 5 wird revitalisiert

=++++

21 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Das städtische Althaus im 7. Bezirk, Gardegasse 5, wird revitalisiert, erklärte Wohnbaustadtrat Johann HATZL zu einer öVP-Presseaussendung, in der der zweite Landtagspräsident Fritz HAHN behauptete, daß das Haus abgerissen wird. Das ist völlig aus der Luft gegriffen, betonte Hatzl. Die Gardegasse 5 ist ein denkmalgeschütztes Althaus. Die Revitalisierung soll 1983 in Angriff genommen werden.

(Schluß) ba/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

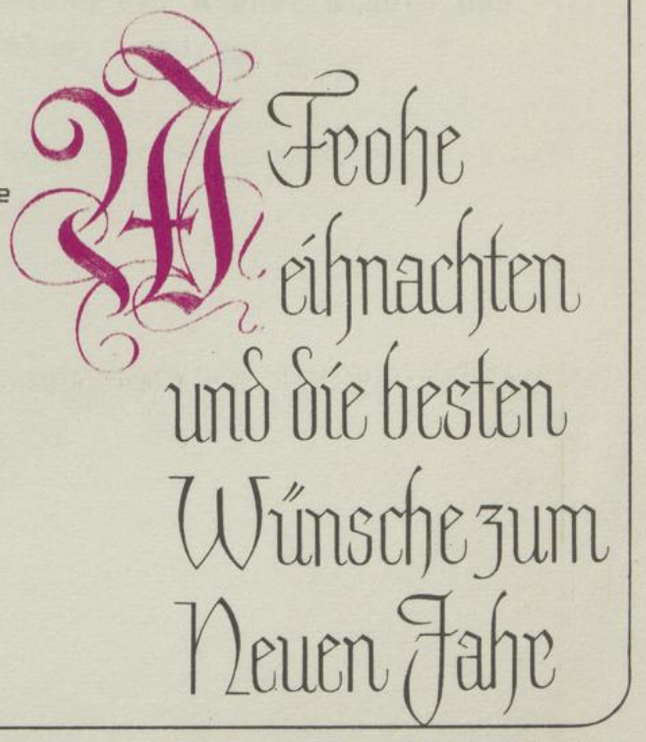
Freitag, 24. Dezember 1982 Blatt 3826

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Lokal: Die Rettung im November
(orange)

Kultur: Weihnachtsgeschenk für die Stadtbibliothek
(gelb)

Nur
über FS:
24.12. Rat und Hilfe während der Feiertage



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Weihnachtsgeschenk für die Stadtbibliothek

=++++

1 #Wien, 24.12. (RK-KULTUR) Gerade rechtzeitig als "Weihnachtsgeschenk" erhielt die Wiener Stadt- und Landesbibliothek von Dr. Christian Röttinger die Autographen- und Zeitungsausschnitt-Sammlung seines Vaters Dr. Werner RÖTTINGER. Die Sammlung umfaßt Dokumente von Wiener Schriftstellern, Schauspielern, Sängern und Komponisten.#

Werner Röttinger (1918 - 1960) war von 1946 bis zu seinem Tod literarischer Referent bei Radio Wien und Autor zahlreicher Sendungen und Hörbilder. Daneben war er als Lektor an Volkshochschulen und als literarischer Mitarbeiter mehrerer Zeitungen tätig, für die er Feuilletons, literaturhistorische Artikel, Theater- und Buchrezensionen schrieb. Er betreute auch die Herausgabe mehrerer Auswahlbände von österreichischen Dichtern des 19. Jahrhunderts.

In seiner Sammlung, die in 41 Ordnern nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet und durch Register aufgeschlüsselt ist, finden sich Korrespondenzstücke, Autographen, Autogramme, Fotos, Zeitungsausschnitte und Programme, die einen anschaulichen überblick über Leben und Wirken zahlreicher, größtenteils Wiener Schriftsteller, Schauspieler, Sänger und Komponisten geben. Die Sammlung wird in der Handschriftensammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek verwahrt werden. (Schluß) red/gg

NNNN

WIEN KULTUR

Die Rettung im November
Utl.: Mehr Einsätze als im Vorjahr
=++++

3 #Wien, 24.12. (RK-LOKAL) Die Zahl der Einsätze des städtischen Rettungsdienstes ist im November verglichen mit November 1981 wieder gestiegen. So leisteten die Ärzte und Sanitäter des städtischen Rettungsdienstes im Berichtsmonat bei insgesamt 4.891 Personen (im Vorjahr waren es 4.699) Erste Hilfe, wobei 50.304 Kilometer von den 14 Einsatzwagen zurückgelegt wurden. Im abgelaufenen Monat wurde außerdem bei 2.544 Akuterkrankten - davon bei 172 Patienten mit Herzinfarkt und bei 225 Patienten mit akuten Herzerkrankungen - interveniert.#

Ein Großteil der 2.093 verletzten Personen, nämlich 573, verunglückten bei Verkehrsunfällen. Ferner wurden 102 Personen nach Betriebsunfällen und 71 Personen nach Sportunfällen betreut. Der städtische Rettungsdienst intervenierte bei 56 Selbstmordversuchen, wobei allerdings in 24 Fällen jede Hilfe bereits zu spät kam.

An der Spitze aller Interventionen standen auch im November wieder die Erste-Hilfe-Leistungen in Wohnungen. Bei insgesamt 2.094 Einsätzen - das sind 42 Prozent aller Einsätze - wurden 1.347 Patienten in ein Spital gebracht und 137 Patienten nach erfolgter ärtzlicher Versorgung in der Wohnung belassen.

An das Wiener Rote Kreuz wurden 617 Einsätze, an den Arbeiter-Samariter-Bund 289 Einsätze abgegeben.

Der Krankenbeförderungsdienst hatte im November 5.411 Ausfahrten, wobei 5.376 Patienten befördert und 64.419 Kilometer zurückgelegt wurden. Erfolgreich war das Sanitätspersonal des Krankenbeförderungsdienstes auch bei zwei Geburten: Einem Buben und einem Mädchen wurde von den Sanitätsgehilfen in der Wohnung beziehungsweise im Sanitätswagen erfolgreiche Geburtshilfe geleistet. (Schluß) Zi/fe

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

Montag, 27. Dezember 1982 **Blatt 3829**

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet:	**Darf die Rettung bald auch bei Rot fahren?** **Was bringt das Jahr 1983 für Gemeindemieter?**
Kommunal: (rosa)	**Elf neue Baurechtsgründe** **Städtejahrbuch erschienen** **Freudenreich-Vertrag unter Dach und Fach**
Lokal: (orange)	**Das waren die Weihnachten 1982**
Kultur: (gelb)	**Ehrengrab für Maxi Böhm**
Nur über FS:	**Telefonausfall im Krankenhaus Lainz** **10.000 Kilo Kohle für Pensionisten am Neubau**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Bereits am 26. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet

Darf Rettung bald auch bei Rot fahren?

=++++

1 #Wien, 26.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Rettung soll in Zukunft möglicherweise auch bei Rot fahren dürfen. Ein diesbezügliches Gesetz steht in Erwägung. Das teilte Chefarzt Dr. Ottokar BERAN in einem Interview mit "Wien aktuell-Wochenblatt" mit.

Dr. Beran: "Eine solche Lösung würde natürlich hauptsächlich in den Nachtstunden die Rettungsfahrten beschleunigen. Für unsere Fahrer wäre damit allerdings eine große zusätzliche Verantwortung verbunden. Sie müßten rote Ampeln wie Stoptafeln betrachten."#

Die Wiener Rettung verfügt heute, ein Jahr nach ihrem hundertjährigem Bestandsjubiläum, in der von Stadtrat Alois STACHER initiierten "Rettungsgemeinschaft" mit dem Roten Kreuz und dem Arbeitersamariterbund über elf Stationen und 17 Einsatzfahrzeuge mit jeweils einem Ersatzwagen. Die Anzahl der Ausfahrten nimmt jährlich zu und hält derzeit bei etwa 70.000. Größtes Problem dabei ist die zunehmende Verkehrsdichte. Chefarzt Dr. Beran: "Ich bitte alle Verkehrsteilnehmer, mehr Rücksicht auf unsere Einsatzfahrzeuge zu nehmen."

Keine Probleme gibt es momentan auf dem Ärztesektor: Alle Planposten sind besetzt, bei jedem Einsatz ist ein Arzt dabei. Ab 1984 soll als Ergänzung zum bestehenden Funkverkehr ein Computersystem eingeführt werden, das die Ambulanzen über Bildschirme direkt mit Informationen versorgt. (Schluß) roh/gg

NNNN

Bereits am 26. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet

Was bringt das Jahr 1983 für Gemeindemieter? (1)
Utl.: Höhere Betriebskosten aber mehr Wohnbeihilfe
=++++

2 #Wien, 26.12. (RK-KOMMUNAL) Das kommende Jahr wird für Gemeindemieter allerhand Neues - zum Großteil Positives - zu bieten haben: Der Grundzins wird im wesentlichen gleich bleiben, die Betriebskosten werden jedoch um 50 Groschen pro Quadratmeter und Monat angehoben. Dieser Erhöhung der Betriebskosten stehen umfangreiche Verbesserungen gegenüber: so wird es unter anderem mehr Wohnbeihilfe geben, zahlreiche Wohnhausanlagen werden instandgesetzt, die Mieter werden genaue Informationen über die Zusammensetzung ihres Mietzinses erhalten, Behinderte werden stärker berücksichtigt, und nicht zuletzt wurde ein neues Wohnbauprogramm für die nächsten fünf Jahre erstellt.#

Ab 1. Jänner 1983 werden die Betriebskosten in den kommunalen Wohnbauten nach 1945 um 50 Groschen pro Quadratmeter und Monat erhöht. In den Gemeindebauten der Ersten Republik wird die Erhöhung zwischen 30 und 90 Groschen ausmachen. Die Betriebskosten mußten auf Grund von diversen Gebührenerhöhungen angehoben werden.

Derzeit zahlen alle Gemeindemieter einen gleichbleibenden Akontobetrag für die Betriebskosten, die aus Wassergebühren, sowie aus Gebühren für die Rauchfangkehrung, Kanalräumung, Schädlingsbekämpfung, Müllabfuhr, Hausbeleuchtung, Versicherungen, Verwaltungsauslagen, aus dem Hausbesorgerentgelt und der Grundsteuer bestehen. Den eingezahlten Betriebskosten steht die Abrechnung gegenüber, die jeweils bis Juni des nächsten Jahres abgeschlossen ist. Die Abrechnung für 1983 wird also im Juni 1984 zur Verfügung stehen. Durch das neue Mietrechtsgesetz erfolgt nun die Abrechnung für jedes Haus einzeln. Das heißt, daß jeder Mieter bis zum Juni 1983 genau informiert wird, wie hoch die Betriebskosten in seinem Haus im Jahr 1982 waren. (Forts.) ba/gg

NNNN

.-.-.-

elf neue baurechtsgruende
=++++
1 +++wien, 27.12. (rk-kommunal) der gemeinderatsausschuss vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumentenschutz genehmigte den verkauf zahlreicher grundstuecke in gartensiedlungsgebieten des 11. und des 22. bezirkes. davon profitieren 32 neue eigentuemer im gartensiedlungsggebiet ''neugebaeude'' in simmering und zwoelf im gartensiedlungsgebiet ''muehlhaeufel'' im 22. bezirk. gleichzeitig genehmigte der ausschuss die umwandlung von elf bestandsrechten in baurechte in der siedlung ''neugebaeude''.+++

konsumentenstadtrat josef v e l e t a erklaerte dazu gegenueber der''rathauskorrespondenz'', dass von der stadt wien bisher in der siedlung ''neugebaeude'' insgesamt 142 lose mit insgesamt mehr als 53.0000 quadratmetern verkauft urden. baurechtsvertraege wurden dort mit 92 siedlern abgeschlossen, denen nun mehr als 35.000 quadratmeter zur verfuegung stehen. auf dem ''muehlhaeufel'' haben 181 siedler ihre gruende durch kauf von der stadt wien erworben, die gesamtflaeche betraegt dort 91.500 quadratmeter. baurechtsvertraege wurden mit 75 siedlern abgeschlossen, die nun ueber insgesamt mehr als 37.000 quadratmeter verfuegen. (schlusss) and/ap

nnnn

staedtejahrbuch erschienen
=++++
2 wien, 27.12. (rk-kommunal) +++zahlen und daten aus 183 oesterreichischen staedten und gemeinden bietet das kuerzlich erschienene ''statistische jahrbuch oesterreichischer staedte 1981'', das unter mitarbeit des oesterreichischen statistischen zentralamtes vom oesterreichischen staedtebund herausgegeben wird.+++

in diesem jahrbuch sind 67 staedte und gemeinden mit mehr als 10.000 und 121 gemeinden mit mehr als 5.000 einwohnern enthalten, die beim oesterreichischen staedtebund mitglied sind. statistische daten aus allen bereichen des sozialen, politischen und kulturellen lebens geben ein bild von der situation dieser gemeinden. das reicht von detaillierten zahlen ueber die wohnbevoelkerung ueber bautaetigkeit und verkehrsunfaelle bis zu rechnungsabschluessen, voranschlaegen und sogar dem genauen schuldenstand der gemeinden. die daten ueber die wohnbevoelkerung basieren bereits auf den ergebnissen der volkszaehlung 1981.

das ''statistische jahrbuch oesterreichischer staedte 1981'' ist zum preis von 180 schilling beim verlag gutenberg, 2700 wiener neustadt, wiener strasse 66, zu erhalten.
(schluss) roh/ap

nnnn

freudenreich-vertrag unter dach und fach
=++++
5 wien, 27.12. (rk-kommunal) +++nach der im mai 1982 erfolgten bestellung zum leiter der begleitenden kontrolle beim akh ist nun auch der letzte, formelle schritt getan worden: ministerialrat dr. friedrich f r e u d e n r e i c h unterschrieb einen konsulentenvertrag. dr. freudenreich wird als konsulent und sachverstaendige auskunftsperson fuer die arge-akh, dem organ der bauherren bund und stadt wien, und fuer den aufsichtsrat der vamed, der voest-tochter zur errichtung des akh, taetig sein.+++
(schluss) sei/ap
nnnn

das waren die weihnachten 1982
=++++
6 wien, 27.12. (rk-lokal) die weihnachtsfeiertage 1982 verliefen ausgesprochen ruhig. die wiener feuerwehr hatte waehrend der feiertage wesentlich weniger ausfahrten zu verzeichnen als an normalen wochentagen. am heiligen abend gab es 76 einsaetze, am christtag 51 und am stefanitag nur 44. der normale tagesdurchschnitt liegt zwischen 60 und 80 einsaetzen. es gab auch kaum christbaumbraende.

die rettung wurde ebenfalls wenig strapaziert. waehrend der tagesdurchschnitt an rettungsfahrten bei 220 ausfahrten liegt, verzeichnete die wiener rettung am heiligen abend 184, am christtag 134 und am stefanitag 123 ausfahrten.

zwtl.: das wiener weihnachtsbaby ist heuer ein maedchen

in den wiener staedtischen spitaelern kamen am 24. dezember 20 kinder zur welt. das wiener weihnachtsbaby ist heuer ein maedchen. die geburtsdaten: 2,23 kilogramm schwer und 46 cm gross. die 35-jaehrige diana vogel brachte es am 24. dezember um 1 uhr frueh in der i. univ.-frauenklinik im akh zur welt. das weihnachtsbaby musste unmittelbar nach der geburt in die kinderklinik gebracht und in einen brutkasten gelegt werden. montag frueh konnte das maedchen den brutkasten bereits verlassen und ist wohlauf.
(schluss) fk/ap

nnnn

ehrengrab fuer maxi boehm
=++++
7 wien, 27.12. (rk-kultur) buergermeister leopold g r a t z hat im einvernehmen mit kulturstadtrat dr. helmut z i l k angeordnet, dass der familie von maxi b oe h m die beisetzung des popuolaeren schauspielers in einem ehrenrab der stadt wien angeboten wird. (schluss) sti/ap
nnnn

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Dienstag, 28. Dezember 1982 Blatt 3838

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 1983 - das Jahr der Mietermitbestimmung
(rosa) Hatzl legt Wohnbaubilanz 1982 vor

Lokal: Silvester: Sektkorken erlaubt - Böller verboten
(orange) Pensionistenheim in Erdberg heißt nun Maria-Jacobi-Heim

Nur Eheberatung auch zwischen den Feiertagen
über FS: Weihnachtsferien: Drei Jugendzentren laden ein
Glosende Zigarette verursachte Zimmerbrand
Selbstmord durch Gas

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Silvester: Sektkorken erlaubt - Böller verboten
=++++

2 Wien, 28.12. (RK-LOKAL) Im eigenen Interesse sollte man sich zu Silvester auf den Knall von Sektkorken beschränken, auf Böller und andere größere Feuerwerksartikel dagegen verzichten: nach dem Pyrotechnikgesetz sind nämlich nur kleine, harmlose Feuerwerkartikel der Klasse I (Gesamtsatzgewicht höchstens drei Gramm) erlaubt.

Und das mit gutem Grund: größere Feuerwerkartikel können Ihre Gesundheit und die anderer Menschen gefährden. Jahr für Jahr verursachen Feuerwerkskörper mehrer Brände - so hat vor zwei Jahren eine Rakete eine Wohnung in Brand geschossen.

Beachten Sie daher auch in der letzten Nacht des Jahres die gesetzlichen Bestimmungen. Verwendet werden dürfen nur pyrotechnische Gegenstände der Klasse I - die genaue Bezeichnung und die Klassenzugehörigkeit muß auf Feuerwerksartikeln übrigens vermerkt sein.

Kleinfeuerwerke, die ja bereits zur Klasse II zählen, dürfen im Ortsgebiet, also in Wien, und natürlich auch in geschlossenen Räumen nicht abgebrannt werden. Mittlere und Großfeuerwerke können überhaupt nur unter bestimmten Voraussetzungen an Personen mit entsprechender Bewilligung abgegeben werden. Verboten ist aber auch die private Herstellung von Feuerwerksartikeln aller Art.

Außerdem: auch die "erlaubten" Silvesterfeuerwerksartikel dürfen in der Nähe von Kirchen und Gotteshäusern, Krankenanstalten, Kinder-, Pflege- und Erholungsheimen nicht verwendet werden. (Schluß) hs/ap

NNNN

1983 - das Jahr der Mietermitbestimmung (1)
=++++

5 #Wien, 28.12. (RK-KOMMUNAL) Noch nie zuvor gab es soviel Mietermieterbestimmung wie für das Jahr 1983 geplant ist. Nach den guten Erfahrungen mit dem Partizipationsmodell Feßtgasse in Ottakring sollen nun 13 weitere Gemeindebauten errichtet werden, bei denen der künftige Mieter mit dem Architekten die eigene Wohnung plant. Außerdem soll es neue Mitbestimmungsmöglichkeiten in bereits besiedelten Anlagen geben. In einigen Wohnhausanlagen werden die Mieter im kommenden Jahr nach der Durchführung der Gartenbetreuung durch Firmen, Hausbesorger oder Eigenarbeit befragt. Außerdem sollen die Mieter künftig auch über Tierhaltung und Waschküchenbenützung abstimmen können. Dies berichtete Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag beim Pressegespräch des Bürgermeisters.#

Bei dem großen Partizipationsmodell werden Wohnungsgröße, Lage der Wohnung, Wohnungsgrundrisse, Wohnungsausstattung, ja sogar die Fassaden und die Gemeinschaftsräume gemeinsam festgelegt. Der Architekt nimmt dabei eine beratende Funktion ein. In den 13 Wohnhausanlagen sind insgesamt rund 340 Wohnungen vorgesehen. Das größte Mitbestimmungsprojekt mit 50 Wohnungen wird im 11. Bezirk in der Oberleitengasse-Trinkhausstraße errichtet. Hier fanden bereits die ersten Mietergespräche mit dem Architekten statt. Bei den 12 weiteren Wohnhausanlagen werden die Mieter im kommenden Jahr zu Planungsgesprächen eingeladen. Ziel von Wohnbaustadtrat Johann HATZL ist es, daß in jedem Bezirk nach Möglichkeit eine städtische Wohnhausanlage mit Mieter und Architekten gemeinsam geplant wird. (Forts.) ba/ap

NNNN

1983 - das Jahr der Mietermitbestimmung (2)
Utl.: Auch "Kleine" Mitbestimmung ganz groß
=++++

6 Wien, 28.12. (RK-KOMMUNAL) Die sogenannte kleine Mietermietbestimmung, bei denen der Mieter über einen Teilbereich in seiner Wohnhausanlage wie etwa über die Innenausstattung, die Gestaltung der Spielplätze, die Fassade oder über die Stiegenhausmalerei entscheiden konnte, gab es bereits 1982 in großem Umfang. In insgesamt 44 Gemeindebauten konnten sich Hausparteien an Mieterbefragungen beteiligen. In sechs bereits fertiggestellten Wohnhausanlagen gab es Mitsprache zur Innenausstattung, bei weiteren 20 Anlagen die noch in Bau sind, wird der künftige Mieter ebenfalls nach seinen Wünschen gefragt. In 11 Anlagen gab es Befragungen über die Ausgestaltung von Spielplätzen und über die Einrichtung von Hobby- und Gemeinschaftsräumen. Zur Stiegenhausmalerei wurden die Mieter in 21 Wohnhausanlagen befragt. Das nachträgliche Stiegenhausausmalen hat sich als besonders günstig erwiesen, da beim Transport der Möbel und Haushaltsgegenstände die frisch gestrichenen Wände immer wieder beschmutzt oder beschädigt wurden.

Die Mitbestimmung bei der Fassadengestaltung wurde in bisher sechs städtischen Wohnhausanlagen durchgeführt.

Wie die bisherige Erfahrung mit der Mietermitbestimmung gezeigt hat, kommen das große Partizipationsmodell bei dem der Mieter mit dem Architekten gemeinsam die Wohnung plant, sowie die Mitbestimmung zur Innenausstattung recht gut an, berichtete Stadtrat Hatzl. Etwa 70 bis 80 Prozent der Mieter nehmen an der Befragung der Stiegenhaus- und Fassadengestaltung teil. Am geringsten ist das Interesse der Mieter bei der Gestaltung der Hobbyräume, wo durchschnittlich nur 30 Prozent der Mieter mitmachen. (Schluß) ba/ap

NNNN

Hatzl legt Wohnbaubilanz 1982 vor

=++++

7 #Wien, 28.12. (RK-KOMMUNAL) Im letzten Pressegespräch des Bürgermeisters im alten Jahr zog Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag Bilanz über den Neubau kommunaler Wohnhausanlagen und über die Wohnhäuserinstandsetzung. 1982 wurde mit dem Bau von 3.400 städtischen Wohnungen auf 31 Baustellen begonnen. 2.700 Wohnungen auf 32 Baustellen wurden fertiggestellt. Insgesamt sind mit Ende Dezember 7.200 Gemeindwohnungen auf 77 Baustellen in Bau. Mit der Realisierung des Wohnbauprogramms 1982 hat die Stadt Wien seit 1945 rund 149.000 Wohnungen begonnen und 141.600 fertiggestellt. Für das Jahr 1983 ist der Neubeginn von 1.800 Wohnungen auf 20 Baustellen vorgesehen. Für die Bautätigkeit der Stadt Wien stehen im kommenden Jahr 3.332 Millionen Schilling zur Verfügung.#

Die Stadt Wien verwaltet derzeit 220.406 Mietobjekte in 17.486 Stiegenhäusern, die erhalten, beziehungsweise instandgesetzt werden müssen. 1982 wurden in cirka 270 Wohnhausanlagen größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt beziehungsweise begonnen: In 200 Wohnhausanlagen mit Hilfe des Erhaltungsbeitrages, in den übrigen Gemeindebauten wurden Renovierungsarbeiten noch nach dem alten Mietengesetz durchgeführt.

Außerdem wurden 5.500 leere Wohnungen vor der Wiedervermietung instandgesetzt. In 194 Stiegenhäusern wurden die Stromversorgungseinrichtungen erneuert, in den Waschküchen wurden 490 veraltete Waschaggregate, 200 Zentrifugen und drei Bügelmaschinen ausgetauscht.

Durch das Sonderwohnbauprogramm unnd durch das umfangreiche Instandsetzungsprogramm konnte die Zahl der Beschäftigten auf den Hochbaustellen der Stadt Wien gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent gesteigert werden. Derzeit sind 8.105 Arbeitskräfte beim Hochbau beschäftigt. Im Dezember 1981 waren es im Vergleich dazu 6.613 Beschäftigte. (Forts. mögl.) ba/ap

NNNN

Pensionistenheim in Erdberg heißt nun Maria-Jacobi-Heim
=++++

9 #Wien, 28.12. (RK-LOKAL) Nach der im Oktober 1976 verstorbenen ehemaligen Wohlfahrsstadträtin Maria JACOBI wurde Dienstag ein Pensionistenheim im 3. Bezirk benannt: bei einer kleinen Feier, in der Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die Leistungen der ehemaligen Stadträtin würdigte, wurde das Heim in der Würtzlerstraße 25 "Pensionistenheim Maria Jacobi" benannt.#

Als Ehrengäste waren u.a. 2. Landtagspräsident Fritz HAHN, Bezirksvorsteher Günther REVICZKY und der Geschäftsführer des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, Gemeinderat Herbert DINHOF anwesend.

Maria Jacobi, am 12. März 1910 in Wien geboren, gehörte dem Wiener Gemeinderat von 1945 bis 1975 an. Von 1959 bis 1973 war sie als Stadträtin für das Wohlfahrtsressort verantwortlich. Besondere Verdienste hat sie sich dabei auf dem Sektor Altenbetreuung und Sozialwohlfahrt erworben: dazu gehören die Aktion Gemeindeurlaub ebenso wie der Ausbau der Pensionistenklubs und das Konzept für die Errichtung der Pensionistenheime. Die Errichtung zahlreicher Kindergärten, Horte, Beratungs- und Hilfseinrichtungen zählt zu ihren Leistungen auf dem Gebiet der Jugendarbeit, außerdem wurden in Maria Jacobis Amtszeit auch das Jugendschutzgesetz und das Sozialhilfegesetz beschlossen. (Schluß) hs/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Mittwoch, 29. Dezember 1982 Blatt 3844

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Grundtransaktion für Schulerweiterung
(rosa)

Lokal: Silvester-Turmblasen vom Rathausturm
(orange) Wieder: "Malen im Museum"
Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrmitteln!
Start in die Ballsaison

Nur Bürgerdienst zu Silvester
über FS:

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Silvester-Turmblasen vom Rathausturm
=++++

1 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Auch heuer findet am 31. Dezember wieder das traditionelle Silvester-Turmblasen auf der Loggia des Rathausturmes statt. Der Trompeterchor der Stadt Wien unter der Leitung von Karl Jeitler wird von 18 bis 18.30 Uhr Stücke klassischer und zeitgenössischer Komponisten sowie eine Reihe von Weihnachtsliedern spielen.

Weihnachtsmusik vom Tonband leitet ab 23.30 Uhr auf dem Rathausplatz den Jahreswechsel ein, den 12 Glockenschläge anzeigen. Mit Johann Strauß' "An der schönen blauen Donau" in einer historischen Aufnahme der Wiener Philharmoniker unter Clemens Krauss geht es dann beschwingt ins neue Jahr.
(Schluß) gab/ap

NNNN

Wieder: "Malen im Museum"

=++++

2 #Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Die beliebten Malaktionen im Museum Moderner Kunst im Palais Liechtenstein werden auch im Neuen Jahr fortgesetzt.#

Noch unter dem Eindruck einer Museumsbesichtigung (wobei hier die Führung entsprechende geschulte Pädagogen übernehmen) haben alle interessierten Kinder und Jugendlichen (und natürlich auch deren Eltern) die Möglichkeit, selbst zu Farbe und Pinsel zu greifen. Die Malutensilien werden vom Landesjugendreferat kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Malaktionen finden an folgenden Sonntagen jeweils von 10 Uhr bis 12.30 Uhr im Museum Moderner Kunst, Palais Liechtenstein, Wien 9, Fürstengasse 1 statt:

9. und 23. Jänner
13. und 27. Februar
13. und 27. März
17. April
15. und 19. Mai
12. und 26. Juni 1983.

Der Eintritt ins Museum und die Teilnahme an der Malaktion sind gratis. (Schluß) emw/ap

NNNN

Grundtransaktion für Schulerweiterung

=++++

3 Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Dem Kauf einer in Privatbesitz befindlichen Liegenschaft in Rudolfsheim-Fünfhaus hat der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz zugestimmt. Es handelt sich um ein 540 Quadratmeter großes Grundstück in der Zinckgasse 16, das zur Erweiterung der benachbarten städtischen Volks- und Sonderschule Zinckgasse 12 - 14 benötigt wird. (Schluß) we/ap

NNNN

Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln! (1)
=++++
5 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Wer Silvester außer Haus feiert, kann sein Auto ruhig stehen und sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicher nach Haus bringen lassen. Die Wiener Verkehrsbetriebe richten in dieser Nacht auf zahlreichen Linien auch heuer wieder einen durchgehenden Betrieb ein. Es gilt der normale Tarif, Vorverkaufsfahrscheine und Netzkarten sind gültig (auch noch mit Dezemberwertmarken). Den erhöhten Nachttarif gibt es seit der Tarifreform zu Beginn dieses Jahres nicht mehr.

In der Silvesternacht verkehren folgende Linien:

U1	Reumannplatz - Zentrum Kagran
D	Nußdorf - Börse
N	Floridsdorfer Brücke - Schwedenplatz (U-Bahn)
T	Südbahnhof-Ring-St. Marx
1	Stadlauer Brücke (S-Bahn)-Ring-Kai-Stadlauer Brücke (S-Bahn)
2	Neuwaldegg-Ring-Kai-Neuwaldegg
18	Liechtenwerder Platz-Gürtel-Stadionbrücke
25/26	Leopoldau (S-Bahn)-Zentrum Kagran (U-Bahn)-Stadlau
29 A	Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf (S-Bahn)-Großfeldsiedlung
31	Schottenring (U-Bahn) - Stammersdorf
32	Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf (S-Bahn)-Strebersdorf
35 A	Salmannsdorf - Floridsdorfer Brücke
38	Grinzing - Schottentor (U-Bahn)
41	Pötzleinsdorf - Schottentor (U-Bahn)
46	Joachimsthaler Platz - Dr.-Karl-Renner-Ring
49	Hütteldorf - Dr.-Karl-Renner-Ring
58	Unter St. Veit - Burgring
60	Rodaun - Kennedybrücke (U-Bahn)
62	Kärtner Ring, Oper-Lainz
64	Siebenhirten (über Meidlinger Hauptstraße) - Mariahilfer Straße/Westbahnhof
65	Stefan-Fadinger-Platz - Kärtner Ring, Oper
67 A	Reumannplatz (U-Bahn) - Siedlung Wienerfeld
67	Reumannplatz (U-Bahn) - Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost
71	Zentralfriedhof - Schwarzenbergplatz

(Forts.) ger/ap

Zu Silvester mit den öffentlichen Verkehrsmitteln! (2)
Utl.: öffnungszeiten der Vorverkaufsstellen
=++++
6 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Die Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehresbetriebe sind am Freitag, dem 31. Dezember, von 6.30 Uhr bis 18.30 Uhr und am Montag, dem 3. Jänner, von 6 bis 18.30 Uhr geöffnet. (Schluß) ger/ap

Start in die Ballsaison
Utl.: Vergnügungssteuer nur mehr 10 Prozent
=++++
7 #Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Der Start in die Ballsaison fällt heuer für die Ballveranstalter mit einer erfreulichen Tatsache zusammen: ab 30. Dezember dieses Jahres wird die Vergnügungssteuer auf Bälle in Wien von bisher 25 oder 20 Prozent auf einheitlich 10 Prozent gesenkt. Im Vergnügungssteuerreferat der Stadt Wien wurden bis heute, Mittwoch, 234 Bälle angemeldet - um 24 Bälle mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.#

Heuer gibt es vor allem mehr kleine Bälle mit weniger als 500 Eintrittskarten - 128 gegenüber 105 im Vorjahr. Die Zahl der großen Bälle mit über tausend Karten blieben mit 56 Veranstaltungen (Vorjahr: 55) fast gleich, die Zahl der mittleren Bälle zwischen 500 und 1.000 Karten ist mit 50 Veranstaltungen gleich wie im Vorjahr. (Schluß) sei/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Donnerstag, 30. Dezember 1982 Blatt 3850

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 1982 brachte den Wiener Familien viel Neues
(rosa) Dienstag KEIN Pressegespräch des Bürgermeisters

Lokal: Straßenmusikverordnung gilt auch 1983
(orange) Verrücktes Winterwetter nichts Ungewöhnliches
Älteste österreicherin wurde Wienerin
Berufsschüler helfen Nierengeschädigten

Sport: Erfreulicher Ausblick auf das Jahr 1983
(grün)

Nur Wohnungsbrand in Hernals
über FS:

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Erfreulicher Ausblick auf das Jahr 1983:
Utl.: Mehr als 238 Millionen S für den Sport in Wien
=++++

2 #Wien, 30.12. (RK-SPORT) Auch im Jahre 1983 wird der Sport in Wien einen großen Stellenwert einnehmen. Sportstadtrat Peter SCHIEDER gab bekannt, daß für das kommende Jahr Subventionsmittel in der Höhe von 238 Millionen S zur Verfügung gestellt werden, "um den eingeschlagenen Weg der direkten und indirekten Sportförderung weiterhin konsequent fortzusetzen". An baulichen Investitionen ist die Errichtung einer Jugendsportanlage in Wien 10, Franz-Koci-Straße vorgesehen, die Sanierungsarbeiten der Sporthalle im Karl-Seitz-Hof in Wien 21 werden fortgesetzt. Außerdem wird eine ständige Instandhaltung und Verbesserung der baulichen Einrichtungen auf den vom Sportamt der Stadt Wien verwalteten Anlagen angestrebt.#

Wie schon in den vergangenen Jahren ist der Trainings- und Wettkampfbetrieb in der Wiener Stadthalle, in den städtischen Turnsälen, Schwimmhallen, Sporthallen und auf den Spielplätzen kostenlos; ebenfalls unentgeltlich stehen die acht verwalteten Sporthallen den Klub sfür den Spielbetrieb zur Verfügung. Die seit Jahren mit großem Erfolg laufenden Sportaktionen, wie das Jugendeislaufen in der Donauparkhalle oder der "Sportplatz der offenen Tür" auf zahlreichen Anlagen in den Sommermonaten, werden selbstverständlich weiter durchgeführt.

Wie Sportstadtrat Schieder abschließend betonte, wurden auch die Mittel für die Förderung von internationalen Großveranstaltungen angehoben. In den nächsten Jahren finden in der Bundeshauptstadt unter anderen die Fechtweltmeisterschaften 1983 oder die Damenjudo-WM 1984 statt, hiefür sind entsprechende Subventionsmittel eingeplant. (Schluß) hof/ap

NNNN

Straßenmusikverordnung gilt auch 1983

=++++

3 #Wien, 30.12. (RK-LOKAL/KULTUR) Die Straßenmusikverordnung, die im vergangenen Sommer eingeführt wurde, wird auch im kommenden Jahr beibehalten. Die Musizierplätze sowie die Tageszeiten, zu denen gespielt werden darf, bleiben diesselben. Ebenso werden die Regelungen beibehalten, die eine Belästigung der Bevölkerung und der Geschäftswelt durch die Musikanten verhinderen sollen.#

Laut der am Donnerstag im Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlichten Verordnung werden wieder folgende Plätze für die Straßenmusik freigegeben: Graben, Kärntner Straße und Michaelerplatz von 16 bis 20 Uhr, Am Hof, Schwedenplatz, Karlsplatz, Fußgängerzone Favoritenstraße, Reumannplatz, Hansson-Zentrum und Meidlinger Hauptstraße von 11 bis 20 Uhr.

Die Verwendung von lautstarken Instrumenten, der Aufbau von Podien und das Absammeln von Geld ist wie im Vorjahr nicht erlaubt. Eine Musiziertruppe darf maximal aus drei Personen bestehen. Von den Häuserfronten müssen cirka fünf, von Kirchen 25, von anderen Musikgruppen 50 Meter Abstand gehalten werden. Die Bestimmungen der Verordnung können von der Polizei aufgrund der Einbindung in das Veranstaltungsgesetz durchgesetzt werden. (Schluß) gab/ap

NNNN

Verrücktes Winterwetter nichts Ungewöhnliches

=++++

4 Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Nicht nur am Dienstag lieferte das Wetter viel Gesprächsstoff, als Wien von einem heftigen Gewitter heimgesucht wurde. Ungewöhnliche Wetterverhältnisse herrschten auch - wie "Wien aktuell-Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe berichtet - vor 50 Jahren in den Jännertagen des Jahres 1933.

Der Jahresbeginn brachte damals einen extrem niedrigen Wasserstand in den Flüssen, die Donaudampfschiffahrt mußte eingestellt werden. Aber nur wenige Tage, nachdem man bei Langenzersdorf durch die Donau waten konnte, folgte der Winter: Praktisch über Nacht fielen die Temperaturen bis auf minus 20 Grad, starke Schneefälle machten die Situation beinahe unerträglich. Obwohl 8.000 Arbeitslose als Schneearbeiter beschäftigt waren, mußte beispielsweise die Brünner Straße ab Stammersdorf für den gesamten Verkehr gesperrt werden.

Für jene, die aus ungewöhnlichen Wettererscheinungen im Winter Rückschlüsse auf den kommenden Sommer ziehen wollen: 1933 stöhnte Wien unter der sommerlichen Hitze, tagelang wurden mehr als 30 Grad gemessen und am 11. August stieg die Temperatur sogar auf 33 Grad im Schatten. Ob uns in einigen Monaten ähnliches bevorstehen wird.? (Schluß) ull/ap

NNNN

Älteste österreicherin wurde Wienerin

=++++

5 #Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Die älteste österreicherin wurde Wienerin: "Wien aktuell-Wochenblatt" berichtet, daß Frau Aloisia WEGHOFER, die heuer am 29. April ihren 107. Geburtstag feierte, aus dem niederösterreichischen Gloggnitz nach Floridsdorf übersiedelt ist. Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN begrüßte die "jüngste Wienerin" mit einem Blumenstrauß und überbrachte ihr einen Brief von Bürgermeister Leopold GRATZ.#

Aloisia Weghofer wurde am 29. April 1875 geboren. Damals standen vom Rathaus und vom Burgtheater erst die Fundamente, die große Donauregulierung wurde abgeschlossen und Dr. Karl LUEGER mit 31 Jahren erstmals in den Gemeiderat gewählt.

Als Grund für ihre übersiedlung gibt Frau Weghofer an, daß ihre Nichte Hildegard ERTL, die sich schon seit Jahren um sie kümmert, ihre ganz Familie in Wien hat. Außerdem ist die kleine Wohnung in der Gerasdorfer Straße 61 mit Zentralheizung und Badezimmer bequemer als ihre bisherige Wohnung in Gloggnitz. Frau Weghofer ist verwitwet und kinderlos. Ihr Mann war Maschinist im Schlachthof Wiener Neustadt, er starb 1950. (Schluß) sti/ap

NNNN

Berufsschüler helfen Nierengeschädigten

=++++

6 Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Alle Jahre zu Weihnachten starten die Schülerinnen und Schüler der Berufsschule für Büro- und Industriekaufleute in der Castelligasse eine Sozialaktion. Heuer sind es die Wiener Dialysepatienten, denen geholfen werden soll, berichtet "Wien aktuell-Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe.

Die maschinelle Blutreinigung bei diesen nierengeschädigten Personen erfordert jede Woche etwa sechs Stunden an Zeitaufwand. Urlaub ist für die Dialysepatienten kaum möglich, der teure Aufenthalt in dem entsprechend eingerichteten Ferienzentrum wird von den Krankenkassen nicht bezahlt. Die Sammelaktion in der Berufsschule, die bis Ende Jänner dauern wird, soll etwa 30.000 Schilling für den Ferienfonds der 240 Wiener Dialysepatienten bringen. "Es geht aber nicht nur ums Geld, wir wollen mit dieser Aktion die jungen Menschen und auch die Allgemeinheit auf die schwierige Situation dieser Kranken hinweisen", stellte Direktor Otto ULZER von der Berufsschule dazu fest. Deshalb wurde der Dialysegesellschaft auch spontan organisatorische Hilfe angeboten. (Schluß) roh/ap

NNNN

1982 brachte den Wiener Familien viel Neues (1)
=++++

7 #Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) In einer Bilanz, die Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER über die Arbeit ihrer Geschäftsgruppe anläßlich des Jahreswechsels zog, stellte die Familienstadträtin fest, daß das Jahr 1982 den Wiener Familien wieder eine Reihe wichtiger Unterstützungen ihrer so wichtigen Erziehungsarbeit gebracht hat. So konnten 1982 drei neue Kindergärten, eine Ganztagsvolksschule, eine Mutterberatung, ein Institut für Erziehungshilfe, eine sonderpädagogische Ambulanz und vier sozialpädagogische Beratungsstellen eröffent werden. Ebenso gelang es durch eine gezielte Werbekampagne, in Wien mehr Pflegeeltern zu finden, sodaß mehr Kinder aus Heimen nun bei Pflegeeltern leben können. Das neue Jugendzentrum in Alt-Erlaa wurde 1982 eröffnet, die Zentren Ottakring und Prinzgasse nach umfassender Adaptierung wiedereröffnet und auch das neue Jugendzentrum "Treffpunkt Marco Polo" konnte seinen Betrieb aufnehmen.#

Äußerst erfolgreich war das 10. Wiener Ferienspiel, das heuer 250.000 Kinder und mehr als 100.000 Erwachsene anlockte, sowie die Aktion Familiensonntag, die 90.000 Besucher registrierte. (Forts.)
emw/ap

NNNN

1982 brachten den Wiener Familien viel Neues (2)
=++++

8 Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Um die erforderlichen Grundlagen für eine wirkungsvolle Arbeit im Bereich der Jugend- und Familienbetreuung zu erarbeiten und den Gedankenaustausch von Fachleuten aus Praxis und Theorie zu ermöglichen, veranstaltete das Jugendamt der Stadt Wien im zu Ende gehenden Jahr Enqueten zu folgenden Themen: Selbsthilfegruppen, Jugenderholung, Streetwork, Schulverweigerer sowie außerschulische Erziehung.

Neben seinen bewährten Aktionen wie Familiensonntag und Ferienspiel, veranstaltete das Landesjugendreferat u.a. wieder Schülerclubs (auch für türkische Kinder), Jugendtheatertage, ein Schultheaterfestival und im Medienzentrum einen Drehbuchwettbewerb.

Die Jazzabteilung des Konservatoriums der Stadt Wien wurde 15 jahre alt, eine neu gegründete Jungendblasmusik stellte sich der öffentlichkeit vor, und gemeinsam mit der Modeschule der Stadt Wien gastierte die Jazzabteilung in Saalfelden und Salzburg unter dem Motto "Junge Mode und junge Musik". Die Hetzendorfer konnten auch ein erfolgreiches Gastspiel in Lyon absolvieren.

Die Städtischen Büchereien eröffneten zwei neue Filialen, bauten einen Hausbesuchsdienst für Gehbehinderte auf und intensivierten die Aktion "Großeltern lesen vor". Zahlreiche Bildungsinitiativen wurden wieder von der Stadt Wien unterstützt.

Eine" Woche der Wiener Berufsschulen" konnte die Wienerinnen und Wiener über die Arbeit, die an diesen Schulen geleistet wird, informieren. Außerdem wurden die Modernisierungsarbeiten an den Berufsschulen Mollardgasse, Hütteldorfer Straße und Meiselstraße zügig weitergeführt. (Schluß) emw/ap

NNNN

Dienstag KEIN Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

9 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Dienstag, dem 4. Jänner, entfällt das Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters.

Das nächste Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ findet voraussichtlich am Dienstag, dem 11. Jänner statt, wie immer um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes. (Schluß) sti/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Stadterneuerungsvorschau auf 1983
(rosa) Fernwärmeverbindung EBS-HBW: Erfolgreicher Probebetrieb

Kultur: Landesarchiv: Interessantes Ausstellungsprogramm 1983
(gelb) Stadtrat Zilk zieht Bilanz 1982

Nur über FS: Neujahrstag: Rundfunksendung des Bürgermeisters

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Landesarchiv: Interessantes Ausstellungsprogramm 1983

1 Wien, 31.12.(RK-KULTUR) Ein interessantes und vielseitiges Ausstellungsprogramm wird das Wiener Stadt- und Landesarchiv 1983 bieten. Bis Ende Jänner ist im Rathaus (Stiege 6, 1.Stock) noch die Ausstellung "Weinbau im alten Wien" zu sehen. Im ersten Halbjahr sind drei Ausstellungen geplant. Am 13. Februar ist der 100.Todestag des großen Komponisten Richard Wagner. Ihm ist die Ausstellung "Richard Wagner in Wien" gewidmet. 1983 jährt sich überdies zum 300. Mal die zweite Belagerung Wiens durch die Türken (1683). Das Landesarchiv zeigt aus diesem Anlaß "Erinnerungen an die Türken vor Wien". Die 1. Arkadenhof-Ausstellung 1983 "Innenkolonisation" wird sich mit alternativen Wohn- und Lebensvorstellungen in der Zwischenkriegszeit befassen.

In der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zeigt das Landesarchiv "Papst Pius VI. bei Joseph II.", eine Ausstellung über den ersten Papst-Besuch in Wien. Die 2. Arkadenhof-Ausstellung,die während der Sommermonate zu sehen sein wird, ist Johannes Brahms gewidmet.Die kleine Schau "Johannes Brahms und seine Zeit" ist eine ideale Ergänzung zu den im Juli und August stattfindenden Arkadenhof-Konzerten. (Schluß) am/di

NNNN

WIEN KULTUR

Stadterneuerungsvorschau auf 1983 (1)
=++++

3 Wien, 31.12. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerung wird auch 1983 Vorrang in der Kommunalpolitik haben. Neben zahlreichen Wohnhausinstandsetzungen, Lückenbebauungen und Revitalisierungsprojekten wird ein weiterer Schwerpunkt der Stadterneuerung in den acht Untersuchungs- beziehungsweise Assanierungsgebieten liegen. Konkret sind hier folgende Maßnahmen vorgesehen:

Zwtl.: Ein Park für Gumpendorf

Im Untersuchungsgebiet Gumpendorf auf der Liegenschaft Garbergasse 20 soll ein öffentlicher Park errichtet werden. Um eine weitere Verkehrsberuhigung der Mittelgasse zu erreichen, soll das Kreuzungsplateu Mittelgasse-Bürgerspitalgasse aufgepflastert werden. Außerdem wird durch eine überbauung der Mittelgasse an der Stumpergasse der Durchzugsverkehr verhindert.

Zwtl.: St. Ulrichs-Platz wird Fußgängerzone

Im heurigen Jahr sind die Vorarbeiten für die Ausgestaltung des St. Ulrichs-Platzes erfolgt, für 1983 ist die definitive Ausgestaltung vorgesehen. Ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, der den erhaltungswerten Hausbestand berücksichtigt, sieht Verbesserungen der Lebensqualität durch grüne Innenhöfe, Schaffung von öffentlichen Parks, Fußwegverbindungen und verkehrsberuhigte Bereiche vor.

Zwtl.: Spittelbergsanierung geht dem Ende zu

Mit der Revitalisierung der Häuser Kirchberggasse 11-13 und Kirchberggasse 15 geht die Revitalisierung des Spittelberges, die vor zehn Jahren begann, ihrem Ende entgegen. Insgesamt sind es 16 Häuser, die zusammen den Kern der barocken Denkmalschutzzone bilden. Für 1983 sind die Ausgestaltung einer Grünfläche zwischen Gutenberggasse und Kirchberggasse, die Ausgestaltung der Schrankgasse als Wohnstraße, ein Durchgang durch das Haus Spittelberggasse 5 sowie die Gestaltung einer Feuermauer im Bereich des "Platzl's" vorgesehen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Stadterneuerungsvorschau auf 1983 (2)
Utl.: Mehr Wohnqualität durch Parks und Verkehrsberuhigung
4 Wien,31.12.(RK-KOMMUNAL) Im Untersuchungsgebiet Himmlpfortgrund wird im kommenden Jahr die Lustkandlgasse zwischen Ayrenhoffgasse und Sporkenbühelgasse ausgestaltet. Der Sobieskiplatz soll umgebaut und die Sobieskigasse zwischen dem Sobieskiplatz und der Schubertgasse ebenfalls ausgestaltet werden. Zur Bereinigung der Probleme mit Schrägparkern soll die Säulengasse zwischen dem Sobieskiplatz und der Lustkandlgasse umgebaut werden.

Zwtl.: Aus Pfann'schem Bad wird Park

In Wilhelmsdorf im 12. Bezirk entsteht in zwei Bauetappen ein großer Park auf den Gründen des ehemaligen Pfann'schen Bades. 1983 soll die erste Bauetappe fertiggestellt werden. Mehr Grünraum ist auch durch die Erweiterung der Parkanlage Vierthalergasse und durch die Ausgestaltung einer kleinen Grünfläche an der Canalettogasse vorgesehen. Die Mandlgasse zwischen der Krichbaumgasse und der Arndtstraße soll als Wohnstraße ausgestaltet werden.

Als wichtigste Maßnahme zur Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit im Untersuchungsgebiet Storchengrund im 15. Bezirk ist der Umbau der Ampelanlage Sechsehauserstraße-Stiegergasse geplant.

Im Stadterneuerungsgebiet Ottakring soll der Park in der Wichtelgasse erweitert werden. Der Ausbau der Lambertgasse als Wohnstraße wird abgeschlossen.

Im Assanierungsgebiet Hernals wird mit dem ersten Bauteil des großen Bezirkszentrums mit 200 Wohnungen und zahlreichen Geschäften und sozialen Einrichtungen begonnen werden.(Schluß) ba/di

NNNN

Fernwärmeverbindung EBS - HBW: Erfolgreicher Probebetrieb
=++++

5 #Wien, 31.12. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreich verläuft der Probebetrieb für die neue Fernwärmeverbindung von den Entsorgungsbetrieben Simmering zum Netz der Heizbetriebe Wien. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Jänner der normale Betrieb beginnen kann. Derzeit werden 22 Megawatt an das Fernwärmenetz abgegeben. Das teilte Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit.#

Der Testbetrieb für die neue, mehr als zweieinhalb Kilometer lange Fernwärmeleitung von den Entsorgungsbetrieben Simmering zur Kraft-Wärme-Kupplung im E-Werk Simmering, wo die Energie in das Netz der Heizbetriebe Wien eingespeist wird, hatte am 22. Dezember begonnen. Deutlich sichtbares Zeichen des erfolgreichen planmäßigen Probetriebes ist eine wesentliche Verringerung des Wasserdampfausstoßes aus dem Hilfskondensator bei den EBS. Sobald die neue Anlage ihren Probebetrieb abgeschlossen hat, wird es neben der Abgabe der umweltfreundlichen Fernwärme möglich sein, beide Drehrohröfen bei den Entsorgungsbetrieben Simmering zur Sondermüllverbrennung einzusetzen und damit die Leistungsfähigkeit der Anlage auf fast das Doppelte zu vergrößern. Überdies kann der Hilfskondensator, über den derzeit die Überschußenergie an die Luft abgegeben wird, außer Betrieb genommen werden. Er wird dann nur mehr als Reserve bei Störungen benötigt werden. Schließlich kann auch eine Entkalkung von großen Mengen Kühlwassers entfallen, das gegenwärtig aus tiefliegenden Brunnen im Bereich der EBS gepumpt wird.

Die neue Fernwärmeverbindung ist Teil eines Fernwärmesystems, zu dem auch die neue Südleitung (Arsenal - Laaer Berg) gehört. Die Südleitung wird voraussichtlich in etwa sechs Wochen fertiggestellt. Dann kann die bei den EBS gewonnene Energie für die Versorgung des Südnetzes der HBW herangezogen werden. An dieses Netz sind zurzeit rund 7.000 Wohnungen, darunter auch die Per-Albin-Hansson-Siedlung - und mehrere Industriebetriebe angeschlossen. (Schluß) and/ap

NNNN

Stadtrat Zilk zieht Bilanz 1982 (1)

6 #Wien, 31.12.(RK-KULTUR) Auch 1982 stand die Arbeit des Kulturamtes der Stadt Wien im Zeichen der Bemühungen, die Kultur einem möglichst großen Bevölkerungskreis zugänglich zu machen. Kulturstadtrat Dr.Helmut ZILK, der in einem Rundfunkinterview eine kurze Bilanz der Arbeit des vergangenen Jahres zog, wies dabei besonders auf die immer zahlreicher werdenden Bezirksveranstaltungen hin, mit denen hunderttausende Wiener erreicht werden.#

Zilk betonte auch das kulturelle Engagement für kleine Teilgruppen der Bevölkerung, ohne jedoch eine Unterscheidung zwischen "etablierter" und "Subkultur" treffen zu wollen. Kultur sei eben ein "Ganzes", jedoch in vielfältigen Facetten, denen man gerecht werden müsse. Wesentliche Neuerungen brachte 1982 unter anderem mit der erstmaligen Vergabe des Elias-Canetti-Stipendiums, der Gründung von Förderungsgalerien für junge Künstler und der Eröffnung einer neuen Außenstelle des Historischen Museums mit den ältesten profanen Fresken Wiens. Im Jahr 1983 werden besonders auf literarischem Gebiet Schwerpunkte gesetzt werden, wie etwa mit dem Symposium "Literatur und Macht" anläßlich des 50. Jahrestages der Bücherverbrennung in Deutschland. (Forts) gab/di

NNNN

Stadtrat Zilk zieht Bilanz 1982 (2)
Utl.: Erfolgreiche Bemühungen um Altstadt
=++++

7 #Wien, 31.12. (RK-KULTUR) Zilk wies in seinem Interview auch auf die erfolgreichen Bemühungen um die Erhaltung des Wiener Stadtbildes hin. So nähern sich etwa die Arbeiten am Sünnhof und am Margaretenhof ihrer Fertigstellung. Für das Ronacher liege nun eine Baugenehmigung vor, die jedoch von den Anrainern beeinsprucht worden sei. Immerhing sei es als Erfolg zu werten, daß der Abbruch des Ronachers verhindert worden sei. Da sich das Gebäude jedoch in Privatbesitz befinde, seien der Einflußnahme durch die Stadtverwaltung Grenzen gesetzt.#

Zur Arbeit des Bürgerdienstes sagte Zilk schließlich, daß diese Institution ihrer Aufgabe voll gerecht werde. Als Anlaufstelle für Anregungen, Fragen, Wünsche und Beschwerden aus der Bevölkerung erfülle der Bürgerdienst eine wertvolle Funktion im Bereich der Stadt Wien. (Schluß) gab/ap

NNNN